



*14. PARTEITAG DER **CDU** DEUTSCHLANDS*
DRESDEN, 2. - 4.12.2001

PROTOKOLL

CDU

14. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands

Niederschrift

Dresden, 3./4. Dezember 2001

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus
Klingenhöfer Straße 8, 10785 Berlin

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2,
53359 Rheinbach

INHALT

Seite

Eröffnung und Begrüßung: Dr. Angela Merkel Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlussfassung über die Tagesordnung	8
Bestätigung der Antragskommission	9
Bestätigung der Mandatsprüfungskommission	9
Wahl der Stimmzählkommission	10
Grußworte	10
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Dr. Angela Merkel	16
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	38
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands Laurenz Meyer	50
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	61
Bericht der Mandatsprüfungskommission	66
Wahl des Generalsekretärs	66
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands Dr. Ulrich Cartellieri	69
Bericht der Rechnungsprüfer, Dr. Franz Möller	73
Allgemeine Aussprache und Beschlussfassung zu den Berichten des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer	75
Neuwahl des Bundesschatzmeisters	76
Nachwahl eines Rechnungsprüfers für den Rest der am 7. November 1998 begonnenen Amtszeit	78
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ Volker Rühle	79
– Beratung und Beschlussfassung	93

Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ Generalsekretär Laurenz Meyer	97
– Beratung und Beschlussfassung	97
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	159
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Chancen@Deutschland. Eine Internetstrategie für die Politik“ Prof. Thomas Heilmann	170
– Beratung und Beschlussfassung	174
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments Hartmut Nassauer	176
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Friedrich Merz	176
Beratung und Beschlussfassung über Änderungen des Satzungsrechts der CDU Deutschlands	189
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern Dr. Edmund Stoiber	194
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Im Osten was Neues“, Günter Nooke	211
– Beratung und Beschlussfassung	211
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Dr. Angela Merkel	229
ANHANG	235
Namensverzeichnis	289

Montag, 3. Dezember 2001
Erste Plenarsitzung
Beginn: 10.51 Uhr

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 14. Parteitag der CDU Deutschlands.

Ich darf Sie alle herzlich in Dresden willkommen heißen. Mein erster Gruß gilt Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Sie stehen für viele Hunderttausende unserer Mitglieder. Herzlich Willkommen hier in Dresden!

(Beifall)

Ich begrüße als Oberhaupt dieser Stadt Herrn Oberbürgermeister Ingolf Roßberg. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Liebe Freunde, liebe Delegierte, ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern: Wir sind zum zweiten Mal in Dresden. Vor zehn Jahren haben wir hier zum ersten Mal einen Parteitag abgehalten. Damals war unser Motto: Einheit leben. Liebe Freunde, es ist Kurt Biedenkopf, dem Ministerpräsidenten dieses Landes, und seiner Staatsregierung zu verdanken, dass aus dem Freistaat Sachsen Wunderbares geworden ist, dass diese Stadt ein so guter Gastgeber sein kann. Herzlichen Dank, Kurt Biedenkopf!

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich den Vorsitzenden des Landesverbandes der sächsischen Union, Herrn Georg Milbradt. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Lieber Wilfried Martens, die Christlich Demokratische Union spielt seit jeher eine gewichtige, konstruktive und freundschaftliche Rolle in der Europäischen Volkspartei. So soll es bleiben. Deshalb freuen wir uns, dass Sie als ihr Vorsitzender unter uns sind. Herzlich Willkommen in Dresden bei uns, bei der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich begrüße mit besonderer Freude Herrn Rocco Buttiglione, den Minister für europäische Angelegenheiten der neuen italienischen Regierung. Herzlich Willkommen bei uns in Dresden!

(Beifall)

Ich begrüße den Generalsekretär unserer Schwesterpartei, Herrn Thomas Goppel, als den ersten Gast aus der Christlich-Sozialen Union. Herzlich Willkommen, lieber Thomas Goppel!

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich auch die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ich möchte vor allen Dingen Landesbischof Volker Kreß, Weihbischof Georg Weinholt, Superintendent Hartmut Rau, Dompfarrer Klemens Ullmann, Pastor Michael Meißner und Erzpriester Georgi Dawidow herzlich danken, dass wir heute Morgen einen beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden abhalten konnten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Besonders freue ich mich, dass die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen am Sitz von Regierung und Bundestag in Berlin, Prälat Stephan Reimers und Prälat Karl Jüsten, heute unsere Gäste sind.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich den Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, unseren Parteifreund **Michel Friedman**.

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Gewerkschaften, vieler Wirtschaftsorganisationen und anderer Verbände und Organisationen. Wir freuen uns, dass unser Parteitag für Sie Anlass ist, die Christlich Demokratische Union einmal näher kennen zu lernen.

Natürlich begrüße ich mit ganz besonderer Freude die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die von unserem Parteitag nicht nur Interessantes, sondern, so hoffe ich, auch viel Gutes zu berichten haben werden. Herzlich Willkommen und gute Arbeit!

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unserer Parteitage jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich möchte stellvertretend Hans Edgar Jahn nennen, geboren am 21. November 1914, gestorben am 21. April des Jahres 2000. Seit 1947 war er Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Von 1970 bis 1977 war er Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Braunschweig, seitdem Ehrenvorsitzender. Von 1965 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Zugleich war er von 1970 bis 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ich denke an Friedrich Wegehaupt, geboren am 25. August, gestorben am 23. April 2000. Er war 1946 Gründungsmitglied der CDU Dresden. Aus politischen Gründen war er von 1948 bis 1950 in Dresden in Haft und floh nach seiner Entlassung nach Westberlin. Hier gründete er 1953 den „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“, der 1974 der „Bund der Mitteldeutschen“ wurde. Bis zu seinem Tode blieb er Vorsitzender. Dem Landesvorstand Berlin und dem Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung gehörte er viele Jahre an. Von 1963 bis 1967 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Ich denke an Herbert Heselich, geboren am 16. Oktober 1921, gestorben am 30. April 2000. 1948 war er Gründungsmitglied des CDU-Ortsverbandes Eichholz im Kreisverband Elbe-Elster. Vier Jahre war er Vorsitzender dieses Ortsverbandes und dazu langjähriges Gemeinderatsmitglied.

Ich erinnere an Karl Schäuble, geboren am 20. Mai 1907, gestorben am 1. Juni 2000. 1946 war er Gründungsmitglied der Badischen Christlichen Sozialen Volkspartei, der späteren CDU, in Hornberg und ihr erster Vorsitzender. Von 1947 bis 1952 gehörte er dem Badischen Landtag an.

Ich nenne Christiane Herzog, geboren am 26. Oktober 1936, gestorben am 19. Juni 2000. Sie war seit 1974 Mitglied der CDU. Mit ihrem sozialen Engagement als Gründerin und Vorsitzende der Mukoviszidose-Hilfe seit 1993 hat sie das politische Wirken ihres Mannes, des Altbundespräsidenten Roman Herzog, unterstützt.

Ich denke an Wolfgang Opladen, geboren am 2. Juni 1924, gestorben am 14. Oktober 2000. Seit 1946 war er Mitglied der CDU. Von 1961 bis heute gehörte er dem Rat der Stadt Leverkusen an. Dabei war er unter anderem von 1979 bis 1984 Oberbürgermeister und von 1984 bis 1994 Bürgermeister der Stadt Leverkusen.

Ich erinnere an Wolfgang Löschau, geboren am 23. Juli 1937, gestorben am 18. Dezember 2000. Seit 1990 war er Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Freital, heute Weißeritzkreis. Er gehörte seit 1990 dem Stadtrat von Freital an und war Mitglied des Kreistages.

Ich nenne Eduard Adorno, geboren am 31. Oktober 1920, gestorben am 28. Dezember 2000. Seit 1951 war er Mitglied der CDU. Er war von 1956 bis 1977 Vorsitzender der CDU-Württemberg-Hohenzollern. Von 1961 bis 1972 gehörte er dem Deutschen Bundestag an und war zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Von 1972 bis 1982 war er Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, Bundesratsminister sowie Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund.

Ich erinnere an Herbert W. Köhler, geboren am 17. Dezember 1919, gestorben am 11. März 2001. Seit 1971 war er Mitglied der CDU. Von 1973 bis 1981 war er Schatzmeister der CDU Rheinland und von 1975 bis 1981 Mitglied des Präsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen. Zugleich war er von 1973 bis 1982 Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland. Von 1972 bis 1987 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1979 bis 1981 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ich denke an Gustav Fehrenbach, geboren am 17. Februar 1925, gestorben am 6. Mai 2001. Seit 1966 war er Mitglied der CDU und Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Von 1985 bis 1991 gehörte er dem Geschäftsführenden CDA-Bundesvorstand an. Ebenso war er von 1982 bis 1990 stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ich erinnere an Rolf Mairose, geboren am 21. Juni 1940, gestorben am 11. Juni 2001. Seit 1961 war er Mitglied der CDU. Er war langjähriger Vorsitzender des ehemaligen Kreisverbandes Alstertal in Hamburg und über viele Jahre Mitglied des Landesvorstandes der CDU Hamburg. Von 1974 bis 1997 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an.

Ich nenne Hannelore Kohl, geboren am 7. März 1933, gestorben am 5. Juli 2001. Seit 1971 war sie Mitglied der CDU. Sie stand unserem langjährigen Vorsitzenden Helmut Kohl in allen Phasen seines politischen Lebens zur Seite. Sie war eine großartige Botschafterin der CDU Deutschlands. Als Präsidentin des 1983 von ihr gegründeten Kuratoriums für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems half sie vielen Menschen.

Ich nenne abschließend Gerhard Stoltenberg. Mit Gerhard Stoltenberg haben wir in den letzten Tagen einen der großen Männer der Christlich Demokratischen Union verloren. Als Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, als Mitglied der Bundesregierung, als Finanzminister und Architekt einer großen Steuerreform, als Bundesverteidigungsminister, der in den Jahren nach der deutschen Einheit die Armeen zusammengeführt hat, hat er Großartiges geleistet.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich habe beispielhaft wenige Namen für viele aus unseren Reihen genannt. Ich bitte Sie um ein stilles Gedenken. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, wir kommen jetzt zu
TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Sie finden in Ihren Mappen den Vorschlag des Bundesvorstandes für das Tagungspräsidium. Wenn Sie mit den Vorschlägen einverstanden sind, bitte ich Sie um das Erheben der Stimmkarte. – Ich sehe, es muss noch ein bisschen geübt werden. Jeder schaut bitte noch einmal in seine Mappe und sucht den Block heraus. Ich bitte jetzt auch alle, ihre Plätze einzunehmen.

Nächster Versuch: Wer mit dem Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. – Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt dagegen? – Nach dem, was für mich sichtbar ist, ist die Wahl des Tagungspräsidiums damit erfolgt. Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums, wie besprochen, die Plätze einzunehmen.

Herr Tagungspräsident Georg Milbradt ist an seinem Platz angekommen, und ich übergebe ihm die Leitung des Parteitages.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium (mit Beifall begrüßt): Herzlichen Dank für das Vertrauensvotum! Wir werden uns bemühen, den Parteitag zügig zu leiten.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Ihnen ist die Tagesordnung zugegangen. Eine aktualisierte Form der Tagesordnung liegt Ihren Unterlagen bei.

Wenn Sie mit der Tagesordnung einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Zum zeitlichen und organisatorischen Ablauf des Parteitages darf ich Folgendes vorschlagen. Nach § 5 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung sind Anträge an den Parteitag der CDU Deutschlands dem Bundesvorstand schriftlich zuzuleiten und müssen spätestens vier Wo-

chen vor dem Parteitag bei der Geschäftsstelle eingegangen sein. Das war der 5. November 2001. Aus gegebener Veranlassung hat der Bundesvorstand die Antragsfrist für die Parteigliederungen abweichend von der Geschäftsordnung auf Montag, den 12. November 12 Uhr verlängert. Auf das entsprechende Schreiben des Generalsekretärs vom 23.10.2001 nehme ich Bezug.

Das Tagungspräsidium bittet Sie, diese Abweichung zu genehmigen. Wer der Verlängerung der Antragsfrist zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Die Antragsfrist ist verlängert.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Im Tagungsbüro liegen für die Delegierten Unterschriftslisten zur Einreichung von Initiativanträgen aus. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, lassen Sie den Text im Büro der Antragskommission in das Textverarbeitungssystem eingeben.

Damit diese Anträge ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für ihre Einbringung setzen. Wir, das Tagungspräsidium, schlagen Ihnen vor, den Antragschluss auf heute 13 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie wieder um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Danke. Damit ist so beschlossen.

Die Antragskommission trifft sich um 13 Uhr zu ihrer ersten Sitzung in dem ausgeschilderten Besprechungsraum im 1. Obergeschoss der Halle 3. Das ist der Raum 3.114.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen darf ich Sie bitten, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die diese Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie die Zettel vollständig aus und geben Sie an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie benutzen wollen, vermerken Sie also bitte die Nummer des Mikrofons.

Damit rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für diesen Parteitag bestellt. Die Namensliste liegt Ihren Unterlagen bei.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zur Bestätigung der Mandatsprüfungskommission. Ich weise darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Mandatsprüfungskommission für Parteitage vom Bundesausschuss gewählt wurde. Die Wahl der Mandatsprüfungskommission für diesen Parteitag erfolgte auf dem Kleinen Parteitag der CDU am 7. Juni 2001 in Berlin. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich sofort im Büro des Organisationsleiters einzufinden. Dieses Büro befindet sich im Erdgeschoss, Halle 1, Nord.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION.

Erfreulicherweise haben sich wieder viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission mitzuarbeiten. Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag durch Ihr Kartenzeichen zu unterstützen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Stimmzählkommission gewählt.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ab sofort zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission in Halle 1. Folgen Sie bitte den Ausschilderungen. – Danke sehr.

Ich übergebe das Tagungspräsidium Katherina Reiche.

Katherina Reiche, Tagungspräsidium: Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf.

GRUSSWORTE

Ich übergebe das Wort an den Landesvorsitzenden der CDU Sachsen, Professor Dr. Georg Milbradt.

(Beifall)

Professor Dr. Georg Milbradt: Frau Präsidentin! Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Für uns als sächsische Union ist es eine große Ehre und Freude, dass wir gemeinsam mit Ihnen schon zum dritten Mal nach der Vereinigung zu einem Parteitag in Sachsen zusammenkommen. Unsere Vorsitzende hat darauf hingewiesen, dass der erste Parteitag in Sachsen vor zehn Jahren in Dresden stattgefunden hat. Wir haben uns damals mit den Problemen und den Chancen der Vereinigung befasst. Vieles von dem, was wir uns damals vorgenommen haben, konnten wir mittlerweile erreichen. Einiges ist noch unerledigt und neue Herausforderungen sind hinzugekommen. Wichtig für mich ist vor allem Eines: Der inneren Einheit Deutschlands sind wir ein großes Stück näher gekommen und die Erfolge unserer Politik können wir vielerorts in Dresden, in Sachsen und in ganz Ostdeutschland sehen.

(Beifall)

Nach zehn Jahren können wir sagen: Die politische Integration der neuen Bundesländer in das Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der alten Bundesrepublik ist weitgehend abgeschlossen. Möglich wurde dies durch den Willen zur Veränderung im Osten und durch den Willen zur solidarischen Hilfe im Westen. So konnten wir hier bundesdeutsches Recht, funktionierende Systeme und bewährte Institutionen übernehmen. Hinzu kamen und kommen beträchtliche Finanztransfers, ohne die dieser Transformationsprozess nicht in so kurzer Zeit möglich gewesen wäre. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir mit dem Kraftakt der Vereinigung auch Teil der Europäischen Union geworden sind.

Ohne die Hilfe aus dem Westen zu schmälern, müssen wir aber auch feststellen: Nicht immer waren die Regeln, die wir nach der politischen Wende übernommen haben, unserer besonderen Situation angemessen. Sie stammten ja nicht aus der Aufbauzeit der alten Bundesrepublik der 50er-Jahre, sondern waren die einer reichen, saturierten und daher wenig veränderungsbereiten Gesellschaft der 80er-Jahre. Ihre Ordnung prämierte nicht etwa Verände-

rungen, die bei uns im Osten unverzichtbar waren, sondern den Status quo, den wir überwinden wollten. Oft entpuppten sich die ersehnten Grundrechte als Magna Charta des Egoismus. Wir mussten deshalb auch neue Wege gehen.

Ein Beispiel ist das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz, das uns zu modernen Verkehrswegen verhalf, die für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich sind. Während etwa München oder Stuttgart rund 25 Jahre benötigten, um neue Flughäfen zu realisieren, konnten wir den Leipziger Flughafen in nur fünf Jahren faktisch neu errichten. Nur am Rande sei bemerkt: Hätten sich 1991 der damalige Ministerpräsident Schröder und der Grüne Trittin in der Diskussion über das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz durchgesetzt, würden wir wohl noch heute über schlaglochgespickte Straßen aus DDR-Zeiten kriechen.

(Beifall)

Die beschleunigten Planverfahren haben sich in Ostdeutschland bewährt. Oder haben Sie den Eindruck, dass die Rechte der Bürger oder der Schutz der Natur bei der Abwägung bei uns zu kurz gekommen sind? Den Menschen und der Natur wird doch nicht durch Gesetze geholfen, die Verfahren endlos hinauszögern und unnötig komplizieren, sondern durch solche, die schnelle und sachgerechte Entscheidungen ermöglichen.

Ich habe den Eindruck, dass der wahre Grund dafür in der Angst vor dem Neuen, dem Unbekannten liegt. Am besten sollte alles so bleiben wie bisher. Dies mag zwar verständlich sein, hilft uns aber in einer Welt des Wandels nicht weiter. Hier können die Westdeutschen von den Ostdeutschen lernen. Wir sollten zum Beispiel unser gesamtdeutsches Planungsrecht unter Berücksichtigung der ostdeutschen Erfahrungen überarbeiten.

(Beifall)

Meine Freunde, auch auf diesem Gebiet müssen SPD und Grüne noch viel lernen. Am besten wäre, sie hätten nach der nächsten Bundestagswahl Zeit für die erforderliche Weiterbildung.

(Beifall)

Apropos Bildung: Meine Kinder haben hier in Dresden nach zwölf Jahren Abitur gemacht und studieren erfolgreich an deutschen und ausländischen Hochschulen. Sie haben in diesen zwölf Jahren sicher nicht weniger gelernt als Schüler in manchem links regierten Land in Westdeutschland in 13 Jahren.

(Beifall)

Die kürzere Schulzeit von zwölf Jahren ist ein Fortschritt, auch und gerade wenn wir künftig im europäischen Vergleich mithalten wollen. Daher freue ich mich, dass jetzt CDU-geführte Länder auf unseren Kurs einschwenken.

Meine Damen und Herren, dies sind nur zwei Beispiele für Erfahrungen und Erkenntnisse aus den neuen Bundesländern, an denen alle Deutschen partizipieren sollten, und zwar mehr als bisher. Unsere Gesellschaft braucht mehr Luft zum Atmen, mehr Freiheit und weniger Bürokratie und das gilt ganz besonders für den Aufbau im Osten.

(Beifall)

Liebe Freunde, für die innere Einheit ist nicht zuletzt eines wichtig: vergleichbare Lebensverhältnisse in Ost und West. Vieles davon ist bereits erreicht, insbesondere dort, wo der Staat direkt Verantwortung trägt. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt. Vielerorts entstand eine moderne und wettbewerbsfähige Industrie. Wer hätte denn noch vor zehn Jahren geglaubt, dass in Dresden einmal der schnellste Mikroprozessor der Welt hergestellt wird und ein weltweit beachtetes Zentrum der Mikroelektronik entwickelt worden ist? Zu Zeiten des alten Kombinats Robotron versuchten hier engagierte und talentierte Ingenieure, mit hohem Aufwand, aber wegen des sozialistischen Wirtschaftssystems zwangsläufig vergebens den Rückstand in der Chipproduktion von rund vier Jahren aufzuholen.

Städte und Dörfer erstrahlen in neuem Glanz; das DDR-Grau ist verschwunden. Nur ein Blinder oder ein Ignorant kann das leugnen. Man muss nur hinsehen und seine ideologischen Scheuklappen ablegen.

Ende der 80er-Jahre versprach die SED, der damals noch eklatante Wohnungsmangel in der DDR würde bis Mitte der 90er-Jahre beseitigt werden. Hier hatten Honecker und Co. ausnahmsweise einmal Recht, auch wenn sie zum Glück nicht dafür verantwortlich waren. Heute gibt es genügend Wohnraum in allen Preisklassen und Lagen. Unser Problem ist jetzt, dass wir in der Wohnungspolitik zu erfolgreich waren und dass zu viele Wohnungen modernisiert oder neu gebaut wurden. Die Mieter freut das. Ihre Befürchtungen, dass die Marktwirtschaft zu unbezahlbaren Mieten führen würde, haben sich als unbegründet erwiesen. Die Kommunisten haben auch hier wieder einmal Unrecht.

Auch das Gesundheitswesen hat westdeutschen Standard erreicht. Die Lebenserwartung ist deutlich gestiegen und nähert sich westdeutschem Durchschnitt.

Sehen Sie sich einmal die Behinderteneinrichtungen und unsere Senioren- und Pflegeheime an. Wer die oft menschenunwürdige Unterbringung zu DDR-Zeiten noch kennt, weiß, zu welchen sozialen Leistungen unsere Gesellschaft fähig ist. Der Sozialismus hatte für die nach seiner Auffassung unproduktiven Teile der Gesellschaft, die Menschen außerhalb des Arbeitsprozesses, nichts übrig. Es war die CDU mit Norbert Blüm, die nach der Wiedervereinigung die entscheidenden Weichen stellte.

Auch Umweltschutz war zu DDR-Zeiten ein Fremdwort. Die Natur wurde rücksichtslos ausgebeutet. In den Industrieregionen war die Luft in hohem Maße verschmutzt. Die Flüsse waren durch ungeklärte Abwässer vergiftet. Heute gibt es wieder Fische in der Elbe. Sie können auch wieder verzehrt werden. Das sächsische Umweltministerium rät allerdings vom täglichen Genuss ab. Auf diese Idee wäre aber sowieso niemand gekommen.

Meine Damen und Herren, das alles sind Erfolge, die selbstverständlich geworden sind und über die man leider kaum noch spricht. Es sind Erfolge, zu denen unsere Partei mit Helmut Kohl entscheidend beigetragen hat. Den wichtigsten Beitrag jedoch leistet das deutsche Volk, und zwar in Ost und West. Die Westdeutschen haben in einer in Höhe und Dauer einzigartigen finanziellen Kraftanstrengung die Basis geschaffen. Der erste Solidarpakt war Grundlage für einen langfristigen Aufbau im Osten. Trotz aller Unkenrufe hat die gesamtdeutsche Solidarität funktioniert und sie funktioniert auch weiter. Mit dem Solidarpakt II sind jetzt die notwendigen Verlängerungen erreicht. Dafür sind wir dankbar.

Geld war und ist notwendig; daran besteht kein Zweifel. Aber Geld ist nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung für einen erfolgreichen Aufbau. Dankbarkeit gegenüber dem Geber kann man am besten zeigen, indem man die Hilfen sachgerecht und erfolgreich verwendet. Niemand will bekanntlich in ein Fass ohne Boden zahlen.

Liebe Freunde, wenn Sie sich in Sachsen umsehen, werden Sie feststellen, dass wir mit Ihrer Hilfe sorgsam umgegangen sind. Sachsen hat gezeigt, dass man Aufbau ohne übermäßige Verschuldung betreiben kann. Wir liegen nach Bayern auf Platz 2 der Hitliste der geringsten Verschuldung. Hätte zum Beispiel die Sächsische Staatsregierung hier die gleiche Finanzpolitik wie Rot mit dunkelroter Unterstützung in Sachsen-Anhalt betrieben, müssten wir jedes Jahr fast 1,5 Milliarden DM mehr für Zinsen an die Banken zahlen und könnten bei den Ausgaben für Infrastruktur, Kultur und Wissenschaft nicht an der Spitze liegen.

In allen neuen Bundesländern haben die Menschen einen tief greifenden Veränderungsprozess bewältigt.

Rund 90 Prozent der 1989 vorhandenen Arbeitsplätze sind weggefallen, die meisten unmittelbar nach der Vereinigung. Neue sind geschaffen worden. Aber viele Arbeitnehmer mussten aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Noch immer ist die Arbeitslosenrate erschreckend hoch.

Dieser für die Betroffenen meist sehr schmerzliche Veränderungsprozess hin zu einer noch weitgehend unbekanntem Zukunft ist ohne soziale Unruhe mit einer beispiellosen Disziplin und Umsicht bewältigt worden. Wer die Schwierigkeiten von Umstrukturierungsprozessen in Westdeutschland, zum Beispiel bei Kohle und Stahl erlebt hat, kann die große Leistung der Menschen im Osten ermessen. Auf all dieses können wir stolz sein. Mehr war realistischweise nicht möglich. Wer diese Erfolge bestreitet oder klein redet, nimmt der Bevölkerung einen wichtigen Motor für die Zukunft, nämlich den Mut und das Vertrauen in die eigene Kraft. Die aber brauchen wir dringend; denn viel bleibt noch zu tun.

Die Sächsische Union mit Kurt Biedenkopf hat gezeigt, dass wir den Aufbau schaffen. Die Bevölkerung hat uns in allen Landtagswahlen ein überwältigendes Vertrauen ausgesprochen. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall)

In den letzten Jahren ist der wirtschaftliche Aufholprozess ins Stocken geraten. Die Lokomotive Bau ist zum Bremserhäuschen geworden. Die Industrie ist noch zu schwach. Das spüren wir schmerzlich. Wir brauchen hier im Osten einen neuen Schub. Die jetzige Bundesregierung ist uns keine Hilfe. Für Gerhard Schröder ist der Aufbau nur lästige Nebensache. Von Chef-sache war nur vor den Wahlen die Rede. Die letzten drei Jahre waren für uns verlorene Jahre. Das muss ein Ende haben.

(Beifall)

Die Nachwendezeit geht zu Ende. Die Probleme, die ihren Ursprung in der alten DDR und in der Wiedervereinigung hatten, treten mehr und mehr zurück. Die neuen Herausforderungen, die von uns allen im Westen und im Osten zu meistern sind, heißen Globalisierung, europäische Einigung, innere und äußere Sicherheit, technologischer Fortschritt und Bevölkerungs-

rückgang. Dafür müssen wir die richtigen Antworten und Konzepte finden, damit wir die Wähler im nächsten Herbst überzeugen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Parteitag und vor allen Dingen viel Erfolg im nächsten Jahr bei den Bundestagswahlen.

(Beifall)

Katherina Reiche, Tagungspräsidium: Ich danke Georg Milbradt für sein engagiertes Grußwort. Ich möchte noch einen kurzen Hinweis an die Mitglieder der Antragskommission geben: Die Antragskommission trifft sich um 13.30 Uhr und nicht, wie angekündigt, um 13.00 Uhr.

Für ein weiteres Grußwort gebe ich nun dem Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt unseres Parteitages, Herrn Ingolf Roßberg, das Wort.

Ingolf Roßberg: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Merkel! Sehr geehrter Herr Generalsekretär! Sehr verehrte Delegierte des 14. Parteitages der CDU! Liebe Gäste! Ich freue mich sehr, Sie hier in Dresden begrüßen zu können. Die Neue Dresdner Messe wird die nächsten drei Tage Ihr Zuhause sein. Ich bin sicher, ganz Deutschland wird angesichts der schwierigen und wichtigen Entscheidungen, die Sie treffen werden, auf unsere Stadt blicken. Als Oberbürgermeister kann ich mich nur dafür bedanken, dass Ihre Wahl gerade für diesen Parteitag auf Dresden gefallen ist.

Sie haben erneut eine sehr gute Wahl getroffen. Dresden ist ein vitales und lebendiges Beispiel dafür, was seit der Deutschen Einheit im Osten unseres Landes alles Gutes geleistet wurde.

(Beifall)

Der Zusammenbruch der Industrie, der damit verbundene Wegfall zehntausender von Arbeitsplätzen, ein akuter Wohnungsmangel, eine marode und kaputte Infrastruktur: Dies alles hat Dresden schon heute zu einem großen Teil bewältigt. Aus der berühmten Kunst- und Kulturstadt an der Elbe ist wieder ein interessanter Wirtschaftsstandort geworden.

Nur ein Beispiel: In der nächsten Woche wird Volkswagen mitten in der Stadt seine gläserne Manufaktur eröffnen. Dann wird in Dresden auch ein Auto der absoluten Luxusklasse hergestellt werden. Der Bundeskanzler soll sich schon ein Exemplar bestellt haben. Ich hoffe natürlich, Sie stehen Ihrer politischen Konkurrenz auch in dieser Hinsicht nicht nach.

Neben all den Beratungen auf Ihrem Parteitag bitte ich Sie: Nutzen Sie die Chance dieser drei Tage und schlendern Sie auch einmal durch meine Heimatstadt! An der Elbe, nur ein paar Minuten von hier direkt neben dem Sächsischen Landtag, entsteht das neue Kongresszentrum. Mit Blick auf den Fluss und die historische Altstadt wird einer der schönsten Tagungsorte Deutschlands entstehen.

Wiederum ein paar hundert Meter weiter wächst die Frauenkirche immer weiter in den Himmel. Mit jedem Stein wird sie mehr zum Symbol für den Wiederaufbau Dresdens. Sie ist aber auch Symbol für Frieden und Hoffnung, ein Symbol, das wir in diesen Tagen des Krieges dringend brauchen.

Nur ein paar Schritte weiter steht die neue Synagoge. In einer bewegenden Feier wurde sie am 9. November dieses Jahres an diesem in vielerlei Hinsicht in der Geschichte so bedeutsamen Datum geweiht. Auch sie ist ein Zeichen, dass wir in dieser Stadt neue und hoffentlich bessere Wege gehen.

Was Sie auf Ihrem reizvollen Spaziergang allerdings nicht sehen, sind die riesigen Probleme, vor denen Dresden steht. Lassen Sie mich bitte die Gelegenheit nutzen, nicht nur von meiner wunderschönen Heimatstadt zu schwärmen. Ich will auch ein paar Worte zu den Schattenseiten sagen, damit Sie diese bei all Ihren politischen Entscheidungen vielleicht im Hinterkopf bewahren.

Nicht nur Dresden, fast alle Städte und Gemeinden im Osten wie im Westen, leiden unter einer verheerenden finanziellen Situation. In Ihrem Leitantrag zu diesem Parteitag steht, dass Sie die Wirtschaftskraft durch ein besseres und gerechteres Steuersystem stärken wollen. Das ist gut so.

Aber die dramatische Wahrheit ist, dass der Bund und auch die Länder immer mehr Kosten auf die Kommunen abwälzen. Wir in Dresden müssen angesichts dramatisch steigender Sozialkosten zum Beispiel über eine Erhöhung der Grundsteuer diskutieren. Durch eine falsche Finanzpolitik zulasten der Städte werden die Städte zu solchen wirtschaftsfeindlichen Entscheidungen gezwungen. So kann und darf es nicht weitergehen.

(Beifall)

Auf der anderen Seite streicht der Bund aber die Millionen aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen für sich ein. Was bleibt, sind Millionen Ausfälle bei der Gewerbesteuer. Gleichzeitig bedient sich der Bund noch stärker bei der Gewerbesteuerumlage. Aber das ist für den Bund nur ein kleines Problem; den Verlust tragen ja mal wieder die Städte.

Meine Damen und Herren, die Konsolidierung der Finanzen auf Bundesebene wird dauerhaft nur gelingen, wenn die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden auf eine gesunde Basis gestellt wird.

(Beifall)

Ein weiteres Beispiel: In Ihrem Leitantrag setzen Sie sich für ein besseres Bildungssystem ein. Richtig. Aber warum fangen wir nicht bei dem Simpelsten an? In Deutschland werden in 16 Bundesländern in den Grundschulen sage und schreibe vier verschiedene Schreibschriften gelehrt. Mein Sohn brachte plötzlich Dreien und Vieren nach Hause, nur weil er in Nordrhein-Westfalen als Grundschüler die hier in Sachsen übliche Schreibschrift pflegte. So, meine Damen und Herren, kann man Mobilität von Arbeitnehmern, von Familien, die wir so dringend brauchen, auch verhindern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in Dresden brauchen wir sage und schreibe noch eine Milliarde DM, um die Schulen überhaupt vernünftig zu sanieren. Gute Bildungspolitik muss damit beginnen, Dresdens und allen Kindern, die in unsanierten, kaputten Häusern lesen und schreiben lernen, endlich die entsprechenden Bedingungen zu geben. Unsere finanzielle Kraft – wie die vieler Städte im Osten wie im Westen – reicht nicht aus, um diese riesigen Aufgaben zu schaffen. Hel-

fen Sie den Städten! Als größte Oppositionspartei im Bundestag haben Sie die Möglichkeit dazu. Das verzweifelte Rufen vieler Bürgermeister und Oberbürgermeister in unserem Land geht in der Bundeshauptstadt zur Zeit leider unter. Die Menschen aber leben in den Städten und Gemeinden. Politik gegen die Städte, meine Damen und Herren, das ist eine Politik gegen die Bürger.

(Beifall)

Vielleicht wäre es auch ein gutes Zeichen, wenn in Ihrem Leitantrag Ziffer 77, in der die Städte und Gemeinden auftauchen, ein Stück weiter nach vorne gezogen werden würde.

Meine Damen und Herren, genießen Sie Ihre Tage in Dresden! Genießen Sie das herrliche Ambiente und denken Sie daran, dass all dies nur mit Ihrer Hilfe, mit Hilfe der CDU erhalten und gestaltet werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Katherina Reiche, Tagungspräsidium: Ich danke dem Oberbürgermeister Dresdens, Ingolf Roßberg, für sein Grußwort und den Dresdnerinnen und Dresdnern für ihre Gastfreundschaft.

Ich gebe das Wort nun wieder weiter an Georg Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen nun zum TAGES-ORDNUNGSPUNKT 8 a:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS DR. ANGELA MERKEL

Ich gebe das Wort unserer Vorsitzenden, Frau Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Kaum ein Parteitag wurde mit so großer Spannung erwartet wie unser heutiger hier in Dresden. Unsere Anhänger, unsere Wähler, unsere Freunde, aber genauso natürlich auch unsere politischen Gegner schauen heute auf uns.

Dies ist ein entscheidender Parteitag für die Christlich Demokratische Union. Warum ist das so? Dieser Parteitag markiert einen Übergang. Er markiert den Übergang zwischen den beiden Abschnitten der Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 und dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2002. Das ist die Bedeutung dieses Parteitages.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir brauchen nicht darum herumzureden: Die Niederlage 1998 war schmerzlich. Sie war nicht zuletzt deshalb schmerzlich, weil die CDU für Deutschland eine gute Politik gemacht hat, weil unser Land unter der Regierungsverantwortung von Helmut Kohl eine gute Entwicklung genommen hat.

(Beifall)

Daran, liebe Freunde, können alle Angriffe, alle Diffamierungen des politischen Gegners nichts ändern.

Diese 16 Jahre waren und bleiben gute Jahre für unser Land. Das wird uns niemand nehmen. Wenn wir heute hier in Sachsen sind, dann sehen wir, was zum Beispiel in den neuen Bundesländern geschaffen wurde. Das waren wichtige, gute Jahre für Deutschland.

(Beifall)

Aber genauso waren wir klug beraten, die Niederlage 1998 nicht als einen Betriebsunfall zu verharmlosen. Wir haben verstanden, dass die Menschen uns 1998 die Gestaltung der Zukunft Deutschlands nicht mehr zugetraut haben. Wir haben uns entschieden, die Niederlage als Chance zu begreifen. Wir haben nicht resigniert, wir haben den Kopf nicht in den Sand gesteckt, wir sind auch nicht in Flügel- und Grabenkämpfe auseinander gefallen. Alle unserer Gegner, die genau darauf gesetzt hatten, haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Dies war eine Leistung der Christlich Demokratischen Union – das wird auch deutlich, wenn wir auf andere Parteien in Europa schauen -, die nicht unterzubewerten ist, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

(Beifall)

Das Ziel war von Anfang an vollkommen klar beschrieben: mit der CDU wieder „mitten im Leben“, in der Mitte unserer Gesellschaft stehen, wieder mehrheitsfähig werden, wieder Wahlen gewinnen können – und zwar nicht irgendwann, sondern so bald wie möglich.

(Beifall)

Während Schröder und Genossen damals schadenfroh uns schon in der Versenkung haben verschwinden sehen, haben wir schnell unsere Reihen neu geordnet und sind ans Werk gegangen. Lieber Wolfgang Schäuble, lieber Roland Koch, wir und Sie vor allem haben all denen damals, die uns schon abgeschrieben hatten, nur wenige Monate später sehr schnell gezeigt, dass sich alle, die nicht mehr auf uns setzten, verrechnet haben.

(Beifall)

Mit dem Sieg in Hessen haben wir es allen gezeigt.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir haben gezeigt: Wir kämpfen und wir können gewinnen.

Liebe Freunde, seit jenem Auftakt in Hessen haben wir eine ganze Reihe schöner Punktsiege, ja, sogar ziemlich spektakulärer Knock-outs erzielt. Wir haben allerdings auch – da brauchen wir nicht herumzureden – Hiebe einstecken müssen. Aber – das war wichtig und zählt -: Wir haben Nehmer- und Steherqualitäten bewiesen. Das ist im Sport wie in der Politik eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Erfolg. Heute können wir feststellen: Die CDU ist nicht nur immer noch da; die CDU ist wieder voll da und sie ist kampfbereit.

(Beifall)

Wir sind zurück im Ring des politischen Wettbewerbs. Wer im Ring steht, der will kämpfen, und wer kämpft, der will gewinnen. Das muss und, da bin ich ganz sicher, das wird auch das Signal dieses Parteitags in Dresden sein.

(Beifall)

Schauen wir uns doch einmal die anderen an. Was ist nach drei Jahren die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung, was das nüchterne Fazit? Man kann es trocken so sagen: Stagnation in der Gesellschaft, Frustration bei den Menschen, Rezession in der Wirtschaft, Intensivstation bei der Regierung; die V-Frage, also die Vertrauensfrage, musste sozusagen als letzte lebenserhaltende Maßnahme herhalten. So ist die Lage in Deutschland.

(Beifall)

Soll das auf Dauer so weitergehen? Nein, liebe Freunde, das muss sich ändern. Unser Land hat Besseres verdient.

(Beifall)

Vor mehr als anderthalb Jahren haben Sie mich in Essen zur Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union gewählt. Sie haben mich damals mit einem überwältigendem Vertrauensausweis ausgestattet. Es war keine leichte Zeit damals – für niemanden von uns, ob er nun als Vorsitzende, als Amts- oder Mandatsträger unserer Partei, als Mitglied, Anhänger oder Wähler gelebt und gearbeitet hat. Über die Schwere und die Größe der Aufgabe hat sich vielleicht niemand so wenig Illusionen gemacht wie ich. Heute, gut 20 Monate später, erleben wir unsere Partei wieder selbstbewusst. Sie ist in der Lage, jede politische Auseinandersetzung zu bestehen. Man hat versucht, die CDU zu zerschlagen. Man hat versucht, ihre Repräsentanten systematisch moralisch zu diskreditieren. Man hat versucht, uns zu diffamieren und aus dem politischen Wettbewerb herauszudrängen.

Wir aber haben standgehalten. Unsere Mitglieder und unsere Anhänger haben unserer Partei in schwerster Zeit die Treue gehalten. Liebe Freunde, ich werde – das rate ich allen – diese großartige Erfahrung niemals vergessen. Die Mitglieder sind der größte Schatz, den wir haben; unsere Anhänger sind wichtig.

(Anhaltender Beifall)

Wir haben uns um nichts herumgedrückt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Es war richtig, ehrlich zu den Fehlern, die bei uns passiert sind, zu stehen. Es war auch richtig, beharrlich die programmatische Weiterentwicklung zu betreiben. Denn dies war eine der wesentlichen Voraussetzungen, um wieder in den Wettbewerb zurückzukehren.

Wenn der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag letzte Woche während der Haushaltsdebatte gemeint hat behaupten zu müssen, die Union sei – jetzt kommt das Zitat – „moralisch nicht legitimiert“, die Regierungsverantwortung in Deutschland zu übernehmen, dann sage ich: Das offenbart vordemokratisches Politikverständnis.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich sage dazu: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall)

Der Souverän in diesem Lande, liebe Freunde, ist immer noch der Wähler und nicht das SPD-Parteipräsidium. Und das ist gut so.

(Beifall)

Deshalb ist es an der Zeit, dass diese Herrschaften wieder auf den Teppich der Normalität zurückgeholt werden und ein Stück Demut lernen. Das brauchen sie dringend.

(Beifall)

Denn eines gilt es festzuhalten: Keiner ihrer schmutzigen Vorwürfe hat sich bewahrheitet. Unsere Politik war weder käuflich noch bestechlich. Alle diese Behauptungen haben sich als haltlos erwiesen.

(Beifall)

Statt sich wie Helmut Kohl in den neuen Bundesländern, zum Beispiel in Leuna, um Arbeitsplätze zu kümmern, haben diese Leute haltlose Behauptungen aufgestellt. Ich fordere an dieser Stelle alle auf, die in den letzten zwei Jahren mit Halb- und Unwahrheiten agiert haben, sich für all das, was sie behauptet haben, öffentlich zu entschuldigen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich sage dazu: Die Sozialdemokraten täten besser daran, sich mit ihren eigenen Ungereimtheiten zu befassen. Die Bundestagsfraktion – ich danke an dieser Stelle ganz besonders Friedrich Merz als dem Vorsitzenden der Fraktion -

(Beifall)

wird in Karlsruhe klagen, weil im Untersuchungsausschuss alle auf die SPD bezogenen Anträge von der rot-grünen Mehrheit abgeschmettert wurden.

Kein einziger Antrag wurde angenommen, damit wir keine Fragen stellen können, was im Finanzwesen der Sozialdemokraten nicht in Ordnung ist. Ich sage: Wir fordern mit allem Nachdruck, dass die große sozialdemokratische Volkspartei aufhört, ein Medienimperium zu betreiben, und es als Mindestes draufschreibt, wenn SPD in Rundfunksendern und in Zeitungen drin ist. Das muss die öffentliche Forderung sein.

(Bravo-Rufe und anhaltender lebhafter Beifall)

Wenden wir uns nun einmal der Sachpolitik zu. Der Bundeskanzler hat in der letzten Woche in der Haushaltsdebatte eine Rede gehalten, die man so zusammenfassen kann. Erstens: Früher war alles viel schlimmer. Zweitens: Alles halb so wild; es wird schon wieder. Drittens: Eigentlich sind wir doch tolle Kerle. Wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht hätten, hätten wir direkt Vollbeschäftigung in diesem Land.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage dazu: Diese Suppe ist zu dünn. Das ist zu wenig, Herr Bundeskanzler. Die Menschen in unserem Land haben einen abfällig grinsenden Bundeskanzler auf der Regierungsbank nicht verdient, sondern sie haben eine Bundesregierung verdient, die ihre Sorgen, Probleme, Nöte und Dinge ernst nimmt, die jeden in diesem Lande ernst nimmt.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob es jemals eine Kanzleretatdebatte in der Bundesrepublik Deutschland gab, bei der der Bundeskanzler kein Wort über Rente, kein Wort über Gesundheitspolitik

und kein Wort über die Arbeitslosigkeit in diesem Lande gesagt hat. So kann man mit den Menschen nicht umgehen.

(Beifall)

Da helfen auch alle Sprachverschönerungsaktionen nichts. Was man normalerweise unter Fachleuten Rezession nennt, heißt bei der Bundesregierung Wachstumspause. Wenn wir noch eine Weile warten, wird Arbeitslosigkeit wahrscheinlich die Regenerationsphase genannt. Meine Damen und Herren, so weit darf es mit der deutschen Sprache nicht kommen.

(Beifall)

Ich glaube, dass das aggressive Verhalten der Sozialdemokraten damit zusammenhängt, dass sie zunehmend beginnen, den 22. September 2002 zu fürchten – aus guten Gründen.

(Beifall)

Auch die Sozialdemokraten merken, dass es noch nie eine Regierung gegeben hat, die in so kurzer Zeit so stark gealtert ist. Es hat noch nie eine Regierung gegeben, die in so kurzer Zeit so viel an Schwung verloren hat. Es hat noch nie eine Regierung gegeben, deren Energie derart schnell aufgebraucht war. Man kann ja vielleicht sagen, dass Herr Schröder noch einen gescheiterten Wahlkampf gemacht hat. Herr Schröder wäre mit Sicherheit schon gescheitert gewesen, den Mund nicht so voll mit Versprechungen zu nehmen. Ich sage: Genau deshalb wird Herr Schröder am 22. September gescheitert sein.

(Beifall)

Dieser Bundeskanzler wird verantwortlich dafür sein, dass es eine neue Steigerungsform in Deutschland gibt: gescheit, gescheiter, gescheitert. Das wird die historische Mission von Schröder sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir dagegen gehen bestimmt und entschlossen unseren Weg. Wir leben ja alle in einer unglaublich spannenden Zeit. Wir wissen, dass sich vieles bewegt und dass vieles anders wird auf der Welt. Weil Deutschland in dieser Zeit gefordert ist, ist die Christlich Demokratische Union gefordert, den Wandel, in dem wir leben, zu bestimmen. Es waren immer wir Christdemokraten, die weiter waren als die Verhältnisse. Es waren immer wir Christdemokraten, die eine Vision für die Zukunft hatten. Es waren immer wir, die die Kraft hatten, eine Ära der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen.

Es war die Kraft der Ära Konrad Adenauers, die es nach dem Krieg vermocht hat, Deutschland zu einem vollwertigen Mitglied der westlichen Völker- und Wertegemeinschaft zu machen. Diese Entscheidung war eine schwierige Entscheidung, da es eine bewusste Entscheidung für die Westbindung und gegen die deutsche Einheit in Neutralität war. Diese Entscheidung hat es uns möglich gemacht, 1989 gegen alle Anfeindungen in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit feiern zu können.

(Beifall)

Liebe Freunde, es war die Kraft der Ära Ludwig Erhards, die es vermocht hat, in der Zeit des Mangels, in der schwierigsten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auch Ungleichheit zuzulassen, Menschen Kreativität und Energie zuzutrauen und damit der Sozialen Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist und bleibt eine Schande, dass die Sozialdemokraten Jahrzehnte gebraucht haben, um die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft als Gesellschaftsordnung überhaupt anzuerkennen.

(Beifall)

Es war die Kraft der Ära von Helmut Kohl, die es vermocht hat, Deutschland gegen alle Widerstände zu einen, gemeinsam mit unseren alliierten Freunden, mit der Sowjetunion und gemeinsam mit den demokratischen Kräften der früheren DDR. Es war nicht nur eine Entscheidung für die Freiheit aller Deutschen, sondern es war eine Entscheidung für die Freiheit Europas, für die europäische Einigung. Liebe Freunde, darauf können wir besonders stolz sein.

(Beifall)

Buchstäblich greifbar wird diese Vision für uns alle werden, wenn wir ab dem 1. Januar 2002 den Euro in der Hand halten. Der Euro ist Ausdruck einer großen Vision, für die Helmut Kohl und Theo Waigel viel verspottet wurden. Was hat der damalige Aspirant auf das Bundeskanzleramt gesagt? Gerhard Schröder hat gesagt: Der Euro ist eine kränkelnde Frühgeburt. – Das war wiederum eine der schweren Fehleinschätzungen der Sozialdemokraten, die sich historisch rächen werden.

(Beifall)

Seit der deutschen Einheit sind elf Jahre vergangen. Vieles hat sich verändert. Für die politische Landkarte gilt das ganz offensichtlich. Wir stehen auf einer neuen Stufe von Herausforderungen für uns als Christdemokraten. Die große Leistung in der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Anfangsjahre unserer Bundesrepublik Deutschland bestand doch gerade darin, durch die soziale Marktwirtschaft den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu versöhnen, Menschen zusammenzuführen und einen bis dahin unlösbaren Widerspruch zu versöhnen. Liebe Freunde, heute stehen wir vor einer neuen Herausforderung. Wir stehen vor der Herausforderung, dass neue technische Entwicklungen unsere Welt verändert haben. Die Informations- und Kommunikationstechnologie hat die Globalisierung vorangebracht. Prozesse gehen schneller. Heute müssen wir in unserer freiheitlichen, demokratischen Ordnung es wieder schaffen, Widersprüche zu versöhnen. Wir müssen den Widerspruch zwischen Globalisierung auf der einen Seite und Verwurzelung in unserem eigenen Land auf der anderen Seite versöhnen. Das ist die Aufgabe, vor der wir Christdemokraten in Deutschland stehen.

(Beifall)

Vielleicht haben wir die neuen Herausforderungen, das Gesicht der neuen Zeit, nie klarer kennen lernen können als am 11. September dieses Jahres. Die schrecklichen Angriffe auf das World Trade Center in den USA haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere moderne, offene, freiheitliche Gesellschaft ist. Dieser Tag hat die kulturelle, politische und wirtschaftliche Verletzbarkeit unserer offenen Gesellschaft aufgezeigt. Er hat deutlich gemacht, in welcher Weise wir kulturell, politisch und wirtschaftlich auf dieser Welt zusammenhängen und voneinander abhängig sind.

Ich habe in diesen Wochen und Monaten, aber auch in den letzten Jahren die Gegner der Globalisierung protestieren sehen. Vieles davon erinnert mich an die Maschinenstürmer im 19. Jahrhundert. Viele Menschen – das müssen wir aufnehmen, wahrnehmen und anerkennen – begreifen das rasante Tempo der Veränderungen um sie herum nicht nur als Chance, viele Menschen empfinden dabei Unbehagen. Sie sehen darin ein Stück Verlust an vertrauter Sicherheit, ja sogar an Lebensqualität. Wenn wir diese Empfindungen als kleinmütig oder gar als kleingeistig abtun, dann nehmen wir diese Menschen nicht ernst. Es ist zutiefst menschlich, dass mit der Beschleunigung des Wandels das Bedürfnis nach Orientierung in unserer Gesellschaft wächst. Die CDU setzt den Fliehkräften, die die Menschen spüren, etwas entgegen, nämlich auch die Kraft des Bewahrens.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Alternative zur Globalisierung wäre Isolation. Das kann und darf für uns niemals eine ernsthafte Alternative sein. Es kann auch nicht darum gehen, herauszufinden, wie wir die Globalisierung stoppen können. Es geht darum, die Chancen der Globalisierung zum Wohle aller in unserer Gesellschaft zu wahrzunehmen – für die soziale, die innere und die äußere Sicherheit, für die Menschen in diesem Lande und ihre Identität.

Wenn die Globalisierung nur dem Wohle weniger dienen würde, würde sie scheitern und ins Verderben führen. Wenn wir aber auch in der spannenden Zeit, in der wir leben, den Prinzipien folgen, die uns in den letzten 50 Jahren geleitet haben, und wenn wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität -, auch für die globale Wirtschaft heranziehen, dann wird die Globalisierung die Kraft für Gutes sein, dann wird die Globalisierung eine Bewegung auslösen, von der die Menschen in der Region, in Europa und in der ganzen Welt Anteil haben und profitieren.

Liebe Freunde, machen wir uns nichts vor: Wem die Gestaltung dieser Aufgabe gelingt, der hat die politische Aufgabe unserer Zeit gelöst. Es geht heute darum, Ordnungspolitik im Dienste einer zukunftsfähigen, einer neuen Sozialen Marktwirtschaft als globale Aufgabe zu verstehen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

(Beifall)

Es liegt wieder an uns, diese entscheidende Gestaltungsaufgabe zu bewältigen. Das können nur wir; denn die Sozialdemokraten sind auf stromlinienförmigen Parteitagern – dies konnten wir doch in Nürnberg beobachten -zu blinder Gefolgschaft degeneriert, die Grünen gehen wie immer ihrer Lieblingsbeschäftigung, der Beschäftigung mit sich selbst, nach und die Liberalen hecheln atemlos dem Taumel der Veränderung hinterher. Wir als Christlich Demokratische Union werden in dieser Zeit dringend gebraucht.

(Beifall)

Liebe Freunde, als ich damals gesagt habe, dass wir uns mit der neuen Sozialen Marktwirtschaft beschäftigen sollten, haben viele Leute gesagt: Um Gottes Willen, was macht die Frau? Die Soziale Marktwirtschaft kennen wir; das „Neue“ wollen wir nicht haben. Hat sie Erhard verstanden? Wird sie die Grundwerte auf den Kopf stellen? Was soll das bedeuten? – Ich sage Ihnen: Die neue Soziale Marktwirtschaft ist die Antwort auf die Frage, was Ludwig Erhard heute unter den veränderten Be-

dingungen machen würde, um das Gleiche zu erreichen wie in der Nachkriegszeit, nämlich Wohlstand für alle, Arbeit für alle und keine Verschuldung des Bundeshaushaltes. Das ist die Aufgabe.

(Beifall)

Wir wollen die Versöhnung des Widerspruchs zwischen Globalisierung und Verwurzelung leisten. Das ist eine zutiefst christlich-soziale Aufgabe, wenn wir die sozialen Verwerfungen bekämpfen wollen. Das ist eine zutiefst liberale Aufgabe, weil es darum geht, die Offenheit unserer Welt positiv aufzunehmen. Das ist eine zutiefst konservative Aufgabe, weil es darum geht, Tradition und Werte zu bewahren. Es ist also mit Blick auf die Wurzeln unserer Partei eine zutiefst christlich-demokratische Aufgabe, diese neue Ära zu gestalten.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten und die Grünen hatten die Chance. Sie haben sie 1998 erhalten, weil die Menschen viele Hoffnungen in diese neue Regierung gesetzt haben. Schon nach drei Jahren wissen wir, dass der Großteil dieser Hoffnungen nicht erfüllt worden ist: Es gibt an vielen Stellen Stillstand. Es gibt an vielen Stellen Rückschritt. Es gibt an vielen Stellen Ratlosigkeit. Es gibt an vielen Stellen Beschäftigung mit sich selbst. – Wieder einmal erweist sich: Die Linken können immer nur genau so weit denken, wie die Verhältnisse sind.

(Beifall)

Bei ihnen steht immer noch Karl Marx im Hintergrund: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Das ist die Art der Wahrnehmung von Linken.

(Beifall)

Was uns, die Christdemokraten, immer ausgezeichnet hat, war, dass unsere Antworten nicht ideologisch waren. Unsere Antworten waren immer praktisch, waren immer am Menschen orientiert. Die neue Soziale Marktwirtschaft findet eine Antwort darauf, wie wir in wenigen Tagen und Wochen von 3,8, 3,9 oder 4,0 Millionen Arbeitslosen wegkommen können hin zu einer Gesellschaft, die humaner ist. Wir können doch nicht sagen: Wir leben in einer globalen Welt, da ist Vollbeschäftigung eben eine Illusion. Wir leben in einer globalen Welt, da fällt eben dieser oder jener durch den Rost. – Erhards Anspruch muss doch weiter gelten: Wohlstand für alle und Teilhabe für alle in dieser Gesellschaft unter veränderten Bedingungen. Genau das ist unser Ziel.

(Beifall)

In dieser neuen Zeit, im 21. Jahrhundert, in der Wissensgesellschaft, wie wir es nennen, ist der Schlüssel zu mehr Wohlstand die Frage der Bildung. Annette Schavan weiß es besser als ich, aber wir wissen es alle: Leider liegen deutsche Kinder im internationalen Vergleich, was Lesen, Schreiben und Rechnen anbelangt, im unteren Mittelfeld der Bewertung. Liebe Freunde, wir sind uns doch einig, dass dies nicht an den Kindern liegt. Es liegt auch nicht an den Eltern in Deutschland, noch nicht einmal an den Lehrern in Deutschland. Dies liegt einzig und allein daran, dass die Sozialdemokraten über Jahrzehnte Ideologien im Schulsystem gepredigt haben, statt der praktischen Vernunft zu folgen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich finde es toll, dass gerade von Sachsen und Thüringen die Botschaft ausgegangen ist, dass es in Deutschland in Zukunft möglich sein wird, in zwölf Jahren das Abitur zu machen. Ich finde es toll, dass Peter Müller dafür gesorgt hat, dass auch die Kinder im Saarland in zwölf Jahren Abitur machen können.

(Beifall)

Es gehört auch zur Wahrheit, dass die Kinder in Sachsen in zwölf Schuljahren mehr Unterrichtsstunden erhalten als in Niedersachsen in 13 Schuljahren. Aber das wird sich mit Christian Wulff im nächsten Jahr ändern.

(Beifall)

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg hat der einzige in der Sache weiterführende Antrag, nämlich der der Bundesbildungsministerin, bei Langzeitstudenten Studiengebühren einzuführen, eine Niederlage erlitten. Der Bundeskanzler hat sich nicht für seine Bildungsministerin eingesetzt. Ich kann nur sagen: Die von Ludwig Erhard vorgesehenen Anreize funktionieren bei Langzeitstudenten prima. In Baden-Württemberg hat Erwin Teufel die Erfahrung gemacht: Sobald ab dem 13. Semester Studiengebühren eingeführt werden, sind die Langzeitstudenten aus Baden-Württemberg verschwunden. – So einfach geht das; so muss das in ganz Deutschland werden.

(Beifall)

Das Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft hieß doch immer: Anreize für Leistung setzen. Das Dilemma der Politik der rot-grünen Bundesregierung besteht darin, dass sie diese für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Anreize nicht setzt. Liebe Freunde, es ist doch eine nicht wegzuredende Tatsache, dass Deutschland im Augenblick in Europa beim Wirtschaftswachstum den letzten Platz einnimmt. Da kann der Bundeskanzler noch so viel herumreden, noch so sehr auf die Abhängigkeiten von Amerika verweisen und den Amerikanern noch so sehr die Schuld in die Schuhe schieben: Dass wir beim Wirtschaftswachstum hinter den Iren, Briten, Franzosen und Spaniern liegen, das hat mit Amerika absolut nichts zu tun. Das werden die Menschen ihm auch sagen.

(Beifall)

Das beste Beispiel dafür, dass die Anreize falsch oder nicht ausreichend gesetzt werden, ist die Steuerreform der Bundesregierung. Die Kapitalgesellschaften werden entlastet; das unterstützen wir. Aber es gibt nicht den geringsten Grund dafür, dass die Mittelständler, die Personengesellschaften, diejenigen, die 96 Prozent der Unternehmen in Deutschland prägen und die 80 Prozent der Arbeitsplätze schaffen, schlechter behandelt werden als die Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Das liegt einzig und allein daran, dass die Sozialdemokraten bis heute immer wieder unrichtigerweise zwischen Unternehmen und Unternehmern zu unterscheiden versuchen. Es gibt nicht den geringsten Grund, staatlicherseits vorzugeben, welche juristische Rechtsform man haben muss, damit man vom Staat besser oder schlechter behandelt wird. Das ist nie unser Denken gewesen.

(Beifall)

Liebe Freunde, was hat sich im Vergleich zu der Zeit von Ludwig Erhard verändert? Verändert hat sich, dass die Menschen heute überlegen können, wo sie ihr Unternehmen gründen, wo auf der Welt, wo in Europa und wo in anderen Erdteilen sie die besten Bedingungen für ihre Initiative finden. Wir alle wissen: Die Soziale Marktwirtschaft wird nicht funktionieren, wenn die Starken aus unserem Land weggehen und die Schwächeren hier bleiben müssen. Die Soziale Marktwirtschaft hat immer davon gelebt, dass der Ausgleich innerhalb unserer Gesellschaft dadurch stattfand, dass die Starken gestärkt und die Schwachen gefördert wurden.

Liebe Freunde, deshalb ist es so wichtig, dass wir zukunftsfähige Arbeitsplätze nach Deutschland bekommen, dass unsere besten Wissenschaftler nicht mehr in Amerika sitzen und Amerikaner zu uns kommen, dass der Transrapid nicht nur in China, sondern auch bei uns gebaut wird, dass die grüne Gentechnologie hier keinen Stillstand hat und dass die Menschen in den Fortschrittstechnologien des 21. Jahrhunderts Arbeitsplätze finden.

(Beifall)

Das auffälligste Zeichen, dass etwas in diesem Lande nicht stimmt, ist, dass die Schwarzarbeit dreimal so schnell wächst wie die reguläre Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum. Liebe Freunde, wenn die Schwarzarbeit so schnell wächst, muss ich mir doch überlegen, was ich dagegen tun kann. Denn Schwarzarbeit führt zu Ausgaben und Einnahmen, die an den sozialen Sicherungssystemen vorbeigehen. Da lautet die Antwort des Bundesarbeitsministers typisch sozialdemokratisch: Mehr Kontrolle! Liebe Freunde, in der früheren DDR haben wir das alles erlebt. Sie können hinter jeden, der arbeitet, einen stellen, der kontrolliert. Zum Schluss wird sich derjenige, der arbeitet, den ganzen Tag mit nur einer Frage beschäftigen: Wie kann er den Kontrolleur austricksen? Deshalb funktioniert an dieser Stelle Kontrolle nicht.

(Beifall)

Daher müssen wir aus ordnungspolitischer Sicht eine Wahrheit beherzigen – diese Wahrheit ist einfach, aber in der täglichen Politik sehr kompliziert einzuhalten -: Derjenige, der arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Wer mehr leistet, muss mehr haben als derjenige, der weniger leistet. Sonst funktioniert die Soziale Marktwirtschaft nicht.

(Beifall)

Aus diesem Grunde haben wir über dieses Problem nachgedacht. Wir haben gesagt: Wir müssen bei der Sozialhilfe, beim Fundament unserer Gesellschaft, anfangen. Im Gegensatz zu 1998 haben wir zum ersten Mal gesagt, wer in unserer Republik nicht von der Sozialhilfe abhängig sein darf. Ich halte es für eine Schande, dass eine Million Kinder in der Bundesrepublik Deutschland von Sozialhilfe abhängig sind. Das ist nicht der Sinn von Sozialhilfe. Die Entscheidung für ein Kind darf niemals die Entscheidung für die Sozialhilfe sein. Das muss sich ändern.

(Beifall)

Genau das war der Grund, warum wir ein Familiengeld vorgesehen haben. Dabei haben wir gesagt: Jeder muss so viel Geld für sein Kind bekommen, wie er bekommen würde, wenn er

Sozialhilfe erhalten würde. Das führt nach unserem Grundmotto zu dem klaren und interessanten Effekt, dass der Familienvater bzw. die Familienmutter, der bzw. die jeden Tag zur Arbeit geht und drei Kinder großzieht, am Ende des Monats nicht mehr feststellen muss, dass er bzw. sie weniger in der Tasche hat als diejenigen, die von Sozialhilfe abhängig sind. Auch das ändern wir damit. Das ist richtig so!

(Beifall)

Liebe Freunde, was für Kinder gilt, muss auch für Behinderte gelten. Wir müssen sicherstellen, dass niemand wegen seiner Behinderung von Sozialhilfe abhängig wird. Behinderte müssen vielmehr in einem eigenen Leistungsgesetz für die Last, die sie unverschuldet zu tragen haben, Unterstützung bekommen. Das ist eine ganz wichtige Sache.

(Beifall)

Wer Sozialhilfe erhält, eine Arbeit angeboten bekommt und diese Arbeit immer wieder ablehnt, der muss stärker herangezogen werden, dem muss die Sozialhilfe stärker gekürzt werden, als das heute der Fall ist. Denn diejenigen, die arbeiten können, müssen auch Arbeit annehmen, wenn wir ihnen welche anbieten.

(Beifall)

Wenn wir diesen Bereich geregelt haben, dann müssen wir zu dem Bereich der unteren Lohngruppen übergehen. Hierzu muss man sagen: Die Väter und Mütter der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland haben die sozialen Sicherungssysteme an die Erwerbstätigkeit gekoppelt. Das führt bereits bei einem geringen Verdienst zu relativ hohen Lohnnebenkosten. Deshalb bin ich Karl-Josef Laumann, Christian Wulff und vor allen Dingen dem nordrhein-westfälischen Landesverband mit Jürgen Rüttgers außerordentlich dankbar, dass sie den Vorschlag gemacht haben, in den unteren Lohnnebengruppen erst allmählich, also progressiv, in den vollen Lohnnebenkostenbetrag einzusteigen, um niedriger bezahlte Arbeit für die Menschen, die einer solchen Arbeit nachgehen wollen, wieder attraktiver und für diejenigen Menschen, die eine solche Arbeit anbieten, bezahlbar zu machen. Das ist der Schlüssel zu mehr Beschäftigung in vielen Dienstleistungsbereichen. Dies ist ein Potenzial in Deutschland, das wir überhaupt nicht ausschöpfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, was haben die Sozialdemokraten gemacht? Außer zwei Modellversuchen, die bürokratisch sind, nichts! Außer der Abschaffung der Förderung der Dienstleistung im Haushalt nichts! Sie sind im gesamten Lohnnebenkostenbereich kontraproduktiv, obwohl die Expertengruppen des Bündnisses für Arbeit dem Bundeskanzler serienweise Vorschläge gemacht haben. Nichts davon ist angepackt worden! Das ist die Wahrheit!

(Beifall)

Liebe Freunde, wer wollte es bestreiten: Globalisierung, Offenheit unserer Gesellschaften, das bedeutet natürlich auch die Herausforderung, auf neue Art und Weise mit dem Thema „Zuwanderung“ umzugehen. Ich bin stolz darauf, dass wir mit Peter Müller und der Zuwande-

rungskommission als erste Partei ein schlüssiges Konzept erarbeitet haben, das sich mit den neuen Fragen der Zuwanderung beschäftigt.

(Beifall)

Wir haben gesagt: Zuwanderung in Deutschland ist in den letzten Jahren nicht ausreichend gesteuert abgelaufen. Es gibt folgenden Befund: Wir haben in den letzten 20 Jahren eine Verdoppelung der Zahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, und wir haben im gleichen Zeitraum eine Abnahme der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten um 20 Prozent. Das heißt, die Zuwanderung in den letzten Jahren hat im Wesentlichen in die sozialen Sicherungssysteme stattgefunden. Das ist nicht in unserem Interesse und kann es nicht sein, und deshalb, liebe Freunde, müssen wir das ändern.

(Beifall)

Wir haben uns angesichts der Globalisierung in unserem Konzept ganz bewusst gegenüber Zuwanderung geöffnet, gegenüber Menschen, die im Bereich von Wissenschaft und Technik die besten Köpfe der Welt sind. Wir werden ein neues, ein modernes, ein technisch aufgeschlossenes Deutschland nicht realisieren können, wenn wir nicht im Wettbewerb um die besten Köpfe auf der Welt mithalten. Aber, liebe Freunde, Herr Schily schlägt jetzt allen Ernstes vor, dass regionale Arbeitsämter darüber entscheiden können, wo gerade welche Berufsgruppe fehlt, und dass daraufhin Einwanderung stattfindet, zum Schluss mit Familiennachzug und vielleicht wieder in die sozialen Sicherungssysteme, und dies angesichts einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik und angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Das wird mit uns nicht zu machen sein!

(Beifall)

Wir werden unseren humanitären Verpflichtungen selbstverständlich weiter nachkommen. Das gehört zu unserem Selbstverständnis. Wir wissen aber, dass das Kernproblem der Zuwanderung die mangelnde Integration ist. Erstaunlicherweise ist in den letzten Jahren die Integration der nächsten Generation schlechter und schwieriger geworden, als es vor 10 oder 15 oder 20 Jahren der Fall war. Deshalb müssen wir als Erstes unsere Kraft auf die Integration der bei uns lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger richten. Meine Damen und Herren, in Berlin-Kreuzberg haben 60 Prozent der jungen Schulabsolventen keine Chance auf einen Abschluss im Ausbildungssystem. Wie können wir jetzt anfangen, neue Zuwanderung in diesem Bereich zu organisieren, bevor nicht die bei uns lebenden Menschen eine Chance auf eine Ausbildung in diesem Lande haben?

(Beifall)

Deshalb sage ich auch ganz klar: Integration hat für uns Vorrang. Genau aus diesem Grunde haben wir ein Nachzugsalter für Kinder von maximal zehn Jahren festgeschrieben; denn bis zu diesem Alter ist die Möglichkeit der Spracherlernung und der Integration gegeben.

Liebe Freunde, wir haben ein abgeschlossenes, ein gutes, ein richtiges Konzept. Auf der Grundlage dieses Konzeptes werden wir alle politischen Beratungen im Gesetzgebungsverfahren durchhalten. Das, was Schily bis heute vorgelegt hat, ist nicht zustimmungsfähig.

(Beifall)

Es ist nicht zustimmungsfähig und wird von niemandem von uns die Zustimmung bekommen, aber ich sage auch – und da bin ich mir mit Peter Müller vollkommen einig -, wir argumentieren mit unserem Konzept auf der Sachebene. Für uns spielen nicht taktische Dinge eine Rolle, sondern die Frage, ob die Sorgen und Nöte der Bürger berücksichtigt und ihre Probleme gelöst werden. Deshalb wollen wir ein gutes, ein richtiges Zuwanderungskonzept mit Begrenzung, Steuerung und Integration. Das ist unsere Aussage.

(Beifall)

Es liegt an Herrn Schily, ob er auf unser Konzept eingeht, und wir antworten auf die immer wieder gestellte bange Frage „Werden Sie das zum Wahlkampfthema machen?“ natürlich: Na klar machen wir es zum Wahlkampfthema, wenn die Bundesregierung keine richtige Lösung vorschlägt.

(Lebhafter Beifall)

Wenn aber die Bundesregierung Vernunft annimmt – was eher unwahrscheinlich ist, aber immer möglich -, dann werden wir selbstverständlich auf der Grundlage unseres Konzepts zustimmen. Wir sind doch nicht dumm und erarbeiten erst ein Konzept, und anschließend schmeißen wir es in den Papierkorb. Das wäre dumm, und so handeln wir nicht.

(Beifall)

Liebe Freunde, genauso müssen wir – auch das gilt in einer offenen Gesellschaft – überprüfen, inwieweit Gastrecht, Aufenthaltsrecht bei uns von manchen missbraucht wird. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber für mich war die bedeutendste Erkenntnis des 11. September dieses Jahres, dass bei uns, in unserem Lande, in der Mitte unserer Gesellschaft Menschen leben, die wir nicht kennen und die terroristische Angriffe planen, vorbereiten und vielleicht sogar durchführen. Wenn die Tatsachen so sind, dass 31 000 Fundamentalisten in Deutschland leben und dass sich viele von ihnen mit der Vorbereitung terroristischer Angriffe beschäftigen, dann müssen, so kann ich nur sagen, diese Menschen unser Land wieder verlassen. Das müssen wir in aller Freundschaft festhalten.

(Beifall)

Wir wären nicht eine große Volkspartei, wir wären nicht eine Partei, die die Globalisierung positiv annimmt, wenn wir nicht auch wüssten, dass Globalisierung bedeutet, einen internationalen Rahmen für die Wirtschaftsordnung zu gestalten. Ich will keinen Weltstaat, ich will keine Überbürokratie, aber wir brauchen Institutionen wie die Welthandelsorganisation, wie den Weltwährungsfonds, wie die UNO mit ihren Konventionen, um menschliches Zusammenleben auf diesem Erdball zu organisieren. Liebe Freunde, wir können stolz darauf sein, dass mit Klaus Töpfer in der Umweltorganisation der UNO und mit Horst Köhler im IWF zwei Christdemokraten an führender Stelle mitmachen, wenn es darum geht, die Ordnung der Zukunft in globaler Weise zu gestalten. Ich grüße beide von hier aus recht herzlich!

(Beifall)

Wir müssen wissen, dass Fragen des Umweltschutzes, Fragen der Entwicklungshilfe, Fragen des Abbaus von Handelsbarrieren für die Entwicklungsländer, Fragen der Einhaltung der Men-

schenrechte genauso zum Spektrum unserer Partei gehören. Wir werden niemals eine große Volkspartei sein, wenn wir den internationalen Umweltschutz aus den Augen verlieren, wenn wir diejenigen, die sich bei uns mit Menschenrechten befassen, zu Außenseitern erklären und wenn wir Entwicklungshilfe auf den letzten Platz schieben. Wir müssen uns auch der Anliegen dieser Menschen annehmen, und wenn wir das tun, sind wir eine starke Volkspartei.

(Beifall)

Liebe Freunde, manch einer, zum Beispiel die Vorsitzende der Fraktion Die Grünen, Kerstin Müller, hat nach dem 11. September gesagt: Nichts ist mehr so, wie es einmal war. – Ich halte das für blanken Unsinn. Es zeigt eigentlich nichts weiter, als dass alle geistigen Gebäude der Linken angesichts der neuen Bedrohungen internationaler Art, vor denen wir stehen, zusammengebrochen sind. Denn es zeigt sich doch, dass wir möglichst viel von dem erhalten wollen, was uns lieb und teuer ist. Das ist doch die Lehre des 11. September.

Es zeigt sich – das muss doch auch dem Letzten klar geworden sein -, dass sich eine Demokratie verteidigen muss, dass eine Demokratie wehrhaft sein muss, dass wir uns nicht gleichzeitig sein dürfen. Wir müssen uns überlegen, für welche Werte wir in Deutschland zu leben bereit sind. Wer leben will, der muss auch kämpfen, wenn andere uns unser Leben kaputtmachen wollen.

(Beifall)

Da sieht es natürlich mit einem Bundeskabinett, in dem mancher noch nicht einmal die Nationalhymne singen kann, schlecht aus, wenn es darum geht, zu erklären, wofür wir stehen.

Liebe Freunde, ich habe in den letzten Tagen einen bemerkenswerten Aufsatz von Norbert Blüm gefunden, mit dem Titel: Quo vadis CDU? Er schreibt: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, das ist eine biblische Botschaft... Das C im Parteinamen der CDU nimmt die Trennung von Staat und Religion nicht zurück. Aber das C könnte die Erinnerung im Gedächtnis bewahren, dass Politik ohne Gott und Gebot immer in der Gefahr steht, in Unmenschlichkeit abzustürzen.

(Anhaltender Beifall)

Deshalb, liebe Freude, war es so wichtig, dass Christoph Böhr in der Wertekommission noch einmal überprüft hat, wie unsere Auffassung des christlichen Menschenbildes heute aussieht, wo sie für uns in der Bioethik, in der Familienpolitik und in den vielen anderen Politikbereichen Leitlinie ist. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, deshalb ist es eben nicht egal, ob man Religionsunterricht hat oder nicht. Deshalb müssen auch künftige Generationen wissen, dass wir aus einer christlich-abendländischen Tradition stammen und dass diejenigen, die andere Religionen haben, trotzdem ihren Religionsunterricht an unseren Schulen bekommen müssen, damit die geistigen Grundlagen stimmen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das zieht sich auch durch die Familienpolitik. Wir haben 1998 verstanden, als viele Familien sagten: Die Sonntagsreden für uns, die Taten für das Gewerbegebiet! Mit diesem Widerspruch konnten wir nicht mehr richtig Punkte machen. Deshalb haben wir uns zu-

sammengesetzt und haben noch einmal über unsere Familienpolitik nachgedacht. Die Sozialdemokraten sagen: Familie ist dort, wo Kinder sind. Das ist eine der unsinnigsten Sätze, die ich je gehört habe. Weder auf der Straße, auf dem Spielplatz noch in der Kinderkrippe ist Familie. Familie ist dort, wo Kinder für Eltern und Eltern für Kinder Verantwortung übernehmen. Ohne Verantwortung keine Familie.

(Beifall)

Genau aus diesem Grunde und nicht aus Zufall stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Genau aus diesem Grunde sagen wir bei aller Toleranz: Die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften werden und dürfen nicht die Unterstützung des Staates bekommen, die wir Familien mit Kindern angeedihen lassen. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Aber wir haben – auch das entspricht dem C in unserem Namen – genauso deutlich gesagt: Auch Partnerschaften, die gescheitert sind, auch allein erziehende Mütter und auch Väter, die sich um ihre Kinder kümmern, obwohl sie nicht mit der Mutter zusammenleben, gehören zu unserem Bild von Familie. Auch die haben in der CDU eine Heimat. Sie werden von uns nicht verstoßen, sondern sind willkommen, wenn sie Verantwortung für Kinder übernehmen.

(Beifall)

So können wir alle Bereiche durchdeklinieren: Die Arbeitswelt, die Zuwanderung, das Steuersystem, die Familie und unsere Wertegrundlagen, all dies macht die neue Soziale Marktwirtschaft als gesellschaftliche Ordnung aus. Die internationale Dimension kommt hinzu.

Liebe Freunde, es wird eines Tages, weit jenseits des nächsten Wahltermins, einmal im Rückblick heißen, wenn wir das alles konsequent umsetzen: Es war die Kraft der Ära der CDU zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die es vermocht hat, den Widerspruch zwischen Globalisierung und Verwurzelung so zu lösen, dass er zum Wohle der Menschen in Deutschland gelöst wurde. Das ist mein Wunsch. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unsere historische Mission in diesem 21. Jahrhundert. Der sollten wir uns alle gemeinsam verschreiben.

(Beifall)

Wenn wir das schaffen, dann sind wir die Partei des 21. Jahrhunderts. Welche Kraft macht mich so sicher, dass ich denke, dass wir das schaffen können? Erstens. Ich glaube, gute Politik braucht einen klaren Kurs. Es ist in diesen Tagen ja nicht ohne Not so viel von Sicherheit und Vertrauen die Rede. Ich sage Ihnen: Beides fehlt dieser Bundesregierung, wenn man genau hinschaut. Wir brauchen keinen Bundeskanzler, dessen Verständnis von der Rolle Deutschlands in der Welt sich darin erschöpft, dass er mit Ach und Krach und unter Inkaufnahme einer Staatskrise 3 900 Soldaten zum Kampf gegen den Terrorismus bereitstellt und gleichzeitig Deutschland beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz führt. Das ist nicht unsere Rolle.

(Beifall)

Wir sind die Partei des 21. Jahrhunderts, nicht nur weil wir einen klaren Kurs haben, sondern auch weil wir zweitens immer schon ein eindeutiges Verhältnis zu den Institutionen hatten. In-

stitutionen prägen das Zusammenleben in unserem Land. Wir brauchen den Wert von Institutionen wie Familie, Verfassung, Recht, Gemeinden, Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir brauchen die Tarifparteien und wir brauchen die politischen Parteien. Wir haben nie zu denen gehört, die vorschnell über diese Institutionen hinweggehen, sie verunglimpfen und sie für sinnlos erklären. Wir wissen immer: Freiheit braucht Bindung. Freiheit ohne Bindung ist nicht die Freiheit, die wir meinen.

(Beifall)

Deshalb gehören wir nie zu denen, die sich Institutionen unterwerfen. Das tun wir nicht. Das machen Sozialdemokraten. Man hat das wieder bei der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes gesehen. Es geht letztendlich immer nur darum, die Zentrale zu stärken, und nicht darum, dem Einzelnen wirklich zu helfen. Das ist nicht unser Ding.

(Beifall)

Wir sind bereit, Institutionen weiterzuentwickeln. Deshalb werden wir auch niemals die Mitbestimmung aufgeben. Wir werden immer sagen: Im 21. Jahrhundert muss die Mitbestimmung so weiterentwickelt werden, dass der Arbeitnehmer auf der betrieblichen Ebene die Möglichkeit hat, das, worüber er entscheiden kann, zusammen mit dem Arbeitgeber unbürokratisch, ohne die Zentrale und zum besten Nutzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zu entscheiden. Das ist unsere Auffassung der Institutionen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU ist die Partei des 21. Jahrhunderts, weil sie drittens fähig ist, Brücken zu bauen. Die Entstehungsgeschichte der CDU ist eine Geschichte des Baus von Brücken zwischen Katholiken und Protestanten sowie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir wollen nicht diejenigen, die etwas leisten können, gegen diejenigen ausspielen, die das nicht können. Wir wollen nicht die Kinderlosen gegen die Kinderreichen ausspielen. Wir wollen nicht die Jungen gegen die Rentnergeneration ausspielen, die wieder einen neuen Lebensabschnitt beginnt. Wir wollen auch nicht die Verbraucher gegen die Landwirte ausspielen, wie es auf widerwärtigste Weise der Bundeskanzler im letzten Jahr getan hat.

(Beifall)

50 Prozent der Menschen in Deutschland leben in ländlichen Räumen. 50 Prozent der Menschen leben in einer Landschaft, die durch die Landwirtschaft geprägt ist. Die Bauern haben in den letzten Jahren viele Umweltregeln eingehalten und weiterentwickelt. Es ist eine Schande, dass wir einen Bundeskanzler haben, der in der Stunde der größten Not, bei BSE, die Bauern als Erstes mit Worten wie „Agrarfabriken“ beschimpft.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Union ist – viertens – die Partei des 21. Jahrhunderts, weil sie fähig ist zu einer Politik des Augenmaßes. Eine große Volkspartei der Mitte muss immer eine Partei sein, die Augenmaß in den politischen Entscheidungen bewahrt. Wer sich einmal anschaut, dass Bundesaußenminister Fischer 1999, als er seine eigenen Leute nicht dazu bewegen konnte,

beim Kosovo-Einsatz mitzumachen, bzw. lange dazu brauchte, den Kosovo mit Auschwitz verglichen hat, der merkt, dass die Grünen an dieser Stelle überhaupt kein Augenmaß für vergleichbare oder nicht vergleichbare historische Dinge haben.

Genauso wie in die eine Richtung übertrieben wird, genauso unsäglich ist es, wenn uns der Bundesverteidigungsminister mit Pool-Fotos belästigt, obwohl die deutschen Soldaten in einen schwierigen Einsatz nach Mazedonien gehen. Kein Gefühl für die Aufgabe, die ansteht!

(Beifall)

Dass Deutschland in einer Phase, in der der Bundeskanzler selber von einer neuen Rolle Deutschlands in der Welt spricht, einen Verteidigungsminister hat, der weder den Rückhalt der Bundesregierung noch den Rückhalt der Truppe und schon gar nicht den Rückhalt der eigenen Partei hat, das ist ein historisches Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und entbehrt jeder Grundlage.

(Beifall)

Harald Schmidt hat wahrscheinlich Recht, wenn er sagt: Scharping wirft das Handtuch erst, wenn ein Liegestuhl in der Nähe ist. Anders wird es wohl nichts werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, Augenmaß ist auch in der Frage der inneren Sicherheit gefordert, Augenmaß bei einem Bundesinnenminister, der in seiner Verbalakrobatik überhaupt nicht zu übertreffen ist, bei dem aber den Worten an vielen Stellen überhaupt keine Taten folgen, weil Rot-Grün ihn gar nicht machen lässt. Deshalb sage ich: Wir sind schärfer als Schily, wenn es ums Handeln geht. Das ist richtig und wichtig.

(Heiterkeit und Beifall)

Schily könnte ja überhaupt nichts auf die Reihe bringen, wenn er nicht die CDU- und CSU-Innenminister hätte; denn diese müssen ihm ja jedes Mal die Rückendeckung geben, die er bei Rot-Grün überhaupt nicht hat; sonst wären seine Sicherheitspakete I und II in der Schublade verschwunden und niemals durchgekommen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Thema innere Sicherheit eines sagen: Ole von Beust hat in Hamburg die Erfahrung gemacht: Dieses Thema muss von uns, den Politikern, ernst genommen werden; wir müssen erkennen, dass die Frage der inneren Sicherheit etwas mit sozialer Sicherheit zu tun hat; wir müssen akzeptieren, dass es zur freiheitlichen Ordnung gehört, dass man auch nach Einbruch der Dunkelheit seine Wohnung verlassen kann, dass nicht nur derjenige ins Theater kommt, der sich ein Taxi leisten kann, dass nicht nur der eine Nachtschicht machen kann, der ein eigenes Auto hat, sondern dass man öffentliche Verkehrsmittel benutzen kann und sich in seiner eigenen Wohnung sicher fühlt. Das gehört zu den sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

(Beifall)

Liebe Freunde, Augenmaß – das ist das Thema, für das ich mich auch in einer anderen Frage sehr eingesetzt habe. Dabei müssen wir akzeptieren, dass durch den 11. September klar geworden ist, dass wir es in unserem Land mit Bedrohungen zu tun haben werden, bei denen man innere und äußere Sicherheit nicht mehr so trennen kann wie früher. Die Angriffe auf das Welthandelszentrum sind Angriffe quasi militärischer Art, durchgeführt von nicht staatlichen Organisationen. Diese Bedrohung müssen wir beantworten. Deshalb haben wir uns mit Augenmaß – nicht irgendwie im Überschwang – darüber Gedanken gemacht, wie die innere und äußere Sicherheit verbessert werden kann und wie eine Zusammenarbeit von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr – in bestimmten Bereichen, nur dort, wo die spezifischen Fähigkeiten der Bundeswehr besser sind, zum Beispiel bei ABC-Waffen -, ermöglicht werden kann, wenn es zu terroristischen Bedrohungen in unserem Lande kommt. Das ist neues Denken. Wir dürfen nicht immer nur das Alte nachmachen, sondern auf die neuen Herausforderungen richtige, zeitgemäße Antworten geben.

(Beifall)

Fünftens ist die CDU die Partei des 21. Jahrhunderts, weil sie sich um Ehrlichkeit bemüht. Ich glaube, es kommt im 21. Jahrhundert darauf an, dass man das sagt, was man für richtig hält, und das tut, was man sagt. Dieses Bemühen um Ehrlichkeit ist besonders wichtig, weil der Bundeskanzler, den wir jetzt gerade haben, ein Bundeskanzler ist, der vieles versprochen, aber wenig gehalten hat. Er hat gesagt, eine Ökosteuer von 6 Pfennig ist das Ende der Fahnenstange. Was ist daraus geworden? Am Ende der Legislaturperiode werden es 32 Pfennig sein. Das, was der Bundeskanzler gesagt hat, war glatt gelogen.

(Beifall)

Er hat von einer massiven Senkung der Arbeitslosigkeit gesprochen, von einer Senkung der Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent, von einer Senkung des Staatsdefizits. Schröder hat alle Chancen, als Bundeskanzler in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unter der Überschrift einzugehen: Versprochen – gebrochen. Wir werden das im Wahlkampf durchdeklinieren, Punkt für Punkt und Sachverhalt für Sachverhalt. Nicht wir haben es versprochen, er hat es versprochen.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat – ich sage jedem: Wiederholen Sie es immer wieder! – gesagt:

Speziell ich möchte nach vier Jahren an einer einzigen Frage gemessen werden, an der nämlich, ob es einer neuen Regierung gelungen ist, die Arbeitslosigkeit massiv zu senken. Wenn es uns nicht gelingt, bereits in den ersten Jahren Durchbrüche zu erzielen, dann haben wir es nicht verdient, weiterzuregieren.

Wo er Recht hat, hat er Recht. Genauso werden wir es am 22. September machen.

(Anhaltender Beifall)

Wir wollen deshalb den Kreislauf von Versprechungen, Erwartungen und Enttäuschungen durchbrechen. Die Menschen in unserem Lande wollen Anerkennung für das, was

sie leisten. Sie wollen die Freiheit, ihre Entscheidungen selber treffen zu können. Die Menschen in unserem Lande versuchen Tag für Tag, ihr Bestes zu geben. Sie arbeiten hart; sie kümmern sich um ihre Familien, ihre Angehörigen; sie haben Freundschaften mit ihren Kollegen. Wir, die Politiker, haben lediglich – aber das scheint für andere schwer zu sein – die Aufgabe, ihnen Bedingungen zu verschaffen, unter denen sie ihr Leben gestalten können, so wie sie es möchten. Deswegen haben wir den Menschen keine Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sondern ihre Pläne zu unterstützen. Deshalb müssen wir den Menschen Freiräume eröffnen, damit sie ihre Entscheidungen treffen können. Deshalb ist die Frage des Steuersystems in der Bundesrepublik Deutschland nicht ein finanztechnisches Thema, sondern ein Problem des Verhältnisses der Bürger zu ihrem Staat. Unsere Aufgabe muss es sein, jedem Einzelnen in diesem Lande wieder eine Stimme zu geben, damit jeder in diesem Lande wichtig ist, damit wieder Politik für die Menschen gemacht wird.

Ich denke an all die Arbeitnehmer, die mit einem geringen Lohn ihrer Arbeit nachgehen und die durch steigende Krankenkassenbeiträge und durch Anhebung der Ökosteuer zum 01.01.2002 noch mehr belastet werden. Durch Rot-Grün haben sie nicht mehr, sondern weniger in der Tasche.

Ich denke auch an unsere Soldaten, die sich im Einsatz befinden und die für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent Europa eintreten, aber deren Ausrüstung durch die Bundesregierung nicht verbessert – wie es angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe sein müsste -, sondern verschlechtert wurde.

Liebe Freunde, ich denke an die Polizisten, die in vielen sozialdemokratischen Ländern heute immer noch ihre eigenen Ausrüstungsgegenstände wie schuss sichere Westen selber kaufen müssen, obwohl sie einen schweren Dienst leisten. Ich halte das für einen Skandal.

(Beifall)

Ich denke an die Kranken – vor allen Dingen an die Kranken, die sich nicht so gut ausdrücken können -, denen die Gesundheitspolitik von Schröder nichts anderes bringt als eine dauernd anwachsende Zwei-Klassen-Medizin. Liebe Freunde, das ist nicht unser Bild von sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen, dass jeder die Chance auf eine ordentliche medizinische Versorgung hat. Wir sagen den Menschen ehrlich: Dies wird ohne einen Eigenbeitrag nicht gehen. Aber wir werden dafür sorgen, dass jeder diese Chance hat: der chronisch Kranke, der Schwerkranke, derjenige Kranke, der sich besser ausdrücken kann, und derjenige Kranke, der dies nicht kann. Das ist unsere Marschrichtung.

(Beifall)

Deshalb haben wir im Bild eines Vertrages in unserem Leitantrag den Menschen in Deutschland ein Angebot gemacht. Wir sagen: Wir stellen euch alle, jeden einzelnen, in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir machen keine Politik wie der Bundeskanzler, der immer nur die organisierten Gruppen in unserem Lande im Auge hat. Jede Gruppe bekommt ihr Gesetz und zwischendurch werden die Gruppen gegeneinander ausgespielt. Wir machen keine Politik der organisierten Interessen, sondern wir nehmen jeden Menschen in unserem Lande gleich ernst.

Dass wir das, was wir sagen, auch halten, das zeigen wir in den Ländern, in denen wir regieren. Liebe Freunde, schauen Sie sich Baden-Württemberg an. Die beispielhafte Kriminalitätsrate dort ist ein Verdienst von Erwin Teufel.

(Beifall)

Roland Koch hat im Wahlkampf gesagt: Ich setze in Hessen eine Unterrichtsgarantie durch. – Im nächsten Jahr wird diese Garantie abschließend durchgesetzt sein, nachdem sie schon in diesem Jahr fast durchgesetzt wurde. Roland Koch hat für die Menschen in Hessen Wort gehalten.

(Beifall)

Peter Müller hat einen gewagten Wahlkampf bestritten. Manch einer ist zusammengezuckt, als er gesagt hat: Ich steige aus der Steinkohle aus. – Aber Peter Müller hat andere zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen. Heute liegt das Saarland besser in der Arbeitslosenstatistik als Nordrhein-Westfalen. Das ist die Wahrheit; das ist reale Politik.

(Beifall)

Es kommt eben nicht von ungefähr, dass in allen wirtschaftlichen Daten die Länder Sachsen und Thüringen mit Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel unter den neuen Bundesländern vorne liegen.

(Beifall)

Lieber Ole von Beust, für Sie ist dies ein Ansporn. Ich bin ganz sicher, dass Sie Hamburg nach 44 Jahren aus dem unerträglichen rot-grünen Filz herausholen und wieder zu einer Freien und Hansestadt machen, die ihren Namen verdient.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sagen nur das, was wir halten können, und wir halten das, was wir zusagen. So haben wir es auch in der Bundespartei gemacht. In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, die die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft unter globalisierten Bedingungen weiterentwickelt und die der Generationengerechtigkeit bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zum Durchbruch verhilft. Ich bin stolz darauf, dass wir dies mit der Sozialstaatskommission von Christian Wulff, mit der Bildungskommission von Annette Schavan und mit der Arbeit der Kommission Neue Soziale Marktwirtschaft einlösen konnten und dass wir heute auf diesem Parteitag ein Konzept beraten und beschließen werden, das genau diese Politik der CDU widerspiegelt.

(Beifall)

In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Menschenwürde zu ihrem Maßstab bei der Bewertung technologischer Risiken macht. Ich bin stolz darauf, dass wir dies mit der Konzeption von Jürgen Rüttgers und seiner Kommission eingelöst haben und bald ein Papier beraten werden, das sich genau mit diesen Fragen befasst.

(Beifall)

In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, die für ein Europa der Bürger eintritt. Ich bin stolz darauf, heute sagen zu können, dass wir dank eines großartigen Konzepts von Wolfgang Schäuble für einen europäischen Verfassungsvertrag mit unseren Vorstellungen von Kompetenzaufteilung in der zukünftigen Europäischen Union Vorreiter in der Europäischen Union sind.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein ganz herzliches Wort des Dankes an Hans-Gert Pöttering, den Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, sagen, der mit der größten Fraktion im Europäischen Parlament Politik für die Zukunft und für die Christdemokraten in unserem Lande macht. Herzlichen Dank, Hans-Gert Pöttering.

(Beifall)

In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, die dem einzelnen Bürger Freiräume lässt, die er braucht, und die ihm dort, wo er den Staat braucht, hilft. Ich bin stolz darauf, heute sagen zu können, dass wir das mit dem Konzept von Christa Thoben „Starker Bürger, starker Staat“ eingelöst haben. Ich danke Jörg Schönbohm, der hierzu auch Konzepte für die innere Sicherheit des 21. Jahrhunderts vorgelegt hat.

(Beifall)

In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, die ein Bekenntnis zur Nation, zur Heimat und zur eigenen Identität abgibt und die für ein Deutschland eintritt, das ein tolerantes Land unter anderen Ländern ist. Ich bin stolz, dass Peter Müller mit seinem Zuwanderungskonzept und Volker Rühe mit seinen außenpolitischen Leitsätzen genau dies eingelöst haben. Herzlichen Dank an beide für diese Arbeit.

(Beifall)

In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, deren Mitglieder in die Meinungsbildung einbezogen werden, deren Mitglieder selbstbewusst sind und diskutieren. Ich bin stolz darauf – ich bedanke mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei Laurenz Meyer -, dass wir mit einer Serie von Regionalkonferenzen im Vorfeld dieses Parteitages mit 6 000 unserer Mitglieder über unseren Leitantrag gesprochen und diskutiert haben und damit unsere Beratungen bereichert haben. Herzlichen Dank, Laurenz Meyer.

(Beifall)

In Essen habe ich gesagt: Ich will eine CDU, die nach Debatten und Diskussionen klare Entscheidungen trifft, Mehrheitsentscheidungen akzeptiert und auf dem gemeinsamen Weg vorgeht. Ich bin stolz, dass wir auch dies einlösen. Ich sage unverhohlen: manchmal mit etwas mehr Mühe, manchmal mit etwas weniger Mühe, in Sachfragen manchmal einfacher als in Personalfragen. Aber ich füge hinzu: Edmund Stoiber und ich, CDU und CSU gemeinsam, werden genau diesen Weg gehen.

Unter Freunden wird sicherlich auch manchmal Tacheles geredet, mal mit bayerischer Würze, mal mit vorpommerscher Direktheit. Das gehört zu den Menschen, die wir sind. Aber, lie-

be Freunde, eins muss in den nächsten Monaten klar sein: CDU und CSU können nur gemeinsam gewinnen. Wir können nur gemeinsam stark sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, genau in diesem Geiste werden Edmund Stoiber und ich unseren Parteien Anfang des Jahres 2002 einen Vorschlag machen, wer die Union als Kanzlerkandidat im Wahlkampf 2002 vertritt. Ich sage Ihnen, es ist richtig, einen einmal eingeschlagenen Zeitplan einzuhalten.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, es ist richtig, zu den Beschlüssen zu stehen und damit dem Gegner zu zeigen: Wir lassen uns nicht beirren. Denn, liebe Freunde – das sage ich schon mal für die Zukunft -, nach der Entscheidung über den Kanzlerkandidaten brauchen wir dann in einer Mediendemokratie die Kraft, gemeinsam und geschlossen die Person zu unterstützen, die uns in den Wahlkampf 2002 führt – mit allen Konsequenzen.

(Beifall)

Wenn uns das gelingt, dann fehlt uns nur noch eins: Dann brauchen wir die Begeisterung, die auf die Menschen in diesem Lande ausstrahlt. Ich habe es immer wieder gesagt, weil ich es so toll fand, wie Heiner Geißler es ausgedrückt hat: Nur wer sich selber imponiert, imponiert auch anderen. Wir imponieren uns und deshalb werden wir die Menschen in unserem Lande begeistern. Ich bin ganz sicher, dass das so sein wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, unser Fundament sind die Mitglieder, die vielen Mandatsträger, die in Orts- und Kreisverbänden Verantwortung tragen, die an den Canvassing-Ständen nachher die Arbeit machen, dort für uns stehen, die Mitglieder, die sich beschimpfen lassen müssen, wenn etwas nicht richtig läuft, und die Mitglieder, die für uns einstehen; denn sie wissen, wir kämpfen für eine gemeinsame Sache. Dieses unser Fundament ist stark und fest verwurzelt. Es ist so etwas wie unser Basiscamp, von dem aus wir wohl ausgerüstet den Gipfelsturm angehen können.

Liebe Freunde, wir wissen alle: Der Gipfelsturm 2002 wird kein lockerer Familienausflug bei Sonnenschein am Nachmittag. Da machen wir uns mal nichts vor! Wer sich engagiert, wer etwas bewegen will, wer weiß, wofür er kämpft, der wird auch die Kraft haben, sich auch unter widrigen Witterungsverhältnissen hinzustellen, zu kämpfen, auch wenn es manchmal schwer fällt.

(Beifall)

„Lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen von dem, was täglich gesagt wird! Viele gucken mich ja im Moment wie einen etwas abartigen Vogel an. Dies geschieht nach dem Motto: Wieso überhaupt noch von Wahlsieg reden?“ – Doch halt, das sind nicht meine Worte. Das waren die Worte Helmut Kohls in seiner Rede auf dem Hamburger Parteitag. Damals gab es Gegenwind. Auch damals gab es nur eine Antwort: kämpfen, kämpfen, kämpfen. Und wir haben damals gewonnen, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Sieg bei der Bundestagswahl 2002, das ist, das muss und das wird unser Ziel sein. Mein Ziel ist es nicht, eine wie auch immer geartete achtbare Niederlage hinzunehmen. Mein Ziel ist wirklich nicht der Wettbewerb: Wer verliert in diesem Lande am schönsten? Mein Ziel ist der Sieg bei der Bundestagswahl, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern als Aufgabe, für die Menschen in diesem Lande ab 2002 wieder eine bessere Politik zu gestalten. Das ist die Aufgabe.

(Lebhafter Beifall)

Dabei haben wir viel vor. Zuerst muss das Signal nach Sachsen-Anhalt gehen, zu unserem Freund Wolfgang Böhmer, der dort als Spitzenkandidat der CDU in eine schwierige Auseinandersetzung geht. Aber wir wollen dort SPD und PDS endlich zeigen, dass Sachsen-Anhalt etwas Besseres verdient hat als eine rot-rote Regierung.

(Lebhafter Beifall)

Am Tag der Bundestagswahl haben wir Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden Eckhardt Rehberg mit allem unterstützen, damit dieses wunderschöne Land, mein Heimatland, endlich wieder aus dem rot-roten Filz herauskommt und das bekommt, was es verdient: eine ordentliche Regierung, die das Land nach vorne bringt, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb markiert dieser Parteitag eine wichtige Weggabelung. Wir haben die Wahl: Wir können uns da einrichten und wohl fühlen, wo wir gerade sind. Wir können uns in ein Kämmerlein setzen und dort bibbern und ängstlich hoffen. Oder aber wir machen es anders – ich sage Ihnen, dass das mein Weg ist -: Wir gehen raus in den Kampf mit Herz und Verstand, solidarisch, mit Mut und Zuversicht. Dann wird es uns gelingen, nächstes Jahr die Bundesregierung dorthin zu schicken, wohin sie gehört. Dann wird es uns gelingen, gemeinsam wieder mehr aus Deutschland zu machen. Ich bitte Sie: Kämpfen Sie mit! – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe – die Delegierten erheben sich)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Wir danken Angela Merkel für diese großartige Rede. Der langanhaltende Beifall hat ja gezeigt, dass sie die Herzen der Delegierten erreicht hat. Liebe Angela Merkel, Sie haben uns Mut, Zuversicht und viel Schwung für das nächste Jahr gegeben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8 b:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN

Ich darf Sie noch einmal bitten, die Wortmeldezettel auszufüllen und sie am entsprechenden Stand, von Ihnen aus gesehen links vom Präsidium, abzugeben. – Es gibt mehrere Wortmeldungen. Die erste Wortmeldung ist von Hildegard Müller.

Hildegard Müller: Sehr geehrter Herr Milbradt! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Junge Union sieht mit großem Interesse und mit Begeisterung, dass viele Dinge in der Partei vorangekommen sind. Wir haben, wie ich finde, beeindruckende anderthalb Jahre seit

Essen hinter uns und eine Menge getan, was die Christlich Demokratische Union dem Wahlsieg 2002 wieder näher bringen wird. Wir haben inhaltlich in wesentlichen Bereichen unsere Position neu bestimmt. Aber über zwei Punkte sollten wir, so denke ich, weiter nachdenken.

Der erste Punkt: Wenn wir von Generationengerechtigkeit reden und davon, die junge Generation nicht gegen die ältere Generation auszuspielen, dann müssen auch wir bereit sein, zum Beispiel im Bereich der Reform der sozialen Sicherungssysteme entscheidendere Reformschritte einzuleiten, als das in diesem Leitantrag zum Ausdruck kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Die Wirklichkeit ist richtig beschrieben; auch die grundsätzlichen Fragen sind richtig gestellt. Ich weiß, wie schwierig es ist, vor einem Wahljahr der Bevölkerung Dinge zu sagen, die schwer umzusetzen sind. Christdemokratie aber war in unserem Land immer dann stark, wenn sie auch den Mut hatte, sich unbequemen Tatsachen zu stellen. Dann hatten die Menschen das Vertrauen, dass am Ende ein roter Faden, ein Leitkonzept steht, das uns alle zu einem Ziel führt und unser Land stark macht für die Herausforderungen der Zukunft. Mein Appell an diesen Bundesparteitag ist, das Thema soziale Sicherung nicht aus den Augen zu verlieren, sondern es ernster zu nehmen, als wir alle das bisher tun.

Der zweite Punkt, den die Junge Union ausdrücklich kritisieren muss, betrifft den Umgang mit innerparteilichen Anträgen. Wir haben auf dem Parteitag in Essen die richtigen strategischen Beschlüsse getroffen, auch was die Finanzen angeht, und unser Statut angepasst. Wir hatten dort eine Vielzahl von Anträgen in Sachen Parteireform vorliegen, nicht nur von der Jungen Union, sondern auch von vielen Kreisverbänden, die auch hier heute vertreten sind. Ich glaube, eine Partei, die sich für den Bürger sichtbar erneuern will, sollte dies nicht nur in Personen und Inhalten tun, sondern sollte auch das Thema Parteireform, das heißt die Veränderung der eigenen Strukturen, ernst nehmen. Es ist schon zu kritisieren, dass wir auf dem Parteitag in Essen beschließen, dass wir das Thema Parteireform vertagen und heute beschließen wollen, das Thema erneut zu vertagen. So sollten wir nicht mit Anträgen von Delegierten umgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte, ein deutliches Signal zu geben, dass Parteireform nicht etwas ist, das der Selbstbeschäftigung dient, sondern was notwendig ist, damit wir den Bürgern für die Bundestagswahl 2002 ein glaubwürdiges und abgerundetes erneuertes Konzept zur Verfügung stellen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hildegard Müller. –Nächster auf der Rednerliste ist Manfred Carstens.

Manfred Carstens: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren Delegierte und Gäste des Bundesparteitages! Die CDU Deutschlands wird heute und am morgigen Tag Antworten auf konkrete Fragen der Tagespolitik geben. Vor allem aber wird sie durch entsprechende Beschlussfassungen programmatisch deutlich machen, wie sie sich die Gestaltung der Zukunft unseres Landes vorstellt. Natürlich wollen wir durch den Bundesparteitag so richtig fit werden für eine baldige Regierungsübernahme auf Bundesebene. Nun kommt es darauf

an, uns richtig einzustellen. Denn ich sage Ihnen voraus: Die Lage bei der jetzigen Regierung ist so festgefahren, dass wir eher Regierungspartei werden, als das selbst die SPD heute ahnt.

Wenn man sich die Entwicklung, die wir in den letzten ein, zwei Jahren genommen haben anschaut, muss man sich schon verwundert fragen: Wie war es möglich, von einer guten wirtschaftlichen Lage so steil abzufallen? Aber das liegt ganz allein daran, dass die es einfach nicht beherrschen.

Wenn Rot und Grün sich aufmachen, in Deutschland die Regierung zu bilden, dann sind sie schon das erste Konjunkturrisiko für unser Land. Sie sind nicht imstande, geeignete Politik in die Tat umzusetzen. Die Grünen wissen genau, was sie nicht wollen. Sie wissen aber gar nicht, was sie wollen. Die Roten trauen der Privatinitiative nicht. Sie möchten alles bürokratisieren, alles irgendwie gelenkt und geregelt sehen. So kann man aber keine moderne Volkswirtschaft lenken und in die Zukunft führen. Von daher ist nun angesagt, die Finger in die Wunde zu legen.

Ich sage Ihnen, der steile Abfall konnte nur kommen, weil Rot-Grün sehr schnell das Vertrauen der deutschen Bevölkerung verloren hat. Meine Damen und Herren, führen Sie sich bitte einmal vor Augen – die Zahlen sind bei vielen ja nicht mehr präsent -: In den letzten zwölf Monaten vor der Regierungsübernahme durch Schröder hat die CDU-geführte Bundesregierung die Arbeitslosigkeit – von Oktober zu Oktober – um 399 000 zurückführen können. Damals sah alles so aus, als ob es möglich wäre, in Richtung drei Millionen Arbeitslose im Durchschnitt zu kommen. Gerhard Schröder hatte gar nichts Eiligeres zu tun, als von seinem Aufschwung zu reden. Dann brach aber schon die Vertrauenskrise aus, die zunächst allerdings durch den Exportboom überdeckt wurde, den wir dann ein, zwei Jahre gehabt haben. Schröder schlug noch einen Notnagel ein und meinte, mit 3,5 Millionen Arbeitslosen im Durchschnitt hinzukommen. Aber auch das ist überholt. Die Regierung sagt selbst, 3,9 Millionen werden es werden. Der Sachverständigenrat geht von vier Millionen aus. Das heißt, die Lage ist viel festgefahren, als wir es im Moment ganz allgemein zur Kenntnis nehmen.

Aus einer solchen Lage kommen die nie heraus, die das Vertrauen verloren haben. Wenn eine Regierung das Vertrauen der Bevölkerung verloren hat, muss sie durch eine neue Regierung ersetzt werden. Dann muss die alte Regierung abgelöst werden, meine Damen und Herren,

(Beifall)

Von daher kommt eine wesentliche Aufgabe auf uns zu.

Die Vertrauenskrise wird dadurch noch weiter verstärkt, dass eine Partei wie die PDS, der man in Deutschland zu Recht noch mit viel Misstrauen begegnet, durch die SPD hoffähig gemacht wurde – durch das Regierungsbündnis in Mecklenburg-Vorpommern, durch das Sich-Tragen-Lassen in Sachsen-Anhalt und durch die unseriöse Art und Weise, mit der man mithilfe der PDS in Berlin an die Macht gekommen ist. Angelika Barbe hat unlängst über die PDS gesagt: Das ist die SED, die sich mit einem neuen Namen PDS – maskiert hat. – Mit solch einer Partei regiert man nicht. Wenn man es trotzdem tut, verliert man das Vertrauen der Bevölkerung.

Von daher sind wir genau auf dem richtigen Weg, wenn wir uns hier auf dem Bundespartei-

tag ein modernes Programm geben und wenn wir so richtig kampfeslustig in die Auseinandersetzung gehen. Ich möchte Angela Merkel ein großes Kompliment zu dieser Rede machen, die sie hier in voller Offensive gehalten hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist der richtige Startschuss für die Auseinandersetzung der nächsten Monate.

Abschließend möchte ich noch eine herzliche Bitte auch für die weitere Programmgestaltung vortragen. Die neue Soziale Marktwirtschaft ist das Leitthema des Tages. Wir diskutieren auch über sonstige Fragen. Wir werden entsprechend beschließen, die Dinge durchsetzen und somit klar Schiff machen. Ich habe die herzliche Bitte, dass wir uns in besonderer Weise, wie es hier auch Frau Merkel angeregt hat, der Familien annehmen. Wir müssen den Familien ein besonderes Prä geben. Das muss Schwerpunktthema unseres Programms sein. Es muss eine neue Offensive für die Familien geben, damit wir in Deutschland ein wirklich kinderfreundliches Land sind oder, wenn wir es nicht sind, wieder werden. Das ist die Hauptbasis auch für die Zukunftsgestaltung unseres Landes.

Noch ein Letztes. Ich freue mich sehr, dass in der Rede von Frau Merkel das C in der CDU auf nachhaltige Weise angesprochen wurde. Ich meine, wir müssen in unserer täglichen Arbeit und auch in der Programmgestaltung diesem C in der CDU noch mehr Glanz verleihen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, das ist wichtig für die Zukunft unseres Landes. Es gibt nun einmal ein Regelwerk, nach dem die Menschen leben sollten. Dieses Regelwerk kommt von Gott. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, je mehr wir uns danach ausrichten, je mehr wir bereit sind, danach – persönlich und als ganzes Volk – zu leben, desto mehr werden wir auch eine segensreiche und gute Zukunft haben. Diese wünsche ich Ihnen und unserem ganzen Land. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Als Nächster ist unser Freund Arentz an der Reihe.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte zu drei Punkten kurz etwas sagen. Zum einen sind wir als christlich-demokratische Arbeitnehmer zutiefst empört darüber, wie rückhaltlose Solidarität bei Rot-Grün aussieht, wenn es Ernst wird.

Zweitens – ich finde, das muss an dieser Stelle auch noch einmal deutlich beschrieben werden -: Die jetzige Bundesregierung ist die arbeitnehmerfeindlichste Regierung, die wir seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland hatten.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Dritten möchte ich kurz auch etwas zu den Alternativen sagen, für die wir stehen. Der Kollege Carstens hat die zentrale Frage schon ange-

sprochen, nämlich die K-Frage: Was wird aus Kindern in diesem Land? Schröder kann, so zynisch sich das auch anhört, im Moment ja nur glücklich sein, dass er die Afghanistan-Krise hat, denn dieses Thema lenkt die Menschen davon ab, in welcher Krise sich die Bundesrepublik Deutschland befindet. Diese Krise ist nicht gottgegeben, sondern sie ist hausgemacht.

Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, war ein Armutszeugnis für die deutsche Außenpolitik. Natürlich ist es gefährlich, Farbe zu bekennen und Freunden zu helfen. Ich finde, es ist aber keine verantwortliche Politik, wenn man aus Angst vor möglichen Gefahren und Problemen andere die Drecksarbeit machen lässt und sich selber in den Fernsehsessel setzt, um von dort aus die weltpolitische Lage besserwisserisch zu kommentieren.

Meine lieben Freunde, wenn das amerikanische Volk in der Vergangenheit so gedacht hätte wie viele bei Rot-Grün, könnten wir heute nicht in Dresden Grundsatzdebatten auf einem frei gewählten CDU-Bundesparteitag führen.

(Beifall)

Wenn die Amerikaner in den 40er-Jahren so gedacht hätten, hätte in der vergangenen Woche in Nürnberg mit Sicherheit nicht der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern bestenfalls ein Reichsparteitag der NSDAP stattgefunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Außenpolitik der letzten drei Jahre hat einen politischen und moralischen Scherbenhaufen hinterlassen und in der Innenpolitik sieht es ganz genauso aus. Die Innenpolitik ist das Gegenteil von Schröders Versprechen, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen. Für die Arbeitnehmer ist die Bilanz ein Trauerspiel. Das Wirtschaftswachstum ist bei dieser Regierung nur noch unter dem Mikroskop zu erkennen. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Winter mit weit über vier Millionen eine neue Rekordhöhe erreichen. Das verfügbare Nettoeinkommen der Arbeitnehmer ist in den letzten zwölf Monaten gesunken und das der Arbeiter noch einmal stärker als das der Arbeitnehmerschaft insgesamt.

Im Gesundheitswesen bluten die Menschen gleich zweimal: als Beitragszahler aufgrund höherer Beiträge und als Patienten wegen der Zweiklassenmedizin, weil Frau Ulla Schmidt wohl lächelt, sich aber wahren Reformen verweigert.

Es wurde eine Rentenreform durchgeführt – auch das haben wir noch nie gehabt; das ist Premiere -, die noch nicht einmal sechs Monate lang ihre Versprechungen halten konnte, nämlich die Beiträge zu senken.

Und es wurde eine Steuerreform ins Werk gesetzt, die nicht nur den Mittelstand benachteiligt hat, sondern ebenso die Arbeitnehmer; denn durch Rot-Grün werden natürliche Personen, ob Arbeitnehmer oder Mittelständler, gegenüber den Kapitalgesellschaften schlechter gestellt. – Ich nenne das ein Versagen auf der ganzen Linie. Wer uns jetzt noch erzählt, rot-grüne Politik sei arbeitnehmerfreundlich, der steht im Verdacht, den Kindern abends vor dem Einschlafen zu erzählen, dass die Taliban die Friedensbewegung von Afghanistan sei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund will ich den Deutschen Gewerkschaftsbund hier und heute auffordern, sich im nächsten Jahr nicht wieder als parteipolitischer Steigbügelhalter für Schröder und die SPD herzugeben, wie wir es bei der letzten Bundestagswahl erlebt haben.

(Beifall)

Wer angesichts des Versagens dieser Bundesregierung und der sozialen Schieflage ihrer Politik die Schröder-Regierung erneut unterstützt, egal ob mit Geld, mit guten Worten oder mit konsequentem Weggucken – auch das kann in diesem Fall schon als Unterstützung gewertet werden –, der vergeht sich an den Interessen der Arbeitnehmer in Deutschland. Ich sage Ihnen: Die Väter der Einheitsgewerkschaft würden im Grabe routieren, wenn sie sähen, was da abläuft.

Liebe Freunde, die Erkenntnis, dass die Schröder-Regierung grottenschlecht ist, verbreitet sich langsam aber sicher. Ich glaube aber, dass das nicht reicht. Wir müssen Alternativen haben. Dass wir mit diesem Programm mit neuen politischen Konzepten auf neue Herausforderungen antworten können, das ist – dies muss hier noch einmal deutlich gesagt werden – ein ganz wesentliches Verdienst unserer Bundesvorsitzenden Angela Merkel. Niemand hat so wie sie in den letzten Jahren die inhaltliche Erneuerung mit großer Energie vorangetrieben. Das war ein ehrgeiziges und sicher oft auch schwieriges Projekt. Gerade deswegen meine ich, dass wir ihr an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes dafür aussprechen sollten. Jetzt kommt es darauf an, dass wir unsere neuen Ideen auch offensiv unter die Leute bringen. Dabei ist für uns in der CDA klar, dass sich Wirtschafts- und Sozialpolitik auf gleicher Augenhöhe bewegen müssen. Das ist beste Tradition Sozialer Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack.

Meine Damen und Herren, die CDU war nie nur Wirtschaftspartei und auch nie nur eine Partei der Starken und Leistungsfähigen. Sie war immer auch eine soziale Volkspartei, eine Partei der kleinen Leute. Deshalb und nur deshalb haben wir in 37 von 52 Jahren die Chance gehabt, dieses Land zu regieren – und wir haben es gut regiert. Wenn wir im nächsten Jahr wieder regieren wollen, müssen wir uns wieder genau darauf besinnen. Nur als Volkspartei, die auch die Interessen der kleinen Leute vertritt, haben wir im nächsten Jahr alle Siegeschancen dieser Welt. Keine Partei hat die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaates so entscheidend geprägt wie die Union. Alle großen sozialen Gesetze tragen die Unterschrift von CDU-Kanzlern und CDU-Arbeitsministern. Deswegen haben wir auch und gerade im Bereich der Sozialpolitik keinen Grund zu Minderwertigkeitskomplexen. Im Gegenteil: Wir können mit hoch erhobenem Kopf für die Sozialpolitik der Union werben.

Ich komme zum letzten Punkt. Wir haben ein tolles familienpolitisches Programm. Jeder weiß, dass die Familien die Lastesel in diesem Land sind; auf sie wird alles draufgepackt. Der Esel bricht bald zusammen, wenn wir ihm nicht helfen. Deswegen müssen wir von diesem Parteitag das Signal aussenden, dass wir die Punkte, die im familienpolitischen Papier vom 13. Dezember 1999 stehen und die die Bundestagsfraktion konkretisiert und in Zahlen gegossen hat, bestätigen und damit deutlich machen, dass dies für die nächste Legislaturperiode das wichtigste

Projekt ist. Die CDU Deutschlands muss wieder die Familienpartei in Deutschland werden. Das ist eine Frage der Zukunft und das ist eine Frage der Gerechtigkeit . – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Mibradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Der Nächste auf der Rednerliste ist Wolfgang Böhmer.

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mich gemeldet, weil wir das Bundesland sind, in dem die nächsten Landtagswahlen stattfinden; Angela Merkel hat dies bereits gesagt. Ich möchte Sie von dieser Stelle aus bitten, uns dabei zu helfen.

(Beifall)

Sie haben völlig zu Recht festgestellt, dass die Entwicklung in den neuen Bundesländern in den letzten zehn Jahren völlig unterschiedlich verlaufen ist. Wer die zentralistisch geleitete ehemalige DDR kennt, der weiß, dass die Wirtschaftsverhältnisse in den einzelnen Regionen vielleicht nicht völlig gleich, aber doch sehr ähnlich waren. Aber unter unterschiedlichen Landesregierungen bei gleichen Rahmenbedingungen seitens des Bundes haben sich in den einzelnen Bundesländern völlig verschiedene Entwicklungen vollzogen. Manche Wirtschaftswissenschaftler wollen nicht wahrhaben, dass im Zeitalter der Globalisierung innerhalb eines einzelnen Bundeslandes überhaupt Wirtschaftspolitik betrieben werden kann; es mag auch manches Wahre daran sein. Aber die unterschiedlichen Rahmenbedingungen hatten in Thüringen und Sachsen einerseits und in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern andererseits völlig unterschiedliche Entwicklungen zur Folge. Die Bundesländer, die zurzeit von SPD und PDS regiert werden – dazu gehört nun einmal auch unser Land -, weisen eindeutig die schlechtesten Wirtschaftsdaten auf. Unser Land, Sachsen-Anhalt, hat die rot-rote Landesregierung zum Land der roten Laternen gemacht. Wir haben seit Jahren nicht nur die höchste Arbeitslosigkeit, sondern auch die schlechtesten Daten hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung und die niedrigste Selbstständigkeitsquote. Dies wollen wir als CDU Sachsen-Anhalts ändern. Ich sage ganz offen und freimütig: Dazu brauchen wir Hilfe.

Ich bin außerordentlich dankbar, dass Angela Merkel in ihrem Grundsatzreferat auf diese Probleme eingegangen ist; denn gerade das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird von den Menschen in den neuen Bundesländern mit besonderer Sensibilität verfolgt. Die Fragen, die sich in diesem Bereich stellen, müssen wir beantworten. Wir müssen klar machen, dass wir eine Partei sind, die die Wirtschaft fördert; denn eine gute Wirtschaftspolitik ist die Grundlage für Sozialpolitik. Dies den Menschen in den neuen Bundesländern deutlich zu machen und sie davon zu überzeugen ist eine Aufgabe, die bei weitem noch nicht überall umgesetzt ist. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen.

Weil wir ganz genau wissen, dass die Bundespolitik für die Landtagswahlen entweder Rücken- oder Gegenwind bedeuten kann, ist es uns auch wichtig, dass die CDU Antworten auf die Fragen der Zeit gibt, die mit Landespolitik nichts zu tun haben, die aber für die Wählerentscheidung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Das Programm, das in den letzten

Monaten und Jahren ausgearbeitet worden ist und das wir heute beschließen werden, gibt Antworten auf das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der schwierigen Zeit der beginnenden Globalisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts und auch – darüber werden wir morgen sprechen – Antworten auf die besonderen Bedingungen der Entwicklung in den neuen Bundesländern. Wir erhoffen uns, dass von diesem Bundesparteitag Schwung ausgeht, ein Aufschwung vor allen Dingen für die Länder, in denen wir um die Mehrheit kämpfen müssen. Wir müssen – ich nenne als Beispiel für die neuen Bundesländer Thüringen und Sachsen, als Beispiel für die alten Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern – nachweisen können, dass die Wirtschaftspolitik der CDU die Grundlage für Erfolge in der Sozialpolitik ist.

Alles andere hat Herr Arentz schon gesagt. – Ich möchte nur deutlich machen: Es gibt noch Verständnisunterschiede zwischen denen, die mit der Sozialen Marktwirtschaft groß geworden sind, und denen, die sich erst unter den schwierigen Bedingungen der wirtschaftlichen Transformation damit auseinandersetzen mussten. Es ist ein gutes Zeichen, dass dieser Parteitag in Dresden stattfindet. Ich bin davon überzeugt, dass das, was wir hier diskutieren und beschließen werden, für die Bundesrepublik insgesamt wichtig ist, gerade aber für die neuen Bundesländer, wo die Phase des wirtschaftlichen Transformationsprozesses noch nicht abgeschlossen ist. Wir in Sachsen-Anhalt brauchen die Unterstützung der gesamten Bundespartei – das will ich offen zugeben -, weil wir nach der nächsten Landtagswahl wieder die Verantwortung in unserem Land übernehmen wollen.

(Beifall)

Ich habe deswegen die herzliche Bitte, uns dann, wenn wir Sie darum bitten werden, zur Verfügung zu stehen. Wir wollen das Blatt auch in unserem Bundesland wenden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wolfgang Böhmer. Wir wünschen Ihnen für den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt alles Gute. Die rot-rote Regierung dort muss weg. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Antragskommission im ersten Obergeschoss der Halle 3 in Raum 3.114 tagt. Dieser Hinweis ist für diejenigen, die das bisher noch nicht mitbekommen haben. – Als Nächster auf der Rednerliste ist unser Freund Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde! Nach der fulminanten Rede unserer Vorsitzenden möchte ich zwei Punkte aufgreifen – ich finde es übrigens gut, dass wir uns die Zeit nehmen, über die Rede von Angela Merkel zu diskutieren -: Angela Merkel hat darauf hingewiesen, dass wir uns in einer ungeheuer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden. Die Bundesregierung bzw. der Bundeskanzler versuchen, alles schönzureden. Wer sich im Ausland, vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten umhört, der erfährt, dass all das Reden davon, dass es im nächsten Jahr wieder aufwärts geht, ohne jede inhaltliche Begründung ist. Es gibt leider – ich sage ausdrücklich leider – keinerlei Anlass zu einem solchen Optimismus. Die Wahrheit ist: Wir stehen vor einer großen, tiefen und schweren Rezession.

Normalerweise müsste doch in einer solchen Situation in der Regierung jemand sagen: Ich habe ein Konzept, wie wir aus dieser Rezession herauskommen. – Ich weiß nicht, ob auch lh-

nen schon aufgefallen ist, dass derjenige, der normalerweise qua Amt Nachfolger von Ludwig Erhard ist, also Bundeswirtschaftsminister Müller, seit Wochen abgetaucht ist. Man fragt sich, ob dieses Land überhaupt einen Bundeswirtschaftsminister hat. Da er offensichtlich kein Rezept hat, sollte der Bundeskanzler überlegen, ob er diesen Mann angesichts der drohenden Steigerung der Arbeitslosigkeit und des Schicksals der Dauerarbeitslosigkeit in Deutschland überhaupt im Amt lassen kann.

(Beifall)

Das heißt aber umgekehrt für uns, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir in dieser Situation verfahren und welche konkreten Konzepte wir anbieten. Der erste Punkt dabei ist: Was mir persönlich und meinem Landesverband wichtig ist, ist der Beschluss, den wir heute zur Einführung eines Niedriglohnssektors treffen. Dies ist eine Idee, die für das Bündnis für Arbeit von Wissenschaftlern aus dem Max-Planck-Institut für Sozialforschung in Köln und aus dem Deutschen Institut für Wirtschaft entwickelt worden ist. Dahinter steckt die Idee, dass wir, anstatt den zweiten Arbeitsmarkt zu subventionieren, in den ersten Arbeitsmarkt investieren. Jeder von uns weiß: ABM-Stellen führen nicht aus der Arbeitslosigkeit heraus. Deshalb brauchen wir reguläre Arbeitskräfte auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das heißt, wir müssen mit einem Niedriglohnssektor dafür sorgen, dass die Arbeitskosten sinken, dass derjenige, der einen solchen Job übernimmt, bis zu 40 Prozent netto mehr in der Tasche hat. Damit könnte man einen Wachstumsimpuls für das kommende Jahr setzen. Das wäre ein ganz zentrales Projekt in dieser Rezessionszeit.

Wir benötigen dafür – das wurde errechnet – 19 Milliarden DM. Dieses Geld bekommen wir, indem wir die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg umfinanzieren.

Es gibt einen zweiten Punkt – auch dies sollte auf diesem Parteitag gesagt werden -: Wenn eine Rezession droht und die Wirtschaft lahmtrifft, dann ist der größte Fehler, den man machen kann, die Steuern zu erhöhen. Deshalb muss sofort beschlossen werden, alle anstehenden Steuererhöhungen sofort zu canceln, also dafür zu sorgen, dass die nächste Stufe der Ökosteuer zum 1. Januar 2002 nicht in Kraft tritt, sondern dass stattdessen ein Wachstumsimpuls gegeben wird.

(Beifall)

Es gibt einen dritten Punkt, liebe Freunde – er ist ein Stück weit ein Notschrei unserer Oberbürgermeister, unserer Landräte und unserer Bürgermeister -: Bei uns in Nordrhein-Westfalen droht in den kommenden Wochen, dass, wenn wir Pech haben, fast alle Großstädte – das und an die 200 Städte und Gemeinden, das sind mehr als die Hälfte – ein Haushaltssicherungskonzept bekommen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen Investitionsstau von mehr als 30 Milliarden DM. Anstatt zu investieren, plündert die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Städte und Gemeinden aus. Ich weiß, dass überall dort, wo Rot, Rot-Rot oder Rot-Grün regieren, die Situation nicht anders ist.

Deshalb möchte ich auf Folgendes hinweisen: Im Zusammenhang mit der Steuerreform wurde die Gewerbesteuerumlage für die Städte und Gemeinden von 20 auf 30 Prozentpunkte er-

hört, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass es mit der Konjunktur demnächst aufwärts geht. Eine Notmaßnahme, um die Investitionsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden zu sichern, wäre es, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurückzunehmen und sie von jetzt 30 auf wieder 20 Prozentpunkte zu senken. Das wäre ein konkreter Beitrag zur Bekämpfung der Rezession und zur Herstellung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

(Beifall)

Einen weiteren Punkt möchte ich kurz ansprechen. Dieser Punkt hat etwas mit der Außenpolitik und der jetzigen Situation zu tun. Es war richtig, dass wir als Union die Politik der Bundesregierung nach dem 11. September staatspolitisch verantwortlich unterstützt haben. Aber das kann nicht bedeuten, dass wir das ohne Kritik tun. Ich will ausdrücklich betonen, dass ich als überzeugter Europäer es nicht für gut halte, dass die jetzige Bundesregierung eine Politik der Renationalisierung unserer Außenpolitik betreibt. Es kann kein Ziel deutscher Außenpolitik sein, auf gleicher Augenhöhe mit Frankreich oder Großbritannien in den Krieg zu ziehen. Unsere Politik war immer, in Europa eingebunden zu sein. Ich finde, das muss wieder deutlicher werden. Wir können nicht einfach über die kleinen Länder in Europa hinweggehen, bloß weil wir meinen, vorne mitspielen zu müssen.

(Beifall)

Wenn wir heute in den Vereinigten Staaten einen guten Ruf wegen unserer Solidarität haben, dann, liebe Freunde – das ist eine kleine Geschichte, die ich abschließend erzählen möchte -, haben wir das einigen wenigen Matrosen unserer Bundesmarine zu verdanken. Ich habe in Washington folgende Geschichte erzählt bekommen: Am 14. September, also drei Tage nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center und auf das Pentagon in Washington, hat der Zerstörer „Lütjens“ unserer Bundesmarine an einem Manöver im Rahmen der NATO teilgenommen. Dieser Zerstörer wollte sich aus dem Verband verabschieden. Anstatt einfach wegzufahren, hat dieser Zerstörer gedreht und der Kommandant hat etwas getan, was eigentlich verboten ist. Er hat statt der deutschen die amerikanische Fahne auf Halbmast gehisst. Alle unsere Soldaten bzw. Matrosen sind auf Deck angetreten. Sie hatten am Turm ein Bettlaken befestigt und darauf stand der Satz: „We stand by you.“

Ein amerikanischer Matrose hat diese kleine Geschichte seinem Vater in Form einer E-Mail erzählt. Er hat davon berichtet, wie sehr die amerikanischen Matrosen von dieser Geste des deutschen Zerstörers beeindruckt waren. Der Vater dieses Matrosen hat diese E-Mail über Internet seinen Freunden zukommen lassen. So hat die Geschichte Beine bekommen. Unter anderem hat ein amerikanischer Kongressmann davon erfahren. In einer Debatte des amerikanischen Kongresses hat er darauf verzichtet, seine ursprünglich geplante Rede zu halten, und hat nur diese kurze Geschichte erzählt und den Brief des amerikanischen Matrosen vorgelesen. Er hat sich ausdrücklich – im Protokoll wird festgehalten, dass viele im amerikanischen Kongress Tränen in den Augen hatten – für die Solidarität dieser deutschen Matrosen bedankt.

Liebe Freunde, diese jungen Männer haben viel für die deutsch-amerikanische Freundschaft getan. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächster auf der Rednerliste ist Ole von Beust.

(Beifall)

Ole von Beust: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte zu zwei Punkten der Rede der Vorsitzenden etwas sagen. Sie hat sich lange mit dem Bereich der Zuwanderung beschäftigt. Sie hat, wie ich meine, richtig gesagt: Zuwanderung ohne Integration gibt es nicht. Lassen Sie mich das ergänzen: Integration ohne Beherrschung der deutschen Sprache gibt es nicht!

(Beifall)

Ich sage das deshalb, weil es gerade in den Großstädten, in den Ballungsgebieten Viertel gibt, in denen der Anteil der nicht deutschsprachigen Bevölkerung bei 60 bis 70 Prozent liegt. Hier eine Integration gerade der jungen Leute, der Schülerinnen und Schüler, zu erreichen, müsste unser erstes Anliegen sein, bevor wir über weitere Zuwanderung sprechen.

Es gibt in diesen Vierteln Schulklassen in der Grundschule, in denen von 25 Schülerinnen und Schülern 20 oder 21 kein einziges Wort Deutsch können. Die Antwort von Rot-Grün auf dieses Problem ist gewesen – ich kann das aus Hamburg berichten: Ja, das gibt es, und daher muss der sogenannte muttersprachliche Unterricht verbessert werden. Die haben also gesagt: In diesen Grundschulen sollen die Schülerinnen und Schüler, weil sie kein Deutsch können, zum Beispiel Türkisch lernen. – Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Die sollen schon vor der Schule Deutsch lernen, damit hinterher alle Kinder die gleichen Chancen haben. Das ist der richtige Weg!

(Beifall)

Es wird, wenn wir von Integration sprechen, darauf ankommen auch die Mittel bereitzustellen, die wir benötigen, um diese Herausforderung anzunehmen und in den Kindertagesstätten und in den Vorschulen dafür zu sorgen, dass diese Kinder, bevor sie eingeschult werden, die deutsche Sprache beherrschen und dass eben, wenn sie zum Zeitpunkt der Einschulung die deutsche Sprache nicht beherrschen, die Einschulung, verbunden mit der zwingenden Auflage, dass sie Deutsch lernen, um ein Jahr verschoben wird. Sonst haben diese Kinder, egal ob es deutschsprachige oder nicht deutschsprachige sind, keine Chance mehr im Leben und sind damit letztlich zur Arbeitslosigkeit verdammt. Da gilt es entsprechend vorzusorgen und vorzubeugen. Das ist richtige Integrationspolitik.

Nun zum zweiten Punkt, den ich ansprechen wollte. Frau Dr. Merkel, Sie haben lange zum Bereich Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft, neue Soziale Marktwirtschaft gesprochen. Ich meine, es ist richtig darüber nachzudenken, welche neuen Antworten die neuen internationalen Herausforderungen in Deutschland verlangen. Bei allen Antworten, die wir suchen und finden, dürfen wir niemals vergessen, dass es in erster Linie um diejenigen geht, die unter dem Konkurrenzdruck am meisten leiden, die aber auf der anderen Seite das Rückgrat auch der Sozialen Marktwirtschaft bilden, nämlich die kleineren und mittleren Betriebe. Vergessen wir die Handwerker nicht, vergessen wir die Einzelhändler nicht, vergessen wir die kleinen und mittleren Betriebe in dieser Konkurrenz nicht!

Auch dazu nenne ich Ihnen ein hamburgisches Beispiel. Da hat der rot-grüne Senat – sicherlich wirtschaftspolitisch gut gemeint und als großer Wurf gedacht – mit einer großen Kraftanstrengung 1,3 Milliarden DM an Subventionen aufgebracht, um eine Großinvestition im Bereich der Flugzeugindustrie in Gang zu setzen, 1,3 Milliarden DM! Alles schön und gut, aber was im Eifer des Gefechts vergessen wurde, war, Gewerbegebiete für kleine und mittlere Betriebe, für Handwerker, für Dienstleister in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung zu stellen, damit eben die kleinen und mittleren Firmen auch an den Investitionen der großen, die subventioniert werden, teilhaben können. Die müssen doch auch die Chance haben, in diesem Wettbewerb mitzumachen!

(Beifall)

Ich halte es für einen großen Fehler, wenn sich Politiker dann, wenn es um 1000 oder 2000 Arbeitsplätze geht, teilweise mit riesigem Buhei mit Betriebsräten und Unternehmensführungen groß feiern lassen, auch und gerade sozialdemokratische Politiker, weil sie für diese großen Firmen Sanierungsversuche machen, was ja im Einzelfall durchaus vernünftig sein mag, dass sich aber dann, wenn es um fünf oder zehn oder 15 oder 20 Arbeitsplätze geht, überhaupt keine Hand rührt. Auch die brauchen unsere Hilfe und brauchen Unterstützung, auch die dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall)

Wenn wir von neuer Sozialer Marktwirtschaft reden, geht es also darum, sich gerade um die Kleinen und die Mittleren zu kümmern. Wenn es darum geht, die Steuerreform vernünftig zu gestalten, wenn es darum geht, die Berufsbildung vernünftig zu gestalten, wenn es darum geht, etwas für Haupt- und Realschulen zu tun, wenn es darum geht, Kombilohn- und Niedriglohnbereiche zu fördern, statt den zweiten Arbeitsmarkt weiter aufzubauen, wenn es ordnungspolitisch darum geht, durch Privatisierung gerade kleine und mittlere Firmen zu unterstützen, dann hat die Union die richtige Antwort. Mit den Großen allein werden wir es nicht schaffen. Die Kleinen sind es, die das Rückgrat der Wirtschaft bilden, auch in einer Neuen Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Als Letzter steht nun Axel Knörig auf der Rednerliste. Ich möchte darauf hinweisen, dass danach der Bericht des Generalsekretärs kommt und möchte alle diejenigen, die im Augenblick noch draußen an den Imbissständen stehen, bitten, dort langsam zum Ende zu kommen und wieder in den Saal zu kommen. – Bitte.

Axel Knörig: Frau Vorsitzende! Herr Generalsekretär Laurenz Meyer! Meine lieben Freunde in der Union! Gestatten Sie mir, vorab zu sagen, dass ich vor wenigen Wochen stolzer Vater eines kleinen Jungen geworden bin,

(Zustimmung)

und da habe ich mir gedacht, ich melde mich hier und heute ganz spontan zur Familienpolitik. Aber das ist nicht allein die Motivation für mich, hier zu sprechen. Ich spreche auch als

jemand, der jahrelang in der Jungen Union, in der CDA und in der CDU seinen Dienst für die Union in Deutschland gemacht hat.

Wir haben Mitte der 80er-Jahre eine phantastische Familienpolitik gemacht. Mit Norbert Blüm, mit Rita Süßmuth, mit Heiner Geißler haben wir Dinge nicht nur besprochen, sondern auch beschlossen und gelebt, die da heißen: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anerkennung der Erziehungszeiten im Rentenrecht. Das war eine ganz phantastische Politik in den 80er-Jahren, und wir sind jetzt dabei, für das kommende Jahrzehnt eine Familienpolitik zu beschreiben. Das haben wir, meine lieben Freunde, auf unserem Familiengipfel vor zwei Jahren auch gemacht. Da haben wir ein phantastisches Familienkonzept geschrieben, das wir in der kommenden Legislaturperiode, ab September des nächsten Jahres, umsetzen wollen.

Nun höre ich hier und da Stimmen, die meinen, das sollte womöglich erst in vier oder fünf Jahren passieren. Ja, meine lieben Freunde, wir wollen doch im September 2001 gewählt werden, nicht erst in fünf Jahren, und deswegen bitte ich Sie: Nehmen Sie sich dieses familienpolitischen Konzepts an, und ich bitte vor allem Sie, Herr Generalsekretär Meyer, sagen Sie heute ein paar kräftige Worte zu diesem Konzept. Ich würde mir wünschen, dass wir das als einen Schwerpunkt für die kommende Bundestagswahl setzen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich übergebe das Präsidium an Dieter Althaus.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Liebe Delegierte, ich darf zum nächsten Tagesordnungspunkt überleiten, zu TAGESORDNUNGSPUNKT 10 a:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich möchte darauf hinweisen, dass im Anschluss daran die Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs stattfindet. Diejenigen, die sich zu Wort melden möchten, sollten bitte ihre Wortmeldezettel entsprechend abgeben. – Nunmehr darf ich zum Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands Laurenz Meyer das Wort geben.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nach der tollen Rede von Angela Merkel brauche ich am Anfang nur noch einmal zu unterstreichen – das ist das Wichtigste, auf das wir uns in den nächsten zehn Monaten einstellen -: Wir wollen und wir können die Bundestagswahl im September 2002 gewinnen. Das ist die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgehen muss.

(Beifall)

Wir sehen ja in den letzten Wochen und besonders jetzt, wo wir uns mit der Innenpolitik beschäftigen, jeden Tag wieder: Diese Bundesregierung hat abgewirtschaftet, und das vor allem deshalb, weil Bundeskanzler Schröder mit hohlen Versprechungen in die Legislaturperiode gestartet ist und jetzt versucht, bis zum 22. September nächsten Jahres zu überwintern.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, während wir uns auf den nächsten Wahltermin in Sachsen-Anhalt am 21. April ausrichten, starren manche SPD-Mitglieder jetzt schon ganz ge-

bannt auf den 21. März, weil sie Angst haben, dass die Bundesregierung dann nahtlos vom Winterschlaf in die Frühjahrsmüdigkeit übergeht. Von daher haben sie Angst vor diesem Termin, und das sollten wir ihnen auch immer wieder vorhalten.

Bei uns im Lande begreifen viele Menschen jetzt erst, was die Arbeitslosigkeit, die wir haben, die Tatsache, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht ist, und die schwierige Situation der sozialen Sicherungssysteme eigentlich für sie bedeuten und in welche – das darf man ruhig sagen – bedrohliche Lage diese Bundesregierung Deutschland gebracht hat.

Liebe Freunde, viele, Kommentatoren, Historiker und Politiker, haben gesagt, es gebe keine großen Themen mehr, wir bräuchten für die Auseinandersetzung neue große Themen, und wir hätten nach Westintegration, Wiederbewaffnung und Deutscher Einheit doch alle großen Streitfragen gelöst. Es wird gesagt, der Gegensatz von Freiheit und Sozialismus sei weggefallen, und große Themen zwischen den Volksparteien gebe es auch nicht mehr.

Liebe Freunde, lassen Sie uns in der Bevölkerung fragen: Sind denn vier Millionen Arbeitslose – in diesem Winter über vier Millionen -, sind denn 450 000 junge Menschen ohne Job etwa kein großes Thema mehr für uns zwischen den Parteien?

(Beifall)

Liebe Freunde, ist die demographische Entwicklung mit ihren bedrohlichen, schwer wiegenden Auswirkungen auf die Alterssicherung und Gesundheitsversorgung etwa kein großes Streitthema der Parteien? Sind die Auswirkungen der Globalisierung und der Digitalisierung keine großen Themen, nicht nur in der Welt, sondern auch für uns in Deutschland im Hinblick auf die Arbeitsplätze? Das war ja der Grund, weshalb wir uns darangemacht haben, Lösungen zu erarbeiten und Konzepte zu entwickeln. Sie haben ja den Leitantrag vor sich.

Lassen Sie uns ehrlich gegenüber der Bevölkerung sein. Geben wir doch ruhig zu, dass wir gelernt haben, dass wir bei der letzten Bundestagswahl auch deshalb nicht gewählt worden sind, weil manche gemeint haben, dass die CDU nicht mehr die richtigen Antworten auf die Zukunftsfragen habe. Ich sage das aus voller Überzeugung: Wir müssen uns anders verhalten als die Regierung Schröder, die allen alles versprochen und nichts gehalten hat. Diese Art der Politik ist verbrannt. Liebe Freunde, wir wollen sie nicht fortsetzen.

(Beifall)

Im Wahlkampf 1998 haben Herr Schröder und die SPD eine Garantiekarte verteilt, auf der als Einladung stand, man solle ihn an dem messen, was er verspricht. Das wollen wir tun. Wir wollen seiner Einladung Folge leisten und ihn an seinen Versprechen messen.

Das erste Versprechen, das er gegeben hat, lautete – ich lese es wörtlich vor -: „Mehr Arbeitsplätze durch eine konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit! Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen!“ – Meint er damit etwa die Maßnahme, in dem Herr Schröder als Talkmaster zwischen zwei Bündnispartnern aufgetreten ist, die man das Bündnis für Arbeit genannt hat? Meint er etwa, dass er mit dieser ergebnislosen Veranstaltung irgendeinen Arbeitsplatz besorgt hätte, außer für sich selbst?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, der Bundeskanzler Schröder ist an der Stelle – im Übrigen, gegen seine Gewohnheiten – sehr konkret geworden. Er hat gesagt, er wolle die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende seiner Legislaturperiode auf deutlich unter 3,5 Millionen Menschen senken. Das schreibt das „Handelsblatt“ vom 2. Mai 2000.

Tatsache ist: Deutschland ist inzwischen Schlusslicht in Europa. Erstmals seit Beginn der Arbeitslosenstatistik in Europa – die beginnt im Jahre 1964 – liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland über dem EU-Durchschnitt. Im Winter werden über vier Millionen Menschen arbeitslos sein. Die Konkursrate ist im Vergleich zum Vorjahr um über 20 Prozent gestiegen.

Liebe Freunde, Hunderttausende von Menschen in unserem Land wissen heute noch gar nicht, dass sie bald arbeitslos sein werden.

So sieht die Situation aus: Das Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze schaffen könnte, gibt es nicht mehr. Es herrscht eine Rezession. Deutschland liegt auf dem letzten Platz in Europa, und das – Angela Merkel hat es schon gesagt -, obwohl alle Länder in Europa mit denselben Weltwirtschaftsproblemen zu kämpfen haben.

Die SPD hat beim letzten Mal insbesondere mit einem Thema Wahlkampf im Wirtschaftsbereich gemacht. Ich möchte Ihnen einmal vorlesen, was damals auf den SPD-Plakaten stand, auf denen dem Mittelstand alles Mögliche versprochen wurde. Das wörtliche Zitat lautet: „Die wichtigsten Unternehmer arbeiten nicht unbedingt in der Chefetage eines Wolkenkratzers.“ Das ist doch perfide, meine Damen und Herren. Wenn sich Herr Schröder irgendwo aufgehalten hat, dann doch höchstens in den Chefetagen der Wolkenkratzer und nicht irgendwo anders. Die kleinen und mittleren Unternehmen haben ihn doch überhaupt nicht interessiert.

(Beifall)

Ich nehme nur einmal das Handwerk als Beispiel. Allein im Handwerk werden bis zum Jahresende über 200 000 Arbeitsplätze wegfallen. Die vorsichtigsten Schätzungen für das nächste Jahr gehen davon aus, dass weitere 60 000 Arbeitsplätze allein im Handwerk wegfallen werden. Deswegen werden wir in der kommenden Wahlkampfausinandersetzung auch immer wieder vortragen:

Versprochen, gebrochen! Das war das Motto Ihrer Bundesregierung, Herr Schröder.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kritisieren nicht nur. Wir sagen in unserem Leitantrag auch, wie es besser geht. Wir haben auch Belege dafür, dass wir es besser können. Die besten Belege sind unsere unionsgeführten Bundesländer. Wenn von den besten 40 Arbeitsamtbezirken 39 in unionsgeführten Bundesländern liegen, dann ist das doch ein Beweis dafür: Wir können es einfach besser als die Genossen. Das sollten wir den Menschen auch sagen.

(Beifall)

Wir geben Herrn Schröder einen guten Tipp: Er sollte sich in seiner Neujahrsansprache bei Erwin Teufel, Roland Koch, Edmund Stoiber, Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel und Peter

Müller persönlich bedanken. Wenn er sie nicht hätte, dann wäre seine Bilanz noch viel katastrophaler, als sie ohnehin schon ist.

(Beifall)

Ole von Beust, Du musst noch bis zum nächsten Jahr warten. Dann kannst Du wieder von einem CDU-Repräsentanten deine Glückwünsche entgegennehmen. Das wollen wir Dir versprechen. Für das erste Jahr wünsche ich Dir gute Arbeit!

(Beifall)

Lassen Sie mich zwei Punkte herausgreifen, an denen deutlich wird, dass wir es besser können. Das sind die Bundesländer Hessen und Saarland, in denen die Regierungen gewechselt haben. Es sind doch Roland Koch und seine Regierung dazu zu beglückwünschen, dass vom Zeitpunkt seines Amtsantritts bis zum Oktober 2001 die Arbeitslosenquote in Hessen um 2,4 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Das zeigt doch, dass sich in Hessen etwas geändert hat.

(Beifall)

Das Saarland ist regelrecht zum Aufsteiger unter den Bundesländern geworden. Was hat dieses arme Land unter Oskar Lafontaine zu leiden gehabt! Und was ist jetzt? Die Arbeitslosenquote im Saarland ist um zwei Prozentpunkte zurückgegangen, seit Peter Müller an der Regierung ist. Das zeigt: Wir können es einfach besser.

(Beifall)

Auf der Garantiekarte, die Herr Schröder verteilt hat, lautete das zweite Versprechen: Abbau der Jugendarbeitslosigkeit! Es wurden konkret 100 000 neue Jobs zugesagt.

Herausgekommen sind mit viel Geld statt der 100 000 ganze 28 000 neue Arbeitsplätze für junge Menschen. Alle anderen wurden in bildungspolitische Warteschleifen geschickt. Meine lieben Freunde, wir dürfen das nicht durchgehen lassen.

Versprochen, gebrochen, Herr Schröder! Das ist das Motto Ihrer Bundesregierung.

(Beifall)

Wer so regiert, liebe Freunde, dem darf kein zweites Mal Verantwortung übertragen werden. Das wäre zum Schaden Deutschlands. Das darf nicht sein, gerade auch im Interesse der jungen Menschen.

Auch im bildungspolitischen Bereich belegen die Fakten in den CDU/CSU-geführten Bundesländern, dass wir es besser können. Die jungen Menschen – Angela Merkel hat vorhin über unsere Bildungspolitik gesprochen – profitieren von der effizienteren Bildungspolitik in den CDU/CSU-geführten Bundesländern.

Das dritte Versprechen von Herrn Schröder war: Der Aufbau Ost wird Chefsache!

Meine Damen und Herren, ich glaube, der hat da etwas missverstanden. Aufgefundene Cousinen ersetzen keine Infrastruktur in Ostdeutschland. Das ist doch wohl ein Riesemissverständnis von Herrn Schröder gewesen.

(Beifall)

Schauen Sie sich die Ergebnisse in Sachsen unter Führung von Kurt Biedenkopf oder die in Thüringen unter Führung von Bernhard Vogel an und vergleichen Sie sie mit den Ergebnissen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Dann werden Sie sehen: Krasser können Unterschiede nicht sein.

(Beifall)

Wenn man sich die gesamte Bilanz in den Bundesländern ansieht – ich weiß das auch aus meinem Heimatland Nordrhein-Westfalen -, dann stellt man fest: Die SPD kann einfach keine Wirtschaftspolitik machen. Da, wo sie mit der PDS zusammenarbeitet, wird es sogar regelrecht zur Katastrophe für die Menschen. Das wollen wir auch in den Wahlkampfausinandersetzungen in Sachsen-Anhalt deutlich machen.

Die Liste der Versprechen könnte ich bis zum Ende durchgehen. Lassen Sie mich aber nur noch ein Versprechen im Einzelnen ansprechen. Der Punkt acht lautete: Ein bezahlbares Gesundheitssystem!

Ich finde, was da passiert, ist ein besonders schamloses Beispiel für gebrochene Versprechen.

Auf einem der Plakate der SPD im letzten Wahlkampf hieß es: „Wir möchten, dass Sie gesund werden und nicht arm.“ Liebe Freunde, nach drei Jahren Rot-Grün haben wir in Deutschland eine Zweiklassenmedizin und die Krankenkassenbeiträge steigen massiv an. Wir sollten Herrn Müntefering auffordern, diesen Wahlslogan vom letzten Mal zu ersetzen und zu schreiben: Was kümmert uns Ihre Gesundheit? Selbst schuld, wenn Sie arm sind! – Das ist die Methode der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Versprochen – gebrochen, Herr Schröder, auch bei den Themen Rente, Forschung und Wissenschaft und den übrigen Punkten, die versprochen wurden. Diese Bundesregierung muss schlicht abgewählt werden. Das wollen wir gemeinsam im Jahre 2002 erreichen.

(Beifall)

Aus dem, was ich jetzt vorgetragen habe, liebe Freunde und meine Damen und Herren, müssen wir aber einen Schluss für uns, für die CDU, ziehen: Wir dürfen auf keinen Fall den Fehler machen, mit ähnlich unhaltbaren Versprechungen in den nächsten Wahlkampf zu gehen. Genau hier sehe ich den Unterschied zwischen der SPD und uns.

Wir müssen und wir wollen den Menschen ein nachvollziehbares und ehrliches Angebot machen. Genau das soll die Unterzeile zu unserem Leitantrag ausdrücken: „Ein Vertrag für eine sichere Zukunft“.

Die CDU hat sich programmatisch neu aufgestellt. Wir haben in den letzten drei Jahren, insbesondere in den letzten eineinhalb Jahren, unglaublich viel geleistet. Ich sage das hier wirklich mit Respekt. Das ist in erster Linie ein Verdienst von Angela Merkel. Sie hat die

Partei in dieser Zeit der Erneuerung zusammengehalten; sie hat die Volkspartei CDU auf einen neuen Nenner gebracht und das ist eine riesige Leistung für unsere Partei gewesen.

(Beifall)

Liebe Freunde, worum geht es uns? Wir brauchen eine neue Balance zwischen Schutz und Chance. Wir brauchen ein neues Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit. Flexibilität und Sicherheit, das lässt sich durch unser Programm durchdeklinieren. Das gilt insbesondere für die Bereiche Wirtschaftspolitik und soziale Sicherungssysteme.

Ich will ein paar Beispiele dafür nennen. Wir wollen mehr Flexibilität bei Neueinstellungen, ohne dass die Kündigungsschutzrechte der Arbeitnehmer beeinträchtigt werden.

In unserem Programm heißt es: Wir wollen mehr Wahlmöglichkeiten in den Krankenversicherungssystemen und gleichzeitig den Schutz der Menschen dahin gehend, dass ernsthafte Risiken solidarisch abgesichert werden.

Wir wollen mehr Verantwortung für die private Altersvorsorge und gleichzeitig die Perspektive auf eine sichere Rente auch für die heute unter 40-Jährigen.

Wir wollen echte Wahlmöglichkeiten in der Familienpolitik für Mütter und Väter zwischen Berufstätigkeit und Kindererziehung und gleichzeitig die Gewissheit, dass man auch mit mehreren Kindern nicht automatisch in die Sozialhilfe abrutscht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vor diesem Hintergrund einmal die Steuerreform unter einem ganz anderen Gesichtspunkt beleuchten. Sie ist nämlich über die fiskalischen und wirtschaftlichen Aspekte hinaus auch unter gesellschaftspolitischen und sozialpolitischen Aspekten unabdingbar notwendig.

Wie soll denn eigentlich ein normaler Arbeitnehmer bei uns mit einem Durchschnittseinkommen in Zukunft die zusätzlichen Beiträge für die private Vorsorge aufbringen? Wie soll er das denn machen, wenn ihm von seinem Bruttoeinkommen durch Sozialabgaben und Steuern kaum etwas in der Tasche gelassen wird?

Nur wenn wir, wie wir es in unserem Programm vortragen, durchsetzen, dass ein Normalverdiener auf einen Steuersatz von rund 20 Prozent kommt, werden wir auch erreichen, dass er dazu überhaupt in der Lage ist. Auch deshalb ist die Steuerreform unabdingbar notwendig.

(Beifall)

Lassen Sie mich eine weitere wichtige Verbindungslinie in unserem Programm aufzeigen. Es geht um das Verhältnis zwischen demographischer Entwicklung, der Bildungspolitik und unseren Vorschlägen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Wir müssen es schaffen, die effektive Lebensarbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer zu verlängern, indem wir die Ausbildungszeiten an Schule und Universität verkürzen und die Anreize für eine Frühverrentung nach hinten abbauen. Es geht nicht um eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, das gesetzlich vorgeschrieben ist; es geht vielmehr darum, die effektive Lebensarbeitszeit um drei Jahre zu verlängern. Das ist ein größerer Beitrag zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme als alle von der Regierung diskutierten Vorschläge.

Liebe Freunde, der Bereich Soziale Marktwirtschaft mit mehr Flexibilität und Sicherheit, das ist unsere Kernkompetenz. Zu unserem Markenkern gehört darüber hinaus auch die Innere Sicherheit. Wir werden das gleich bei der Diskussion über das Programm ausführlich behandeln.

Ich möchte nur einmal fragen: Was spricht denn eigentlich dagegen, dass Fingerabdrücke in den Personalpapieren enthalten sind?

(Teilweise Beifall)

Was spricht dagegen, dass gefährdete Plätze, an denen Rauschgiftkriminalität vorhanden ist, mit Videoanlagen überwacht werden?

(Teilweise Beifall)

Was spricht dagegen, dass DNA-Analysen bei Personen vorgenommen werden, die einschlägig bekannt sind, um potenzielle Straftaten schneller zu klären?

(Teilweise Beifall)

Was spricht eigentlich dagegen, dass straffällig gewordene Ausländer auch bei kürzeren Freiheitsstrafen schneller nach Hause geschickt werden können? Was spricht dagegen?

(Beifall)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Bei den Bildern, die wir in den letzten Wochen gesehen haben, hat mich doch sehr gestört – ich will nicht, dass in Deutschland Jubelfeiern stattfinden können, wenn in New York und Washington Terroranschläge verübt worden sind.

(Beifall)

Deshalb müssen wir auch zum Schutz der drei Millionen Muslime in Deutschland die 30 000 fundamentalistischen Muslime, die auffällig geworden sind, schnellstmöglich nach Hause schicken. Das ist unsere Botschaft, auch zum Schutz der Betroffenen.

(Teilweise Beifall)

Wir brauchen eine klare Positionierung in der Inneren Sicherheit. Wir müssen zuspitzen, wenn wir uns in Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien befinden. Ich will das für mich in zwei Botschaften kleiden.

Die erste Botschaft: Die Politik muss hinter den Sicherheitsdiensten stehen, und zwar auch gefühlsmäßig und mit voller Überzeugung.

Die zweite Botschaft, die uns in diesem Zusammenhang leitet und die immer wieder von uns vorgetragen werden muss, lautet: Opferschutz geht für uns vor Täterschutz. Das ist die Botschaft auch an die Menschen im Land.

(Beifall)

Wir müssen uns mit Erscheinungen wie Schill und anderen auseinander setzen. Dazu bedarf es einer ganz klaren Sprache; dazu ist es nötig, dass wir unsere Botschaften verdichten, und

dazu bedarf es einer grundlegenden Festlegung – ich möchte, dass wir hier gemeinsam zu dieser Position stehen -: Es darf dauerhaft keine Partei im demokratischen Spektrum rechts von der CDU geben. Das muss unsere Maxime sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir persönlich auch emotional sehr am Herzen liegt. Bei den schrecklichen Bildern aus New York und Washington habe ich eine spezifische Botschaft empfunden – ich denke, es ging Ihnen genauso -: Diese Bilder drückten auch etwas von dem gesunden Patriotismus und dem Selbstbewusstsein aus, das die Amerikaner haben. Ich finde, wir in Deutschland können uns eine gehörige Scheibe davon abschneiden.

(Beifall)

Ein bekannter Mann, den Sie alle kennen, hat einmal gesagt: „Man soll das Wort Nation und das Wort Deutschland nicht den Falschen überlassen“. Liebe Freunde, dieser Mann ist Helmut Schmidt. Er hat Recht.

Aber was machen denn heute die Sozialdemokraten? Sie gehen, wenn sie das Wort „Vaterland“ oder das Wort „Patriotismus“ in den Mund nehmen, in eine dunkle Ecke, damit es keiner mitkriegt. So weit ist es mit denen gekommen.

(Beifall)

„Wir wollen ein starkes Deutschland in einem geeinten Europa“, heißt es in unserem Programm. Gerade wir als europäisch denkende Menschen brauchen ein gesundes Nationalbewusstsein.

Angesichts der Globalisierung – davon bin ich fest überzeugt – gibt es ein tiefes Bedürfnis der Menschen nach einem Gefühl von Heimat. Heimat ist die Identifikation mit der Heimatstadt, mit der Region und auch mit Deutschland.

Ich bin fest davon überzeugt, dass man als Kommunalpolitiker nicht Politik machen kann, wenn man sich nicht mit seiner Stadt identifiziert.

(Beifall)

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass auch Landespolitiker ohne gefühlsmäßige Bindung an ihr Land keine Landespolitik machen können. Auch für Bundespolitiker gilt: Ein Bundespolitiker kann nur gute Politik für Deutschland machen, wenn er auch ein liebevolles Verhältnis zu seinem Vaterland hat.

(Beifall)

Sie wissen, dass mich Minister Trittin im Sommer dafür beschimpft hat, dass ich gesagt habe: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ Er hat mit billiger Polemik versucht, die gesamte CDU in die rechte Ecke zu stellen. Das kann er mit uns nicht machen. Es gibt nämlich viele gute Gründe, stolz auf Deutschland zu sein.

(Beifall)

Wir werden den Satz „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“ nicht Rechtsradikalen überlassen. Auf die kann nämlich keiner in Deutschland stolz sein.

(Beifall)

Ich glaube im Übrigen fest daran, dass wir in diesem Gefühl, über das sehr stark diskutiert wurde, mit der Mehrheit des deutschen Volkes einig sind. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht hinter diesem Gefühl, das wir zum Ausdruck bringen. Bei der Vorbereitung habe ich noch einmal eine Äußerung von Herrn Trittin nachgelesen. Er hat am 14. November 1998 allen Ernstes in der „Welt“ in einem Interview gesagt – ich zitiere wörtlich -:

„Noch nie habe ich die Nationalhymne mitgesungen und ich werde es als Minister nicht tun.“

Ich sage Ihnen: Schon deshalb gehört dieser Mann nicht in die Bundesregierung.

(Beifall)

Wir sind inhaltlich und organisatorisch gut aufgestellt, nach diesem Parteitag ganz besonders. Der 22. September 2002 ist der Stichtag, auf den wir uns ausrichten. Unsere Vorbereitungen für den Wahlkampf laufen seit einem Dreivierteljahr. Der Bundesvorstand hat den Wahlkampfetat von 40 Millionen DM schon freigegeben. Das ist ein Drittel weniger als beim letzten Mal. Wir haben mit den Vorbereitungen deshalb so früh begonnen, weil man umso besser planen muss, wenn man weniger Geld zur Verfügung hat.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch bedanken für die gute Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Vereinigungen, den Landesgeschäftsführern und den Generalsekretären. Wir haben sie in unsere Wahlkampf vorbereitungen sehr frühzeitig einbezogen, bis hin zu einer Klausurtagung, die vor wenigen Wochen stattgefunden hat und in der wir über wahlkampfrelevante Fragen diskutiert haben.

Das Adenauerhaus ist gut gerüstet. Wir sind – das muss man bei dieser Bundesregierung sagen; sie kann ja jeden Moment auseinander fliegen – jeden Tag für den Wahlkampf bereit. Darauf soll sich die Bundesregierung einstellen.

(Beifall)

Ich möchte mich gerne bei den Mitarbeitern des Adenauerhauses bedanken. Sie haben eine engagierte Arbeit geleistet. Ich kann Ihnen versprechen: Es wird in den kommenden Monaten nicht weniger werden.

Ich möchte mich besonders bei zwei Personen bedanken. Erstens möchte ich mich bei Ruprecht Polenz für die freundschaftliche Art und Weise bedanken, wie wir die Amtsübergabe unter uns beiden in Freundschaft bewältigt haben.

(Beifall)

Ich möchte mich zweitens bei einem Mann bedanken, der sonst nie genannt wird. Ich möchte mich bei Willi Hausmann bedanken, der eine großartige Arbeit in der Geschäftsstelle leistet und viel zur erfolgreichen Arbeit beiträgt.

(Beifall)

Wir haben eine weltweit führende Werbeagentur gewinnen können, deren Know-how auf einem für uns sehr aussagekräftigen Gebiet liegt, nämlich auf dem Gebiet der Markenwerbung. Dass diese Fachleute eine hohe Motivation haben, sieht man daran, dass sie mit uns folgenden Vertrag geschlossen haben: Sie erhalten ihr volles Geld nur dann, wenn wir unser Wahlziel erreichen. Das heißt, wenn wir stärkste Fraktion werden. Ansonsten gibt es einen Abschlag. Wir wollen stärkste Fraktion und wir werden stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden. Dafür kämpfen wir alle.

(Beifall)

Wir haben manches von dem gelernt, was uns die SPD beim letzten Mal vorgemacht hat. Wir haben als erste Partei die Wahlkampfzentrale eröffnet. Wir haben die Kandidaten- und Ankündigungspakete fertiggestellt und die kommerziellen Plakatierungen gebucht. Wir können jederzeit starten.

Insbesondere auf einen Punkt bin ich stolz: Wir sind die Partei, die im Internet führend ist; wir sind die Internetpartei Deutschlands. Wir haben das erst letztlich wieder unter Beweis gestellt – ich weiß nicht, ob Sie das nachgeschaut haben; wenn nicht, tun Sie es bitte – mit unserem neuen Wahlkampfinstrument Rapid Response, das wir aus Erfahrungen der Industrie und aus amerikanischen Wahlkämpfen übernommen haben. Wir konnten nach der Rede von Bundeskanzler Schröder innerhalb von einer halben Stunde sämtliche Argumente auseinander pflücken. Sie können das auf der Seite www.wahlfakten.de im Internet nachschauen.

Damit Sie die Bedeutung dieses Instruments erkennen, sage ich: Innerhalb von nur vier Tagen haben sich 30 000 Menschen durch die Antworten gekämpft. Das ist eine tolle Sache. Wie könnten wir sonst so schnell so viele Menschen beteiligen?

(Beifall)

Das hat auch nur klappen können, lieber Friedrich Merz und Hans-Peter Reppik, weil die Zusammenarbeit mit der Fraktion in all diesen Fragen in den letzten Monaten wesentlich verbessert werden konnte. Herzlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit. Wir werden es nur gemeinsam schaffen können. Ich denke, dass es jetzt alle begriffen haben.

(Beifall)

An dieser Stelle – irgendjemand muss es ja einmal aussprechen – komme ich zur K-Frage. Viele haben in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit darüber diskutiert. Viele Medienvertreter sind an der Beantwortung dieser Frage interessiert. Das möchte ich an dieser Stelle gerne tun. Es geht nicht um ein oder zwei Ks, es geht auch nicht um drei Ks, sondern es geht um fünf Ks.

Es geht nämlich darum, dass wir Maßstäbe setzen in den Bereichen Kommunikation, Kreativität, Koordination, Kompetenz und Klarheit. Wenn wir das schaffen, dann werden wir die Wahlen gewinnen und nicht, wenn wir uns heute mit anderen Fragen beschäftigen.

(Beifall)

Mit allem Ernst sage ich: Wir werden uns auf einen Wahlkampf einrichten müssen, in dem insbesondere die Münteferings und die Strucks – die letzte Haushaltsdebatte hat es wieder gezeigt

– uns mit Kübeln voller Schmutz übergießen werden. Sie werden haltlose Behauptungen aufstellen und versuchen, uns mit Lügen zu verunglimpfen – und das angesichts der Tatsache, dass sich diese Partei im Untersuchungsausschuss strikt weigert, auch nur Teile des eigenen Finanzsystems offen zu legen. Wer sich so verhält, hat jeden Anspruch darauf verloren, auf andere mit dem Finger zu zeigen. Das wollen wir den Sozialdemokraten ins Stammbuch schreiben.

(Beifall)

Wir werden auch nicht locker lassen – das habe ich schon mehrfach gesagt; tragen wir es auch ins Land hinaus –, uns auch mit den Medienbeteiligungen der SPD zu beschäftigen. Wenn auf der Wurst draufstehen muss, was drin ist, dann gilt das auch für Zeitungen. Das muss den Sozialdemokraten gesagt werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben allen Grund, aufrecht in die Diskussion der kommenden Monate zu gehen. Unser Kompass sind unsere Grundwerte und das „C“. Für diese Grundwerte haben Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl gestanden. Das sind die Namen derjenigen, in deren Kontinuität wir stehen.

Mit unserem Leittrag und mit dem, was wir in den kommenden zwei Tagen beraten werden, versuchen wir Kompetenz und Ehrlichkeit gegen Stückwerk und gebrochene Versprechen zu setzen. Ich möchte, dass wir über diese Punkte leidenschaftlich diskutieren, dass wir aber anschließend geschlossen in die Städte, Gemeinden und Betriebe hinausgehen und mit Überzeugungskraft für unsere Ideen und unsere Lösungen streiten.

Liebe Freunde, lasst uns den Menschen deutlich machen – das ist meine sehr persönliche Vorstellung -, dass die christdemokratische Idee die Idee eines warmherzigen Konservatismus ist.

Dieser warmherzige Konservatismus ist in der Lage, den Herausforderungen der Zeit Rechnung zu tragen. Wir haben dem Land lange Zeit die Richtung gegeben, bei der Westintegration, der Sozialen Marktwirtschaft und der Wiedervereinigung. Darauf können wir stolz sein.

Nun hat der Bundeskanzler gemeint, er könne uns mit dem Wort konservativ verunglimpfen. Liebe Freunde, darauf lasst uns ihm antworten: Lieber ein warmherziger Konservativer als ein eiskalter Sozialdemokrat.

(Beifall)

In den kommenden zehn Monaten wollen wir gemeinsam dafür kämpfen, stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Ich bin davon überzeugt: Dann werden wir auch die Regierung stellen. Wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu sehen. Drei Jahre Regierung Schröder, das waren drei verlorene Jahre für Deutschland.

Liebe Freunde, ich möchte diesen Weg – ich bitte Sie darum auch ganz persönlich -mit Ihnen gemeinsam weitergehen, um meinen Beitrag zum Wahlerfolg zu leisten – gemeinsam mit Angela Merkel, den Mitgliedern des Präsidiums, des Bundesvorstands und mit Ihnen allen. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Lieber Laurenz Meyer, ganz herzlichen Dank vom Parteitag, von den Delegierten der CDU Deutschlands. Der Bericht hat deutlich gemacht: klar in der Analyse, klar in der Strategie. Der Beifall gilt sicherlich auch der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Mit Kompetenz und Leidenschaft in den Wahlkampf, denke ich, ist das richtige Motto.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 10 b:

ALLGEMEINE AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Zuerst hat sich Herr Fritz Niedergesäß vom Landesverband Berlin zu Wort gemeldet.

Fritz Niedergesäß: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Laurenz Meyer, Sie haben gesagt: versprochen – gebrochen. Das müssen wir den Sozialdemokraten natürlich immer wieder um die Ohren hauen. Wir haben in Berlin einen Wahlkampf gehabt, in dem die Sozialdemokraten versprochen und gebrochen haben. Die sind noch gar nicht mit der Ampel fertig und schon sehen wir die Lügenkampagnen, mit denen sie uns überzogen haben. Die werden jetzt eine Ampel zusammenschustern, die letztendlich nur im Chaos enden kann. Wir haben die Möglichkeit, ihnen alles heimzuzahlen, was sie uns in den letzten Jahren angetan haben.

Meine Damen und Herren, über Berlin ist in der letzten Zeit viel geredet worden. Ich bin heute nicht beauftragt, eine Generalabrechnung vorzunehmen. Aber eins ist klar: „Nie wieder Sozialismus!“ müssen wir den Sozialdemokraten natürlich immer wieder um die Ohren schlagen. Wenn sich die Leute deutschlandweit einbilden, der Sozialismus habe endlich seinen Geist aufgegeben, dann können sie jetzt gerade im Ostteil Berlins sehen, dass der Sozialismus noch lange nicht tot ist. Da haben wir noch Riesenaufgaben, um das klar zu stellen.

Wir sind in den östlichen Bezirken wieder fürchterlich eingebrochen. Warum? Weil es der PDS gelungen ist, aus dem ganzen Durcheinander für sich Profit zu schinden – allerdings angestiftet durch die SPD. Da sollten wir in Zukunft wirklich wachsam bleiben. Die Art und Weise, wie wir uns dort engagieren und einsetzen, sollten wir wirklich einmal überdenken. Wir müssen uns fragen, ob wir in den letzten zehn Jahren die richtigen Methoden angewandt haben. Eins kann ich Ihnen heute schon sagen: Die Hoffnung, dass sich die PDS eines Tages von alleine auflöst, können Sie in den Rauch schreiben. Wir haben uns mit dieser Partei intensiv auseinander zu setzen. Vor allem haben wir den Sozialdemokraten klar zu machen, dass dann, wenn sie mit der PDS intensiv zusammenarbeiten – wie das in einigen Ländern passiert –, Deutschland wieder in Sozialismus enden könnte. Das müssen wir als Christdemokraten verhindern.

Meine Damen und Herren, eins liegt mir ganz besonders am Herzen: Wir haben die Wahl 1998 verloren. Wir haben immer lauthals verkündet, dass die CDU die Partei des Mittelstandes sei. Ich bin selbst Mitglied im Vorstand der Mittelstandsvereinigung in meinem Bezirk. Ich muss Ihnen wirklich sagen: Ich sehe auch bei der CDU noch einen ungeheuren Nachholbedarf – die ersten Ansätze sind jetzt durch Angela Merkel gemacht worden –, um die Mittelständler in die Position zu bringen, in die sie gehören. Zur Zeit sind sie wirklich die Angeschissenen in Deutschland. Ihnen geht es ja über weite Strecken schlechter als den Sozialhilfempfängern und den Arbeitslosen. Nicht jeder ist ja erfolgreich und die, die sich herumquälen

und etwas aufzubauen versuchen, werden dafür am Ende auch noch bestraft und in ein Chaos geführt. Das kann so in Deutschland nicht bleiben.

Wir haben über Zahlungsbedingungen, über Vertragsverhältnisse zu reden und hinsichtlich der Sicherung des Mittelstandes insgesamt einen anderen Ton anzuschlagen. So, wie es jetzt läuft, kann es nicht weitergehen.

Meine Damen und Herren, zur Wahl schlage ich vor, dass wir uns nicht in voller Breite verzetteln. Wir sollten uns vielmehr – die anderen haben es ja vorgeführt; ich will jetzt gar nicht auf Hamburg eingehen, wo Herr Schill mit einem einzigen Thema 19 Prozent eingefahren hat – auf zwei oder drei Themen konzentrieren. Das zu tun bitte ich Sie nachdrücklich. Das können nur die Themen Wirtschaft – und damit auch Mittelstand und Arbeitslosigkeit – und natürlich die Ausländerpolitik sein, die uns bewegt. Daran können wir überhaupt nicht vorbei. Die müssen wir zum Thema machen.

Meine Damen und Herren, dann muss ich Ihnen als Ossi sagen: Aufbruch in die Zukunft durch Entbürokratisierung – das muss unser Thema werden. Das müssen wir wirklich ernsthaft betreiben und nicht nur pauschal und oberflächlich. Wir müssen rein in die Bürokratie, wir müssen den ganzen Laden umkrempeln. Ansonsten haben wir die Zukunft nicht auf unserer Seite. Da hat die CDU noch ein Riesenprogramm vor sich.

Meine Damen und Herren, Freiheit bedeutet auch, dass die Freiheit der Handelnden nicht ständig durch irgendeine Bürokratie eingeengt wird. Ich habe manchmal den Eindruck, der Rechtsstaat ist ein Staat der Rechtsanwälte. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass ich kaum noch eine Meinung äußern kann, ohne zwei Rechtsanwälte neben mir zu haben. Machen wir dies doch alles wieder verständlich für den kleinen Mann. Dann wird es in Deutschland auch wieder vorwärts gehen. – Danke schön.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Niedergesäß. – Ich darf den Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden des Saarlandes, Peter Müller bitten.

Peter Müller (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Ich glaube, wir haben allen Grund, Angela Merkel und Laurenz Meyer Dank zu sagen für ihre Beiträge zu den wirklichen K-Fragen. Laurenz Meyer hat ja einige Ks genannt. Ich kann weitere hinzufügen. Die K-Frage ist die Frage nach dem künftigen Kurs der Bundesrepublik Deutschland. Es ist die Frage, mit welchen Konzepten wir Deutschland in die Zukunft führen. Es ist die Frage, wer den richtigen Kompass hat, um diese Konzepte zu entwickeln. Ich glaube, der heutige Vormittag hat deutlich gemacht: Wir haben diesen Kompass, wir haben diese Konzepte. Deshalb sind wir die Richtigen, um den Kurs für Deutschland zu bestimmen.

(Beifall)

Das sieht bei anderen anders aus. Die SPD – ein müder Kanzlerwahlverein. Da gilt ja noch nicht einmal mehr der Grundsatz: Nachdem sie das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen. Da geht es ja nur noch nach dem Grundsatz: Hauptsache vorwärts, die Richtung ist egal.

Die FDP ist mittlerweile zu einer Partei geworden, die Liberalismus verwechselt mit Unverbindlichkeit auf einem intellektuell etwas höher stehenden Niveau.

Die Grünen: Ich teile die Grundsätze und Prinzipien der Grünen in vielen Fragen nicht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass keine Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ihre eigenen Grundsätze so schnell und so konsequent verraten hat, wie die Grünen in Deutschland das getan haben.

(Beifall)

Der Wechsel von den Turnschuhen in die Gucci-Schuhe ist offensichtlich so verinnerlicht worden, dass man heute bereit ist, alles, aber auch alles zu tun – auch alle Grundsätze zu verraten –, nur um die Gucci-Schuhe nicht noch einmal gegen die Turnschuhe eintauschen zu müssen. Wenn ich dann sehe, dass ein Mann wie Herr Ströbele, glaubt den moralischen Zeigefinger gegen Deutschland erheben zu können, sage ich Ihnen: Eine Partei, die ihre eigenen Grundsätze so ignoriert, kann als allerletzte moralische Urteile über andere fällen.

(Beifall)

Wir haben einen Kompass, nach dem wir den Kurs bestimmen können. Ausgangspunkt ist für uns das christliche Menschenbild, ist unsere Vorstellung, dass jeder Mensch – egal, ob arm, ob reich, ob krank, ob gesund, ob schwarz, ob weiß, ob Mann, ob Frau, ob behindert oder nicht behindert – Träger der gleichen und unveräußerlichen Würde ist. Diese Würde haben wir zu schützen.

(Beifall)

Dies, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir umsetzen, auch vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen. Eine Konsequenz dessen ist die Unverfügbarkeit jeder Form menschlichen Lebens. Wir haben vergangene Woche Nachrichten gehört, die uns vor solche neue Herausforderungen stellen. Wir haben davon gehört, dass in den USA, bei ACT, das erste Mal menschliches Leben geklont worden ist. Wir haben widersprüchliche Voten zur Stammzellenforschung von der Enquete-Kommission und vom Nationalen Ethikrat erhalten. Und in Frankreich haben wir das Urteil eines Gerichtes vernommen, das einem Kind Schadensersatz zugesprochen hat, weil es behindert geboren worden ist und lebt. Ein behindertes Kind als ein Schadensereignis – das kann nicht das Denken der Christdemokraten sein.

(Beifall)

Deshalb lasst uns diese Debatte um die Möglichkeiten der Gentechnik, um die Möglichkeiten der Biotechnologie in dem Bewusstsein führen, dass damit große Chancen verbunden sind. Lasst sie uns führen in dem Wissen, dass die Güterabwägung notwendig und schwierig ist. Lasst uns aber an diesem Punkt auch klar und deutlich sagen: Es gibt kein lebensunwertes Leben. Es darf keinen Weg geben, der zur Selektion bei Leben führt. Wir dürfen in Deutschland niemals in die Situation kommen, dass eine Mutter, die sich entscheidet, ein behindertes Kind auszutragen – egal ob aufgrund einer PID oder nicht –, sich dafür dann auch noch rechtfertigen muss.

(Beifall)

Wir haben den inneren Kompass auch im Bereich der inneren Sicherheit. Es ist ja erstaunlich, welche Wandlungen wir in Deutschland auf diesem Feld erfahren und wer dazu was sagt. Als wir früher gesagt haben „Wir sind für law and order!“, da sind wir nahezu in die Ecke der Rechtsradikalen gestellt worden. Heute stellt sich der Bundesinnenminister auf dem SPD-Parteitag hin und sagt: „Ich bin der Mann für law and order in Deutschland.“ Otto Schily mag man ja zugute halten, dass er sich geändert hat. Darüber freuen wir uns ja auch. Gemäß dem alten Grundsatz, dass im Himmel mehr Freude ist über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte, schließe ich also nicht aus, dass an der einen oder anderen Stelle des Himmels im Moment leichte Freude über Otto Schily herrscht. Aber: Glaubwürdig ist man nur, wenn man den Worten auch Taten folgen lässt; glaubwürdig ist man nur, wenn man auch handelt und nicht nur redet.

(Beifall)

Schauen wir uns einmal an, wie es auf dem Feld der inneren Sicherheit aussieht. Die geringste Kriminalitätsbelastung finden wir – das ist heute Morgen schon gesagt worden – in Baden-Württemberg. Übrigens können wir das Treppchen dann auch komplettieren: Auf Platz zwei liegt Bayern und auf Platz drei der niedrigsten Kriminalitätsbelastung liegt natürlich – Sie dürfen alle raten – das Saarland, und das, obwohl wir gerade erst zwei Jahre regieren. Was glauben Sie, wie das bei uns noch weitergeht!

(Beifall)

Am vergangenen Freitag haben wir im Bundesrat über einen Punkt beraten, den Angela Merkel heute klar angesprochen hat, nämlich die Notwendigkeit, Angehörige extremistischer Organisationen konsequent auszuweisen. Wer in Deutschland Mitglied des Kalifat-Staates ist und erklärt, ihn interessiere das Grundgesetz einen Dreck – die Formulierung war noch drastischer; die Anwesenheit von Damen schließt aus, dass ich sie hier wiederhole –, wer also erklärt, dass die Grundlagen unseres Zusammenlebens für ihn irrelevant seien, der hat sein Bleiberecht hier verwirkt und muss konsequent ausgewiesen und abgeschoben werden.

(Beifall)

Am letzten Freitag im Bundesrat haben wir bei der Diskussion um das Sicherheitspaket II, den so genannten Otto-Katalog II, der diese Fragen behandelt, erlebt, dass das Land Niedersachsen, das mit Bayern zusammen Antragsteller war, in der Stunde der Entscheidung aufgestanden ist, um den eigenen notwendigen Antrag zurückzuziehen. Dies, liebe Freunde, lehrt uns zweierlei: Erstens: Wenn es darauf ankommt, ist auf die Sozialdemokraten kein Verlass.

(Beifall)

Zweitens lehrt uns das, dass unsere bayerischen Freunde, lieber Thomas Goppel, bei der Auswahl ihrer Bündnispartner in Zukunft vielleicht noch sorgfältiger sein sollten, als sie dies in der Vergangenheit sowieso immer schon waren.

(Beifall)

Liebe Freunde, lasst mich eine letzte Bemerkung machen: Das Scheitern dieser Bundesregierung in allen wirtschaftspolitischen Fragen ist bereits angesprochen worden. Ich kann mich

noch gut daran erinnern, dass vor der letzten Bundestagswahl, als der wirtschaftliche Aufschwung einsetzte, der damalige Kanzlerkandidat Gerhard Schröder erklärte: „Diesen Aufschwung habe ich aus der Opposition heraus bewirkt.“ Jetzt ist Schröder in der Regierung und wir haben eine Rezession, also Abschwung. Angesichts dessen frage ich Sie: Wo gehört Schröder hin, wenn es Aufschwung nur gibt, wenn Schröder in der Opposition ist? Wir sollten Schröder wieder in die Opposition schicken. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Peter Müller. – Es kommt nun zu Wort Hermann Schröder aus Oldenburg.

Hermann Schröder: Liebe Delegierte! Sehr geehrter Herr Meyer! Ich habe einen Punkt vorzubringen, der mir wirklich am Herzen liegt. Seitdem ich in der CDU tätig bin – das sind jetzt mehr als 20 Jahre –, engagiere ich mich maßgeblich in der Familienpolitik. Der Landesverband Oldenburg hat im Jahr 1991 ein familienpolitisches Papier beschlossen mit dem Titel: „Ohne Familie keine Zukunft“. 1999 haben Sie, liebe Delegierte, in Berlin das familienpolitische Programm der CDU mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Heute hat unsere Vorsitzende – dafür bin ich dankbar – gesagt: Wir sind die Partei der Familie und deshalb führen wir das Familiengeld ein.

Nach dem Antrag, der uns heute vorliegt, muss ich Sie allerdings fragen: Wann führen wir das Familiengeld ein?

(Vereinzelt Beifall)

„Schrittweise in fünf Stufen, schnellstmöglich“ – so ist die Formulierung, die wir in dem Leit Antrag dazu finden. Auch wenn mein Landesvorsitzender in Niedersachsen, Christian Wulff, sagt, er wisse nicht, ob man mit diesem Thema Wahlkampf machen könne, muss ich Ihnen hier vorbringen: Ich bin es meinen Wählerinnen und Wählern in der Kommune – in einem Gebiet, wo wir in den Städten über 60 und auf dem Lande über 80 Prozent zu verteidigen haben; überdies handelt es sich um den jüngsten Wahlkreis der Bundesrepublik Deutschland – schuldig dafür zu kämpfen, dass wir heute und hier die Einführung des Familiengeldes beschließen, sodass die CDU/CSU-Fraktion in der nächsten Legislaturperiode dies, dann als Regierungsfraktion, zum Gesetz machen kann. Ich bitte Sie herzlich, das zu unterstützen. Herr Meyer, ich fordere Sie auf, dazu deutlich Stellung zu nehmen. – Danke schön.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schröder. Jetzt spricht Axel Knörig aus dem Landesverband Niedersachsen.

Axel Knörig: Frau Vorsitzende! Herr Generalsekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe vorhin schon bei der ersten Aussprache ein ganz kurzes Statement einbringen dürfen. Herr Generalsekretär, ich habe mich gemeldet, weil ich der Meinung bin, dass Sie die Dinge in der Familienpolitik nicht so auf den Punkt gebracht haben, wie wir es uns wünschen. Mein Vorredner hat es gerade gesagt. Wir haben in den 80er-Jahren in der Familienpolitik doch wirklich hervorragende Erfolge erzielt. Wir befinden uns nun am Beginn des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend. Wir sollten für die nächste Legislaturperiode jetzt wirklich eine Politik formu-

lieren, die wir auch glaubwürdig zu den Wählerinnen und Wählern transportieren können. Herr Generalsekretär Meyer, ich möchte Sie gerade vor Ihrer Wahl hier wirklich noch einmal nachhaltig bitten, zu diesem Thema deutlich etwas zu sagen und darzustellen, wie es mit der Familienpolitik ganz konkret in der nächsten Legislaturperiode ausschauen wird. – Danke schön.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Knörig. Damit schließe ich die Aussprache. Ich bedanke mich bei allen, die sich in der Diskussion zu Wort gemeldet haben. Wir kommen in der Antragsberatung nachher noch einmal auf das Thema zurück. Der Generalsekretär kann dann auch zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Ich übergebe das Tagungspräsidium jetzt an meinen Kollegen Georg Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Sehr verehrte Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich erteile Silke Müller zur Berichterstattung das Wort.

Silke Müller, Mandatsprüfungskommission: Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und heute weniger als 24 Monate im Amt sind. Das bedeutet, dass nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten besteht. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 13.45 Uhr von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des 14. Parteitages 946 Delegierte anwesend. Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands ist somit beschlussfähig.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, auch an alle Mitglieder der Kommission, für ihre Arbeit. Damit ist der Tagesordnungspunkt 9 abgeschlossen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 10 c auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Unser Statut sieht vor, dass der Generalsekretär auf Vorschlag der Parteivorsitzenden gewählt wird. Ich erteile dazu unserer Vorsitzenden Angela Merkel das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands hat am 20. November 2000 in Stuttgart Laurenz Meyer zum Generalsekretär berufen. Nach § 31 Abs. 3 des Statuts der CDU ist diese Berufung nur interimistisch. Die Wahl des Generalsekretärs erfolgt selbstverständlich durch den Parteitag.

Ich möchte dem 14. Parteitag der Christlich Demokratischen Union vorschlagen, dass Laurenz Meyer zum Generalsekretär gewählt wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte das auch begründen. Ich habe mich für Laurenz Meyer in der Nachfolge von Ruprecht Polenz entschieden, dem ich an dieser Stelle noch einmal danken möchte.

(Beifall)

Laurenz Meyer bringt ein breites Spektrum von Erfahrungen in der Parteiarbeit mit sich. Er ist in der Kommunalpolitik groß geworden. Er kennt sich seit Kindesbeinen in der Christlich Demokratischen Union aus. Er hat im Untersuchungsausschuss im nordrhein-westfälischen Landtag gezeigt, wie man die Sozialdemokraten stellen kann. Er hat eine breite Erfahrung in der Wirtschaftspolitik, auch durch eigene Tätigkeit im Wirtschaftsbereich. Durch sein eigenes, auch sein persönliches Leben hat er immer wieder gezeigt, dass ihm die Versöhnung von sozialen Belangen und Wirtschaftskompetenz, so wie wir es im Bereich der Sozialen Marktwirtschaft brauchen, ein Herzensanliegen in seiner Politik ist.

Inzwischen arbeiten wir nun schon einige Monate zusammen. Man kann sagen, lieber Laurenz Meyer, wir sind fast schon durch dick und dünn gegangen. Ich kann Ihnen aus dieser Erfahrung sagen: Wir sind ein prima Team geworden. Auch schwere Stunden schweißen zusammen. Wir haben im Konrad-Adenauer-Haus ein kameradschaftliches Verhältnis, bei dem wir uns die Aufgaben aufteilen. In den nächsten Monaten steht der Wahlkampf im Vordergrund. Es wird ein harter Wahlkampf sein, den wir mit dem Gesamtteam aus dem Konrad-Adenauer-Haus führen wollen, bei dem Laurenz Meyer der Wahlkampfleiter sein wird und in dem es uns besonders wichtig ist, mit Ihnen, mit den Gliederungen der Partei, mit den Landesverbänden, mit den Vereinigungen, mit den Orts- und Kreisverbänden und mit den Kandidaten für den Deutschen Bundestag in einem ganz engen Kontakt zu stehen.

Liebe Freunde, wir werden weniger Geld haben als die anderen, aber wir wollen mehr Kraft haben, wir wollen mehr Witz haben, wir wollen mehr Ideen haben und wir wollen miteinander vernetzt in diese Wahlauseinandersetzung gehen. Wir werden Zielgruppen ansprechen und niemand ist besser als Laurenz Meyer geeignet, sowohl die jüngeren Menschen mit ihren Sorgen im Hinblick auf die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme als auch die Älteren, die Rentner anzusprechen, die eine neue Lebensphase beginnen, die sich auf einen neuen Lebensabschnitt freuen. In gleicher Weise geht es darum, die Multiplikatoren in der Wirtschaft anzusprechen, ebenso die Verbände im Bereich der sozialen Sicherheit.

Laurenz Meyer ist – auch das will ich sagen – ein lebenslustiger Typ. Das ist wichtig unter dem Aspekt, dass wir zu allen Bereichen der Gesellschaft unsere Kontakte knüpfen. Liebe Freunde, wir haben durch rapid response – die schnelle Reaktion – auf den SPD-Parteitag in Nürnberg gezeigt, dass wir neue Instrumente der Wahlkampfführung beherrschen.

(Vereinzelt Beifall)

Kurz und gut, ich möchte Ihnen sagen: Ich bitte Sie, Laurenz Meyer zu wählen. Wir werden gemeinsam eine tolle Wahlschlacht hinlegen. Weil wir gewinnen wollen, müssen wir gemeinsam stark sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für den Vorschlag. Bevor wir in den Wahlgang eintreten, muss ich noch einige technische Hinweise geben. Laut § 43 unseres Statuts wird die Wahl des Generalsekretärs in einer geheimen Wahl mit dem Stimmzettel durchgeführt. Bei dieser Wahl ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Ich schlage Ihnen vor, den Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach Ausfüllen des Stimmzettels werfen Sie diesen in die vor den Wahlkabinen stehenden Wahlurnen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Wahlhelmen Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können. Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie nun den Stimmzettelblock zur Hand. Wir werden die Wahl mit dem Stimmzettel 1 durchführen.

Gültig ist der Stimmzettel, wenn darauf „Ja“ oder der Name „Meyer“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Leere Stimmzettel gelten als Enthaltung. Stimmzettel, auf denen etwas anderes als „Ja“, „Nein“, „Enthaltung“ oder der Name steht, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der nicht hat abstimmen können? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit schließe ich den Wahlgang.

Da wir zunächst die Stimmen auszählen bzw. das Ergebnis ermitteln wollen, unterbreche ich den Parteitag um 15 Minuten.

(Unterbrechung von 15.05 bis 15.27 Uhr)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie wieder Platz zu nehmen.

Mittlerweile liegt das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs vor. Es wurden 849 Stimmen abgegeben. Davon war eine Stimme ungültig. 16 Enthaltungen sind vermerkt worden. Die erforderliche Mehrheit ist demnach 425. Für Laurenz Meyer wurden 749 Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Das sind 90,02 Prozent.

(Beifall)

Der Ordnung halber muss ich auch die Neinstimmen bekannt geben: 83, also 9,98 Prozent.

Wir gratulieren unserem alten und neuen Generalsekretär zu diesem exzellenten Ergebnis ganz herzlich.

(Beifall)

Laurenz Meyer, ich muss fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Laurenz Meyer: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin wirklich gerührt. Vielen Dank für dieses tolle Wahlergebnis! Ich nehme die Wahl sehr gerne an. Kollege Goppel hat mir gerade diesen schwarzen Schal, den ich umhabe, geschenkt. Wir alle werden gemeinsam dafür kämpfen, bei der nächsten Bundestagswahl die Zeichen wieder so zu stellen, dass in Deutschland eine bessere Politik gemacht werden kann. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Lieber Laurenz Meyer, wir wünschen Ihnen, das heißt natürlich uns allen, viel Erfolg, insbesondere im nächsten Jahr. -

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet. Ich übergebe das Tagungspräsidium an Jochen Borchert.

Jochen Borchert, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 11 a:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS
DER CDU DEUTSCHLANDS,

VORLAGE DER RECHENSCHAFTSBERICHTE 1998 und 1999

GEMÄß § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Ich gebe das Wort an Herrn Dr. Cartellieri.

Dr. Ulrich Cartellieri, Bundesschatzmeister: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die seit dem Parteitag in Essen vergangene Zeitspanne ist gering. Die Veränderungen in der Finanzlage und im Finanzwesen der Bundespartei seither sind groß, so groß, dass wir heute sagen können: Mit dem Parteitag in Essen hat eine neue Zeitrechnung begonnen.

In Essen hatte Ihnen Herr Wissmann die damals außerordentlich kritische Finanzsituation der Bundespartei und die sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten und -empfehlungen vorgetragen. Auf dieser Basis haben Sie die bekannten Beschlüsse zur Sanierung der Finanzen und zur Neuordnung des Finanzwesens der Partei gefasst.

Heute kann ich Ihnen vortragen, dass die Finanzlage der Bundespartei geordnet und dass ihr Finanzwesen neu organisiert ist.

(Beifall)

Die im fünfjährigen Sanierungsplan vorgesehenen Maßnahmen – Personalabbau, Einstellung des „Union-Magazins“, reduzierter Wahlkampfetat, Sonderbeitrag der Kreisverbände – sind mit geringen Abweichungen konsequent realisiert worden. Als Folge sind die Zahlenvorgaben der mittelfristigen Finanzplanung für 2000 voll erreicht worden. Dank größerer als geplanter Kosteneinsparungen, höherer als geplanter staatlicher Zuschüsse und eines weit höheren als geplanten Spendenaufkommen sind sie zum Teil sogar übertroffen worden.

Das außergewöhnlich hohe Spendenaufkommen im Krisenjahr 2000 wurde durch die Sonderaktion von Altbundeskanzler Kohl und durch die starke Resonanz auf den Solidaritätsauf-

ruf der neuen Parteivorsitzenden bei den Mitgliedern nach dem Essener Parteitag geprägt.

Damit sind allerdings auch schon wichtige, in 2001 nicht wiederholbare Faktoren genannt. Das Spendenaufkommen 2001 ist noch nicht zu beziffern, da erfahrungsgemäß die wesentlichen Eingänge erst zum Ende des letzten Quartals kommen. Allerdings ist jetzt schon zu sagen, dass das Spendenaufkommen bisher relativ schwach ist und – auch das will ich nicht verschweigen – mit deutlicher Kritik am Auftreten dieser Partei verbunden ist und davon begleitet wird.

Insgesamt ist aber auch 2001 zumindest mit der Erreichung der Planziele zu rechnen. Das langjährige strukturelle Defizit der Bundespartei ist damit in laufender Rechnung bereits beseitigt.

(Beifall)

Anstelle der bisherigen Überschuldung wird 2001 erstmals ein – wenn auch noch geringer – Nettoüberschuss erreicht werden.

(Beifall)

Die für die Wahlkampffinanzierung 2002 notwendige erneute Nettoverschuldung soll 20 Millionen DM nicht überschreiten und bereits Ende 2003 wieder abgebaut sein.

Der bisherige Verlauf erlaubt die Aussage, dass diese Planziele realistisch sind – zwar ehrgeizig, aber doch vorsichtig angesetzt. Auch die Kreditfähigkeit bei den Banken ist vor diesem Hintergrund wieder voll hergestellt.

(Beifall)

Zu den weiteren Einzelheiten zur Finanzlage darf ich auf den Bericht der Bundesgeschäftsstelle, der Ihnen vorliegt, unter der Ziffer 6.3 hinweisen.

Meine Damen und Herren, was waren die Faktoren für diese erfolgreiche Entwicklung? Ich denke, es waren im Wesentlichen zwei, erstens die von Ihnen auf der Basis der Vorschläge der Herzog-Kirchhof-Tietmeyer-Kommission beschlossene organisatorische und strukturelle Neuordnung des Finanzwesens. So, wie sie in Statut und Geschäftsordnung ihren Niederschlag gefunden hat, ist sie auch – mit Ausnahme der noch nicht ganz fertiggestellten Finanzgeschäftsordnung – voll umgesetzt worden. Die neu geschaffene Position des Finanzbeauftragten als professionellen Chefs des Finanz- und Rechnungswesens ist eingerichtet und besetzt worden. Mit Herrn Dr. Winter amtiert hier ein vielseitig erfahrener Finanzchef aus der deutschen Wirtschaft. Unter seiner Leitung ist das kaufmännische Rechnungswesen eingeführt worden. Dies wird dem Umfang des Geschäftsbetriebes der Bundespartei gerecht und schafft die notwendige Transparenz und Sicherheit.

Der Jahresabschluss 2000, d. h. der Rechenschaftsbericht, enthält die konsolidierten Abschlüsse der Landesverbände. Er hat das uneingeschränkte Testat der Wirtschaftsprüfer für die Bundespartei und für die Gesamtpartei erhalten, und er ist fristgerecht dem Bundestagspräsidenten übergeben worden.

(Beifall)

Der neu geschaffene Haushaltsausschuss des Bundesvorstandes unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters und dessen satzungsmäßiges Recht, durch Versagen seiner Zustimmung zu Mehrausgaben die Vorlage an den Bundesvorstand notwendig zu machen, ebenso die satzungsmäßige Verpflichtung, keine Mehrausgaben ohne Deckung zu beschließen, die Bundesfinanzkommission, ebenfalls unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters, als Gremium zur Behandlung von die Bundespartei und die Landesverbände gemeinsam berührenden Fragen – Rechnungswesen, Revision, innerparteilicher Finanzausgleich –, alle diese Instrumente sind nicht nur, aber auch wichtig zur Sicherung der finanziellen Disziplin, und sie haben sich – das lässt sich schon heute sagen – bewährt, d. h. als arbeitsfähig erwiesen. Das sollte hier mit Dank an die Adresse der geistigen Väter dieser Neuordnung registriert werden.

(Beifall)

Das Gleiche wird nach meiner Einschätzung auch für das neu geschaffene Amt des Revisionsbeauftragten der Bundespartei gelten, für das wir mit Herrn Völker einen sehr erprobten Wirtschaftsprüfer und langjährigen Bankenprüfer gewonnen haben. Nach dem Grundsatzbeschluss des Bundesvorstands kann der Revisionsbeauftragte der Bundespartei jetzt auch jederzeit uneingeschränkt in den Landesverbänden tätig werden – eine ganz unentbehrliche Maßnahme zur Prävention, d. h. zur Verhütung von Problemen schon im Vorfeld.

Insgesamt darf man die geschaffenen Instrumente und Mechanismen durchaus als vorbildlich – und zwar als vorbildlich auch für andere Parteien – bezeichnen. Ich habe das auch gegenüber der Parteienfinanzierungskommission des Bundespräsidenten zum Ausdruck gebracht.

(Beifall)

Dennoch gilt: Es nützen die besten Satzungsinstrumente und -mechanismen natürlich nur so viel, wie sie akzeptiert und auch genutzt werden. Das Gleiche gilt für Sanierungspläne.

Damit bin ich beim zweiten entscheidenden Erfolgsfaktor, dem eindrucksvollen Willen und der sichtbaren Motivation aller, hier mitzuwirken, mitzuziehen, beizutragen. Nur das hat diesen Erfolg überhaupt möglich gemacht und meine Aufgabe sehr erleichtert. Wenn ich pars pro toto nur einen, weil in der Tat zentralen Bereich nenne, ohne dessen umsichtiges Agieren auch die ganze Schatzmeisterei nur ein Auto ohne Räder geblieben wäre, dann ist das der Bundesgeschäftsführer mit seinen Mitarbeitern;

(Beifall)

und niemand möge sich hier bitte durch Nichtnennung zurückgesetzt fühlen.

Weit darüber hinaus sind es aber die für einen Außenstehenden nicht ersehbaren inneren Kräfte und Reserven dieser großen Partei, die für mich das nachhaltige Erlebnis meiner Tätigkeit bleiben werden. Dass sie so kurz bleiben könnte, hatte ich am Anfang nur ganz im Stillen zu hoffen gewagt, als ich diese Aufgabe völlig ungeplant und unvorhergesehen zusätzlich übernommen habe.

(Beifall)

Ich denke aber, das Wesentliche, was ich zu dem, was die Partei zur Neuordnung ihrer Finanzen geleistet hat, beitragen konnte, ist geschehen, nämlich die notwendige Fachkompetenz von draußen zu gewinnen, an Bord zu holen, sicherzustellen, dass der gesamte Prozess, ohne an Einzelproblemen hängen zu bleiben, in die Gänge kam und nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit des Ganzen nach innen und nach außen zu vermitteln.

Jetzt sind alle Weichen gestellt, sodass auch die verbleibenden Jahre der Sanierungsphase mindestens planmäßig oder – diese Hoffnung ist durchaus erlaubt – überplanmäßig ablaufen. Natürlich hängt das, meine Damen und Herren, am Ende auch, und zwar finanziell nicht unerheblich, von der Zahl der Wählerstimmen ab, die die CDU mobilisieren kann. Auch deswegen halte ich es für richtig, meinen Platz jetzt zu räumen. Sie, meine Damen und Herren, gehen jetzt mit einer intakten, wenn auch sehr sparsam laufenden finanziellen Maschinerie in den Bundestagswahlkampf. Sie brauchen zusätzlich zu der fest eingebauten finanziellen Professionalität als Schatzmeister keinen reinen Finanzmann, sondern den politisch aktiven Verkäufer des Produktes CDU. Ich bin deshalb dankbar, dass das Präsidium und der Bundesvorstand meinem Wunsch, mich zu diesem Zeitpunkt zu verabschieden, zugestimmt haben.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, noch einmal für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich rufe meinen Nachfolger Dr. Wolfgang Peiner ein sehr herzliches Glück auf zu.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende CDU: Lieber Herr Cartellieri, der Beifall

zeigt es: Sie haben in struktureller Hinsicht hart gearbeitet. Sie haben uns ein solides Finanzfundament übergeben. Ich will nicht verhehlen, dass Ihre Vorstellungen, wann Ihre Arbeit beendet sein sollte, und meine nicht zu jedem Zeitpunkt die gleichen waren. Aber so wie Sie die Finanzen saniert und neu organisiert haben – Sie waren unbeirrbar in der Sache –, so haben Sie auch für sich den Zeitpunkt klar festgelegt, wann Sie uns in dieser Funktion verlassen wollen.

Sie haben eben gesagt, für Sie sei in dieser Zeit auch erkennbar geworden, welche Kraft in dieser großen Volkspartei stecke. Ich würde mich freuen, wenn wir in anderen Konstellationen immer wieder einmal miteinander in Kontakt kämen.

Herzlichen Dank vonseiten des gesamten Parteitags für Ihre Arbeit! Alles Gute auf Ihren weiteren Wegen.

(Anhaltender Beifall)

– Dr. Angela Merkel übergibt Dr. Ulrich Cartellieri einen Blumenstrauß)

Jochen Borchert, Tagungspräsidium: Ich danke dem Bundesschatzmeister für seinen Bericht und die Vorlage der Rechenschaftsberichte. Unsere Parteivorsitzende hat Ihre Arbeit, Herr Cartellieri, gewürdigt. Wir wissen, was Sie in einer schwierigen Zeit für unsere Partei geleistet haben. Noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 11 b auf:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER.

Ich darf das Wort Herrn Dr. Möller geben.

Dr. Franz Möller: Frau Vorsitzende! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Auch die Rechnungsprüfer schließen sich dem Dank an den bisherigen Bundesschatzmeister gerne an. Wir unterstützen auch seine Feststellung, dass die Finanzlage der CDU Deutschlands geordnet ist und dass das Finanzwesen unserer Partei neu und zukunftsweisend gegliedert worden ist. Wir danken Ihnen, Herr Dr. Cartellieri, für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, am 7. November 1998, also vor drei Jahren, hat der Parteitag Frau Bärbel Nehring-Kleedeihn, Ferdi Tillmann und mich erneut zu Rechnungsprüfern bestellt. Frau Nehring-Kleedeihn hat inzwischen aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt niedergelegt. Der Parteitag muss heute ihre Nachfolgerin wählen. Dazu wird Ihnen beim nächsten Tagesordnungspunkt ein Vorschlag unterbreitet werden.

Nach unserer Satzung und der Finanz- und Beitragsordnung haben die Rechnungsprüfer weit gehende Aufgaben und Rechte. Ich verweise insbesondere auf §§ 21 und 24 der Finanz- und Beitragsordnung. Unsere Aufgaben, die wir als Rechnungsprüfer zu erfüllen haben, konzentrieren sich auf die Mitwirkung an der Sicherstellung des finanzwirtschaftlichen Gleichgewichts der Bundespartei, auf die ständige Überprüfung der Finanzwirtschaft der Bundesparteien und insbesondere auf eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung und daraus folgende allgemeine Informations-, Beratungs- und Empfehlungstätigkeiten sowie auf die konkrete Prüfungstätigkeit hinsichtlich der Jahresabschlüsse und der Rechenschaftsberichte, die gerade Herr Dr. Cartellieri vorgelegt und begründet hat. Wir haben insbesondere zu untersuchen, ob die Ausgabenwirtschaft sinnvoll vorgenommen worden ist, wie es § 24 der FBO vorschreibt.

Liebe Parteifreunde, von diesen weit gehenden Mitwirkungs- und Prüfungsrechten haben Ferdi Tillmann und ich in mehreren Prüfungsgesprächen, durch telefonische Erörterungen und Anfragen bei dem früheren und jetzigen Finanzmanagement Gebrauch gemacht. Nach der Änderung der Satzung und der Finanz- und Beitragsordnung –, die Einführung der Position des erwähnten Finanzbeauftragten vorzunehmen, haben wir sehr intensiv mit Herrn Dr. Winter zusammengearbeitet. Er ist unser ständiger Ansprechpartner und er schaltet auch den Revisionsbeauftragten ein. Auch wir danken Herrn Dr. Winter und seinen Mitarbeitern für ihre Arbeit bei der Konsolidierung der Parteifinanzierung.

An den Sitzungen der Finanzkommission nehmen wir teil. Darüber hinaus haben wir uns vom Generalsekretär und häufig vom Bundesgeschäftsführer über den Stand der Konsolidierungsmaßnahmen und die verschiedenen Schritte berichten lassen und Einsicht in die mittelfristige Finanzplanung und in die Vorbereitung des nächsten Wahlkampfetats genommen.

Die Zuarbeit der Bundesgeschäftsstelle mit Dr. Hausmann und die Zusammenarbeit mit Dr. Winter verliefen reibungslos, offen und zielorientiert. Wir haben alle gewünschten Aus-

künfte und Unterlagen sowie erschöpfende Informationen erhalten. Die Bundesgeschäftsstelle ist gut geordnet und dafür danken wir.

(Beifall)

Zur finanziellen Lage der CDU hat Ihnen Dr. Cartellieri einige Auskünfte gegeben. Ich will das noch ein wenig vertiefen. Durch die Umsetzung der Beschlüsse des letzten Parteitages in Essen hat sich die finanzielle Situation der Bundespartei deutlich verbessert; wir haben es gerade gehört. Drastische Einsparungen in der Bundesgeschäftsstelle, vor allem aber der Sonderbeitrag von 1 DM pro Mitglied und Monat ab dem 1. Juli 2000, haben zu diesem Ergebnis beigetragen. 36 Kreisverbände haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die für fünf Jahre beschlossenen Beiträge auf einmal abzuführen, um damit einen Nachlass von 10 Prozent in Anspruch nehmen zu können. Die Einnahmen aus diesem Sonderbeitrag betragen im Jahre 2000 insgesamt 5,9 Millionen DM.

Außerdem – das wurde schon angesprochen – waren dank des Spendenaufrufs unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel außerordentliche Einnahmen in Höhe von 6,2 Millionen DM zu verzeichnen, wovon nach Abzug der Verwaltungskosten 50 Prozent, das heißt 2,7 Millionen DM, an die Kreisverbände weitergegeben wurden, die sicherlich wissen, was sie Gutes damit machen.

Die persönliche Aktion von Helmut Kohl hat Spenden in Höhe von 7 Millionen DM eingebracht. Darüber hinaus sind im Zusammenhang mit dieser Aktion 800 000 DM auf das Hauptspendenkonto der CDU direkt eingezahlt worden.

Aber berücksichtigt werden mussten im Jahre 2000 Sanktionen von rund 9,9 Millionen DM, 6,5 Millionen DM Dr. Kohl, 2,2 Millionen DM Herr Schreiber und 1,2 Millionen DM Fraktionsgelder, die an die Bundestagsverwaltung abzuführen waren.

Zusammengefasst zeigen diese Zahlen einen erfreulichen Überschuss der Bundespartei für das Jahr 2000, sodass die Überschuldung der Bundespartei – Dr. Cartellieri hat es eben gesagt – von 34,6 Millionen DM auf 10,6 Millionen DM zurückgeführt werden konnte. Trotzdem wird die Bundespartei den in Essen beschlossenen Sanierungszeitraum von fünf Jahren zur Gänze benötigen, um das finanzielle Gleichgewicht einigermaßen wiederherzustellen. Dazu gehört auch die Abführung des Sonderbeitrags über den gesamten genannten Zeitraum, dies umso mehr, als bei den Zahlen, die ich genannt habe, die Rückzahlung der staatlichen Mittel aufgrund der vom Bundestagspräsidenten verhängten Sanktionen in Höhe von 41 Millionen DM nicht berücksichtigt ist. Hier bleibt ein latentes großes Risiko bestehen. Aber wie Sie wissen, hat ja die CDU in der ersten Instanz in vollem Umfang obsiegt. Die Berufung beim OVG in Berlin ist aber zwischenzeitlich zugelassen worden.

Durch die beschlossene mittelfristige Finanzplanung konnten die Ausgaben begrenzt werden, wenn ich auch nicht verhehlen möchte, dass der Rahmen sehr eng gesteckt ist und insbesondere der auf 40 Millionen DM begrenzte Etat für die Bundestagswahl erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir begrüßen nachdrücklich, dass die Bundesgeschäftsstelle inzwischen einige Vorschläge zu strukturellen Einsparungen aufgegriffen und umgesetzt hat. Die Mitgliederzeitschrift „Union-Magazin“ wurde in die-

sem Jahr eingestellt. Einige werden das bedauern. Aber das bringt eine Kostenersparnis von 4 Millionen DM für den Etat unserer Bundespartei mit sich.

Über die Lastenverteilung für die „Stiftung Versorgungswerk“ müssen noch einige Gespräche und Verhandlungen geführt werden. Die Bundesfinanzkommission und die Rechnungsprüfer sind eingeschaltet.

Unsere wiederholten Vorschläge, die Anzahl der Delegierten für die Parteitage zu reduzieren, hat die Parteiführung noch nicht aufgegriffen. Wir erneuern diese Hinweise, weil nur dadurch die Kosten der Parteitage grundlegend gesenkt werden können und auch den Kreisverbänden Einsparungen möglich werden.

Erneut empfehlen wir, die Zuschüsse an die Vereinigungen weiterhin zu überprüfen.

Insgesamt können wir feststellen, dass das Finanzwesen der CDU-Bundespartei durch die Aufteilung auf verschiedene Stellen – Dr. Cartellieri hat es erwähnt –, auf den Finanzbeauftragten, den Revisionsbeauftragten, den Schatzmeister, den Generalsekretär, den Bundesgeschäftsführer, den Haushaltsausschuss und die Finanzkommission so stringent wie in keiner anderen deutschen Partei geregelt ist und deshalb vorbildlich sein könnte.

(Beifall)

Aus unseren ersten Erfahrungen können wir bestätigen, dass sich dieses umfassende System bewährt hat. Aber es sollte im Rahmen des Antrags des Bundesvorstandes zur Reform der Parteiarbeit auch überprüft werden, ob diese sehr stringente Regelung noch richtig ist und auf Dauer beibehalten werden kann.

Meine Damen und Herren, der Ihnen auf dem Essener Parteitag vorgelegte Rechenschaftsbericht 1998 musste noch einmal überarbeitet werden. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1999, der Ihnen vorliegt, erhielt von den Wirtschaftsprüfern das uneingeschränkte Testat und blieb auch ohne Beanstandungen durch die Bundestagsverwaltung. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2000, mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen, wurde inzwischen an den Bundestagspräsidenten weitergeleitet.

Damit komme ich zum Schluss. Aufgrund dieses positiven Ergebnisses unserer Prüfungen empfehlen wir Ihnen, also dem Bundesparteitag, dem Bundesvorstand für das Rechnungsjahr 1999 uneingeschränkte Entlastung zu erteilen, was wir hiermit beantragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jochen Borchert, Tagungspräsidium: Lieber Franz Möller, herzlichen Dank für den Bericht. Vor allem aber auch Ihnen und den anderen Rechnungsprüfern herzlichen Dank für die engagierte Arbeit bei der Rechnungsprüfung in den vergangenen Jahren.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 11 c:

AUSSPRACHE UND BESCHLUSSFASSUNG ZU DEN BERICHTEN

Ich bitte Sie auch hier, die Wortmeldezettel zu benutzen, die Sie bei der Wortmeldestelle abgeben können.

Ich darf als Erstem Manfred Carstens das Wort geben.

Manfred Carstens: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierte und Gäste des Parteitags! Es hört sich auf diesem Parteitag gut für unsere Ohren an – das gilt auch für alle CDU-Mitglieder im Lande –, wenn nach dem Bericht des Bundesschatzmeisters einer der Rechnungsprüfer auf dem Parteitag 2001 sagen kann: Die CDU Deutschlands hat geordnete Finanzen. Viele haben daran mitgewirkt, dass es zu diesem Ergebnis kommen konnte. Im Grunde genommen war es die ganze Partei.

Ich habe mich aus einem bestimmten Grund zu Wort gemeldet. Da das eine oder andere noch besser gelaufen ist, als wir zu Beginn der Sanierung angenommen haben, hat es vereinzelt die Frage gegeben: Kann der Sonderbeitrag nicht eher auslaufen als nach fünf Jahren?

(Vereinzelter Beifall)

Ich weiß, dass eine Menge Schwierigkeiten damit verbunden sind, diesen Beitrag aufzubringen. Ich muss aber ganz deutlich sagen: Der Sanierungsplan läuft nicht über zwei, nicht über drei und auch nicht über vier Jahre. Die Bundespartei und insbesondere die Bundesgeschäftsstelle haben einen Anspruch darauf – es wurde so beschlossen und es ist auch nötig –, dass dieser Sonderbeitrag fünf Jahre gezahlt wird.

Ich sage aber auch in Richtung Bundespartei und in Richtung Bundesgeschäftsstelle: In diesen fünf Jahren muss die Sanierung endgültig abgeschlossen sein; sie kann auch abgeschlossen sein. Dieser Sonderbeitrag läuft nicht über sechs, sieben oder acht Jahre, sondern, wie gesagt, über fünf Jahre. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Jochen Borchert, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Manfred Carstens. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe daher die Aussprache.

Ich lasse jetzt über die Berichte des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer abstimmen. Wer mit den Berichten einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine Gegenstimmen und keine Stimmenthaltungen. Damit sind die Berichte einstimmig angenommen.

Ich rufe den TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 11 d auf:

NEUWAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Entsprechend § 43 und § 29 Abs. 2 Punkt. 4 unseres Statuts kommen wir jetzt zur Wahl des Bundesschatzmeisters. Ich darf das Wort hierzu zunächst unserer Bundesvorsitzenden Angela Merkel geben.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Ich möchte Ihnen den Vorschlag unterbreiten, dass Dr. Wolfgang Peiner der nächste Bundesschatzmeister der CDU Deutschlands wird. Dr. Wolfgang Peiner ist Hamburger und ist schon lange in der Hamburger CDU verwurzelt. Er war viele Jahre lang parallel in der Wirtschaft und in der Hamburger Bürgerschaft tätig. Er hat später dann einen Wechsel in die Wirtschaft vollzogen.

Dr. Wolfgang Peiner ist uns als ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Gothaer Versicherungen bekannt. Mit dem Wahlsieg von Ole von Beust hat Herr Peiner die Chance ergriffen, aus der Wirtschaft in die Politik zurückzukehren. Er ist nach der Regierungsübernahme durch Ole von Beust Finanzsenator von Hamburg geworden.

Herr Peiner hat sich aufgrund seines großen Erfahrungsschatzes aus dem wirtschaftlichen Bereich und aufgrund seines politischen Hintergrundes bereit erklärt, das Amt des Bundesschatzmeisters zu übernehmen. Ich bin dafür sehr dankbar, weil ich glaube, dass wir mit ihm einen Mann gefunden haben, der über Reputation in der Wirtschaft und gleichzeitig über eine große politische Erfahrung verfügt. Ich schlage dem Bundesparteitag deshalb Herrn Peiner als zukünftigen Schatzmeister vor.

(Beifall)

Jochen Borchert, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel. Frau Merkel hat Herrn Dr. Peiner vorgeschlagen. Ich darf Herrn Dr. Peiner jetzt bitten, sich kurz vorzustellen.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Peiner: Frau Merkel! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gefragt, was unsere Vorsitzende bewogen haben mag, mich vorzuschlagen. Vielleicht sind es drei Dinge: Erstens das Wissen um meine Ausbildung als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, mit dem ich sicher einen Beitrag zur Offenheit und Transparenz leisten kann. Zweitens – Frau Merkel hat es eben gesagt – meine Verbindungen zur Wirtschaft als langjähriger Vorstandsvorsitzender einer großen Versicherungsgruppe, aber auch als Aufsichtsratsmitglied einer Reihe von namhaften deutschen Gesellschaften. Drittens wohl auch meine Kenntnis der Partei nach 40 Jahren Mitgliedschaft und nach Tätigkeiten in drei Bundesländern.

Wenn jemand eine Partei als Ortsvorsitzender, als stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union, als Abgeordneter, aber auch als Schatzmeister der Adenauer-Stiftung kennt, dann kennt er schon einige Ecken dieser Partei. Ich habe alle diese Aufgaben gerne erfüllt.

(Beifall)

Nach einer schwierigen Phase ist ein neuer Anfang gemacht worden. Das Finanzwesen – das haben wir eben gehört – ist geordnet. Auch ich möchte mich dem Dank an Herrn Cartellieri, aber auch dem Dank an alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle anschließen. Es war sicher vorbildlich, was hier in so kurzer Zeit erreicht wurde.

Die Finanzen sind auf einen guten Weg gebracht worden. Ich möchte aber das unterstreichen, was vorhin gesagt wurde: Dieser Weg ist noch nicht nach zwei Jahren beendet; er ist erst nach fünf Jahren beendet. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen müssen. Der Spielraum ist eng. Wir sind keine reiche Partei. Sparsamkeit bleibt das oberste Gebot.

Herr Cartellieri hat eben auch gesagt, dass es jetzt darauf ankommt – vielleicht noch stärker als in der Vergangenheit –, das Produkt Partei auch in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft wieder neu stärker zu positionieren. Ich denke dafür gibt es allen Grund. Diese Partei verdient das Vertrauen ihrer Mitglieder, aber auch das Vertrauen der Wirtschaft. Ich bin

bereit, mich für dieses Vertrauen einzusetzen. Ich bin bereit zu einem Engagement. Deswegen freue ich mich über den Vorschlag.

(Beifall)

Jochen Borchert, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Peiner, für diese Vorstellung.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in den Wahlgang will ich noch folgende Hinweise geben: Nach § 43 des Statuts wird die Wahl geheim mit Stimmzetteln durchgeführt.

Erforderlich ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit, sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Wir nehmen die Wahl mit dem gelben Stimmzettel Nummer zwei vor. Gültig sind Stimmzettel, auf denen Ja oder der Name, Nein oder Enthaltung steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen enthalten, sind ungültig.

Nutzen Sie bitte die im Saal aufgestellten Wahlkabinen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen dürfen.

Ich eröffne jetzt den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben. –

Sind alle Stimmzettel eingesammelt?

(Zurufe: Nein!)

Dann warten wir noch einen Augenblick. – Kann ich jetzt den Wahlgang schließen? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, Sie sind sicher damit einverstanden, dass wir mit den Verhandlungen fortfahren und nicht warten, bis das Ergebnis vorliegt.

Ich rufe daher TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

NACHWAHL EINES RECHNUNGSPRÜFERS FÜR DEN REST DER AM 7. NOVEMBER 1998 BEGONNENEN AMTSZEIT

Diese Nachwahl ist notwendig geworden, da Bärbel Kleedehn aus dem Amt ausgeschieden ist. Aus den Reihen der Landesverbände liegt uns ein Vorschlag des Landesverbandes Thüringen für das Amt eines Rechnungsprüfers vor. Es wird Claudia Nolte vorgeschlagen. Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Ich schlage dem Parteitag vor, diese Wahl in einer offenen Abstimmung durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Wer mit der Wahl einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist Claudia Nolte einstimmig zur Rechnungsprüferin gewählt worden.

Ich darf Claudia Nolte fragen, ob sie die Wahl annimmt.

(Claudia Nolte: Ja.)

Das war laut und vernehmlich. Claudia Nolte nimmt die Wahl an.

(Beifall)

Ich darf damit den Tagungsordnungspunkt abschließen und an Frau Böhmer übergeben.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16 a:

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„LEITSÄTZE FÜR EINE AKTIVE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK“

Ich gebe das Wort an Volker Rühle zur Einführung in den Antrag.

Volker Rühle: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einführen in die Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik. Da sie in einem neuen Verfahren erarbeitet worden sind, lassen Sie mich zunächst etwas darüber sagen, wie sie entstanden sind.

Wir haben, bevor sich der Bundesvorstand diese Leitsätze zu Eigen gemacht hat, in einem gut zwölfmonatigen Diskussions- und Entscheidungsprozess mit den Vorsitzenden von fünf Bundesausschüssen an diesen Leitsätzen gearbeitet. Ich möchte sie nennen, weil ich glaube, dass sich das Ergebnis der Arbeit sehen lassen kann: für den Fachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik Dr. Friedbert Pflüger, für den Fachausschuss Europapolitik Elmar Brok, für den Fachausschuss Entwicklungspolitik Armin Laschet, für den Fachausschuss Umweltpolitik – Sie werden gesehen haben, dass wir auch ein Kapitel über internationale Umweltpolitik, vor allem Süßwasserressourcen, haben – Kurt-Dieter Grill und schließlich für den Bundesausschuss Menschenrechte Herrmann Gröhe.

Meine Damen und Herren, Deutschland steht in diesen Monaten nicht nur im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sondern auch vor zentralen außenpolitischen Richtungsentscheidungen. Derart wichtige Richtungsentscheidungen und Weichenstellungen, vor denen wir stehen, erfordern von unserem Land eine kraftvolle, eine kreative Außenpolitik, die Einfluss und Gewicht hat, die eine Perspektive hat und eben nicht nur davon bestimmt wird, was innerhalb der rot-grünen Koalition gerade möglich ist.

Wir brauchen eine Außenpolitik, die sich orientiert an den Interessen unseres Landes und nicht an dem, was machbar ist innerhalb einer schwachen rot-grünen Koalition in Berlin.

(Beifall)

Dort wird den wichtigen strategischen Fragen immer wieder ausgewichen. Sie werden tabuisiert, sobald sie zu einer Belastung der Koalition zu werden drohen. Wir müssen feststellen: Deutschland ist in der internationalen Politik keine treibende Kraft mehr, so wie das zu Zeiten des Bundeskanzlers Helmut Kohl war, sondern häufig Getriebener der Ereignisse. Deswegen wird die Regierung in Berlin den außenpolitischen Interessen unseres Landes nicht gerecht.

(Beifall)

Wir haben nach dem schrecklichen Anschlag vom 11. September allerdings – wie ich denke, mit Recht – den Bundeskanzler von Anfang an unterstützt, als er von der „uneingeschränkten Solidarität“ Deutschlands mit Amerika sprach. Uneingeschränkte Solidarität, das heißt für uns, dass Deutschland Amerika hilft, auch weil die Amerikaner 40 Jahre lang dafür gesorgt haben, dass wir trotz Ost-West-Konflikt, trotz Mauer und Stacheldraht, in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben konnten, und schließlich ganz wesentlich die Wiedervereinigung ermöglicht haben. Uneingeschränkte Solidarität heißt für uns aber auch, dass wir unseren politischen und militärischen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus leisten müssen. Denn es geht um unseren eigenen Schutz. Das war ein Angriff auf unsere eigene Lebensform. Deshalb müssen wir mit aller Klarheit sagen: Nur durch Gemeinsamkeit im Handeln können wir künftige Gefahren für die Welt wirksam bekämpfen. Deswegen – das ist eine Schiefelage in der Diskussion in Deutschland – geht es eben nicht nur um Solidarität mit Bündnispartnern, sondern geht es für uns als Bundesrepublik Deutschland auch um die Wahrung unseres eigenen, existenziellen Sicherheitsinteresses.

(Beifall)

Im Zusammenleben der Völker gibt es in einem Jahrhundert vielleicht nur wenige Augenblicke, die dieses Jahrhundert bestimmen. Die Engländer und Amerikaner sprechen von einem „defining moment in history“. Für uns war das vielleicht die unmittelbare Nachkriegszeit, gerade für die ältere Generation, als sich die neuen westlichen Verbündeten, nicht zuletzt die Amerikaner, dem materiell und moralisch daniederliegenden Deutschland zuwandten. Wenn Sie heute mit der Generation der 60- bis 70-Jährigen sprechen, dann werden Sie daran immer erinnert. Ich werde nicht vergessen, dass Helmut Kohl noch als Bundeskanzler sehr häufig über die Hoover-Speisung gesprochen hat. Viele, die die Chance hatten, in den 50er-Jahren in den USA, in England oder Frankreich zu studieren, haben diese Zuwendung für Deutschland gespürt. Das war für sie ein „defining moment in history“, den sie bis heute nicht vergessen haben. Ich sage Ihnen: Das gilt auch umgekehrt. Heute 20-jährige Amerikaner werden sich wahrscheinlich noch in einigen Jahrzehnten daran erinnern, wie wir auf diesen schrecklichen Anschlag reagiert haben. Das Einzige, was dabei zählt, ist das, was wir tatsächlich machen – nicht das, was auf dem Papier steht. Deswegen ist dies ein so wichtiger Moment in der Geschichte.

(Beifall)

Das kollektive Gedächtnis der Völker ist sehr viel besser, als sich manche vorstellen können.

Wenn sich der Pulverdampf der Parteitage von Rot und Grün verzogen hat, dann wird festzustellen sein, dass das, was die Bundeswehr in diesem Einsatz tatsächlich macht, sehr begrenzt ist. Im Augenblick sind es Flüge von der Pfalz in die Türkei, nach Ankara, nach Incirlik – umgekehrt proportional zu dem innenpolitischen Getöse, das es um dieses Thema bei SPD und Grünen gegeben hat. Das muss nicht so bleiben, denn es können schwierigere Einsätze auf uns zukommen. Aber was ich der Bundesregierung vorwerfe, ist, dass sie in diesem Zusammenhang gezielt Unklarheiten verbreitet.

Ein Beispiel dafür ist die mögliche Friedenstruppe zur Stabilisierung der politischen Situation in Afghanistan. Sowohl der Bundeskanzler als auch der Außenminister haben auf ihren Par-

teitagen so getan, als sei der Einsatz einer internationalen Friedenstruppe ausgeschlossen und von den UN nur eine innerafghanische Absicherung vorgesehen. Tatsache aber ist, dass die Bundesregierung bereits Anfang November, also vor den Parteitagen, von den Verantwortlichen in der UNO gefragt wurde, ob Deutschland bei der geplanten Friedenstruppe die Führung übernehmen könne. Diese Anfrage haben Schröder und Fischer totgeschwiegen und selbst auf Nachfrage uns gegenüber im Auswärtigen Ausschuss geleugnet. Warum? Eine öffentliche Diskussion darüber hätte bei Rot-Grün bei der Entscheidung über den Einsatz deutscher Streitkräfte für noch größere Probleme gesorgt. Deswegen, finde ich, sollten wir die Bundesregierung im Interesse unserer Soldaten auffordern, endlich alle Fakten auf den Tisch zu legen und sie öffentlich zu machen.

(Beifall)

Deutschland ist nun die Aufgabe zugekommen, die Afghanistan-Konferenz durchzuführen, von der wir uns nur wünschen können, dass sie in den nächsten Stunden zu einem Erfolg kommt. Aber eines ist auch klar: Wer Verantwortung am Konferenztisch übernimmt, der kann jedenfalls nicht grundsätzlich ausschließen, auch vor Ort Verantwortung für die Stabilisierung des politischen Prozesses in Afghanistan übernehmen zu müssen, wenn die Vereinten Nationen ein solches Anliegen an uns herantragen.

Ein zweites Beispiel ist das Kräftedispositiv für den Bundeswehreininsatz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Es sieht so aus, dass es weitere Auseinandersetzungen, vielleicht auch Kriege fernab von Afghanistan geben wird. Aber diese Bundesregierung sagt der deutschen Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage nicht, wo zum Beispiel die 800 Soldaten im ABC-Einsatz eingesetzt werden sollen, obwohl es darüber durchaus konkrete Vorstellungen gibt. Ich finde, wir schulden den Soldaten und ihren Familien, aber auch der Transparenz der Debatte in Deutschland, dass schnellstmöglich Klarheit über ihren Einsatz geschaffen wird.

(Beifall)

Ein Bundeskanzler und ein Bundesaußenminister, die unsere Streitkräfte in schwierige Einsätze schicken und die die Bundeswehr für ihre internationale Tätigkeit brauchen, haben – das sollten wir sehr deutlich machen -gegenüber diesen Soldaten auch eine Verpflichtung. Sie müssen sich innenpolitisch vor die Bundeswehr stellen und endlich für eine ausreichende Finanzierung sorgen, damit unsere Soldaten ihre Einsätze mit größtmöglicher Sicherheit für Leib und Leben durchführen können.

(Beifall)

Was wir nicht länger hinnehmen können, ist dieses Doppelspiel: dass sich auf der einen Seite sowohl der Außenminister als auch der Bundeskanzler international gar nicht sehen lassen könnten, wenn Deutschland nicht auch zu militärischer Solidarität bereit wäre, man aber auf der anderen Seite innenpolitisch nichts tut, um die Bundeswehr auf diese Aufgaben vorzubereiten. Deshalb ist es ein entscheidendes Anliegen der Union, dass dieses Doppelspiel von Rot-Grün im Interesse der Bundeswehr endlich beendet wird.

(Beifall)

Auch in meiner Zeit als Verteidigungsminister war das Geld knapp – das muss auch so sein –, aber auf sehr viel höherem Niveau. Das lässt sich so leicht sagen; aber es sind fast 20 Milliarden DM, die wir innerhalb einer Legislaturperiode mehr für unsere Soldaten eingesetzt haben, als das Rot-Grün jetzt tut. Das Ergebnis von drei Jahren Rot-Grün bedeutet eine ideelle, personelle und materielle Auszehrung der Bundeswehr, die zu kaum wieder gutzumachenden Langzeitschäden führt. Struktur und wachsende Aufgabe der Streitkräfte sowie die völlige Unterfinanzierung passen nicht zusammen. Deutschland ist vielfach nicht mehr in der Lage, seine NATO- und EU-Verpflichtungen zu erfüllen.

Unsere Streitkräfte – so auch der Generalinspekteur – sind nur noch bedingt einsatzfähig. Was wir leisten müssen – auch das gehört zur uneingeschränkten Solidarität –, ist, dass Struktur und Aufgaben der Streitkräfte und ihre Finanzierung in Übereinstimmung gebracht werden. Deshalb werden wir nach der Wahl im nächsten Herbst zu der noch von uns 1998 beschlossenen Finanzplanung zurückkehren und den Verteidigungshaushalt auf rund 50 Milliarden DM anheben. Meine Damen und Herren, dann werden wir es schaffen, dass Deutschland wieder ein glaubwürdiger und berechenbarer Bündnispartner wird.

(Beifall)

Wir werden und müssen die Amerikaner in Europa militärisch entlasten. Das geht aber nur, wenn wir die entsprechenden europäischen Fähigkeiten entwickeln. Wenn ich mir die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik anschau, die ganz wesentlich von der Regierung in Berlin mitverantwortet wird, stelle ich fest, dass vieles nur auf dem Papier steht, angefangen bei den Transportflugzeugen bis hin zu der im Aufbau befindlichen Eingreiftruppe von 60 000 Mann. Wir werden die Amerikaner auf dem Balkan mit Sicherheit entlasten müssen. Es wäre aber, wie ich glaube, falsch, wenn wir diese Schritte nur passiv begleiten. Wir sollten vielmehr von uns aus Vorschläge machen, wie Europa eine stärkere Rolle übernehmen kann. Deswegen sollten wir uns bereits heute darauf einstellen, die Friedensmissionen nicht nur in Mazedonien, sondern auch in Bosnien und mittelfristig auch im Kosovo in europäischer Hauptverantwortung durchzuführen.

Meine Damen und Herren, die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts wäre ohne die Anwesenheit der Amerikaner in Europa ganz anders verlaufen. Ich fürchte, die Entwicklung in diesem Zeitraum wäre katastrophal für uns verlaufen. Wir haben es der Anwesenheit der Amerikaner in Europa zu verdanken, dass die Entwicklung zu dem Zustand von 1989 geführt hat und dass wir nicht nur Deutschland, sondern auch Europa in Frieden und Freiheit wieder vereinigen können. Wir brauchen die Amerikaner aber auch im 21. Jahrhundert in Europa. Das wird zwar nicht in derselben Stärke sein müssen, aber ich bin fest davon überzeugt: Sie werden nur in Europa bleiben – das liegt in unserem Interesse –, wenn es ein starkes Europa ist, wenn Europa ein relevanter strategischer Partner ist, nicht ein Europa, das Mitleid verdient, sondern ein interessanter strategischer Partner. Deswegen der Aufbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Im letzten Jahrhundert waren wir das Problem. Deswegen waren hier Hunderttausende von amerikanischen Soldaten. In diesem Jahrhundert dürfen wir gewissermaßen nicht einen Teil des Problems, sondern müssen einen Teil der Lösung darstellen. Wir müssen

zusammen mit den Amerikanern Stabilität schaffen, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus.

(Beifall)

Darauf müssen wir uns vorbereiten. Davon sehen wir in Berlin bei der jetzigen Regierung aber sehr wenig.

Wir erleben im Augenblick wieder den alten europäischen Beauty Contest, wer mit seinen Truppen am meisten bewirkt. Natürlich müssen Spezialtruppen – das gilt auch für das deutsche Kommando der Spezialkräfte – national geführt werden. Sonst würde bei den Einsätzen alles durcheinander gehen. Man kann diese Truppen aber europäisch einbetten. Es wäre ein wirklich gewichtiger Beitrag der Europäer, wenn wir es schaffen würden, bis zu 5 000 Mann europäischer Spezialkräfte einschließlich der deutschen zu schaffen und mit dem europäischen Schönheitswettbewerb, wer denn am meisten auf die Beine bringt, Schluss zu machen.

Auch die Entscheidung über die nächste Runde der NATO-Erweiterung wird eine strategische Weichenstellung sein. Das ist unser Thema. Manche haben vielleicht schon vergessen, wie umstritten die erste Erweiterung der NATO in der Diskussion Mitte der 90er-Jahre war. Sie wurde von den Grünen kategorisch abgelehnt. Von den Sozialdemokraten wurde sie weitgehend angefeindet. Heute können wir stolz darauf sein, dass die Polen, die Ungarn und die Tschechen Mitglied der NATO sind, dass wir die Teilung Europas, wie sie in Jalta beschlossen wurde, überwunden haben. Dieser Prozess muss jetzt fortgesetzt werden. Darum geht es im nächsten Jahr.

(Beifall)

Das ist eine Entscheidung, die vor allem im deutschen und im europäischen Interesse liegt. Es geht um das strategische Ziel, eben in ganz Europa Sicherheit und Stabilität zu erhöhen, insbesondere dort, wo sie gefährdet ist. Das ist auf dem Balkan und in Südosteuropa der Fall. Deshalb müssen es gerade die Europäer und insbesondere die deutsche Regierung sein, die deutlich sagen, wie dieser Prozess weitergehen soll, statt nur darauf zu warten, bis die Amerikaner sagen, was sie denn wollen.

Wir waren es, die in den 90er-Jahren die NATO-Erweiterung initiiert und vorangetrieben haben. Wir erwarten, dass Deutschland auch jetzt die Initiative ergreift – aber Fehlanzeige! Es gibt keinerlei Beitrag der Bundesregierung in dieser Diskussion. Wir haben in unserem Bundesvorstand schon Anfang dieses Jahres eine klare Position bezogen. Diese lautet: Die NATO soll bei ihrem Gipfel im Herbst nächsten Jahres eine Einladung an Slowenien, die Slowakei, die drei baltischen Staaten, an Bulgarien und nach Möglichkeit auch an Rumänien aussprechen. Wir sind uns im Klaren darüber, wie schwierig die innenpolitische Lage gerade in Rumänien ist. Deswegen sagen wir auch ganz deutlich, dass Rumänien im Hinblick auf seine Beitrittsfähigkeit noch erhebliche Anstrengungen unternehmen muss. Eine um Bulgarien und Rumänien erweiterte NATO würde dem krisengeschüttelten Balkan aber einen deutlichen und dringend erforderlichen Stabilitätsgewinn bringen. Wir müssen die Prozesse der Öffnung der Europäischen Union und der Öffnung der NATO in einem Zusammenhang sehen. Bulgarien und Rumänien haben, selbst wenn dort in der Innenpolitik alles richtig gemacht würde, noch einen

längeren Weg vor sich, bevor sie durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stabilisiert werden. Deswegen unsere Forderung, sie in der zweiten Runde der NATO-Erweiterung einzu beziehen. Das wäre ein ganz entscheidender Schritt für die Stabilisierung in Europa.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mit unseren Leitsätzen geben wir Orientierung für die anstehenden außenpolitischen Richtungsentscheidungen. Wir sprechen uns für eine zügige Erweiterung der Europäischen Union aus. Seit 1989 sind jetzt schon zwölf Jahre vergangen. Wer da sagt, wir sollten es mit der Mitgliedschaft Polens, Ungarns, Tschechiens, der baltischen Staaten, Sloweniens und anderer nicht überstürzen, der vergisst, wie viel Zeit schon ins Land gegangen ist, der vergisst vielleicht auch, wie wichtig es für Deutschland war, in den 50er-Jahren frühzeitig das Tor zur atlantischen Gemeinschaft und auch zur Europäischen Union in der damaligen Form geöffnet zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Die künftigen Mitglieder müssen sicherlich noch erhebliche Anstrengungen für ihren Beitritt unternehmen. Sie müssen wirtschaftliche Kriterien erfüllen und vor allem funktionsfähige Verwaltungen schaffen. Wir müssen aber aufpassen, dass wir Europa nicht neu teilen, indem wir die Staaten, mit denen wir derzeit verhandeln, neu aufnehmen und die Staaten, die dahinter liegen – das sind strategisch unglaublich wichtige Staaten für die Stabilität in Europa; ich denke etwa an die Ukraine –, durch die Mitgliedschaft von Staaten in unserem näheren Umfeld sozusagen weiter von uns wegschieben. Deswegen unsere Überlegungen, wie man eine gesamteuropäische Einigung voranbringen kann und zugleich neue Trennlinien vermeiden kann. Dafür muss ein Netzwerk von Formen abgestufter Integration und institutionalisierter Zusammenarbeit geschaffen werden, und zwar mit eben den Ländern, die nicht oder jedenfalls vorerst nicht Mitglied der Europäischen Union werden können. Wir schlagen dafür zum Beispiel die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes Ost, die Entwicklung einer gesellschaftlichen Außenpolitik und die stärkere Nutzung des Europarats vor, wozu ich im Übrigen sagen möchte, dass die Arbeit und die Arbeitsmöglichkeiten des Europarates weitgehend unterschätzt werden. Wir sollten diese Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten in unserer Politik stärker nutzen.

Wir wollen die europäisch-amerikanische Partnerschaft im Rahmen einer neuen atlantischen Charta vertiefen und die Atlantische Allianz erweitern.

Des Weiteren sagen wir, dass Deutschland und Europa einen größeren Beitrag zu einer fairen politischen und militärischen Lastenteilung im Bündnis leisten müssen. Wir müssen uns darauf einstellen – das habe ich angesprochen –, dass die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Europa weiter reduzieren und von uns Europäern mehr Eigenverantwortung erwarten. In der Konsequenz betrifft das auch die Bundeswehr. Hier muss die drastische Unterfinanzierung korrigiert werden. Aus unserer Sicht ist für ein 80-Millionen-Volk ein Umfang von mindestens 300 000 Soldaten erforderlich. Die Wehrpflicht sollte unter Wiederherstellung der Wehrgerechtigkeit beibehalten werden; denn das ist die richtige Organisationsform für die deutschen Sicherheitsbelange.

(Beifall)

Europa muss sich mit eigenen Initiativen in die amerikanischen Raketenabwehrpläne einbringen. Die Terrorakte haben in grauenhafter Weise verdeutlicht, dass wir unsere Sicherheit im 21. Jahrhundert nicht mehr allein auf die Abschreckung bzw. die Fähigkeit zur gegenseitigen Vernichtung gründen können. Niemand kann heute ausschließen, dass terroristische Gruppierungen bereits morgen über Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme verfügen werden. Wir weisen auch darauf hin, dass die neuen asymmetrischen Bedrohungen eine neue Prioritätensetzung zugunsten der äußeren und inneren Sicherheit erforderlich machen. Dazu gehören nationale und auch internationale Maßnahmen zum Schutz vor digitalen Angriffen.

Weiterhin sind wir der Auffassung – das wird international zu einer wichtigen Diskussion führen –, dass durch eine Europäisierung der deutschen Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat die Debatte über die institutionelle Reform der Vereinten Nationen aus der Sackgasse herausgeführt werden kann. Seit zehn Jahren gibt es hier keinerlei Fortschritt. Ich glaube, dass, wenn Deutschland einen ständigen Sitz verlangt, man dies auch Italien zugestehen muss. Wenn aber die europäischen Länder mit vier ständigen Sitzen im Sicherheitsrat vertreten wären, hätte dies unabsehbare Konsequenzen für alle anderen Teile der Welt. Deswegen sagen wir, dass die bereits bestehenden ständigen Sitze von England und Frankreich in einer Übergangsphase europäisch mandatiert werden sollten; später könnten diese dann durch Europa eingenommen werden. Ich glaube, dass das eine Chance ist, aus der Sackgasse der Diskussionen über die Reform der Vereinten Nationen herauszukommen.

(Beifall)

Das wird bei unseren englischen und französischen Freunden nicht nur auf Begeisterung stoßen. Ich bin mir aber sicher, dass wir im Jahre 2049 im Weltsicherheitsrat nicht die Strukturen von 1949 werden haben können. Deswegen brauchen wir hier ganz dringend eine Weiterentwicklung.

Ich verweise auf das Kapitel über die Soziale Marktwirtschaft in ihrer globalen Rolle und auch auf das, was wir hinsichtlich der Süßwasserknappheit diskutieren. Einige haben uns gefragt, ob wir uns da nicht im Thema vergriffen hätten, das wirke so technisch. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden sehr bald in diesem Jahrhundert erleben, dass dort, wo jetzt große Tankerflotten mit Öl ihre Spur ziehen, Tankerflotten eingesetzt werden – es gibt erste Anzeichen dafür, dass es Tankerflotten sein werden –, um knappes Süßwasser zu transportieren. Ich glaube daher, dass es sehr wichtig ist, uns rechtzeitig über institutionelle Absicherungen in diesem Bereich Gedanken zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich glaube, die CDU kann mit großem Selbstbewusstsein auf das schauen, was sie in den letzten 50 Jahren in der Außen- und Sicherheitspolitik an Weichenstellungen vorgenommen hat. Wir haben insgesamt manche Fehler gemacht, nicht nur in der letzten Zeit. Das ist ganz normal. Aber immer dann, wenn es darauf ankam, wirklich wichtige Weichenstellungen vorzunehmen, vor allen Dingen in diesem Bereich, dann haben wir diese auch gegen erbitterte Widerstände seitens der Sozialdemokraten und später ebenso der Grünen durchgesetzt.

Angela Merkel hat es heute Morgen bereits gesagt: Wir haben uns für die Westintegration entschieden. Damals wurde uns entgegengehalten, dies bedeute eine Absage an jede Chance

der Wiedervereinigung. Europa sei ein Umweg, ein Weg weg von den Chancen der Wiedervereinigung Deutschlands. Heute wissen wir alle, dass wir, wenn wir es auf dem alten, nationalstaatlichen Weg versucht hätten, keinerlei Chancen gehabt hätten. Deswegen war es die richtige Weichenstellung, in den 50er-Jahren auf diese Weise gegen die Sozialdemokraten den Prozess der europäischen Einigung voranzutreiben.

(Beifall)

Wir waren es – das macht auch klar, wie viel Kraft man gelegentlich in der Politik braucht –, die die Wiederbewaffnung und den Aufbau der Bundeswehr in den 50er-Jahren durchgesetzt haben; das war ein hoch umstrittenes Thema. 1982 haben wir die Nachrüstung gegen heftigste Widerstände von Rot und Grün verwirklicht mit dem Ergebnis, dass es Mittelstreckenraketen auf keiner Seite mehr gibt, dass auch die Kurzstreckenraketen abgerüstet wurden und dass der Kalte Krieg zu Ende ging. Dazu wurde eine harte emotionale Auseinandersetzung geführt und auch hier haben wir die Weichen richtig gestellt. Helmut Kohl hat die deutsche Einheit geschaffen. Die Chance dafür gab es vielleicht nur für eine begrenzte Zeit, vergegenwärtigt man sich, was bald danach in Moskau geschehen ist. Und Mitte der 90er-Jahre haben wir gegen viele Widerstände die NATO-Erweiterung auf den Weg gebracht.

Deswegen sage ich Ihnen: Wir müssen Schluss machen mit der kleinen Münze, mit der die Außenpolitik von Rot-Grün in Berlin betrieben wird. Die CDU ist die Partei, die die entscheidenden Weichenstellungen in der Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Land und in manchen Situationen auch über dieses Land hinaus, für Europa, getroffen hat. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung dafür, dass wir unsere Kraft einsetzen, die Weichen auch in der Zukunft richtig zu stellen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unseren Leitsätzen für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Lieber Volker Rühle, ganz herzlichen Dank für die Einführung in den Antrag „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“.

Ich bitte um das Verständnis des Parteitages, dass wir, bevor wir zu den Antragsberatungen kommen, zunächst das Wahlergebnis für den Bundesschatzmeister bekannt machen und noch Gelegenheit zu drei Grußworten geben.

Ich darf zuerst das Wahlergebnis für den Bundesschatzmeister bekannt geben: Abgegebene Stimmen 636, ungültige Stimmen 0, Enthaltungen 1. Damit haben wir 635 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 318 Stimmen. Für Dr. Wolfgang Peiner wurden 627 Stimmen abgegeben. Das entspricht 98,7 Prozent.

(Beifall)

Herr Dr. Peiner, ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an? – Danke. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Das großartige Ergebnis ist sicherlich eine ganz besondere Verpflichtung für den Bundesschatzmeister.

Ich komme jetzt zu einem Gast, dem Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Dr. Wilfried Martens. Ich darf ihn bitten, ein Grußwort an uns zu richten. – Lieber Herr Dr. Martens, Sie haben das Wort.

Dr. Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (mit Beifall begrüßt): Liebe Angela Merkel! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Ich danke Ihnen herzlich für die Gelegenheit, als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei einige Worte an Sie richten zu können.

Die Parteitage unserer größten Mitgliedspartei, der CDU Deutschlands, haben für mich als EVP-Vorsitzenden eine besondere Bedeutung. Ihre Partei war immer ein Motor innerhalb der Europäischen Volkspartei.

Insbesondere Sie, Angela Merkel, haben sich in unsere Arbeit engagiert eingebracht. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall)

Wir haben ein gemeinsames Konzept. Es ist die Idee von einer großen Partei der Mitte. Ich möchte hinzufügen: Es ist ein Konzept mit Zukunft. Die Neue Mitte und New Labour stehen vor großen Problemen. Die Wähler lassen sich möglicherweise in einer Wahl blenden; auf Dauer werden sich aber Ideen durchsetzen, die auf festen Werten aufbauen.

(Beifall)

Das ist unsere Vorstellung von der Gestaltung einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, die gesamte Europäische Union schaut mit Sorge auf Deutschland. Als ich belgischer Regierungschef und Helmut Kohl deutscher Bundeskanzler war, galt Deutschland als Musterbeispiel in der Europäischen Union.

(Beifall)

Jetzt belegt Deutschland beim Wirtschaftswachstum im europäischen Vergleich den letzten Platz. In der Europapolitik ist die Funktion des Motors nicht mehr erkennbar. In der Außenpolitik bleibt die Koalition nur durch massive Drohungen des Kanzlers zusammen. Lassen Sie mich Ihnen als Beobachter von außen sagen: Dieses Land hat eine bessere Regierung verdient.

(Beifall)

Ich bin mir sicher, dass auch die Bürgerinnen und Bürger das im nächsten Jahr so sehen werden.

(Beifall)

Insbesondere in der Europapolitik sind klarere Positionen vonseiten Deutschlands nötig. Innerhalb der Europäischen Volkspartei haben Wolfgang Schäuble und ich gemeinsam ein Konzept zur Zukunft Europas erarbeitet. Wir sind damit die erste europäische Partei, die sich zu diesem Thema zu Wort meldet. Lieber Wolfgang, ich möchte Dir an dieser Stelle herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken.

(Beifall)

Ebenso danken möchte ich zwei Vizepräsidenten der EVP: Hans-Gert Pöttering, EVP-Fraktionschef im Europäischen Parlament, und Karl Lamers. Sie haben mitgeholfen, unserer Politik ein Profil zu verleihen und die EVP zum Vorreiter in wichtigen Fragen zu machen.

Ich freue mich auch, dass Peter Hintze in Mexiko vor gut einer Woche zum Vizepräsidenten der Christlich Demokratischen Internationale gewählt worden ist.

(Beifall)

Die CDU hat in den Gremien von EVP und CDI Gewicht. Ich bin mir sicher, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Lassen Sie mich hinzufügen: Die Europäische Volkspartei braucht eine starke CDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde der CDU Deutschlands, in einem Jahr wird die Situation in Deutschland eine andere sein. Darauf freue ich mich und wünsche Ihnen für den vor Ihnen liegenden Wahlkampf viel Erfolg und Ausdauer. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Dr. Martens, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihr Grußwort. Sie haben die große freundschaftliche Verbundenheit der Europäischen Volkspartei und ihre persönliche zu uns zum Ausdruck gebracht. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden dafür kämpfen, dass dieses Land nächstes Jahr eine bessere Regierung hat.

(Beifall)

Als einen weiteren Ehrengast begrüßen wir jetzt ganz herzlich den Vorsitzenden der italienischen CDU, den Minister für Europaangelegenheiten, Herrn Professor Dr. Rocco Buttiglione. – Wir freuen uns auf Ihr Grußwort und heißen Sie bei uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Prof. Dr. Rocco Buttiglione, Minister für europäische Angelegenheiten und Vorsitzender der Christlichen Demokratischen Union (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Angela Merkel! Sehr geehrte Ministerpräsidenten der verschiedenen von der CDU regierten Länder! Meine Damen und Herren! Ich bringe Euch den Gruß der italienischen Christdemokraten. Es freut mich sehr, Sie so kampflustig und schlagbereit vorgefunden zu haben.

(Beifall)

Es ist heute ein bisschen kalt und es weht ein Wind. Es weht in Europa ein neuer Wind, ein frischer Wind, der Wind einer neuen Gesinnung auf die Grundwerte. Es weht der Wind einer Sehnsucht nach den judäo-christlichen Wurzeln unserer Kultur. Es weht der Wind einer wachsenden Nachfrage nach bürgerlichen Freiheiten und gesellschaftlicher Solidarität. Dieser Wind hat den italienischen Parteien der Europäischen Volkspartei geholfen, in den letzten Wahlen einen großen Sieg zu erringen. Wir haben vor, in Italien eine einheitliche Partei der Christdemokraten aufzubauen, die zusammen mit der Forza Italia die demokratische Mitte in

Italien vertreten wird. Derselbe Wind wird den deutschen Christdemokraten dazu verhelfen, im kommenden Jahr einen großen Sieg zu erreichen.

(Beifall)

Die dramatischen Ereignisse in New York am 11. September haben diesen Prozess der Neuorientierung der europäischen Öffentlichkeit weiter beschleunigt. Wir sind uns plötzlich bewusst geworden, dass wir eine kulturelle Identität besitzen. Diese Identität wird von unseren Feinden anerkannt, und das in einer Zeit, in der wir sie vernachlässigen oder vieles dafür tun, um sie aufzulösen. Heute ist es die Aufgabe der Christdemokraten, diese Identität neu zu bekräftigen und sie nach dem Wandel in dieser Zeit neu zu gestalten.

2002 wird das Jahr der europäischen Verfassung sein. Der europäische Konvent wird den Text dieser Verfassung schreiben. Seine Tätigkeit soll aber von einer demokratischen Diskussion begleitet und geleitet werden, an der sich alle Schichten der europäischen Gesellschaft beteiligen sollen. Wir wollen mehr Demokratie und weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe und weniger Geheimniskrämerei, mehr gesellschaftliche Solidarität und weniger Macht bei den großen Monopolen. Wir wollen ein geeintes Europa und wir wollen zugleich ein christdemokratisches Europa.

Europa braucht Deutschland, Europa braucht eine starke Christlich Demokratische Union Deutschlands. Viel Erfolg!

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Professor Buttiglione, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihr Grußwort, für die ermunternden und sich zwischen unseren beiden Parteien vergewissernden Worte, und ich bitte Sie, alle Grüße von uns an die italienischen Parteifreunde mitzunehmen. Wir wollen gemeinsam weiter am Haus Europa bauen, denn dieses Haus braucht unser Fundament und braucht ein Dach, das wir ihm gemeinsam geben. Herzlichen Dank und noch einmal alle guten Wünsche!

(Beifall)

Ich freue mich, jetzt einen weiteren Gast bei uns begrüßen zu können. Es ist der ehrenamtliche Vorsitzende des Deutschen Komitees für UNICEF, Herr Reinhard Schlagintweit. Herzlich willkommen bei uns, Herr Schlagintweit!

(Beifall)

Vor dem Hintergrund der Entwicklung in Afghanistan und der dort für Frauen besonders bedrückenden und diskriminierenden Situation sowie der Gefahr, die dort für Familien und vor allem für Kinder droht, die auf extreme Art und Weise von Hunger und Not bedroht sind, hat sich das Präsidium der CDU entschlossen, Hilfe und Unterstützung zu geben. Hildegard Müller wird für das Präsidium der CDU in wenigen Tagen nach Pakistan reisen, um dort Flüchtlingslager zu besuchen. Wir wollen heute auch für die dort in Not lebenden Menschen sammeln, und ich darf die Bitte äußern und alle hier auf dem Parteitag auffordern: Nutzen Sie die Gelegenheit, am Stand von UNICEF eine Spende abzugeben, denn die Spende kann vielen Menschen dort helfen, und sie wird gut aufgehoben.

ben sein. Das wird die Gabe sein, die wir Ihnen, Herr Schlagintweit, mitgeben dürfen. Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Reinhard Schlagintweit: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für die freundlichen Worte und für die Möglichkeit, hier einige Sätze zu einer Frage sagen zu können, die sich nicht kurzfristig, aber ganz sicher langfristig politisch auswirken wird.

Ich spreche hier in zwei Eigenschaften zu Ihnen, einmal für das Deutsche Komitee für UNICEF, ein Komitee, zu dem mehrere Mitglieder dieses Parteitages gehören, und zweitens als jemand, der Afghanistan kennt, der vor 40 Jahren dort an der deutschen Botschaft Dienst getan hat, der miterlebt hat, wie die deutsche Entwicklungshilfe anging, wie Deutschland dort das Gewerbeschulsystem aufgebaut hat, einen geologischen Dienst, einen wasserwirtschaftlichen Dienst, wie es eine ganze Provinz entwickeln wollte, und der das Land 1996 wieder gesehen hat und gesehen hat, was kaputtgegangen ist. Das war mehr als alle staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, das war die gesamte junge Generation.

Die Arithmetik der Not in Afghanistan ist relativ einfach: Die Hälfte aller Kinder sind unterernährt. Ein Viertel der Kinder erreicht nicht das fünfte Lebensjahr, weil sie wegen dieser Unterernährung jeder Kinderkrankheit zum Opfer fallen und weil viele von ihnen nicht geimpft werden. Die Hälfte aller Kinder hat Wachstumsschwierigkeiten. Die Hälfte aller Kinder hat schwere Traumafolgen, Schlafstörungen, Verhaltensstörungen, Lernschwierigkeiten, weil sie miterleben mussten, wie in ihrer unmittelbaren Umgebung Gewalt ausgeübt wurde, Gewalt, der häufig Familienmitglieder, Nachbarn, Freunde zum Opfer fielen.

Weniger als die Hälfte aller schulpflichtigen Jungen gehen in die Schule, und wenn sie in eine Schule gehen, dann in eine, in der die Lehrer seit Jahren kaum mehr bezahlt worden sind, und wenn, dann mit Pfennigbeträgen, was sie zwingt, ihre Zeit lieber auf dem Basar oder als Gepäckträger zu verbringen, als in der Schule zu unterrichten. Von den Mädchen gehen höchstens sechs Prozent in die Schule – und auch die im Verborgenen.

Hier will UNICEF ansetzen, hier will UNICEF helfen. Der Schwerpunkt des UNICEF-Programms ist jetzt, dafür zu sorgen, dass die Kinder in die Schule kommen, möglichst viele Kinder und davon auch möglichst viele Mädchen. UNICEF-Vertreter sind am Ort. Die inländischen Vertreter waren während der vergangenen Monate immer da und haben immer gearbeitet; jetzt kommen auch die internationalen Repräsentanten wieder in die Städte. Sie sprechen mit den Gouverneuren und drängen sie, die Schulen so schnell wie möglich wieder zu eröffnen. Sie erklären sich bereit, bei der Herrichtung der Schulen mitzuhelfen. In Herat zum Beispiel sind wir so weit, dass in Kürze sieben Schulen aufgemacht werden, sodass mehrere tausend Mädchen bereits im Winter in die Schule gehen können. Der Rest der Schulen soll in Herat und den übrigen Städten, die jetzt zugänglich sind, so hergerichtet werden, dass im Frühjahr der Schulunterricht für Jungen und Mädchen wieder beginnen kann.

Der zweite Schwerpunkt ist die Gesundheit. UNICEF will jetzt, wo das Land wieder zugänglich ist, verstärkt dafür sorgen, dass alle Kinder gesund aufwachsen. Dafür ist das erste Lebens-

jahr besonders wichtig. UNICEF bringt daher Kraftnahrung, verstärkte Pulvermilch und Porridge in die Flüchtlingslager, vor allem in die internen Flüchtlingslager, in die die Menschen sich geflüchtet haben, als die Städte bombardiert wurden, und aus denen sie sich noch nicht überall zurücktrauen. Wir helfen, damit diese Kinder gesund aufwachsen.

Der dritte Schwerpunkt betrifft Kinder in besonders schutzbedürftigen Verhältnissen. Das sind Kinder in Waisenhäusern, behinderte Kinder, taubstumme Kinder. UNICEF hilft in Waisenhäusern, die ein trauriges Bild bieten. Ich habe sie gesehen: Da ist nichts als Beton und graue Wände. Es herrscht Hunger, in den Schlafsälen gibt es nur dünne Decken. Es werden jetzt verstärkt Winterkleidung, Decken, Spielzeug und Lehrmaterial geschickt, damit die Kinder aus ihrer Not herauskommen und besser aufwachsen können.

Ich glaube, die Gelegenheit jetzt zu helfen ist einmalig. Die Petersberg-Gespräche laufen gut. Die Kombination von einem qualifizierten UNO-Vertreter mit amerikanischem Druck und der Kriegsmüdigkeit der Afghanen selbst gibt eine Chance wie seit Jahrzehnten nicht mehr, dass dieses Land wieder zurück auf einen positiven Weg findet.

Die Vorsitzende von UNICEF, Carol Bellamy, war am Wochenende in Kabul, um persönlich dafür zu sorgen, dass die Programme jetzt wieder verstärkt in Gang gesetzt werden. Sie hat auch darauf hingewiesen, dass wir auf Spenden angewiesen sind. UNICEF ist eine der ganz wenigen UNO-Organisationen, die nur mit freiwilligen Beiträgen arbeiten, mit freiwilligen Beiträgen der Regierungen und mit freiwilligen Beiträgen von Privaten wie Ihnen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Bundesregierung seit etwa sechs Jahren unter zehn Millionen DM – nicht Dollar – jährlich für die Programme von UNICEF bereitgestellt hat. Das Deutsche Komitee stellt durch Spendenarbeit, durch Veranstaltungen, durch die Mithilfe von großen und kleinen Spendern ungefähr 150 Millionen Dollar zur Verfügung. Der Bedarf ist riesig, gerade jetzt im Winter und für die neue Phase.

Daher bin ich sehr, sehr dankbar, dass ich Sie hier bitten darf zu spenden und dass sich die Mitglieder der Jungen Union bereit erklärt haben, diese Spendenarbeit zu unterstützen. Sie gehen jetzt gleich mit Sammelbüchsen durch die Reihen. Draußen ist aber auch ein Büro von UNICEF. Dort werden Grußkarten verkauft und dort können auch noch Spenden gegeben werden. Sie nehmen auch Schecks an oder verteilen Überweisungsbögen, und auf Grund dieser Überweisungsbögen können Sie auch eine Spendenbescheinigung erhalten.

Ich bedanke mich schon jetzt sehr herzlich für alles, was Sie tun werden, sowie für Ihre Spendenbereitschaft. Ich freue mich sehr, dass die CDU in absehbarer Zeit eine eigene Delegation nach Pakistan und vielleicht sogar nach Afghanistan schicken wird, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Jetzt muss wirklich allen bewusst werden, was auf dem Spiel steht. Jetzt müssen alle dafür sorgen, dass nicht eine weitere Generation mit der Kalaschnikow statt mit dem Schuldbuch aufwächst. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer: Ganz herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Schlagintweit, für Ihren nachdrücklichen Einsatz bei der Hilfe gerade für die Kinder in Afghanistan. Sie haben uns das Leid und die Not dieser Kinder sehr nahe gebracht. Die Lage dieser Kinder ist erschütternd.

Wir werden von unserer Seite – davon bin ich überzeugt – alles tun und die Gelegenheit auf diesem Parteitag nutzen, um durch Spenden zu helfen. Ich möchte Sie alle dazu ermuntern, bei der Sammlung der Jungen Union mitzumachen. Nicht nur jede D-Mark zählt. Es dürfen auch ruhig ein paar D-Mark mehr sein, die in die Sammelbüchsen wandern, damit wir helfen können, dass die Kinder in Afghanistan überleben und auch eine realistische Überlebenschance haben. Ganz herzlichen Dank für Ihren Einsatz.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 16 zurück. Es geht um die Beratung und die Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“. Sie finden die Leitanträge unter dem Kennbuchstaben B. Sie sind in dem Antragsbuch auf den Seiten 310 bis 344 zu finden.

Es gibt zunächst eine allgemeine Aussprache. Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Friedbert Pflüger vor.

Ich darf Herrn Dr. Friedbert Pflüger das Wort geben.

(Beifall)

Dr. Friedbert Pflüger: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als einer der Miteinbringer dieses Antrags freue ich mich vor allen Dingen deshalb, dass in diesen Leitsätzen, aber auch im Leitantrag ein Schlüsselthema der nächsten Jahrzehnte in den Vordergrund gerückt wird, nämlich das Thema der Globalisierung. Wir, die christlichen Demokraten, sehen in der Globalisierung in aller erster Linie eine große Chance. Aber wir nehmen auch die Ängste vieler Bürger ernst. Wir machen von Dresden aus auch den Gegnern der Globalisierung ein Angebot zum Dialog, nicht den Gewalttätern von Seattle, von Göteborg, von Prag oder von Genua, aber den vielen jungen Menschen, die mit viel Idealismus und großem Verantwortungsbewusstsein kritische Fragen im Hinblick auf die heutigen Entwicklungen stellen.

Führt die Globalisierung zu einer weltweit nivellierten Einheitskultur, die nationale und regionale Identitäten verdrängt? Geht die Wohlstandsschere zwischen armen und reichen Ländern nicht immer weiter auseinander? Werden nationale Regierungen angesichts der globalen Wirtschaftsabläufe nicht immer mehr zu reinen Erfüllungsgehilfen bei der Jagd nach dem Shareholder-Value? Meine Damen und Herren, auf solche Fragen muss die CDU Antworten geben. Die Leitsätze und unser Leitantrag beginnen damit. Angela Merkel hat heute dazu Richtungsweisendes gesagt. Ich möchte nur fünf kurze Punkte dazu anmerken.

Erstens: Globalisierung ist doch in Wahrheit nichts anderes als ein anderes Wort für Freizügigkeit von Menschen, Meinungen, Informationen, Gütern und Dienstleistungen. Wer wollte gegen Globalisierung sein? Aber wie die Freiheit im Innern bedarf auch die globalisierte Welt eines Ordnungsrahmens, sozusagen Reglungsmechanismen, einer ethischen Einbettung. Für uns, die christlichen Demokraten, ist klar: Globalisierung und Gerechtigkeit gehören zusammen.

Zweitens: Die größte Armut herrscht nicht in den Ländern der Dritten Welt, die sich der globalen Wirtschaft öffnen, sondern in den Ländern, die sich abschotten. So erklären sich die Unterschiede zwischen dem geschlossenen Birma und dem offenen Malaysia sowie zwischen Nord- und Südkorea.

Drittens: Je mehr Integration es in der weltweiten Arbeitsteilung und je mehr Handel es gibt, desto besser geht es den Entwicklungsländern. Das ist nicht nur eine Herausforderung an sie, sondern vor allen Dingen auch an uns. Es hängt von der Frage ab, ob wir endlich bereit sind, unsere Märkte für Textilien und Agrarprodukte aus der Dritten Welt so zu öffnen, wie wir es in der Uruguay-Runde versprochen haben. Damit tun wir viel mehr für diese Länder als mit jeder Entwicklungshilfe, die wir leisten können.

(Beifall)

Viertens: Die Globalisierungsgegner dämonisieren die Multis. Sie sehen in ihnen die Ursache für alles Böse auf der Welt. In Wahrheit ist es meistens umgekehrt. Wer bei VW in Brasilien, bei BASF in Indien oder bei Siemens in China arbeitet, der verdient viel mehr als die Kollegen in einheimischen Betrieben. Aber auch im Hinblick auf Sicherheit am Arbeitsplatz, humane Arbeitsbedingungen und Müllentsorgung herrscht überall das gleiche Bild: Dort, wo Multis arbeiten, gibt es hohe Standards und hohe Maßstäbe, weil sie so viel Sorge vor NGOs und öffentlicher Kritik haben, weil sie im Blickpunkt des Interesses stehen.

Fünftens – mein letzter Punkt -: Es ist aber auch wahr, dass die globale Wirtschaft bisher keinen ausreichenden Ordnungsrahmen hat. Deshalb brauchen wir die neue internationale Soziale Marktwirtschaft. Wir brauchen kraftvolle globale Institutionen, die fairen Wettbewerb garantieren, die Kinderarbeit zurückdrängen und die ökologische Mindeststandards einfordern, ohne dass diese wieder zu protektionistischen Barrieren führen. Die WTO, die in Doha gerade eine neue umfassende Entwicklungsrunde beschlossen hat, die Internationale Arbeitsorganisation, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank sowie die Vereinbarungen von Rio, Kioto und Marrakesch sind bereits Ansätze für einen solchen Ordnungsrahmen, der allerdings der Ergänzung bedarf.

Der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer hat kürzlich die Bildung einer „global governance group“ vorgeschlagen, gebildet aus 24 Regierungschefs sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generaldirektoren von Währungsfonds, Weltbank, Internationaler Arbeitsorganisation, WTO sowie der geplanten neuen Weltumweltorganisation. Diese Gruppe soll uns, so Homeyer, Lösungen für die universale politische Gewalt ein wenig näher bringen. Als Modell dafür dient Homeyer vor allen Dingen die Europäische Union. Sie hat gezeigt, dass es möglich ist, in einem größeren geographischen Rahmen Nationen dauerhaft zu befrieden sowie allgemeingültige Wertmaßstäbe aufzubauen und durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, Globalisierung ist eine ungeheure Chance, wenn wir sie mit Menschenrechten sowie mit einem sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen verbinden, in dem dann die Wirtschaft ihre ganzen Kräfte entfalten kann und in dem wir Entwicklung in die Regionen der Welt hineinragen können, die bisher keine haben. Ich freue mich, dass wir mit den Anträgen, über die wir heute beraten, einen wichtigen Schritt in diese richtige Richtung gehen und dass die Globalisierungsgegner damit von uns ein wirkliches Angebot zum Gespräch erhalten. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Friedbert Pflüger.

Wir kommen jetzt zur Beratung über die Anträge im Einzelnen, da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Ich rufe Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Antrag auf Seite 310 des Antragsbuches. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Auch die Antragskommission wünscht das Wort nicht.

Dann lasse ich über Ziffer 1 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt Ziffer 2 auf. Dazu gehören die Anträge B 2 bis B 4, wiederum auf Seite 310 f. des Antragsbuches. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldungen, auch von Seiten der Antragskommission nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Ziffer 2. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich erneut um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist Ziffer 2 angenommen.

Ich rufe Ziffer 3 auf Seite 311 f. auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist Ziffer 3 angenommen.

Jetzt komme ich zu Ziffer 4 mit den Teilen der Anträge B 6 bis B 8. Sie finden die Anträge auf den Seiten 312 und 313. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Ziffer 4 angenommen.

Ich rufe Ziffer 5 auf. Den Text finden Sie auf Seite 313 f. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 5. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich wiederum um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Weder Gegenstimmen noch Enthaltungen. Damit ist Ziffer 5 angenommen.

Jetzt rufe ich Ziffer 6 auf. Dazu gehören die Anträge B 10 und B 11. Sie finden die Anträge auf der Seite 314. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Kann ich ebenfalls nicht entdecken. Damit ist Ziffer 6 angenommen.

Dann komme ich zu Ziffer 7 des Antrags auf Seite 314 f. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist Ziffer 7 angenommen.

Ich komme zu Ziffer 8. Die Anträge B 13 und B 14 sind auf den Seiten 315 und 316 zu finden. Gibt es Wortmeldungen? – Keine. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 8. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich wiederum um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Ziffer 8 angenommen.

Ich komme zu Ziffer 9 mit den Anträgen B 15 und B 16. Sie finden die Anträge auf der Seite 316. – Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 9. Auch hier bitte ich bei Zustimmung zur Empfehlung der Antragskommission um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist Ziffer 9 angenommen.

Ich rufe Ziffer 10 auf. Dazu gehört der Antrag B 17. Die Antragskommission empfiehlt, an dieser Stelle auch den Antrag B 40 zu behandeln. Die Fundstellen sind im Antragsbuch die Seiten 316 f. und die Seite 327. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Ziffer 10 so angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 11, zu finden auf Seite 317. – Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich wiederum um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Ziffer 11 angenommen.

Ich komme zu Ziffer 12 auf Seite 317 f. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme einer veränderten Fassung des Ausgangsantrags; ich weise noch einmal darauf hin. Gibt es Wortmeldungen? – Nein. Damit kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 12. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich kann keine entdecken. Enthaltungen? – Es sind ebenfalls keine sichtbar. Damit ist Ziffer 12 so angenommen.

Jetzt kommen wir zur Ziffer 13 mit den Anträgen B 20 und B 21, zu finden auf den Seiten 318 und 319. – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann stimmen wir über Ziffer 13 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist Ziffer 13 angenommen.

Jetzt komme ich zu Ziffer 14. Dazu gehören die Anträge B 22 und B 23, zu finden auf der Seite 319. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Ziffer 14 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist Ziffer 14 angenommen.

Jetzt komme ich zu den Ziffern 15 bis 31; denn zu diesen Ziffern sind keine Änderungsanträge gestellt worden. Wir können damit diese Ziffern gemeinsam behandeln. Sie finden sie auf den Seiten 319 bis 328. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Ziffern 15 bis 31 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Solche sind ebenfalls nicht sichtbar. Damit sind die Ziffern 15 bis 31 in dieser Form angenommen.

Ich rufe Ziffer 32 mit den Anträgen B 42 bis B 44 auf, zu finden auf den Seiten 328 f. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Ziffer 32 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Es ist nichts zu entdecken. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist Ziffer 32 angenommen.

Jetzt kommt die Ziffer 33, zu finden auf der Seite 329. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 33. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist die Ziffer 33 angenommen.

Ich komme zu Ziffer 34. Sie umfasst die Anträge B 46, B 47 und B 48, zu finden auf den Seiten 330 bis 332. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist Ziffer 34 angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 35 mit den Anträgen B 49 und B 50, zu finden auf den Seiten 332 und 333. Wortmeldungen gibt es keine. Wir können damit über die Ziffer 35 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist Ziffer 35 angenommen.

Jetzt können wir wieder über mehrere Ziffern abstimmen, und zwar über die Ziffern 36 bis 39 mit den Anträgen B 51 bis B 54. Auch hier gibt es keine Änderungsanträge, sodass eine Abstimmung en bloc möglich ist. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Damit sind die Ziffern 36 bis 39 angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 40 mit den Anträgen B 55 und B 56, zu finden auf der Seite 335 ff. Es gibt keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 40 angenommen.

Ich rufe die Ziffern 41 bis 44 auf. Wir können auch über diese Ziffern en bloc abstimmen, da keine Änderungsanträge vorliegen. Es gibt auch keine Wortmeldungen dazu. Wir stimmen also über die Ziffern 41 bis 44 ab. Wer dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich ebenfalls keine.

Wir kommen zur Ziffer 45 mit den Anträgen B 61 und B 62, zu finden auf den Seiten 339 ff. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann stimmen wir über die Ziffer 45 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist Ziffer 45 angenommen.

Wir kommen jetzt auf die Schlussgerade mit den Ziffern 46 bis 49, die wir wiederum gemeinsam behandeln können, weil keine Änderungsanträge vorliegen. Sie finden diese Ziffern ab Seite 341. Wortmeldungen liegen keine vor. Wir stimmen also über die Ziffern 46 bis 49 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit sind die Ziffern 46 bis 49 angenommen.

Ich sehe damit die Einzelberatungen des Antrags als abgeschlossen an. Wir können jetzt die Schlussabstimmung über diesen Antrag durchführen. Wer also den vorgelegten Leitsätzen in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch

keine. Damit ist der Antrag „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ in der zuvor beratenen Fassung angenommen. Ich sage herzlichen Dank, dass wir so zügig diesen Antrag beraten konnten.

(Beifall)

Jetzt darf ich an Christoph Böhr und Dieter Althaus übergeben. Lieber Christoph, du hast die weitere Sitzungsleitung.

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maria Böhmer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 10 d auf.

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„FREIE MENSCHEN. STARKES LAND. VERTRAG FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT“

Dazu gehören die Anträge mit dem Kennbuchstaben A. Sie finden den Antrag und die dazu gestellten Änderungs- und Ergänzungsanträge in Ihrem Antragsbuch auf den Seiten 1 bis 309 sowie in den Anhängen 1 bis 3.

Zur Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ gebe ich zunächst unserem Generalsekretär Laurenz Meyer das Wort. Lieber Laurenz, Du hast das Wort.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe vorhin in dem Bericht des Generalsekretärs schon viele Punkte, die in dem Leitantrag enthalten sind, angesprochen. Mein Beitrag ist sozusagen ein Beitrag, um sich beliebt zu machen. Das sollte man eigentlich vor der Wahl machen.

Ich möchte nämlich an dieser Stelle die Diskussion nicht aufhalten. Es gibt viele Anträge. Es gab Regionalkonferenzen mit über 6 000 CDU-Mitgliedern, die sich an den Beratungen zum Leitantrag beteiligt haben. Insgesamt lagen der Antragskommission 1 219 Anträge vor. Die Partei hat sich mit dem Leitantrag intensiv auseinander gesetzt. Es geht um eine Neupositionierung der CDU.

Um dieser Diskussion wirklich Raum geben zu können, möchte ich vorschlagen, dass ich an dieser Stelle meine Einführung abschließe und anderen die Möglichkeit gebe, sich zu Wort zu melden. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den Antragsberatungen viel Erfolg.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei unserem Generalsekretär. Lieber Laurenz, vielen Dank für die Einführung in den Leitantrag.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 10 e auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Als Erster hat sich Professor Dr. Biedenkopf gemeldet.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Frau Parteivorsitzende! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Leitantrag des Bundesvorstandes „Freie Menschen. Starkes

Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ ist ein Kernstück der allgemeinen Bestimmung unserer Politik nicht nur für die nächsten Monate, sondern für die nächsten Jahre. Ehe ich dazu einige Ausführungen mache, möchte ich noch einmal auf den Umstand zurückkommen, dass wir vor zehn Jahren in Dresden schon einmal einen CDU-Parteitag hatten. Es war der zweite gesamtdeutsche Parteitag der CDU.

Auf diesem Parteitag haben wir das Dresdner Manifest verabschiedet, ein Manifest, das sich mit den Grundlagen der Politik aus der damaligen Sicht befasste. Ich nehme dieses Manifest, das uns auch auf die Soziale Marktwirtschaft und auf die Zukunft in ganz Deutschland hinweist zum Anlass, um noch einmal zu sagen, wie erfolgreich der Weg der letzten zehn Jahre war und wie sehr wir diesen Erfolg der Klarheit und Eindeutigkeit unserer Politik verdanken.

„40 Jahre staatlicher Trennung“, so heißt es dort, „und gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Entwicklung haben in Ost und West tiefe Spuren hinterlassen.“ Diese tiefen Spuren sind bis heute sichtbar. Deshalb haben wir damals mehr Verständnis füreinander gefordert. Zu den großen Erfolgen der letzten zehn Jahre gehört, dass bei allen Missverständnissen das Verständnis füreinander weit überwogen hat.

Wir haben festgestellt, dass die Einheit grundlegende Veränderungen für ganz Deutschland bedeutet. Diese grundlegenden Veränderungen sind noch nicht alle politisch verarbeitet. Wir haben vor allen Dingen aber festgestellt – das steht im Mittelpunkt dessen, was ich zu diesem Manifest sagen möchte –, dass wir die Politik für Deutschland gemeinsam gestalten und dass die Vollendung der inneren Einheit und der Aufbau der neuen Bundesländer eine gemeinsame Aufgabe aller Deutschen ist. „Gemeinsam“, so heißt es dort, „müssen wir entscheiden, welche Leistungen erforderlich sind.“

Liebe Freunde, diese Gemeinsamkeit ist im Solidarpakt zum Ausdruck gekommen. Diese Gemeinsamkeit war die Grundlage für den Aufbau in Sachsen und in den anderen ostdeutschen Ländern. Diese Gemeinsamkeit war das Fundament für das Vertrauen der Menschen, die hier mit besonders großen Schwierigkeiten konfrontiert waren, trotzdem den Mut nicht verloren haben und sich dafür eingesetzt haben, das Alte zu überwinden und das Neue zu schaffen.

Für diese Gemeinsamkeit möchte ich Ihnen heute danken.

(Beifall)

In dem Leitantrag, den wir heute behandeln, heißt es zu Beginn:

„Die Entwicklungen und Ereignisse in Deutschland und der Welt während der letzten Monate haben gezeigt: Das neue Jahrhundert stellt uns vor neue Anforderungen. Auch nach dem Ende von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg dürfen wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand nicht als gegeben hinnehmen.“

Dieser Satz liest sich leicht, aber er bedeutet sehr viel. Wenn wir ihn so wörtlich nehmen, wie er es verdient, dann bedeutet er, dass wir uns zusammen mit dem, was wir vor zehn Jahren gesagt haben, immer wieder neu Klarheit darüber verschaffen müssen, dass wir in einer Zeit des Umbruchs leben, dass sich die Welt in der Tat verändert hat – nicht nur in den letzten zehn Jahren – und weiter verändern wird. Deshalb war es richtig, in einem umfassenden Leitantrag

über die Aufgaben zu sprechen, die wir in Deutschland jetzt angehen müssen, die Handeln erfordern, Trennung von Gewohntem, Verlassen alter, ausgetretener Pfade und die uns hinführen zu in der Tat großen Reformen und Veränderungen.

In dem Dresdner Manifest heißt es an einer Stelle: „In den neuen Bundesländern müssen insbesondere in der Verwaltung für eine Übergangszeit vereinfachte Gesetze und Verfahren gelten.“ Man hat damals gemerkt: Würden wir den großen Bürokratieaufwand, der sich in Westdeutschland entwickelt hatte, unesehen auf Ostdeutschland übertragen, würde es nie zu einem Aufbau in Ostdeutschland kommen.

(Beifall)

Ich wünsche mir, dass wir uns an diesen Satz noch einmal erinnern, aber fragen, ob das wirklich nur für eine Übergangszeit nötig ist

(Beifall)

oder ob wir nicht aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen müssen, dass wir diese Übergangszeit zu einer Dauerzeit machen müssen. Das gilt insbesondere dann, wenn freie Bürger und ein starkes Land das Fundament unserer Zukunft sein sollen.

Deutschland muss sich auf die kommenden Jahrzehnte vorbereiten. Dabei geht es nicht nur – das hat Angela Merkel schon deutlich gemacht – um die nächsten Monate und um den Herbst 2002. Unser Ziel ist, in der Bundestagswahl ein Mandat zu gewinnen für die Gestaltung einer Wegscheide, für die Zukunftsverantwortung in Deutschland.

Ein alter Freund – ein Mann, in Wien geboren und in seinem 80. Lebensjahr noch amerikanischer Botschafter in Deutschland – hat mir vor Jahren einmal gesagt: Ein Land, das die Stimmen seiner Vorfahren nicht hört und das keine Fähigkeit hat, die Rechte kommender Generationen zu respektieren, hat keine Zukunft.

(Beifall)

Was wir im Augenblick in Berlin erleben, ist genau dies. Niemand in dieser Regierung hört mehr auf die Stimmen unserer Vorfahren und niemand in dieser Regierung ist bereit, die Rechte und Ansprüche der kommenden Generationen angemessen zu berücksichtigen. Diese Politik ist deshalb zukunftslos.

(Beifall)

Wir müssen, meine Freunde, uns darüber im Klaren sein, dass nicht nur das 21. Jahrhundert begonnen hat. Wir müssen uns, wenn ich das als ein Älterer sagen darf, auch darüber im Klaren sein, dass sich das 21. Jahrhundert zu bevölkern beginnt. Meine Enkel werden voraussichtlich das Jahr 2080 und 2085 bei heutiger Lebenserwartung erreichen. Ihnen gegenüber sind wir genauso verantwortlich wie den Älteren von heute und den aktiven Generationen von heute. Eine Politik der CDU kann nur eine Politik sein, die alle diese Verantwortungen mit in den Blick nimmt.

(Beifall)

Deshalb bedeutet eine Politik für freie Menschen in einem starken Land auch eine Absage an eine Politik, bei der man ein starkes Land mit einem vormundschaftlichen Staat verwechselt, bei der man meint, nur der Staat wisse, was für die Menschen gut sei. Die Menschen haben sich hier vor zwölf Jahren mit ihren Friedensgebeten vom vormundschaftlichen Staat verabschiedet. Wir müssen daran arbeiten, dass sich dieser vormundschaftliche Staat nicht auf dem Umweg über machtvolle Bürokratien auch in einer freiheitlichen Gesellschaft festsetzen kann.

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft – so hat es Angela Merkel gesagt und so steht es im Leitantrag – ist nicht nur ein ökonomischer Auftrag. Als über die Soziale Marktwirtschaft gestritten wurde, wusste jeder: Es geht um eine Ordnung der Freiheit. Ludwig Erhard wäre nie auf die Idee gekommen zu sagen, wir brauchen die Soziale Marktwirtschaft für Wachstum. Er hat gesagt: Wir brauchen die Soziale Marktwirtschaft als das wirtschaftliche Ordnungsprinzip für eine freie Gesellschaft. Und er hat der Sozialen Marktwirtschaft Verfassungscharakter zugeordnet. Das ist auch heute gültig.

Bei der Sozialen Marktwirtschaft geht es auch um die Kontrolle von Macht und es geht vor allem um den Schutz von Freiheit. Wenn wir die Menschen auch in den kommenden Jahren für diese großartige Idee gewinnen wollen, dann müssen wir zwei Dinge tun. Wir müssen Klarheit über die Aufgaben schaffen und wir müssen selbst sagen, wie wir die Aufgaben bewältigen. Lassen Sie mich aus dem Katalog der Aufgaben zur Einführung nur drei herausgreifen, weil sie mir überragend bedeutsam erscheinen.

Die wichtigste Aufgabe ist die Bewältigung der demographischen Entwicklung. Liebe Freunde, ich glaube nicht, dass sich viele hier im Saal schon klar gemacht haben, was es heißt, wenn in der Mitte dieses Jahrhunderts noch weniger als 20 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger unter 20 Jahre alt sind, aber mehr als 30 Prozent – fast 40 Prozent – 60 Jahre und älter. Ich glaube nicht, dass sich der Jahrgang 1960, also der Jahrgang, der heute 40, 41 Jahre alt ist, Gedanken darüber gemacht hat, was es bedeutet, dass von diesem Jahrgang 25 Prozent keine Kinder haben, 25 Prozent ein Kind und nur die anderen 50 Prozent zwei Kinder und mehr.

Wenn wir nicht heute fragen, wie wir mit dieser Bevölkerungsveränderung umgehen, dann werden wir in wenigen Jahren vor katastrophalen Herausforderungen stehen und mit sozialen Spannungen und Verweigerungen in diesem Lande und im übrigen in ganz Europa rechnen müssen, weil überall dort diese Entwicklung stattfindet. Das heißt, wir müssen uns jetzt – deshalb finde ich das Wort „neue“ in diesem Zusammenhang richtig; denn es ist eine völlig neue Herausforderung – fragen: Was sind denn unsere Antworten? Wie gehen wir um mit der Frage, ob eine alternde Bevölkerung genauso innovativ ist wie eine junge? Können wir unser Land so entwickeln, dass es ebenso produktiv und leistungsfähig ist wie ein Land, mit dem wir im Wettbewerb stehen und dessen Bevölkerung ein Durchschnittsalter von 25 Jahren hat, während sich das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung 50 Jahren – jetzt liegt es etwa bei 40 Jahren – nähert? Was machen wir, um für unsere Kinder und für unsere Enkel ein leistungsfähiges Land zu sichern?

Das betrifft alle Bereiche, die im Leitantrag enthalten sind. Das betrifft Fragen der Sicherheit nach innen und außen. Das betrifft den Raum für die Gestaltung, die freie Bürger brauchen, um neue Herausforderungen ins Auge zu fassen und bewältigen.

Das berührt die Wirtschaft, die sozialen Ordnungen, Wissenschaft und Bildung, Kultur und Identität der Menschen.

Nur ein Beispiel: Wir gehen davon aus, dass Menschen in früheren Lebensabschnitten, zwischen 25 und 40, besonders kreativ und innovativ sind, auch besonders risikofreudig. Was ist, wenn dieser Teil der Bevölkerung schrumpft? Wie können wir die Älteren durch Weiterbildung, durch andere Organisation unserer Ausbildung in die Lage versetzen, gewissermaßen ihre innovativen Batterien wieder aufzuladen? Wir werden an den sächsischen Universitäten und Hochschulen einen vierten Ausbildungsgang, den so genannten quartären Sektor einführen, der darauf gerichtet ist Menschen, die bereits im Beruf standen, in einem vollwertigen Studium mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bekannt zu machen und sie so in die Lage zu versetzen, mit diesem Wissen kreativ zu sein. Dies ist nur einer von mehreren möglichen Wegen.

Liebe Freunde, wir müssen unsere Kapitalbildung intensivieren. Wenn die Menschen in unserem Land, die Familien gründen und Kinder haben, genug Kinder hätten, um die Bevölkerung stabil zu halten, müssten sie pro Jahr für Kinder 120 Milliarden DM mehr ausgeben. Das heißt, dadurch, dass wir weniger Kinder haben, ersparen wir Aufwendungen für Kinder in dieser Höhe. Was machen wir mit dem Geld? Bilden wir Kapital, bilden wir zusätzliche produktive Kräfte oder geben wir es aus? Wenn wir dieses Geld zum wesentlichen Teil ausgeben, dann verzehren wir Zukunftskapital, und zwar in der gleichen Weise, wie wir es tun, wenn wir riesige Schulden aufhäufen. Wenn sich ein Land sowohl zunehmend verschuldet als auch zu wenig Kapital bildet und zudem weniger Kinder hat, dann beraubt es sich seiner Zukunftschancen.

(Beifall)

Ich will hier nur deutlich machen: Bei aller großen Anstrengung, die wir in den nächsten Monaten und Jahren vor uns haben, müssen wir immer im Blick haben – damit können wir die Menschen überzeugen, die jüngeren genauso wie die älteren –, dass uns eine große Anstrengung des Umdenkens ins Haus steht. Das Schwierigste – das wissen wir alle – ist, eingefahrene Denkstrukturen zu verlassen. Wir, der Bundesvorstand und nun der Parteitag, fordern mit diesem Leitantrag in vielfältiger Weise ein Umdenken. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass dieses Umdenken der Preis für eine gesicherte Zukunft ist und dass wir für dieses Umdenken jedes Talent, Frauen wie Männer, im Land brauchen. Gerade die geburtenstarken Jahrgänge müssen wir an diesem Umdenken beteiligen, ja, dazu ermutigen, es als ihre wesentliche Zukunftsaufgabe anzusehen, ihre große Mehrheit innerhalb der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, die sie heute haben, dafür einzusetzen, dieses Umdenken voranzutreiben. Niemand soll uns in 30 Jahren sagen dürfen, dass wir eine entscheidende Weichenstellung verpasst haben. Die CDU hat in erbitterten politischen Auseinandersetzungen in den 50er- und Anfang der 60er-Jahre die große erste Entscheidung getroffen: eine freiheitliche, soziale marktwirtschaftliche Ordnung zu schaffen und den europäischen Einigungs-

prozess in Gang zu setzen. Die CDU hat dann, unter der Führung von Helmut Kohl, die große Leistung erbracht, das geteilte Deutschland wieder zusammenzuführen. Wir säßen nicht hier und würden in Dresden über die Zukunft beraten, wenn dies nicht gelungen wäre.

(Beifall)

Zwölf Jahre später haben wir wieder eine große Aufgabe vor uns, eine Aufgabe, die in ihren Dimensionen ohne weiteres vergleichbar ist mit den beiden anderen großen Grundsatzentscheidungen, von denen ich gesprochen habe. Deutschland, wieder im Kreis der freien Völker, muss sich nach beginnender europäischer Entwicklung, nach der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas, der Frage stellen: Wie werden Deutschland und Europa zukunftsfähig in einer veränderten Welt? Um diese Zukunftsfähigkeit geht es uns. Eine Regierung, die von einer Koalition getragen wird, die sich selbst blockiert, die sich zur Handlungsunfähigkeit verdammt, weil sie in sich in großen Fragen nicht konsensfähig ist, darf nicht im Amt bleiben, weil sie nicht in der Lage ist, diese Verantwortung zu tragen, weder als Regierung noch als Koalition.

(Beifall)

Helmut Kohl hat nie Sorge haben müssen, dass seine politische Basis ihn in außenpolitischen Fragen im Stich lässt. Er konnte außenpolitisch frei handeln und sich auf eine Mehrheit stützen. Wir haben heute eine Regierung, die außenpolitisch nicht mehr handeln kann, ohne die Vertrauensfrage zu stellen. Das kann man einmal machen, aber nicht mehrfach. Diese Regierung ist außenpolitisch gescheitert und sie ist zu innenpolitischen Reformen unfähig. Wir müssen das deutsche Volk aufrufen – nicht für die CDU, sondern für die Zukunft Deutschlands –, dass wir einen Wechsel brauchen. Wir brauchen freie Bürger in einem starken Land, die ihre Zukunft frei gestalten. Dafür brauchen wir diesen Antrag.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf. – Als Nächster hat das Wort Ministerpräsident Roland Koch.

Roland Koch (mit Beifall begrüßt): Lieber Christoph Böhr! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir reden in den nächsten Minuten und Stunden über die Grundlagen des Regierungsprogramms, das ab dem September des kommenden Jahres in Deutschland Gültigkeit haben soll. Das ist eigentlich eines ganzen Berichtes wert, eines Berichtes über Wochen vorher, mit der Beschäftigung bis ins Detail, in Presse und Medien. Denn es wird die Menschen in diesem Land einmal sehr ernsthaft betreffen.

Es gibt Bequemes zu berichten, weil man das in kürzere Zeilen bringen kann. Aber ich glaube, wir sollten mit unserem Selbstbewusstsein schon darauf Wert legen: Das, was in den letzten drei Jahren in der Christlich Demokratischen Union in Deutschland geschaffen worden ist, durch viele in den Gruppen und Kommissionen und in den Bundesausschüssen, und was heute als gemeinsames Programm antritt, ist nicht nur des Lesens wert, sondern ist des Regierens wert. Deshalb ist dies auch Ausdruck unseres Anspruchs, dieses Land nach den nächsten Wahlen wieder zu regieren.

(Beifall)

Wir führen häufig eine Diskussion, die auf der Frage fußt: Was soll das mit dem Parteiprogramm? Hinterher wird sowieso nicht das gemacht, was da beschlossen wird. Und in der Tat haben wir in solchen Diskussionen im Moment eine Schwierigkeit damit, weil das, was Gerhard Schröder und/oder Oskar Lafontaine – jeder einzelne oder beide zusammen – dem deutschen Volk angeboten haben, bis heute relativ lupenrein in keinem einzigen Punkt erfüllt worden ist. Das stellt Programme infrage.

Wir müssen im nächsten Jahr wert darauf legen, dass wir eben diesen Weg nicht gehen. Vielleicht sollten wir gar nicht so viele Punkte regeln. Auf jeden Fall sollten wir den Bürgerinnen und Bürger klar sagen, was wir aus der Erfahrung des Jahres 1998 – sehr klar: aus unserer Wahlniederlage – gelernt haben, im Sinne der Dinge, die wir nicht umschreiben müssen. Dies gilt in der Außenpolitik zum Beispiel für das, was Volker Rühle vorhin erläutert hat und was wir da beschlossen haben.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht selbstverständlich: Ich war vor einigen Tagen bei der Einweihung eines neuen Gebäudes der Frankfurter Universität – dort, wo früher die fünfte US-Armee ihr Hauptquartier hatte. Zu dieser Veranstaltung kommt Bundesfinanzminister Hans Eichel und sagt: Dieses Gebäude hat eine sehr bewegte Geschichte.

In den siebziger Jahren standen Studenten protestierend und an den Zäunen rüttelnd vor den Toren. Wenn ich nicht in Kassel gelebt hätte, wäre ich wahrscheinlich auch dabei gewesen. – Meine Damen und Herren, wir haben unsere Vergangenheit in vielen Punkten der deutschen Politik nicht zu korrigieren. Wir haben seit Jahrzehnten die richtigen Überzeugungen und wir müssen deshalb heute auch nicht auf manche Risiken eines Konvertiten eingehen, wie wir es heute bei Joschka Fischer oder anderen in ihren öffentlichen Reden erleben.

(Beifall)

Deshalb ist eine Antwort, die mir in diesem Programm wichtig ist, dass wir nicht alles, was wir in den letzten Jahrzehnten getan haben, wegwerfen, dass wir uns in der Außenpolitik, aber übrigens auch in der Politik der inneren Sicherheit nicht für das entschuldigen müssen, was wir in den Jahrzehnten zuvor getan haben. In den 90er-Jahren wurde in Deutschland eine Innenpolitik betrieben, im Blick auf die Leuten vorgeworfen wurde, das sei law and order. Heute muss man sagen, wenn Herr Schily diese Politik machen würde, würde er sich selbst des Liberalismus zeihen. Wir waren damals bereits auf dem richtigen Wege. Hätten Sozialdemokraten dies früher erkannt, so hätten wir manche Probleme nicht gehabt, mit denen wir uns heute in diesem Land auseinander setzen müssen.

(Beifall)

Aber auch wenn dem so ist, es bleibt trotzdem wahr: Wir haben 1998 die Wahl bedauerlicherweise nicht gewonnen. Wir haben nicht alleine und, wie ich meine, nicht einmal hauptsächlich wegen der Konstellation von Personen nicht gewonnen. Nach 16 Jahren Regierung gab es auch Fragen an uns. So haben zum Beispiel junge Eltern gefragt, ob Familienpolitik, wie sie sie erleben, in unseren Händen wirklich so gut aufgehoben ist, dass sie uns als die besten Anwälte empfinden. Es gab Fragen von jungen Eltern, die an die Schule Anforderungen gestellt haben. Diese Eltern haben sich gefragt, ob sie angesichts der Erfüllung dieser Anforderungen in diesem

Lande insgesamt noch zufrieden sein können. Es gab übrigens auch Fragen von Menschen, die die Sorge gehabt haben, dass es bei allem, über was wir mit Bezug auf die Wirtschaft reden, am Ende doch 20 oder 25 Prozent Menschen gibt, die befürchten, nicht mehr dabei zu sein. Diese Menschen befürchten, die Wirtschaft sei eine Welt für die besser Ausgebildeten, für die Leistungsfähigeren. Diese Menschen befürchten, sie fänden keinen Platz mehr in dieser Welt und müssten eher Angst vor ihr haben. Dadurch ist eine Situation entstanden, in der die Volkspartei CDU, die Partei, die den Anspruch erhebt, für alle in der Gesellschaft auf solchen Parteitag in Frieden eine gemeinsame Antwort zu finden, nicht mehr ganz vorhanden war.

Auch das kann man in diesem Programm lesen: Wir haben in der Familienpolitik, in der Bildungspolitik, auch in der Förderung von Sozialpolitik und von Arbeitsverhältnissen für Menschen mit geringerer Qualifikation ungemein viel Neues in diesen drei Jahren formuliert. Wir können heute sagen, dass wir mit dem, was in dem Programm zur Familienpolitik und zur Bildungspolitik steht, der jungen Generation einen guten Weg in die Zukunft bieten können, den man solide beschreiten kann. Meine Damen und Herren, wenn dem so ist, müssten wir im nächsten Jahr dafür auch Werbung machen. Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, um über die Frage zu diskutieren, ob wir dies alles heute jetzt noch ganz anders machen als in den Kommissionen. Ich glaube, mit wenigen Ausnahmen, die hier streitig diskutiert werden, haben wir einen großen Konsens gefunden. Ich gebe aber zu, dass mir nicht gefällt, wie dieses Programm in der öffentlichen Wahrnehmung dargestellt wird. Wenn wir glauben, dass wir nur mit einer Personalentscheidung irgendwann eine Bundestagswahl gewinnen, irren wir uns. Wenn wir nicht das richtige Programm haben, können wir die Wahl nicht gewinnen. Deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren.

(Beifall)

Wir dürfen es denen, die nicht die Aufgabe haben, unsere Öffentlichkeitsarbeit zu machen, nicht erlauben, uns darauf zu reduzieren, übrigens nicht nur vor einer Entscheidung, sondern natürlich auch nach einer Entscheidung. Es ist immer ein Stück weit unbequem, über Perspektiven zu reden. Es ist relativ schwierig, darüber zu reden, einem Arbeitnehmer anzubieten, dass er in Zukunft zwischen der Möglichkeit einer Abfindung oder dem Kündigungsschutzgesetz wählen kann. Es ist keine bequeme Debatte, wenn wir am Informationsstand so argumentieren, dass wir in der Gesundheitspolitik nur weiterkommen, wenn der Kunde König wird, was bedeutet, dass er auch einen eigenen wirtschaftlichen Anteil an der Gesundheitsversorgung leisten muss. Es ist nicht bequem, wenn wir im Zusammenhang mit Anforderungen in der Schule feststellen müssen – so etwa in Verbindung mit der in den nächsten Tagen veröffentlichten Pisa-Studie –, dass eine im Vergleich zu anderen Ländern schlechtere Situation in Deutschland nichts mit neuen gesellschaftlichen Durchlässigkeitsprogrammen zu tun hat, sondern damit zu tun hat, dass wir unseren Kindern etwas mehr Lernen abverlangen müssen, als wir es in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall)

Ob im September des Jahres 2002 eine Stimmung für einen Wechsel entsteht, wird von der Beantwortung von zwei Fragen abhängen. Es geht nicht nur um die Frage von Personen, sondern auch um die Frage, was diese Personen wollen. Es geht nicht nur um die Kontinuität un-

serer Geschichte, auf die wir stolz sein können und die uns viel Vertrauen einbringt, sondern auch um den Mut, zu sagen, was sich ändert, ebenso darum, den Mut zur Auseinandersetzung zu haben, sodass man sich an uns reibt. Dieses Programm hat die Kraft, um zu erreichen, dass man sich an uns reiben kann. Wir müssen gemeinsam wollen, dass man sich an uns reibt, denn nur so gibt es eine Rückkehr zur Regierungsverantwortung für die Christlich Demokratische Union in diesem Lande.

(Beifall)

Deshalb verbinde ich die Aussprache über die so wichtige Aussage „Freie Menschen. Starkes Land.“ damit, dass wir dies auch als einen Auftakt dafür betrachten, dass eine Regierung nicht prinzipienlos sein muss.

(Vereinzelt Beifall)

Eine Regierung muss nicht versuchen, immer nur Drucktests zu addieren, um zu schauen, wie man gerade noch spielerisch à la Bundeskanzler durch die Wirren der Zeit kommt. Eine Regierung hat auch die Verantwortung, zu sagen, wo das Ziel ist, zu beschreiben, wie unbequem der Weg ist, aber auch zu sagen, welche Chancen man hat, wenn man an dem Ziel ankommt. Darin liegt die Aufgabe, die die Christlich Demokratische Union als Herausforderung betrachten muss.

(Beifall)

Das Programm „Freie Menschen. Starkes Land.“ ist eine gute Zusammenfassung. Es spricht über Außen- und Innenpolitik, über Familien- und Sozialpolitik, über die Wirtschaftspolitik und über die Bildung. Es sorgt dafür, dass wir die Umwelt nicht vergessen. Es ist ein Angebot an Menschen, wie sich unser Land in den nächsten Jahrzehnten weiter entwickeln kann. Wir brauchen nicht wie Herr Scharping – Sie wissen, er braucht für alles etwas länger – noch Jahre für ein Grundsatzprogramm. Die Sozialdemokraten haben sich immer noch auf nichts anderes verständigt als auf den Orientierungsrahmen '85 der alten marxistisch-sozialdemokratischen SPD in Deutschland. Bis heute gibt es kein neues Programm. Das Programm von SPD und Grünen passt hinten und vorne nicht zusammen, wie wir jeden Tag sehen und wie wir jeden Tag erleben. Eine Regierung muss aber eine Voraussetzung erfüllen: Sie muss am Ende das Gleiche wollen. Sie darf nicht jeden Tag auf zwei unterschiedliche Bahnhöfe fahren.

Deshalb ist unser Programm – das will ich hinzufügen – auch ein Programm, das eine Herausforderung für die Liberalen ist. Die Liberalen müssen angesichts des Programms, das wir heute formulieren, in den nächsten Monaten sagen, mit wem sie ihre Politik in Deutschland verwirklichen wollen, ob sie mit den Sozialdemokraten und den alten Rezepten des vorigen Jahrhunderts moderne Politik glauben machen zu können oder ob sie bereit sind, mit uns gemeinsam in einer bürgerlichen Gesellschaft in den Zug in Richtung einer freiheitlich entwickelten Sozialen Marktwirtschaft einzusteigen.

(Beifall)

Deshalb empfinde ich dieses Programm als ein Angebot für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die schauen, in welcher Richtung Politik sich entwickeln kann, für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich nicht jeden Tag mit all dem beschäftigen, was wir tun und die mit dem, was sie sehen,

nicht zufrieden sind und folglich fragen, worauf sie ihre Hoffnung, dass es besser wird, gründen können. Das Programm ist zugleich auch ein Angebot an politische Partner. Es soll dafür sorgen, dass die Bürger im September des kommenden Jahres sehen, dass es eine Perspektive für eine andere Mehrheit in Deutschland gibt.

Wenn wir uns engagiert für die Ziele dieses Programms einsetzen, wenn sich auch andere offen dazu bekennen und wenn wir Menschen, die sich nicht jeden Tag mit Politik beschäftigen, mit auf den Weg nehmen, sich für diesen Wechsel in Deutschland einzusetzen, dann haben wir eine große Chance, freie Bürger in einem starken Staat zu unseren Wählern zu machen. Das ist die Qualität, für die wir in den nächsten Monaten werben sollten. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Roland Koch. – Ich darf jetzt Jörg Schönbohm, den Landesvorsitzenden der CDU Brandenburg, zu Wort bitten.

Jörg Schönbohm (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil das Thema innere Sicherheit auf der Tagesordnung steht und wir dies in unserem Leitantrag unter § 1 zusammengefasst haben. Das heißt: Das, was wichtig ist, steht bei uns ganz vorne. Innere Sicherheit ist für uns wichtig und daher werden wir wieder vorne sein.

Wir brauchen uns von niemandem sagen zu lassen, was das bedeutet; denn wir haben es gezeigt: Wir sind die Partei der inneren Sicherheit. Wir wissen, dass Freiheit ohne Sicherheit nicht zu haben ist und dass wir einen wehrhaften Staat brauchen, um unsere Demokratie und unsere Freiheit dauerhaft zu sichern. Wir haben keine Angst vor einem wehrhaften Staat. Wir haben vielmehr Sorge, dass diejenigen, die Straftaten begehen, die die Sicherheit unserer Bürger beeinträchtigen, zu stark werden. Dafür brauchen wir als Gegengewicht einen starken Staat.

Innere Sicherheit ist nicht das Ergebnis markiger Sprüche oder einer eingeschlafenen Hand, sondern das Ergebnis einer straffen rechtsstaatlichen Hand, von Kontinuität, Überzeugung und Entschlossenheit; diese fehlt an anderer Stelle. Wir müssen diese Herausforderung annehmen, und zwar frei von Ideologie, an der Realität orientiert und auf der Grundlage unserer Verfassung. Wo die Gesetze nicht mehr den Herausforderungen entsprechen, müssen sie geändert werden. Es darf nicht nur darüber diskutiert werden; es muss entschieden werden: Jetzt ist es so weit.

Ich nenne als Beispiel die Frage, ob die Bundeswehr unter klar definierten Bestimmungen auch im Inland eingesetzt werden soll. Wir haben einen Antrag dazu vorgelegt, weil äußere und innere Sicherheit zusammengehören. Die Zuständigkeit für die Terrorismusbekämpfung liegt bei der Polizei, dem Bundesgrenzschutz, der Generalbundesanwaltschaft und den Nachrichtendiensten. Sie brauchen bessere gesetzliche Grundlagen. Dies wollen wir erreichen, dafür machen wir Vorschläge. Wir wollen uns aber auch einmal bei jenen bedanken, die sich für die Bekämpfung des Terrorismus eingesetzt haben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als Fischer und Konsorten noch auf der anderen Seite saßen, mit Steinen geworfen und sie angegriffen haben. Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall)

Die rot-grüne Koalition muss sich jetzt entscheiden, ob sie die Sicherheit und die Freiheit der Bürger mit allen staatlichen Mitteln auf der Grundlage klarer Gesetze schützen will, ob sie endlich erkennt, dass sie in der Sackgasse gelandet ist. Es geht nicht um die Frage „Sicherheit oder mehr Freiheit?“, sondern um mehr Sicherheit für ein Leben in Freiheit. Wer auf die Sicherheit verzichtet, verzichtet auf die Freiheit und wer nicht akzeptiert, dass die Freiheit eine Bedeutung für die Sicherheit hat, versagt genauso. Das werden wir nicht zulassen.

Wir erbringen mit unserem Leitantrag den Beweis, dass wir die Partei der inneren Sicherheit sind. Wir haben ein detailliertes und konsequentes Handlungskonzept für mehr Sicherheit in Deutschland vorgelegt. Wir wollen, dass die Menschen ohne Angst vor Kriminalität und Terrorismus leben können. Dieses Konzept haben wir vor dem 11. September vorgelegt und im Bundestag erörtert. Damals sind wir dafür von den Sozialdemokraten niedergemacht worden. Jetzt holen sie unsere Vorschläge hervor, und zwar noch unvollständig, und sagen: „Das ist unser neues Konzept“, wie mit des Kaisers neuen Kleidern. Sie haben keine neuen Kleider. Sie sind weiterhin kleiderlos, weil sie nicht wissen, was sie wollen.

(Beifall)

Es sind 72 Änderungsanträge zum Bereich der inneren Sicherheit vorgelegt worden. Das zeigt, dass wir eine Partei sind, die diese Frage ernst nimmt.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen. So wird vorgeschlagen: Wir treten dafür ein, dass in deutschen Ausweispapieren biometrische Merkmale aufgenommen werden. Eine solche Regelung soll auch EU-weit durchgesetzt werden. – Das ist doch einleuchtend, oder? Wir sagen weiterhin: Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zu Gewaltmaßnahmen auffordert oder religiös motivierten Fanatismus propagiert, muss nach den Vorschriften des § 130 StGB konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. – Das ist doch selbstverständlich, oder? Wir fordern: Notwendig ist die bundesweite Einführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz und beim Bundesnachrichtendienst, wenn Ausländer eine über das Visum hinausgehende Aufenthaltsgenehmigung erlangen wollen und erneut, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen. – Das ist doch selbstverständlich. Wir wollen verhindern, dass diejenigen, von denen eine Gefährdung ausgeht, eine längere Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Wir vertrauen unseren Verfassungsschutzbehörden und wir glauben, dass wir dies sehr deutlich machen müssen. – Wir wollen auch eine Verschärfung der Abschiebung unter definierten Bedingungen, die sie dem Antrag entnehmen können. Als Letztes sagen wir: Erkenntnisse über Aktivitäten von Asylbewerbern in extremistischen und/oder terroristischen Vereinigungen müssen bereits während laufender Asylverfahren den Landeskriminalämtern mitgeteilt werden und führen zur Ablehnung des Asylantrages.

All dies sind Selbstverständlichkeiten, die zwischen uns und Rot-Grün umstritten sind. Wir müssen daher deutlich machen, was wir wollen. Mit diesem Antrag schaffen wir die Programmatik und wir haben die Chance, dies auch gemeinsam umzusetzen.

Liebe Freunde, wir sprechen die Probleme an, die unsere Mitbürger bewegen. Dann aber heißt es, das seien Stammtischparolen. Ja, auch am Stammtisch wird die Wahrheit gesprochen; dafür stehe ich. Die Grünen stehen immer nur am Bistro-Tisch und da sprechen sie wahrscheinlich über anderes.

Unsere Bürger verstehen die Notwendigkeit unserer Anträge und deren Sinnhaftigkeit. Sie tragen keine ideologischen Scheuklappen und sie erwarten, dass wir handeln. Wir stellen nicht die Fragen wie die SPD. Wir problematisieren nicht wie die Grünen. Wir schlagen vielmehr konkret vor, wie wir die Sicherheit erhöhen können. Wir stellen fest: Bei dem, was die Regierung bisher vorgeschlagen hat, steht „Otto“ drauf und die grünen Ideologen sind drin. Das muss man auch einmal klar machen.

Da, wo die CDU regiert, fühlen sich die Menschen sicherer. Das beweisen die Zahlen und die Fakten. Das bedeutet: Da, wo die Union regiert, ist sie Programm. Da, wo sie nicht regiert, will sie dafür werben, dass die Menschen begreifen, was die CDU will. Das ist die Bedeutung dieses Programms. Wir brauchen keine Hinweise seitens der Linken, die schon immer auf der anderen Seite standen. Roland Koch hat daran schon erinnert.

Liebe Freunde, wir haben ein klares Konzept: Innere Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates; dies kann uns niemand abnehmen. Der Staat hat für die innere Sicherheit zu sorgen. Wir werden uns dieser Aufgabe stellen, nicht weil dies gerade Konjunktur hat, sondern weil es unserem Staatsverständnis entspricht. Mit unserem Leitantrag legen wir den Grundstein dafür. Auf dieser Basis werden wir in die Bundestagswahl gehen. Ich sage Ihnen: Ich freue mich schon über die Auseinandersetzung. Wir werden die Bundesregierung an ihren Taten messen und nicht an ihren Worten. Berlin – ich nehme an, dass die Ampelkoalition zustande kommt – wird der nächste Ort sein, an dem wir feststellen können, was Rot-Grün bringt. Die Graffitizeichen stehen schon an der Wand. Wischen wir sie ab! Wählen wir Rot-Grün ab! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schönbohm. – Es hat jetzt Otto Wulff das Wort.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Als Vertreter der Senioren-Union möchte ich Kurt Biedenkopf für seine präzise Deutung der Folgen, die sich aus der demographischen Entwicklung für unser Land ergeben, recht herzlich danken.

Ich bin sicher, dass dieses Land und wir alle umdenken müssen, damit nicht die Folgen aufkommen, die sich zumindest unter der Regierung, die wir jetzt in Berlin haben, einstellen werden.

Meine Freundinnen und Freunde, bedenken Sie, dass in über 50 Prozent der deutschen Unternehmen keine über 50-Jährigen mehr beschäftigt sind! Bedenken Sie, dass wir in 20 Jahren einen Altenquotienten haben, bei dem 100 Erwerbstätige für 70 Rentner Rente zahlen müssen! Die Frage ist doch: Wie verhält es sich mit der Innovationsfähigkeit einer alternden Bevölkerung? Muss nicht auch hier ein Weiterbildungs- und Qualifizierungsprozess einsetzen, in dem wir den Älteren im Lande sagen: Fördern durch Fordern betrifft nicht nur die Jungen, sondern euch, die Älteren, ebenso wie alle anderen in diesem Staat.

Meine Freundinnen und Freunde, ich rufe von dieser Stelle den Älteren in diesem Lande zu, dass gerade in Amerika über 30 Prozent der Studenten an den staatlichen Universitäten älter

als 60 Jahre sind. Diese nehmen also beherzt die Herausforderung an, mit der Innovationsfähigkeit fertig zu werden. Ich glaube, dass gerade eine von der CDU/CSU-gestellte Bundesregierung den Prozess der Weiterbildung und Qualifizierung anbieten könnte, den die jetzige Regierung nicht anbieten kann.

Meine lieben Freundinnen und Freunde, noch eines: Wir Älteren in der Union sind nicht nur willens, sondern wir wollen herausgefordert werden, mit den jungen Menschen in unserer Partei und im Lande insgesamt zusammenzuarbeiten, um a) Generationskonflikte zu vermeiden und um b) für den Aufbau unserer Gesellschaft jene Voraussetzungen zu schaffen, die die Union so stark gemacht haben. Wir fordern eine leistungsfähige Wirtschaft und eine leistungsfähige soziale Gerechtigkeit. Leistungsfähigkeit muss in der Wirtschaft ebenso wie in der sozialen Frage umgesetzt werden. Das möchten wir Älteren in der Union tun.

Deshalb sage ich auch hier: Im Grunde genommen gibt es keine Partei, die sich so wie die Union um die älteren Menschen in unserem Lande kümmert und kümmern will. Ich kann nur alle auffordern, stärker und beherzter an dieses Umdenken heranzugehen. Das zeichnet diesen Parteitag aus. – Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wulff. – Ich darf jetzt den Bundesvorsitzenden des RCDS, Lars Kasischke, bitten.

Lars Kasischke: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf meine Wortmeldung damit verbinden, dass ich die herzlichen Grüße des größten deutschen politischen Studentenverbandes, des RCDS, an den Parteitag überbringe. Der RCDS ist seit 50 Jahren an den deutschen Hochschulen aktiv und tritt dort für die Christdemokratie ein. Ich denke, dass wir mit der guten Zusammenarbeit, die wir in all diesen Jahren hatten, sehr zufrieden sein können. Bei dem sich nun anschließenden Applaus gehe ich davon aus, dass er auch die Anerkennung der Arbeit all derjenigen einschließt, die über 50 Jahre hinweg ihren Kopf für die Christdemokratie an den Hochschulen hingehalten haben.

(Beifall)

Der RCDS begrüßt ganz ausdrücklich die hervorragende und einzigartige inhaltliche Neuaufstellung der Partei. Auch der RCDS weiß, dass dies nicht nur, aber vor allem Angela Merkel zu verdanken ist.

In dem vorgelegten hervorragenden Programm ist dem RCDS der Bildungsteil selbstverständlich viel zu klein. Der Bildungsteil wird der Wichtigkeit dieses Themas, die ja nie verschwiegen wird, nicht gerecht. In diesem Bildungsteil umfasst das Kapitel „Hochschule“ nur wenige Zeilen. Der RCDS ist bereit, für die Erarbeitung eines umfassenden Reformwerkes die notwendige Unterstützung zu geben. Ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr in der Regierungsverantwortung die Arbeit an diesem notwendigen, umfassenden Reformwerk angehen werden.

Der RCDS ist bereit, die ursprüngliche Form des vom Bundesvorstand vorgelegten Antrages mitzutragen und unterstützt ihn. Ich will allerdings an dieser Stelle nur kurz auf einen Ände-

rungsantrag der Hessen eingehen, den wir für unnötig und überflüssig halten und der unserem Verständnis von Föderalismus widerspricht. Es geht dabei um die kurze Formulierung, dass Gebühren für Langzeitstudenten eingeführt werden sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir glauben, dass wir mit der ursprünglichen Fassung eine bessere Formulierung gewählt haben. Wir rufen dazu auf, nicht den Antrag 646, sondern den ursprünglich vorgesehenen Artikel anzunehmen. Den Landesparteien muss hier ein Spielraum gelassen werden. Ein Ortsvergleich der Durchschnittsstudiendauer macht dies deutlich. So beträgt zum Beispiel die durchschnittliche Studiendauer im Fachbereich Politikwissenschaften in Passau 10 Semester und an der TU Darmstadt 17 Semester. Dieser Unterschied macht deutlich, dass wir hier keine bundesweite Regelung einführen dürfen. Darum noch einmal die dringliche Bitte, diesen Antrag nicht anzunehmen.

Die Bundesregierung ist am Ende, vor allem auch im Bildungsbereich. Die „Bumibibu“, die Bundesministerin für Bildung, Bulmahn, hat eigentlich nur einen Vorteil: dass man wenig von ihr hört und sie sehr selten sieht. Die Bundesministerin ist in allen Bereichen, in allen Projekten, die sie sich vorgenommen hat, gescheitert. Sie ist mit der Dienstrechtsreform im Bundesrat gescheitert. Auch das Versprechen Nummer vier auf der berühmten Karte, die heute schon mehrfach Thema war, ist gebrochen worden. Die Investitionen in Bildung und Forschung sind nicht verdoppelt worden. Davon sind wir meilenweit entfernt. Der RCDS hat das in einer Aktion deutlich gemacht, die Sie auch auf dem Parteitag erleben können. Wenn Ihnen also hier auf dem Parteitag Bundeskanzler Schröder entgegenkommt, dann ist das keine Werbung für eine neue Amtszeit, sondern die Aufforderung, sich ihn noch einmal anzuschauen, bevor er im September nächsten Jahres der Vergangenheit angehört.

(Beifall)

Der RCDS ist bereit, mit Ihnen gemeinsam die Defizite der Bundesregierung zu entlarven. Unter dem Motto „Die CDU kann auf uns zählen, aber muss auch mit uns rechnen“ möchten wir mithelfen, dieses Ziel zu erreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kasischke. – Als Nächsten rufe ich Heinrich-Wilhelm Ronsöhr auf.

(Beifall)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr: Lieber Christoph Böhr! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ländlichen Räume und die deutsche Landwirtschaft wollen eine Veränderung. Sie wollen, dass wir als Union in der Lage sind, diese Veränderung in Deutschland herbeizuführen.

(Beifall)

Denn, meine Damen und Herren, jede Veränderung in der Politik wäre für die deutsche Landwirtschaft eine Art Befreiung. Nun sagt man ja, dass Frau Künast genauso wenig wie einer,

der mittags ein Eisbein isst und abends auf keinen Fall Polarforscher werden kann, eine vernünftige Landwirtschaftsministerin werden könnte. Aber, meine Damen und Herren, hat sie denn im Bereich des Verbraucherschutzes das geleistet, was die deutsche Öffentlichkeit von ihr erwartet hat?

Da gab es jetzt den Jahrestag des ersten entdeckten BSE-Falls in Deutschland. Wir haben zuerst gemeinsam im Deutschen Bundestag Veränderungen beschlossen, um BSE intensiv zu bekämpfen, aber seit Frau Künast Verbraucherschutzministerin ist, stagniert es mit der BSE-Bekämpfung in Deutschland. Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal!

(Beifall)

Wir haben ja in unseren Antrag hineingeschrieben, dass wir den BSE-Test am lebenden Tier haben wollen. Das ist sehr vernünftig. Aber was passiert denn zur Zeit? Ich war neulich in einem tierärztlichen Institut. Die machen einen ungemein intelligenten Test am lebenden Tier. Ich habe nach der Unterstützung gefragt. Die Antwort: Wir haben weder Unterstützung des Landes Niedersachsen noch Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland. Das geht so nicht, und deshalb glaube ich, dass wir gut beraten sind, die verbraucherpolitischen Ansätze, die sich in unserer Programmatik befinden, mit in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu stellen.

Es gibt nach wie vor einen Tiermehl-tourismus nach Deutschland, obwohl wir durch Verordnungsmöglichkeiten in der Lage sind, den Tiermehl-tourismus zu unterbinden. BSE ist ja von einer Hirnkrankheit von Schafen ausgegangen. Wir können diese Hirnkrankheit bei Schafen bekämpfen. Die Europäische Union stellt dafür Mittel zur Verfügung. Nur, die Bundesrepublik Deutschland setzt diese Bekämpfungsaktion der Europäischen Union nicht um.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir auch die Veränderungsnotwendigkeiten beim Verbraucherschutz unbedingt gemeinsam verdeutlichen müssen. Wir wollen eine Eigenverantwortlichkeit der Verbraucher. Die Verbraucher müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Aber wir wollen, dass sie das über die entsprechenden Kennzeichnungen von Lebensmitteln auch können.

Meine Damen und Herren, genauso wichtig ist es, dass wir uns – ich bin Angela Merkel sehr dafür dankbar, dass sie das in ihrer Rede deutlich angesprochen hat – auch der agrarpolitischen Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und mit den Grünen stellen. Denn wenn wir zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland eine katastrophale wirtschaftliche Entwicklung haben, dann trägt dazu auch die Agrarpolitik der rot-grünen Bundesregierung bei. Die Landwirte haben keine Verlässlichkeit mehr, wenn es um die Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland geht. Wenn die Landwirte dauernd mit Last-Minute-Entscheidungen von Frau Künast konfrontiert werden, sind sie nicht willens und nicht in der Lage, wirklich zu investieren. Insofern gibt es zur Zeit aus der deutschen Landwirtschaft heraus einen Investitionsstau. Neulich hat ein westfälischer SPD-Abgeordneter gesagt, die westfälische Landwirtschaft müsse gerettet werden. Ja, vor wem denn? Vor Frau Höhn und Herrn Clement, vor Frau Künast und Herrn Schröder.

(Beifall)

Erst die Landwirtschaft in den Abgrund stoßen und sich dann als Sanitäter aufspielen, das halte ich für einen Skandal. Wir sollten deshalb kraftvoll unsere agrarpolitische Argumentation und Programmatik dagegensetzen,

(Beifall)

damit die Landwirte und alle Menschen in den ländlichen Räumen wissen, wer in der Bundesrepublik Deutschland ihr verlässlicher Partner ist.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ronsöhr. Ich bitte nun Christoph Böhr, den Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz.

Dr. Christoph Böhr: Herr Präsident, lieber Dieter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben einen gesellschaftlichen Wandel, der viele atemlos macht, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, sondern weltweit. Wenn ich mir all die Diskussionsbeiträge, die eben hier gehalten wurden, noch einmal vor Augen führe, stelle ich fest, dass in der ganzen Bandbreite politischer Fragen immer wieder diese Veränderungen zur Sprache kommen, angefangen bei dem, was Ministerpräsident Biedenkopf gesagt hat, über die Sicherheitspolitik bis zur Landwirtschaftspolitik. Es gibt viele neue Herausforderungen, auch viele Probleme, auf die, wenn wir ehrlich sind, die Politik jedenfalls nicht auf Anhieb mit Patentrezepten antworten kann.

In einer solchen Situation, in der sich die Welt verändert, in der sich Gesellschaften wandeln, wächst das Bedürfnis nach Sicherheit. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur ein Bedürfnis nach militärischer Sicherheit, sondern auch ein Bedürfnis nach Verlässlichkeit der Politik. Dieses Bedürfnis nach Sicherheit trifft auch und vielleicht vor allem die Politik.

Dann stelle ich mir die Frage, wer auf dieses Bedürfnis nach Sicherheit und nach Verlässlichkeit im Moment beispielsweise in der deutschen Politik eine Antwort zu geben vermag und ich blicke dann auf die SPD und die Grünen, also auf die beiden Parteien, die in Berlin derzeit koalieren. Meine Damen und Herren, diesen beiden Parteien gelingt es schon deshalb nicht mehr, das Bedürfnis nach Verlässlichkeit zu befriedigen, weil es sich um zwei Parteien handelt, die samt und sonders längst ihre Überzeugung verloren haben. Wenn es dafür eines Beweises bedurft hätte, dann haben wir den vor wenigen Tagen bekommen. Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als ich hörte, dass die Grünen die Gewissensquote erfunden haben. Wie verkommen muss eine Partei sein, wenn sie zur Gewissensquote findet und meint, Gewissensfragen quotieren zu können? Nach der Frauenquote die Gewissensquote, das kann doch wohl nicht sein!

(Beifall)

Jedenfalls trägt es diesem Bedürfnis nach Verlässlichkeit nicht Rechnung.

Ich denke, genau diese Erwartung an die Politik, dieses Bedürfnis nach Orientierung, nach Verlässlichkeit, nach Dingen, die in Zeiten des Wandels Bestand haben, genau dieses Bedürfnis ist die große Chance der Union, unsere gemeinsame große Chance, und zwar in den kommenden Monaten und im kommenden Jahr. Ich will es jetzt gar nicht dramatisch formulieren, aber ich sage: Am Beginn dieses Jahrhunderts geht es darum, in unseren Überzeugungen verlässlich zu sein.

Wenn es die Möglichkeit einer Beschreibung für diese Verlässlichkeit geben soll, dann müssen wir gar nichts Neues erfinden, sondern dann ist das gefragt, was diese Partei ursprünglich einmal zusammengeführt hat und was sie seitdem in allen schwierigen Situationen in nahezu sechs Jahrzehnten getragen hat: Unser Ausweis von Verlässlichkeit ist das Festhalten am christlichen Menschenbild. Das ist das Angebot, das wir den Menschen machen können und machen müssen.

(Beifall)

Dieses christliche Menschenbild als Grundlage und als Maßstab – übrigens im Blick auf eine Reihe ganz aktueller Fragen, auch im Blick auf eine Entscheidung, die der sogenannte Ethikrat von wenigen Tagen getroffen hat und die von uns eben im Blick auf das christliche Menschenbild so nicht zu akzeptieren ist -

(Zustimmung)

ist alles andere als eine Floskel der Unverbindlichkeit, etwa so eine idyllische Beschreibung oder eine Art feuilletonistisches Beiwerk der Politik; nein, dieses christliche Menschenbild hat unmittelbare und zum Teil polarisierende Folgen für eine ganze Reihe politischer Entscheidungen. Ich denke, dass sich da auch die Reibungsflächen zeigen, die wir brauchen, wenn wir den nächsten Wahlkampf bestehen und gewinnen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden ihn nicht gewinnen, wenn wir uns dem Zeitgeist anpassen. Wir werden ihn nur gewinnen, wenn wir uns auf unsere Grundlagen und auf unsere Wurzeln besinnen.

(Beifall)

Diese Grundlage, diese Wurzel, das christliche Menschenbild ist, so denke ich, von einer ganz unglaublichen Aktualität. Es ist nicht nur von einer ganz unglaublichen Aktualität, sondern es ist ein Fundament, von dem ich uns wünsche, dass wir uns darauf mit sehr viel mehr Selbstbewusstsein beziehen.

Ich finde, wenn es um das christliche Menschenbild geht, ist Bescheidenheit absolut fehl am Platz. Da mag in der Gesellschaft gedacht werden, wie will. Es ist und bleibt unser Fundament.

(Beifall)

Das sage ich nicht nur im Hinblick auf manche aktuelle und kontroverse innenpolitische Diskussion. Ich habe den so genannten Nationalen Ethikrat gerade genannt. Nein, ich sage das auch im Hinblick auf ein Ereignis wie das des 11. September dieses Jahres und im Hinblick auf die Folgen dieses Ereignisses, auf die Diskussionen, die wir in Deutschland darüber führen. Der 11. September ist für mich nicht nur eine militärische und eine politische Herausforderung. Der 11. September ist und muss gerade für uns christliche Demokraten auch eine geistige Herausforderung sein. Wir haben etwas zu verteidigen, was am 11. September angegriffen worden ist, und zwar nicht nur aus Solidarität mit den Vereinigten Staaten, sondern auch, weil unsere Grundlagen am 11. September verletzt und angegriffen worden sind. Das ist der Grund für unsere Verteidigungsbereitschaft.

(Beifall)

Wir dürfen das christliche Menschenbild nicht nur nicht verstecken. Wir müssen es nicht nur mit viel Selbstbewusstsein, vielleicht sogar mit viel mehr Selbstbewusstsein in der Diskussion sichtbar machen. Wir müssen auch deutlich machen: Das christliche Menschenbild ist eine Grundlage, eine Vision, eine Perspektive, der man, glaube ich, eine universelle Geltung zukommen lassen muss, zumal wir christliche Demokraten. Das hat überhaupt nichts mit mangelndem Respekt vor anderen Kulturen zu tun. Das hat vielmehr etwas mit der Tatsache zu tun, dass dieses Bild vom Menschen, das uns beseelt, ein Bild ist, wonach jeder Mensch auf dieser Welt – das möchten wir – so behandelt wird, wie es dem christlichen Menschenbild entspricht. Das macht uns unverwechselbar.

Ich finde, es gibt im Leben einer Partei keine glücklichere Stunde als die, in der sie das entdeckt, was sie unverwechselbar macht; denn das, was sie unverwechselbar macht, macht sie auch verlässlich. Ich wünsche uns, dass wir das mit einem Schuss mehr Selbstbewusstsein in der Diskussion der nächsten Wochen und Monate vertreten werden. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Christoph Böhr. – Das Wort hat Hans-Gert Pöttering.

Prof. Hans-Gert Pöttering: Herr Präsident! Lieber Dieter Althaus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist der zweite Parteitag der CDU Deutschlands in Dresden. Die Einheit Deutschlands ist seit elf Jahren verwirklicht. Wir sind die Partei der Einheit Deutschlands. Aber, meine Damen und Herren – darauf können wir stolz sein –, von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, von Wolfgang Schäuble bis Angela Merkel sind wir nicht nur die Partei der Einheit Deutschlands, sondern auch die Partei der europäischen Einigung.

(Beifall)

Dies muss, liebe Freunde, auch in Zukunft so sein. Wenn wir an die Gründe für die Einheit unseres Vaterlandes, an den Freiheitswillen der Menschen in Sachsen und in den anderen neuen Bundesländern zurückdenken, dann dürfen wir nicht vergessen, dass es auch der Freiheitswille der anderen Europäer in der Mitte und im Osten Europas war, der dazu geführt hat, dass sich Deutschland in Freiheit vereinigen konnte. Es waren die christliche Arbeiterbewegung Solidarnosc in Polen und der Freiheitswille der Ungarn, der Tschechien, der Slowaken und der Balten, die es möglich gemacht haben, dass sich Deutschland vereinigen konnte und dass Europa wiedervereinigt wird. Da dies so war, müssen wir auch auf diesem Parteitag unseren polnischen, ungarischen, estnischen, lettischen und litauischen Nachbarn sagen: Auch ihr seid in der Europäischen Union willkommen, weil ihr unsere gemeinsamen Werte teilt. Deswegen warten wir auf den Tag, an dem ihr gemeinsam mit den deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament den Weg Europas gestaltet.

Sie müssen willkommen sein. Aber die Europäische Union muss auch ein Beispiel für den vernünftigen Umgang mit den einzelnen Ländern geben. Hier hat sich die Bundesregierung im vergangenen Jahr eine der größten Fehlleistungen in der deutschen Europapolitik erlaubt, als es darum ging, wie Österreich behandelt werden sollte.

(Beifall)

Es war diese Bundesregierung, die Vertretung des größten Landes in der Europäischen Union, die die Sanktionen gegen Österreich mit auf den Weg gebracht hat. Dies war eine große Fehlleistung, nicht so sehr weil sich die Sanktionen gegen Österreich richteten, sondern weil man das europäische Recht verletzt hat. Dies darf sich nicht wiederholen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben uns als größer gewordenes Deutschland – das war immer ein Markenzeichen der Politik der Union – immer fair gegenüber den kleineren Ländern verhalten. Es war eine der großen Leistungen von Helmut Kohl, dass die kleineren Länder Europas uns vertraut haben. Deswegen müssen wir heute sagen: In Europa dürfen nicht nur die wenigen großen Nationen das Sagen haben. Über allem steht das europäische Recht. Wir wollen die Konflikte, die wir untereinander haben, und die Interessenunterschiede nicht dadurch regeln, dass die großen Nationen entscheiden, welchen Weg Europa nimmt. Vielmehr sollen alle mitwirken, und das Recht soll die Grundlage für die Regelung von Konflikten auf unserem Kontinent sein.

Liebe Freunde, die Europäische Union muss reformiert werden. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt einen Verfassungsvertrag erarbeiten wollen. Die Europäische Union hat natürlich Schwächen. Eine solche Schwäche ist beispielsweise nach der Europawahl 1999 offensichtlich geworden: Wir, die Christdemokraten, hatten diese Wahl gewonnen. Trotzdem haben am Ende die Sozialisten die Positionen in der Europäischen Kommission besetzt. Meine Damen und Herren, dies darf sich nicht wiederholen. Wir müssen die Europäische Union so reformieren, dass sich die Ergebnisse der Europawahlen auch in der Zusammensetzung der Europäischen Kommission widerspiegeln. Deswegen müssen wir die Europäische Union reformieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin mir ganz sicher – dies ist meine letzte Bemerkung –, dass wir, die Union, die CDU in Deutschland, eine große Chance bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr haben. Wenn wir die politische Mitte sind und bleiben, wenn unsere Nachbarn, unsere Freunde in Europa uns vertrauen können, und wenn wir in der Europäischen Volkspartei die Partei der Mitte sind, dann ist auch die Europäische Volkspartei stark. Dieser Parteitag ist ein Signal der Stärke der CDU und auch dafür, dass die Europäische Volkspartei stark ist. Wenn wir in unserer Heimat stark verwurzelt bleiben, wenn wir Ja zu unserem Vaterland sagen, wenn wir sagen, dass wir deutsche Patrioten sind, und wenn wir in gleicher Weise Ja zu Europa sagen, dann bringen wir das zum Ausdruck, was Konrad Adenauer, Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und viele andere als Repräsentanten unserer Partei immer wieder zum Ausdruck gebracht haben: Wir sind die Partei der Einheit Deutschlands. Wir sind die Partei der europäischen Einigung. Wenn wir diesen Weg entschlossen weitergehen, dann werden wir auch gemeinsam Erfolg haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lieber Hans-Gert Pöttering. – Nun darf ich der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Annette Schavan das Wort geben.

Dr. Annette Schavan, Stellvertretende Bundesvorsitzende: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Über den Leitantrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ ist so intensiv in unserer Partei diskutiert worden, wie schon lange nicht mehr über ein Papier diskutiert wurde. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Kapitel dieses Leitantrages: Wir wollen in unserem Land mehr Möglichkeiten für Menschen, ihre Talente zu entfalten. Wir wollen mehr Möglichkeiten für Menschen, ihre Ideen umzusetzen. Wir wollen weniger Bevormundung durch den Staat.

(Beifall)

Wer das zur Leitlinie seiner politischen Perspektiven macht, der muss – deshalb möchte ich auf dieses Kapitel in unserem Leitantrag noch einmal hinweisen – in den nächsten Jahren grundlegende Veränderungen in Deutschland bewirken, wenn es um Erziehung, Bildung, Ausbildung sowie um Wissenschaft und Forschung geht.

Schlüssel für mehr Teilhabe, Schlüssel für mehr Chancen, Schlüssel für mehr Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen in unserem Land sind bessere Bildung, bessere Ausbildung, Wissenschaft und Forschung in allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, dass wir auch auf Folgendes aufmerksam machen dürfen: Die Christlich Demokratische Union redet nicht nur von Bildung, wir reden auch in diesem Leitantrag nicht nur von Modernisierung, sondern wir schaffen in unseren Ländern, in den Ländern, in denen CDU und CSU regieren, Modernisierung.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, in Hessen hat sich in zwei Jahren CDU-Landesregierung in der Bildungspolitik mehr bewegt als in 20 Jahren zuvor. In Hessen wird nicht über Modernisierung geredet; es wird vielmehr gehandelt.

Im Saarland hat sich in einem Jahr CDU-Landesregierung in der Schul- und Wissenschaftspolitik mehr verändert als in zehn oder 15 Jahren zuvor. Denken Sie auch an Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg. Deshalb bitte ich uns herzlich: Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten deutlich machen, dass die Bildungspolitik nicht immer mehr Festreden verträgt und nicht Theorie ist, sondern dass wir da, wo wir regieren, die Modernisierung des Bildungswesens konsequent voranbringen.

Ein Zweites: Wir brauchen in Deutschland eine Stärkung von Erziehung und Orientierung im Blick auf die nächste Generation. Wenn das, was Christoph Böhr gesagt hat, in der nächsten Generation zu einem Fundament werden soll, wenn wir das, was wir über das christliche Menschenbild, über die wertvollen Grundlagen unseres Gemeinwesens sagen, ernst nehmen, dann müssen wir mit dazu beitragen, dass es in unserem Land mehr Partnerschaft in Bezug auf Erziehung zwischen Lehrern und Eltern gibt; dann brauchen diejenigen in unserer Gesellschaft, die sich um Erziehung kümmern, eine höhere Anerkennung und Unterstützung. Wir müssen deutlich machen, dass das ein Schlüssel ist, um das Wertefundament dieser Gesellschaft und dieses Gemeinwesens zu stärken.

(Beifall)

Ein Drittes: Ich werde morgen in Berlin als Präsidentin der Kultusministerkonferenz die Pisa-Studie der Öffentlichkeit vorstellen. Wir waren es, die in der Kultusministerkonferenz nach

zählen Verhandlungen durchgesetzt haben, dass sich Deutschland endlich an internationalen Studien beteiligt. Wir hätten das schon vor zehn Jahren tun sollen; dann sähe es heute in der Bildungslandschaft in Deutschland anders aus.

(Beifall)

Wir haben nicht nur durchgesetzt, dass eine internationale Studie vorgelegt wird, sondern auch, dass wir im Sommer des nächsten Jahres eine Studie mit einem Ländervergleich in Bezug auf Deutschland haben werden. Dann, liebe Freunde – das verspreche ich Ihnen –, werden wir eine interessante Diskussion in Deutschland erleben, von Nord bis Süd und von Ost bis West, über Vergleiche und darüber, wo die Modernisierung des Bildungswesens gelungen ist, wo Lernen und Leistung einen wirklichen Stellenwert in Deutschland haben und wo nicht. Auf diese Diskussion freue ich mich schon. Diese Diskussion brauchen wir nicht zu scheuen.

(Beifall)

Weil das so ist, sind wir die einzige Partei, die auch in ihrem Leitantrag – so wie in ihrem bildungspolitischen Leitantrag vor einem Jahr – dazu steht: Wir wollen mehr Wettbewerb; wir wollen internationale Leistungsvergleiche; wir wollen eine Bildungspolitik, die nicht auf Legenden basiert, die nicht dauernd mit Spekulationen arbeitet, die nicht unentwegt die alten Ideen der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts reproduziert, die alle gescheitert sind. Nicht eine einzige Idee der Sozialdemokraten aus den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts ist eine gute Idee gewesen. Es waren Ideen von kurzer Lebensdauer, die allesamt dem Bildungswesen in Deutschland geschadet haben.

Die Christlich Demokratische Union legt nicht nur einen Leitantrag vor, der unser programmatischer Aufbruch für die nächsten Jahre ist; die Christlich Demokratische Union wird vielmehr in den Städten und Ländern, in denen wir regieren, das, was wir schreiben, umsetzen. Wir werden zeigen, dass es anders geht; wir werden zeigen, dass wir die besseren Partner der jungen Generation sind, wenn es um die Sicherung ihrer Zukunftschancen geht.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Annette Schavan. – Ich darf zu einem weiteren Redner in der Grundsatzausssprache kommen, nämlich zu Peter Müller, Ministerpräsident und Landesvorsitzender aus dem Saarland.

Peter Müller: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Der Leitantrag beschäftigt sich in § 12 mit der Frage der Zuwanderung. Das ist richtig, weil dieser Leitantrag Grundlage unserer künftigen Politik sein soll und die Frage der Zuwanderung eine wichtige, eine zentrale und eine regelungsbedürftige Frage ist.

Dass wir Handlungsbedarf haben, liegt auf der Hand. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, das einem stärkeren Zuwanderungsdruck ausgesetzt ist als die Mehrzahl der klassischen Einwanderungsländer. 31 Millionen Menschen sind seit 1960 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert. 22 Millionen Menschen haben das Land verlassen. Der jährliche Druck der Zuwanderung ist höher als in klassischen Einwanderungsländern. Deshalb gilt es, zur Kenntnis zu nehmen, wie der Leitantrag dies tut, dass klassi-

sche Einwanderungsländer vor dem Hintergrund dieses Migrationsdrucks durchgehend sagen: Wir nehmen uns das Recht, in einem Gesetz zu bestimmen, wie viele Menschen wir jährlich aufnehmen können und nach welchen Kriterien wir sie auswählen. Wenn die Vereinigten Staaten, wenn Kanada, wenn Schweden, wenn Australien und sogar die Schweiz das Recht haben, in einem Gesetz zu bestimmen, wie viele Menschen jährlich aufgenommen werden können und wie diese Menschen ausgewählt werden, dann hat auch die Bundesrepublik Deutschland dieses Recht. Deshalb brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz.

Aber wir brauchen nicht irgendein Zuwanderungsgesetz, wir brauchen ein gutes Zuwanderungsgesetz, das unter Berücksichtigung der Integrations- und Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik Deutschland die Zuwanderung steuert und begrenzt. Wenn ich im Moment manche Beiträge in der Debatte höre, dann entsteht bei mir der Eindruck, als sei die Einigung ein Selbstzweck, als sei nichts so wichtig wie eine Einigung. Es geht aber nicht um die Einigung, sondern es geht darum, ein richtiges inhaltliches Konzept zu beschließen. Solange aber die Inhalte nicht stimmen, ist die Einigung nachrangig.

(Beifall)

Ein richtiges, ein gutes Gesetz muss vier Dinge miteinander vereinbaren: die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland begrenzen, die nationalen Interessen angemessen berücksichtigen, die humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland erfüllen und der Tatsache Rechnung tragen, dass Integration und Zuwanderung unmittelbar zusammengehören. Zuwanderung ist nur verträglich, wenn anschließend auch die Integration gelingt. Deshalb müssen wir die Zuwanderung integrationsorientiert steuern.

Ein solches Gesetz ist dann übrigens auch keineswegs ein Gesetz zur Verminderung der inneren Sicherheit in Deutschland, sondern ein Gesetz, das mehr Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Deshalb, liebe Freundinnen und liebe Freunde, macht es überhaupt keinen Sinn, sich in dieser Debatte zu verweigern. Fundamentalopposition ist der falsche Weg und als Fundis eignen sich Christdemokraten nicht.

(Teilweise Beifall)

Es liegt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch. Es ist einhellige Meinung aller in der Union, von Stoiber über Merkel bis Schönbohm, Müller, Rüttgers und wie sie alle heißen, dass dieses Gesetz, weil es kein echtes Begrenzungs-, sondern ein Zuwanderungserweiterungsgesetz ist, nicht zustimmungsfähig ist. Im Interesse der Bundesrepublik Deutschland kann diesem Gesetz nicht zugestimmt werden.

(Beifall)

Wir wollen über die Frage reden: Was muss geändert werden, damit eine Zustimmung denkbar ist? Ich will dazu wenige Punkte nennen.

Erstens: Dass die Begrenzung der Zuwanderung die Orientierung an der Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland Ziel eines solchen Gesetzes ist, muss auch ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen werden. Wir brauchen eine inhaltliche Zielbe-

stimmung des Gesetzes. Wir wollen die Zuwanderung integrationsorientiert begrenzen. Deutschland ist nicht unbegrenzt aufnahmefähig.

(Beifall)

Zweitens: Zuwanderung in die Arbeitsmärkte kann es nur dort geben, wo ein echtes Arbeitsmarktbedürfnis besteht. Solange wir vier Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland haben, muss ich zunächst einmal darüber reden, wie diejenigen Menschen, die zurzeit in Deutschland keine Arbeit haben, die freiwerdenden Arbeitsplätze besetzen können, bevor ich die Debatte über Zuwanderung führe.

(Beifall)

Deshalb geht es in diesem Zusammenhang nicht nur um die Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes, sondern um die Bedürfnisse des nationalen Arbeitsmarktes. Wenn ich aus dem Unternehmerlager die vielen Stimmen an die Adresse der Union höre, dass wir zustimmen müssen, dann muss ich sagen: Manches, was da gesagt wird, würde mich sehr viel mehr überzeugen, wenn der- oder diejenige, die das sagen, zunächst einmal darlegen – bevor sie Zuwanderung einfordern –, was sie in ihrem Verantwortungsbereich getan haben, dass die jungen Menschen in Deutschland, die Arbeitsplätze besetzen sollen, ausgebildet und qualifiziert wurden.

(Beifall)

Drittens: Wir brauchen keine Ausweitung des Asylrechts, sondern die Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs. Nach wie vor wird in 85 Prozent aller Fälle das Asylrecht missbräuchlich in Anspruch genommen. Deshalb sage ich: Da kann der Staat nicht wegschauen. Ein Staat, der wegschaut, wenn in 85 Prozent aller Fälle ein Recht missbraucht wird, hat sich selber schon aufgegeben.

(Beifall)

Viertens: Wir wollen, dass das Nachzugsalter integrationsorientiert ausgerichtet wird. Unser Problem besteht doch darin: Wenn die jungen Leute hierher kommen und über keine Sprachkenntnisse verfügen, dann können sie in unserem Schulsystem nicht beschult werden. Anschließend finden sie keine Ausbildungsplätze und keine Arbeitsplätze. Es ist doch kein Zufall, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit bei den jungen Ausländern doppelt so hoch liegt wie bei den jungen Deutschen und dass die Ausbildungsquote sogar rückläufig ist. Wir wollen deshalb die Absenkung des Nachzugsalters auf zehn Jahre, damit diese Menschen hier vernünftig ausgebildet werden können.

Annette Schavan hat eben die Pisa-Studie angesprochen. Die Pisa-Studie kommt mit Blick auf die jungen Ausländer bei uns zu dem Ergebnis, dass bei denen das Lese- und das Sprachverständnis besonders schlecht ist und schlechter ist als bei jungen Ausländern in anderen Ländern der Europäischen Union. Deshalb sage ich: Wir haben ein Integrationsproblem bezüglich dieser jungen Ausländer. Wir müssen es lösen. Wir dürfen die Probleme nicht noch dadurch verschärfen, indem wir den Familiennachzug unbegrenzt zulassen.

(Beifall)

Das sind die Punkte, über die wir in der Sache reden müssen. Wenn es Bewegungsbereitschaft in der Sache gibt, dann kann man auch über gemeinsame Lösungen nachdenken. Mein Eindruck ist, dass der Bundesinnenminister an vielen Punkten in seinem Denken durchaus einen Schritt weiter ist als der Gesetzentwurf, der jetzt auf dem Tisch liegt. Er selbst hatte einen Referentenentwurf vorgelegt, der zwar auch noch nicht zustimmungsfähig war, der aber sehr viel näher an den Vorstellungen der Union lag als der auf den Weg gebrachte rot-grüne Regierungsentwurf.

Wenn wir als Union sagen, es geht um die Sache und nicht um die Taktik, dann muss das Gleiche auch für die Bundesregierung gelten. Es muss auch der Bundesregierung um die Sache und um sachlich vernünftige Lösungen gehen und nicht um Koalitionsrücksichten. Ich bin der Auffassung: Wenn wir in der Sache aufeinander zugehen können, dann wollen wir schauen, ob wir zusammenkommen. Wer mir aber sagt, mit Rücksicht auf die Grünen mache ich das nicht, wovon ich erkannt habe, dass es in der Sache eigentlich richtig wäre, der verbaut die Möglichkeit eines Konsenses.

(Beifall)

Wir wollen diese Debatte offen führen. Ich werde persönlich am Mittwoch mit Otto Schily reden. Wir werden uns diesmal nicht in einem bayerischen Kloster treffen. Wir haben in bayerischen Klöstern schon mehrfach geredet. Es war ganz nett; Günther Beckstein von der CSU war auch dabei. Die innere Einkehr hat niemandem geschadet. Wir wollen in der Sache reden. Wenn dieses Reden in der Sache nicht dazu führt, dass wir uns auf ein Konzept verständigen können, das die Frage der Zuwanderung wirklich vernünftig behandelt und das die Frage der Integration angemessen behandelt, dann wird es keinen Konsens geben. Dann ist nichts so selbstverständlich wie die Tatsache, dass wir über unsere unterschiedlichen Konzepte auch im Wahlkampf reden müssen.

(Beifall)

Wir werden uns von niemandem in dieser Frage den Mund verbieten lassen. Ich höre die Meinung, dass man im Wahlkampf über dieses Thema nicht reden dürfe. Ich kann nur sagen: Dieses Thema interessiert die Menschen. Wir können dieses Thema nicht einzelnen, möglicherweise radikalen Parteien überlassen. Wir müssen vernünftig über dieses Thema reden und für unseren Weg werben; denn dieses ist der richtige Weg für die Bundesrepublik Deutschland. Diesen Weg sollten wir gemeinsam gehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr; Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Müller. Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegen keine weiteren Wortmeldungen für die Generalausprache vor. Deswegen beende ich die allgemeine Aussprache.

Bevor wir jetzt in die Beratung der Einzelanträge einsteigen, darf ich noch zwei persönliche Begrüßungen vornehmen. Die erste Begrüßung gilt einem Mitglied meines Landesverbandes. Er ist Mitglied seit 1947 und hat alle 52 Parteitage der CDU Deutschlands seit Anbeginn bis heute besucht. Ich begrüße herzlich Herrn Staatsminister a. D. Heinz Schwarz. Lieber Heinz, zeig Dich einmal!

(Beifall)

Dieter Althaus sagte gerade, Deine Leidenschaft sei wohl schier unbegrenzt.

(Heiterkeit)

Die zweite persönliche Begrüßung gilt einem Delegierten, der einen jugendlichen Geburtstag feiert, nämlich seinen 34. Geburtstag. Er ist Landtagsabgeordneter aus der – jetzt zitiere von dem Zettel, der mir gereicht wurde – „großartigen hessischen CDU“. Ich glaube, das kann man so stehen lassen. Ich begrüße Peter Beuth, Mitglied des hessischen Landtages, und gratuliere sehr herzlich. Lieber Peter Beuth, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Beratung und Beschlussfassung der Einzelanträge mit dem Kennbuchstaben A. Sie finden den Antrag und die dazu gestellten Änderungs- und Ergänzungsanträge in Ihrem Antragsbuch auf den Seiten 1 bis 309 sowie in den Anhängen 1 und 3 und darüber hinaus in einem Papier, das eben an Sie verteilt wurde und das die zu diesem Antrag gehörenden Initiativanträge beinhaltet.

Es gibt eine ganze Fülle von Wortmeldungen zu Einzelziffern und zu Einzelanträgen, die wir zu den entsprechenden Paragraphen aufrufen werden. Bevor wir mit den Antragsberatungen beginnen, darf ich bitten, dass die Sprecher der Antragskommission nach Möglichkeit hier vorne Platz nehmen, damit sie schnell zur Verfügung stehen können.

Ich rufe die Anträge A 1 bis A 11 auf. Es handelt sich um Anträge allgemeiner Art ohne konkreten Ziffernbezug. Sie finden diese Anträge in Ihrem Antragsbuch auf den Seiten 1 und 2 mit einer Sammelempfehlung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge A 1 bis A 11. Wer der Sammelempfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 1 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 12 bis A 66, A 68 bis A 107, A 989 bis A 991 sowie A 1500 und A 1511. Fundstelle ist das Antragsbuch auf den Seiten 3 bis 38 und der Anhang 3 sowie die eben von mir ausdrücklich erwähnte Sammlung der Initiativanträge. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Sammelempfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! -Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe § 1 – nicht die Ziffer 1 – des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Ziffern 2 bis 10. Fundstelle ist das Antragsbuch auf den Seiten 38 bis 61 sowie die Sammlung der Initiativanträge.

Es liegen bisher zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat sich zum Antrag A 157 Herr Dieter Bischoff aus Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet. Herr Bischoff.

Dieter Bischoff: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Der Antrag lautet:

Bei den Maßnahmen der Strafverfolgung dürfen die Bürgerrechte nicht über Gebühr beeinträchtigt werden.

Aufgrund der schlimmen Ereignisse, die wir alle erlebt haben, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir einige Freiheitsansprüche werden einschränken müssen. Aber ich glaube, niemand von uns will doch den Rechtsstaat abschaffen. Und ein Grundsatz unseres Rechtsstaats ist immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gewesen. Wenn wir diesen Grundsatz verlassen, dann verlassen wir auch den Rechtsstaat. Das kann keiner wollen. Ich war 20 Jahre Strafverteidiger und weiß, was es bedeutet, die Rechte des Bürgers vor Gericht zu verteidigen.

Der Rechtsstaat ist das Wertvollste, was wir haben. Lassen Sie uns ihn bewahren! Nehmen Sie diesen Antrag bitte an.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bischoff.

Es handelt sich um einen Änderungsantrag zur Empfehlung der Antragskommission. Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? – Rupert Scholz signalisiert, die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Das Votum lautet: Ablehnung des Antrages, den Dieter Bischoff begründet hat. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

Dann kommen wir zur Wortmeldung von Siegfried Kauder zum Thema Opferschutz. Das ist der Antrag A 182.

Siegfried Kauder: Meine Damen und Herren! Die CDU Deutschlands ist die Partei der inneren Sicherheit. Wir reden nicht nur darüber, wir machen sie auch.

Als die Länder Baden-Württemberg und Bayern auf dem Umweg des Polizeigesetzes die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Straftätern umgesetzt haben, gab es seitens der Bundesregierung die Antwort des Bundeskanzlers: „Wegsperrern!“ Taten sind nicht gefolgt. Meine Damen und Herren, innere Sicherheit bedeutet, das, was man sagt, konsequent, beharrlich und über einen längeren Zeitraum hinweg in die Tat umzusetzen.

Die konsequente Verfolgung von Straftätern ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist das Leid von Tatopfern. Wir haben es beim terroristischen Anschlag auf das World Trade Center gesehen: Hundertprozentige Sicherheit gibt es in keinem Land der Welt. Und dort, wo die innere Sicherheit versagt, weil wir sie nicht rundum garantieren können, bedarf das Tatopfer eines besonderen Schutzes.

Das hat der Bundesvorstand auch gesehen. Der Leitantrag enthält zwei plakative Sätze zum Opferschutz. Aber, meine Damen und Herren, ich bitte im Interesse der Opfer, diese zwei plakativen Sätze auch mit Leben zu erfüllen. Es gibt beim Opferschutz derzeit eine offene Flanke. Das Tatopfer, das davon betroffen ist, will die Hilfe der Politik sehen. Da ist die CDU gefordert.

Wird eine ältere Dame auf der Straße überfallen, raubt man ihr die Handtasche, zieht sie mit einem Opferanwalt auf Staatskosten durch das Ermittlungsverfahren in die Hauptverhandlung und hat so eine fachkundige Begleitung. Wird eine Frau sexuell missbraucht, hat sie das gleiche Recht, aber, meine Damen und Herren, nur dann, wenn der Straftäter ein Erwachsener ist. Im Jugendstrafverfahren kann kein Opferanwalt das Tatopfer in der Hauptverhandlung mit Aktivrechten begleiten.

Ich kann es Ihnen sagen: Den von mir betreuten Tatopfern ist es völlig gleichgültig, ob der Täter ein Erwachsener oder ein Jugendlicher ist. Die Tatopfer müssen die gleichen Rechte auch in Strafverfahren gegen jugendliche Täter haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Weiße Ring, dem ich seit zehn Jahren angehöre, fordert das und wir haben das auch mit Rupert Scholz besprochen. Ich habe ihn gebeten, darüber nachzudenken, ob es ein einziges sachliches Argument gegen die Einführung der Nebenklage auch im Jugendstrafverfahren gibt. Man kann ein Argument anführen: Das Jugendstrafverfahren sei vom Erziehungsgedanken geprägt. Aber gerade ein Jugendlicher muss lernen, dass er für die Folgen seines Handelns einstehen muss. Auch er muss für das, was er angerichtet hat, geradestehen.

Das bedeutet: Ich bitte um Ihre Mithilfe. Die Antragskommission ist der Meinung, dass man den Antrag des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar unberücksichtigt lassen sollte, weil er aus systematischen Gründen nicht passe. Dort, wo es um materielles Strafrecht geht, befassen wir uns auch mit einem Einzelbeispiel, nämlich mit der Erhöhung der Straferwartung für Graffiti-sprüher. Was einem Graffiti-sprüher an Beachtung wert ist, muss auch für das Opfer einer Straftat gelten.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie: Lehnen Sie den Antrag der Antragskommission, sich mit unserem Antrag nicht zu befassen, ab und geben Sie den Tatopfern nicht die rote Karte. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Siegfried Kauder. – Für die Antragskommission Rupert Scholz.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Lieber Herr Kauder, Sie haben eine Begründung abgegeben, die, was die Probleme des Opferschutzes angeht, überhaupt keine Zweifel aufwirft; absolut zutreffend, absolut richtig. Trotzdem will ich erläutern, weshalb die Antragskommission im Ergebnis der Meinung ist, dass dieser Aspekt, die Zulassung der Nebenklage auch im Jugendstrafgesetz und im Jugendgerichtsprozess in ein Papier wie dieses sinnvollerweise nicht aufgenommen werden sollte.

Der Grund ist der: Sie haben auf den Erziehungsgedanken hingewiesen. Das ist völlig richtig. Das ist ein Aspekt. Aber das Gesamtthema Jugendstrafrecht, Jugendgerichtsbarkeit ist in unserer Partei noch längst nicht abschließend ausdiskutiert. Ich erinnere nur an das Thema und die Fragestellung der Strafmündigkeit. Auch die Strafmündigkeit gehört zu einem effektiven

System der Jugendgerichtsbarkeit. Hier sind die Auffassungen in unserer Partei nach wie vor sehr unterschiedlich.

Aus diesem Grunde empfiehlt Ihnen die Antragskommission, in eine grundsätzliche Stellungnahme der hier zu verabschiedenden Art eine solche Detailfrage nicht aufzunehmen. – Vielen Dank.

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Rupert Scholz, für das Votum der Antragskommission. – Ich darf fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission: Ablehnung des Antrags A 182 des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Abstimmung müssen wir wiederholen.

(Widerspruch)

Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag A 182 des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar angenommen.

(Beifall)

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu § 1 vorliegen.

Wir stimmen daher ab über die Empfehlung der Antragskommission mit Ausnahme der gerade beschlossenen Abweichung, Antrag A 182. Wer dem Votum der Antragskommission im Übrigen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe § 2 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Ziffern 11 bis 20. Fundstelle ist das Antragsbuch auf den Seiten 61 bis 90. Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Als Erster Norbert Röttgen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, zu A 230. Norbert, bitte.

Dr. Norbert Röttgen: Wir diskutieren sehr zentral und immer wieder, was europäisch und was national entschieden werden muss. Der Antrag des BACDJ, des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen, beschäftigt sich mit dieser Frage. Er macht zwei konkrete Vorschläge.

Er sagt erstens, europäische Aufgabe muss zunächst die Bewahrung und Vollendung des Binnenmarktes sein. Das ist kein Thema, das als abgeschlossen betrachtet werden kann, sondern das ist eine dauerhafte Aufgabe. Das also ist die erste Aussage: Binnenmarkt als Daueraufgabe europäischer Politik.

Zweitens sagen wir: Wir müssen das Thema innere Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, organisierte Kriminalität auf die europäische Agenda setzen. Es ist doch im Grunde ein Skandal, dass es auch heute noch nicht den europäischen Haftbefehl gibt,

(Vereinzelt Beifall)

dass wir bei der polizeilichen Nacheile nicht weiterkommen, sondern polizeiliche Verfolgung an der Nationalstaatsgrenze endet. Denn wir haben doch nicht erst seit dem 11.

September die Erkenntnis, dass Kriminalität länderübergreifend ist. Das also ist ebenfalls eine Aufgabe für Europa.

Dies sind die Aussagen unseres Antrages. Die Antragskommission sagt dazu: Wir finden das an sich nicht falsch, aber es passt uns systematisch an dieser Stelle nicht. – Unsere Bitte ist, dass man es an die Stelle setzt, wo es systematisch passt, aber deshalb nicht auf den Inhalt der Aussage verzichtet. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Röttgen. – Wünscht die Antragskommission das Wort? – Elmar Brok für die Antragskommission.

Elmar Brok, Antragskommission: Die Argumente des Kollegen Röttgen waren ziemlich überzeugend. Wir schlagen Ihnen vor – da der Antrag inhaltlich in der Tat richtig ist –, den Antrag aufzuteilen: Den Teil betreffend den Binnenmarkt nehmen wir dorthin, wo wir uns mit dem Binnenmarkt beschäftigen, und der Teil, der sich mit Terrorismus und innerer Sicherheit beschäftigt, fassen wir ebenfalls an entsprechender Stelle. Wenn Sie uns die redaktionelle Anpassung anvertrauen, würden wir Ihnen in diesem Sinne Annahme empfehlen.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Die Antragskommission hat ihr Votum geändert und empfiehlt jetzt Annahme. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Votum der Antragskommission auf Annahme von A 230 folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe eine zweite Wortmeldung auf, und zwar von Frau Eva Welskop-Deffaa, zum Thema Ehegattensplitting, Antrag A 378.

Eva Welskop-Deffaa: Das war ja ein schneller Sprung durch die Themen. Wir sind jetzt schon beim § 5, wenn ich das richtig sehe. – Es geht im Antrag A 378 um das Ehegattensplitting. Ich möchte mich hier auf die Rede von Frau Merkel beziehen, die ja noch einmal sehr deutlich betont hat, dass die CDU die Partei ist, die gleichermaßen für den Schutz von Familie wie für den Schutz von Ehe steht. Wenn wir für die Familie bessere Kinderbetreuungseinrichtungen fordern und eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der Rente, so ist damit das Thema Ehegattensplitting noch nicht abgearbeitet. Sie wissen alle, dass die SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag vor einigen Tagen die Abschaffung des Ehegattensplittings gefordert hat. Man hat dort sehr deutlich erkannt, dass für die SPD Bindung und Freiheit Gegensätze sind, dass Ehe und Gleichberechtigung noch nicht unter einen Hut gebracht werden können – und dass die CDU zu diesem Bild eine echte Alternative anbieten kann.

Deswegen meine ich, dass die Formulierung, die wir in diesem Paragraphen vorfinden – sie lautet schlicht: „Am Ehegattensplitting halten wir fest.“ –, zu kurz greift. Wir müssen hier in die Offensive gehen, um uns in Sachen Ehe und Familie als Alternative zur SPD anzubieten. In diesem Sinne benennt der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz sehr klar, um was es geht. Wir müssen die Argumente, die Scheinargumente, die Vorbehalte, die zum Ehegat-

tensplitting vorgebracht werden, offensiv aufnehmen. Wir können nicht einfach so tun, als gebe es sie nicht. Wir müssen für das Ehegattensplitting kämpfen. Ich persönlich meine, dass im Steuermodell von Herrn Kirchhof gute Möglichkeiten geschaffen werden. Das Thema aber erledigt sich nicht von alleine. Deswegen halte ich es für falsch, diesen Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz abzulehnen, wie es die Antragskommission empfiehlt. Ich schlage stattdessen vor, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, damit die Bundestagsfraktion auf dieser Grundlage aktiv die Auseinandersetzung mit der SPD sucht.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Welskop-Deffaa. Die Antragskommission stimmt zu, also dürfte es eigentlich keine Probleme mehr geben. Es ist Überweisung des Antrages A 378 an die Bundestagsfraktion beantragt. Wer diesem Antrag – mit Einverständnis des Antragstellers und der Antragskommission – zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltung? – Einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich die Gesamtabstimmung zu § 2 – im Lichte des eben gefassten Einzelbeschlusses – auf. Wer den Empfehlungen der Antragskommission im Übrigen folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe § 3 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Ziffern 21 bis 25. Fundstelle ist das Antragsbuch auf den Seiten 91 bis 127 sowie die Sammlung der Initiativanträge. – Zu Ziffer 24 hat sich Peter Jungen zu Wort gemeldet.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Ziffer 24 gemeldet, weil mir gesagt worden ist, es werde über die Ziffern einzeln verhandelt. Es geht dabei um das Thema der – verkürzt gesagt – „business angels“, die hier ja angeschnitten sind.

Zunächst einmal möchte ich der Frau Vorsitzenden und dem Herrn Generalsekretär – sie sind im Moment nicht im Saal – danken für das Papier in dieser Form. Viele von uns haben nach der Vorlage des ersten Entwurfs des Papiers zur neuen sozialen Marktwirtschaft kritisiert – wie ich finde, zu Recht –, dass die Rolle des Unternehmers, die in einer sozialen Marktwirtschaft ja eine entscheidende ist, nicht beschrieben ist, ja, schlimmer, dass das Wort „Unternehmer“ in einem Grundsatzpapier zur sozialen Marktwirtschaft nicht ein einziges Mal vorkommt. Ich freue mich darüber, dass diese Kritik aufgegriffen worden ist. Ich habe jetzt den Text gemacht und muss sagen: In den Ziffern 21 bis 25 ist das auf eine besonders hervorragende Weise dargelegt – die Rolle der Unternehmer im Strukturwandel, die Rolle der Unternehmer bei der Durchsetzung von Innovationen, die Rolle der Unternehmer bei der Schaffung von Nachfrage, bei der Eroberung von neuen Märkten und damit der Schaffung von Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand.

Es wäre bedauerlich gewesen, wenn Ludwig Erhard der letzte gewesen wäre, der diese Bedeutung niedergelegt hat. In einer Festschrift zum 90. Geburtstag für Ludwig von Mises 1971 hat er zur Ansicht gebracht:

Die Marktwirtschaft setzt ein freies Unternehmertum voraus. Es gibt eine unmittelbare Beziehung zwischen unternehmerischer Tätigkeit, Wohlstand und sozialer Sicherheit.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es besonders erfreulich, dass wir dies jetzt in so umfänglicher Form in dem Papier vorfinden.

Wichtig ist auch, dass die Bedeutung der Gründung von neuen Unternehmen so deutlich beschrieben wird. Denn es gibt keinen Ersatz für Unternehmer als – wie Lester Thurow sie einmal genannt hat – „change agents“, also als die, die den Wandel in einer Gesellschaft herbeiführen: unternehmerischen Wandel, wirtschaftlichen Wandel, strukturellen Wandel. Nur mit ihnen ist man in der Lage, auf Herausforderungen zu reagieren. Natürlich können dadurch einige Leute reicher als andere werden. Aber gerade in den neuen Bundesländern war es zu besichtigen, wohin es führt, wenn es keine Unternehmer mehr gibt und der Staat versucht, diese Rolle zu ersetzen. Mit den Folgen einer Volkswirtschaft ohne Unternehmer befassen wir uns noch heute.

Die USA haben in den letzten sieben Jahren 11 Millionen neue Jobs geschaffen. In den Ländern der EU hat man genau 71 000 fertig gebracht.

In den USA sind im Zeitraum von Ende der 70er-Jahre bis Anfang der 80er-Jahre mit der Wiederentdeckung des Unternehmertums zusätzlich 35 Millionen neue Arbeitsplätze netto geschaffen worden. 35 Millionen Arbeitsplätze entsprechen im Übrigen zurzeit dem gesamten deutschen Arbeitsmarkt. Wir haben knapp 35 Millionen Beschäftigte in Deutschland. Das ist in einem Land geschehen, in dem unternehmerische Dynamik nicht nur wiederentdeckt, sondern auch gefördert worden ist, und zwar auf eine ganz besondere Art und Weise: nicht nur durch die Wiederentdeckung des Unternehmertums, sondern vor allen Dingen durch die Erkennung der Bedeutung des informellen Venture-Capital-Marktes. Dabei spielen die Business Angels eine ganz entscheidende Rolle.

Meine Damen und Herren, in Deutschland ist die Entwicklung so, dass diese Idee vor zwei, drei Jahren erkannt und dann auch schrittweise umgesetzt worden ist. Einige von Ihnen wissen, dass ich dabei sehr aktiv bin, und zwar inzwischen auch auf der europäischen Ebene. Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass zum ersten Mal in einem deutschen Parteiprogramm die Bedeutung des informellen Venture-Capital-Marktes erkannt worden ist und in Ziffer 24 auch zum ersten Mal der Begriff Business Angels auftaucht und ebenso die notwendigen Bedingungen für die Mobilisierung privaten Kapitals erkannt werden.

Es gibt aber noch ein kleines Problem, bei dessen Lösung ich Sie um Ihre Nachsicht und Ihr Verständnis bitte. Ich hoffe, dass die Antragskommission meinem Petition folgen kann. Es gibt einen Antrag – dieser Antrag kam ursprünglich vom Bundesvorstand –, in dem steht, dass die alte 10-Prozent-Regelung wieder eingeführt werden sollte, die so genannte Geringfügigkeitsgrenze. Danach sollen Beteiligungen bis zu zehn Prozent bei der Veräußerung steuerfrei sein. Es ist ja interessant zu sehen, dass, nachdem die Bedingungen für Unternehmer schon schwierig genug sind, die Diskriminierung von Risikokapital, das Private mobilisieren, in der deutschen Steuergesetzgebung am 1. Januar 2001 nunmehr erneut verschärft worden ist. Die einzige Antwort, die manchen Leuten auf wirtschaftliche Probleme einfällt ist offensichtlich, dass man es denen, die bereit sind, Risiken einzugehen, noch schwerer macht. Das ist der jetzigen Regierung „mit Erfolg“ gelungen.

Jetzt haben wir hier einen Vorschlag, der ursprünglich vom Bundesvorstand kam und den wir – auch ich selber – kritisiert haben. Unter Ziffer 24 heißt es:

Um Anreize für solche Investoren – also Business Angels –, zu schaffen, wollen wir eine Besteuerung von Verkäufen von Gründungsanteilen an Unternehmen in den ersten vier Jahren aussetzen. Darüber hinaus soll die frühere 10-Prozent-Regelung wieder eingeführt werden.

Meine Damen und Herren, ich halte das systematisch für den falschen Ansatz. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und der Kreisverband Köln haben deshalb beantragt zu sagen, dass man diejenigen von der Steuer befreit, die einen Anteil für mindestens vier Jahre halten. Die Aufgabe von Business Angels ist es ja gerade, als erfahrene Unternehmer ihr unternehmerisches Know-how, Kapital und Netzwerkkontakte einzubringen, also so lange wie möglich mit dem Unternehmen verbunden zu bleiben. Ich habe deshalb die Bitte an die Antragskommission, diesem Vorschlag zu folgen, zumal in der Empfehlung der Antragskommission steht, dass der Änderungsantrag zwar akzeptiert worden ist, aber die neue Empfehlung der Antragskommission, die zur Beschlussfassung vorliegt, die alte Formulierung enthält, von der ich begründet dargelegt zu haben glaube, dass wir sie in der Form nicht beschließen sollten. Meine Bitte ist, dass Sie dem Votum der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und des Kreisverbandes Köln folgen. Es handelt sich dabei um die Anträge A 319 und A 328. Noch schöner wäre es, wenn die Antragskommission diesem Votum ebenfalls folgen könnte. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. – Für die Antragskommission spricht nun Peter Rauen.

Peter Rauen, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir halten das Anliegen für gerechtfertigt. Es geht darum, dass Business Angels, wenn sie junge Firmen mit Kapital unterstützen und dieses Kapital vier Jahre in den jungen Firmen belassen, Anteile danach steuerfrei verkaufen können, so wie man bei Aktien bereits nach einem Jahr Gewinne steuerfrei realisieren kann. Deshalb muss die Empfehlung der Antragskommission geändert werden. Der Text auf Seite 103 der Antragsbroschüre muss deshalb ab der viertletzten Zeile rechts unten wie folgt geändert werden. Nach dem Wort „Unternehmen“ ist ein Komma zu setzen und statt der Formulierung „in den ersten vier Jahren aussetzen“ muss es heißen „sofern sie länger als vier Jahre gehalten werden, aussetzen“. Damit ist, wie ich glaube, dem Petikum des Antragstellers Rechnung getragen. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Antragskommission: Vielen Dank, Peter Rauen. Der Antragsteller signalisiert Einverständnis. Das fließt so in die Empfehlungen der Antragskommission ein. Peter Jungen, ist die Wortmeldung zu Ziffer 25 damit erledigt? – Sie scheint erledigt zu sein.

Dann rufe ich jetzt Ziffer 25 auf. Zunächst hat Hartmut Schauerte zu Antrag A 334 das Wort.

Hartmut Schauerte: Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Der Antrag A 334 ist durch die Antragskommission erheblich verändert worden. Er ist auf der Basis eines nordrhein-westfälischen Antrages verändert worden. Dieser hatte zwei Teile. Der erste Teil ist übernommen worden. Er beschäftigt sich mit Wettbewerbsregeln und macht deutlich, dass wir uns in der CDU die Soziale Marktwirtschaft ohne klare, eindeutige und durchsetzbare Wettbewerbsre-

geln nicht vorstellen können. Das gilt sowohl vor dem Hintergrund der Globalisierung als auch vor dem Hintergrund der Europäisierung. Wir brauchen also international gleiche Wettbewerbsregeln, damit wir bei der globalisierten Wirtschaft auch auf gleiche Bedingungen stoßen. Das ist in Ordnung.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine Bemerkung machen. In diesem Zusammenhang haben wir uns sogar dazu durchgerungen – dafür danke ich ausdrücklich – zu sagen, dass wir im deutschen Wettbewerbsrecht auch die Möglichkeit von Entflechtungen wie es sie in Amerika gibt einführen wollen. Wir müssen bei Unternehmenskonzentrationen mit Entwicklungen rechnen, die so groß und so mächtig sind, dass wir nicht mehr Marktwirtschaft, sondern nur noch Machtwirtschaft haben. Das zerstört Freiheit, Effektivität und Demokratie. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir zu diesem Mittel greifen müssen. Ich danke dafür, dass diese Formulierung aufgenommen worden ist.

Der zweite Teil des erwähnten Antrags enthält einen neuen Gedanken, dem wir uns einfach einmal öffnen müssen. Dieser zweite Teil ist abgelehnt worden. Deshalb haben wir einen Initiativantrag eingebracht. Der selbst haftende Unternehmer ist das eigentliche Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Er haftet mit Haut und Haaren. Das tut er nicht zum Spaß. Wenn im Moment 33 000 Konkurse unter der rot-grünen Wirtschaftspolitik zu verzeichnen sind, kommt es zu Dramen, die man sich gar nicht intensiv genug vorstellen kann.

(Beifall)

Die Unternehmer müssen wirklich bluten. Familien werden am Ende eines arbeitsreichen Einsatzes bitterarm. Eine andere Situation haben wir möglicherweise gerade bei den ganz großen Unternehmen. Dort haben wir nicht den selbst haftenden Unternehmer, sondern den Manager, den angestellten Vorstand. Dieser hat unglaublich viel Verantwortung, möglicherweise mehr Verantwortung als viele Mittelständler. Er hat auch deutlich höhere Bezüge als manche Mittelständler, als das Gros der Mittelständler. Wenn er oder sein Vorstand das Unternehmen aber gegen die Wand gefahren hat, haftet er nicht. In der Regel bekommt er sogar noch eine Abfindung.

Wir haben es hier mit einem nicht einfach zu lösenden Problem zu tun. Ich meine aber, wir müssen uns diesem Problem nähern. Wir müssen es einmal in den Blick nehmen und fragen: Kann es etwas wie eine Haftung geben? Ist eine Haftung sinnvoll? Wir glauben, dass die Entscheidungen unternehmerisch nur dann richtig im mittleren Maß liegen, wenn sowohl die Chancen wie auch das Risiko, wie auch das persönliche Risiko einfließen. Gerade Entwicklungen am neuen Markt haben uns vor Augen geführt, dass Grenzenlosigkeit gegeben sein kann, dass man sich an nichts mehr halten muss. Man geht am Ende auch kein wirkliches Risiko mehr ein. Ich denke, dass dieser Initiativantrag hochinteressant ist, dass er möglicherweise ein neues wirtschafts- und mittelstandspolitisches Thema beinhaltet. Ich bitte darum, ihn nicht abzulehnen, sondern zu überweisen. Allerdings bitte ich, die Überweisung nicht als eine Beerdigung erster Klasse zu betrachten, sondern dafür zu sorgen, dass wir in der Bun-

destagsfraktion über die Problemlösung – darüber, was getan werden kann – ernsthaft diskutieren. Der Antrag beinhaltet bereits einige Punkte. Über diese Punkte wäre intensiv zu diskutieren. Ich glaube, wir behandeln damit ein schwieriges Feld, das aber notwendigerweise in den Griff zu nehmen und in die Wahrnehmung einzubeziehen ist. Ich hoffe, Sie unterstützen diesen Grundansatz. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hartmut Schauerte. Das war ein Überweisungsantrag. – Es folgten Thomas Köster und Peter Jungen ebenfalls zu diesem Thema.

Dr. Thomas Köster: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte das, was Hartmut Schauerte hier ausgeführt hat, noch unterstützen: Wenn man es mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wirklich ernst meint, dann muss man ihre Grundlagen neu in den Blick nehmen. Zu diesen Grundlagen gehört auch die Frage der Haftung für wirtschaftliche Entscheidungen.

Eben ist Ludwig Erhard zitiert worden. Ich möchte jetzt einen Satz von Walter Eucken aus dem Jahre 1950 zitieren. Walter Eucken, einer der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, hat gesagt:

Haftung ist nicht nur eine Voraussetzung für die Wirtschaftsordnung des Wettbewerbes, sondern überhaupt für eine Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und Selbstverantwortung herrschen.

Genau dies ist auch in der gesamten Gedankenwelt Ludwig Erhards verankert.

Ich darf hier noch einen anderen Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft zitieren, der im Übrigen heute schon zu uns gesprochen hat. Es handelt sich um Professor Biedenkopf. Er hat im Sommer vergangenen Jahres bei der Verleihung des Europäischen Handwerkspreises ausgeführt, dass ein Handwerksmeister, wenn er scheitert, mit all seinen Vermögenswerten untergeht. Er habe aber noch nie gehört, dass man Vorstände selbst für Milliardenverluste auch nur symbolisch in Anspruch nehme. – Meine Damen und Herren, das ist eine Diskrepanz, die auf die Dauer in unserer Wirtschaftsordnung nicht akzeptiert werden kann.

(Beifall)

Wenn Sie meinen, das sei nur ein Thema für Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, also für die Abteilung der Theorie, dann möchte ich Ihnen sagen: Gehen Sie einmal zu den Versammlungen von Betriebsinhabern in Handwerk, Handel und Gewerbe! Dort geht es vor allem um die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen. – Ich bin unserer Vorsitzenden sehr dankbar, dass sie in ihrer großen Rede noch einmal darauf hingewiesen hat, dass wir mit der Ungleichbehandlung in der Steuerpolitik, zwischen Kapitalgesellschaften auf der einen Seite und Personengesellschaften auf der anderen Seite, nicht einverstanden waren. Diese Ungleichheit gibt es aber nicht nur in der Steuerpolitik. Es gibt sie auch in der Sozialpolitik – dafür will ich jetzt keine Beispiele anführen – und bezogen auf die Art und Weise, wie die Haftung geregelt wird.

Die Frage, wie die Haftung geregelt wird, ist keine Nebensächlichkeit. Sie ist vielmehr entscheidend dafür, ob bei maßgeblichen Entscheidungen eine Wirtschaftlichkeit herbeigeführt

werden kann. Investitionen werden umso sorgfältiger getätigt, je mehr der Verantwortliche für die Investitionen haftet. Ohne Haftung fehlt die unentbehrliche Bremse im unternehmerischen Entscheidungskalkül. „Ohne Haftung“ ist, als hätte man vergessen, im Unternehmensfahrzeug die Bremse einzubauen. Wird fremder Leute Kapital eingesetzt, ist die Hemmschwelle gegenüber riskanteren Entscheidungen herabgesetzt. Ich glaube, es ist sehr wichtig, sich dies einmal vor Augen zu führen. Deswegen ist das Haftungsprinzip unentbehrlich.

Nun kann man aber nicht den Eigentümerunternehmer und den Unternehmer als Vorstandsmitglied einer Publikumsaktiengesellschaft hinsichtlich der Haftung über einen Leisten schlagen; man muss sie unterschiedlich behandeln. Der Eigentümerunternehmer muss voll haften, und zwar mit allem, was er hat. Bei den GmbHs sorgen schon die Banken durch die Bürgschaften dafür. Bei einem Vorstandsmitglied einer Publikumsaktiengesellschaft muss man dies etwas anders regeln. In dem Antrag, den Hartmut Schauerte hier erläutert hat, wird eine Reihe von Vorschlägen dafür genannt. Wir sagen nicht, wir hätten schon die Lösung. Wir wollen nur auf das Problem aufmerksam machen. Wir brauchen hier Fantasie für neue Wege. Wenn wir es mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wirklich ernst meinen, dann ist sicher, dass es nicht so bleiben kann, wie es ist.

Wir führen den Mittelstand so häufig im Munde. 90 Prozent aller Unternehmen mit 70 Prozent aller Arbeitsplätze und 60 Prozent der Wertschöpfung in Deutschland sind im Mittelstand und bei den Eigentümerunternehmen angesiedelt. Sie erwarten auch in dieser Frage eine Antwort von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Insofern beantragen wir Überweisung an die Bundestagsfraktion, aber nicht zur Beerdigung erster Klasse, sondern zur inhaltlichen Auseinandersetzung in dieser für uns so wichtigen Frage. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Köster. Das war ein Antrag auf Überweisung. Das Tagungspräsidium bittet um eine knappe Begründung der Anträge. Ansonsten haben wir große Probleme, heute Abend das gesamte Antragspaket zu beraten. – Ebenfalls zu Ziffer 25 hat sich als Nächster Peter Jungen gemeldet.

Peter Jungen: Meine Damen und Herren! Ich möchte das Verfahren nicht erschweren und deshalb keinen neuen Antrag einbringen und dies an dieser Stelle begründen.

Ich möchte auf eines hinweisen: Zu Ziffer 25 gibt es Anträge zum Thema der Globalisierung – das hat mit dem Thema, über das gerade gesprochen wurde, natürlich überhaupt nichts zu tun – dies steht aber auch in Ziffer 20. Das ist vielleicht ein systematischer Fehler bzw. eine Doppelung.

Zum Thema Globalisierung möchte ich Folgendes anmerken: Ich glaube, dass wir immer noch vor etwas Fremdem Angst haben, das da auf uns zukommt. Meine Damen und Herren, es gibt kein anderes Land, das in den letzten 50 Jahren so viel von der Globalisierung profitiert hat, wie die Bundesrepublik Deutschland. Ohne Globalisierung wäre das Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen. Ohne Globalisierung wäre diese Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Gesellschaft nicht möglich gewesen. Daran sollten wir immer denken. Wir sollten also etwas mutiger werden, nicht verzagen und die Angst, die manche

Menschen haben, nicht durch die Politik verstärken. Die Politik hat hier vielmehr die Aufgabe, die Menschen aufzuklären und ihnen die Angst zu nehmen.

In diesem Papier steht, die Politik werde in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Das gilt natürlich nicht für die Rahmen- oder für die Ordnungspolitik. Das gilt für die Prozessfeinsteuerung. Wer Interventionismus betreiben will, der wird – und das ist gut so – durch die Globalisierung in seine Schranken verwiesen; denn die Märkte machen deutlich, was sie davon halten, wenn einzeln interveniert wird, nämlich gar nichts. Deshalb ist es nicht richtig, wenn gesagt wird, die Menschen in den armen Ländern seien die Opfer der Globalisierung. Das sind vielmehr die Folgen der Verweigerung von Globalisierung. Diese Länder haben nämlich keine Demokratien, sondern Diktaturen; sie haben keine offenen Gesellschaften und keine marktwirtschaftlichen Systeme. Die Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie in diesen Ländern wäre das wichtigste Element zur Beseitigung der Armut in dieser Welt. Dazu sollten wir einen Beitrag leisten. Wir sollten nicht die Ängste, die auch bei uns bestehen, noch verstärken.

Es gibt hier einen Antrag – ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich das Votum der Antragskommission unterstütze –, nämlich den Antrag A 336, in dem die Rede davon ist, „dass sich eine Wirtschaft ohne Ordnungsrahmen zu einer Catch-as-catch-can-Ökonomie entwickelt“. Dort steht, dass es im Gegensatz zu den Unternehmen in einem Staat keine überflüssigen Menschen gebe. Was ist das für eine schreckliche Sprache? Hier steht, die Globalisierung enge die Handlungsfähigkeit von Politik ein. Weiter heißt es:

Das „Kapital“ erzwingt durch Drohung mit Kapitalflucht milliardenschwere Steuerabschläge ...

Eigentlich will ich Ihnen all das ersparen.

Meine Damen und Herren, die EVP hat in ihren Entwürfen für den nächsten Kongress zum Thema Globalisierung ein Papier vorgelegt, in dem sie ganz deutlich macht, dass die Globalisierung keine neue Erfahrung ist. Die Globalisierung ist eine Entwicklung, die ursprünglich aus Europa kommt. Dies ist keine amerikanische Erfindung. Darin steht auch, dass die Globalisierung der wichtigste Faktor ist, um die Armut in der Welt zu beseitigen. Folgen Sie deshalb dem Votum der Antragskommission und lehnen Sie diese Anträge, die auf der einen Seite nur zeigen, dass hier noch Angst besteht, die aber auf der anderen Seite auch Angst machen, ab! Sie sind dieser Beratung wirklich nicht würdig. – Danke.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. Das war eigentlich schon das Votum der Antragskommission. – Alle haben dem Votum der Antragskommission auf Überweisung zugestimmt? – Gut, dann war dies eine etwas längere Begründung für einen etwas unspektakulären Akt.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann kommen wir zur Schlussabstimmung über § 3 des Antrags des Bundesvorstandes. Wer den jetzt noch einmal aktuell begründeten Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe § 4 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Ziffern 26 bis 31. Fundstelle ist das Antragsbuch auf den Seiten 127 bis 146 sowie die Sammlung der Initiativanträge. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Dann kommen wir unverzüglich zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den soeben genannten Ziffern zu § 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe § 5 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Ziffern 32 bis 37. Fundstelle ist das Antragsbuch auf den Seiten 146 bis 171 sowie die Sammlung der Initiativanträge. Mir liegen bisher vier Wortmeldungen vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bisher davon abgesehen, eine Redezeitbegrenzung zu beschließen. Wir versuchen es jetzt noch einmal ohne förmlichen Beschluss. Ich bitte, die Begründungen in einem solchen zeitlichen Limit zu halten, dass ein Fortgang der Beratungen möglich ist. – Als Erster hat sich Christian Wulff gemeldet.

Christian Wulff, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ein wenig die Hoffnung, dass sich möglicherweise einige Wortmeldungen erübrigen und keine weitere zu diesem Punkt folgen. In Ziffer 35 geht es um die Flexibilisierung des Arbeitsrechts bzw. des Tarifrechts. Das schlägt natürlich hohe Wellen; denn dies ist ein wichtiger Punkt. Alle Sachverständigen und alle Forschungsinstitute haben uns zum Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ gesagt: Eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein flexibles Arbeits- und Tarifrecht sind die beiden Schlüssel, mit denen die Dänen, die Holländer und andere Länder in Europa große Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt haben.

Deswegen haben wir in Ziffer 35 auf Seite 159 der Antragsmappe Vorschläge für eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzrechtes gemacht. Das ist natürlich ein höchst sensibler Punkt. Die Antragskommission möchte Ihnen vorschlagen, dass die Ziffer 35 erst einmal auf die älteren Arbeitnehmer begrenzt wird und es dann wie folgt lautet: Wir befürworten die Einführung eines Optionsrechtes, wonach Arbeitgeber und ältere Arbeitnehmer Abfindungsregelungen im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen vereinbaren können. Deren Mindesthöhe soll gesetzlich geregelt werden. Damit würden die Einstellungschancen älterer Langzeitarbeitslosen verbessert.

Dann soll ein neuer Satz angefügt werden, der lautet: Wir treten dafür ein, das Kündigungsschutzrecht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber transparenter zu machen. Dazu gehört zum Beispiel, dass eine mit dem Betriebsrat vereinbarte Sozialauswahl verbindlich ist.

Das findet die Zustimmung der Sozialausschüsse einerseits und der Mittelstandsvereinigung andererseits. Es macht deutlich, dass wir Veränderungen wollen, damit für diejenigen, die Arbeit suchen, die keine Arbeit haben, die Mauern, die man um Arbeitsplätze herum errichtet hat, überwindlicher werden, damit wir Menschen, die arbeitslos sind, die Chance geben, Arbeit zu finden und nicht in unserer reglementierten, bürokratisierten und zubetonierten Arbeitsmarktsituation chancenlos zu bleiben.

(Beifall)

Es geht um die Neuabgrenzung des Verhältnisses von Schutz und Chance. Manche Schutzbestimmung hat sich inzwischen als unüberwindlich für diejenigen herausgestellt, die ohne

Arbeit sind. Denen wollen wir neue und zusätzliche Chancen eröffnen. Dies ist ein wirksamer Ansatz, um Überstunden und Schwarzarbeit zu bekämpfen. Wir machen Mittelständlern, Selbstständigen und Handwerkern Mut, neues und zusätzliches Personal einzustellen, ohne fürchten zu müssen, dass sie durch das Kündigungsschutzrecht in extensiver Auslegung in große finanzielle Probleme gestürzt werden.

Wir meinen, dass dieser Vorschlag viele Konflikte löst. Falls es eine weitere Debatte gibt, könnten wir noch die Begründung ergänzen, warum wir zu diesem Kompromiss gekommen sind. Das ist eine Frage, die uns seit über einem Jahr beschäftigt und zu der die verschiedenen Kommissionen inzwischen unterschiedliche Beschlussfassungen herbeigeführt haben.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Wulff. – Als Nächste Hildegard Müller.

Hildegard Müller: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade weil das, was Christian Wulff soeben betont hat, so richtig ist, nämlich flexiblere Möglichkeiten und Chancen zu schaffen, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, ist es wichtig, dass wir das Recht auf Wahlmöglichkeit nicht nur auf ältere Arbeitnehmer beschränken. Geben Sie doch der jungen Generation ebenfalls das Wahlrecht, sich ganz bewusst für die Möglichkeit, im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen Abfindungsregeln zu vereinbaren, zu entscheiden oder sich dagegen zu entscheiden! Was spricht denn dagegen, für eine junge Generation, die leistungsbereit und flexibel ist und die vielleicht die Möglichkeit sieht, über eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes einen Arbeitsplatz zu finden und sich entsprechend zu positionieren, ein solches Wahlrecht zu verankern? Deshalb mein Appell, den Kompromiss nicht so zu machen, sondern in dieser Frage auf die junge Generation einzugehen!

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hildegard Müller. – Als Nächstes Herr Dr. Bäumlner vom Landesverband Baden-Württemberg.

Dr. Christian Bäumlner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! 1998 ist es der CDU gelungen, von ihren Erfolgen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzulenken. Damals ging es um das Thema „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“. Dies war kein Thema mit großen Auswirkungen, aber ein Thema mit einem gewaltigen Symbolwert. Im nächsten Jahr, im Jahr der Bundestagswahl, könnte es um das Thema „Optionsrecht im Kündigungsschutz“ gehen.

Wenn ich mit Arbeitnehmern über dieses Optionsmodell spreche, dann sehe ich in den Augen der Betroffenen Angst und Entsetzen. Wenn ich mit Arbeitgebern darüber spreche, sehe ich nicht viel Begeisterung, dafür manches Unverständnis. Der Gedanke, dass man ein Arbeitsverhältnis damit beginnt, dass man über die Folgen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses feilscht, finde ich etwas seltsam.

(Beifall)

Ich möchte einmal einen Handwerksmeister sehen, der einem Arbeitslosen eine Chance gibt und ihm gleichzeitig verspricht: Wenn das Arbeitsverhältnis beendet wird, wenn der Arbeitslose keine Lust mehr hat, dann bekommt er auch noch Geld. Diese Logik verstehe ich nicht.

(Beifall)

Ich bin der Auffassung: Wenn wir mehr Beschäftigung schaffen wollen, dann müssen wir die Modernisierung und die Flexibilisierung der Zeitarbeit bzw. der befristeten Arbeitsverhältnisse angehen. Aber wenn wir in der CDU es schaffen wollen, den Arbeitnehmern den Boden unter den Füßen wegzunehmen, dann sollten wir den Kündigungsschutz angreifen. Ich bin der Auffassung: Wir dürfen nicht zu weit gehen. Wir müssen es schaffen, diesen Kündigungsschutz zu erhalten und ihn gleichzeitig durch Begleitregelungen zu modernisieren.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Bäumler. – Als Nächster Peter Jungen.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie dringend bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Frau Müller, zu Ihrem Hinweis auf die älteren Arbeitnehmer. Dabei geht ja eigentlich nur um das „vor allem“ vor den Wörtern „ältere Langezeitarbeitslose“. Ich würde mich über die Wörter „vor allem“ nicht weiter streiten wollen.

Das Entscheidende ist, dass wir hier einen Ansatz finden. Meine Damen und Herren, alle, aber auch alle Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und im weiteren Ausland, die OECD, der IWF und die EU-Kommission – man kann diese Liste beliebig fortsetzen – bestätigen uns zum einen: dass wir den starrsten Arbeitsmarkt von allen Industrieländern haben.

Sie weisen zum anderen zu Recht darauf hin, dass unsere Beschäftigungsprobleme hausgemacht sind. Wir können nicht die anderen dafür verantwortlich machen, dass wir von Konjunkturphase zu Konjunkturphase einen immer höheren Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit haben. Wenn wir an diese Dinge nicht herangehen, dann nehmen wir immer mehr Menschen in diesem Land die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden. Wir müssen Einstellungshindernisse beseitigen. Es hat keinen Zweck, die Unternehmer zu loben, wenn sie jemanden einstellen, sie aber zu beschimpfen, wenn sie jemanden freistellen, wenn sie keine Aufträge mehr haben. Wenn das geschieht, dann werden viele Unternehmer bei der Neueinstellung zurückhaltender sein. Meine Damen und Herren, das liegt völlig im Gegensatz zu den Interessen derjenigen, die eine Beschäftigung suchen, und derjenigen, die arbeitslos sind.

Meine Damen und Herren, wir müssen diesen ersten Schritt – ich kann darin nur einen ersten Schritt sehen – machen, um den Arbeitsmarkt schrittweise wieder zu einem tatsächlichen Markt werden zu lassen. Wer sich gegen jede Änderung der auf dem Arbeitsmarkt bestehenden Regelungen sperrt, der nimmt in Kauf, dass am Ende immer weniger Menschen beschäftigt werden. Ich finde, das ist eine unsozialere Haltung, als man dies manchmal den Arbeitgebern vorwirft.

Ich meine, wer gerade an diejenigen denkt, die Arbeit suchen, die nicht drin sind, der vor allem denkt sozial. Lassen Sie uns in diesem Sinne einen Schritt in dem gemeinsamen

Empfinden tun, dass es im Interesse der Arbeitssuchenden und der Arbeitslosen ist, eine solche Maßnahme zu ergreifen.

Danke schön.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. – Als Nächster spricht Gerald Weiß.

Gerald Weiß: Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nur noch einmal zum Mikrophon gegangen, um auf Frau Müller zu antworten. Wenn wir nicht wollen, dass der Kündigungsschutz – das ist eines der sozialen Schutzrechte mit der höchsten Einschätzung und Bewertung durch die Arbeitnehmerschaft, und da kann man nicht experimentieren – aufgelöst oder abgebaut oder in seiner Substanz gefährdet werden soll, dann müssen wir diesen Versuch, den wir jetzt in einer gemeinsamen Anstrengung unternehmen wollen, um partiell mehr Beschäftigung zu schaffen, mit den richtigen Beschränkungen und Kriterien versehen.

Deshalb melde ich auch für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Einverständnis mit diesem Kompromissvorschlag an, wenn wir uns in dem Vorschlag unter anderem auf die einschränkende Bedingung konzentrieren, dass es um die lebensälteren Langzeitarbeitslosen geht. Das ist der entscheidende Aspekt. Stellen Sie sich vor, Frau Müller – und da geht es doch eigentlich um die Leute, die Sie vertreten sollen: Ein junger Mensch geht zum Einstellungsgespräch und bekommt – so wird es sich in der Breite doch durchsetzen – einen Formularvertrag vorgelegt, und darin steht ein Passus mit einem Wahlrecht, obwohl er gar nicht mehr wählen kann. Wer wird sich denn als Stellensuchender widersetzen, wenn in einem Vertragsentwurf steht: Verzicht auf Kündigungsklage, dafür aber Abfindungsregelung?

Wir wollen nicht in der Breite diesen Zwang zu einer Wahl, die am Ende nicht mehr die Qualität einer Wahl hat. Wir wollen nicht, dass der Kündigungsschutz ausgehebelt wird, sondern wir wollen in einem ganz problematischen Bereich des Arbeitsmarktes, bei den Lebensälteren und bei den Langzeitarbeitslosen, eine Einstellungsbarriere, sollte sie denn bestehen, wegräumen. Das muss das Ziel sein. Dann machen wir diesen Kompromiss mit. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gerald Weiß.

Als Nächster hat Reinhard Göhner das Wort.

Dr. Reinhard Göhner: Liebe Freunde! Zwischen den Vorstellungen von Hildegard Müller – nicht nur für ältere Arbeitnehmer Optionslösungen schaffen, sondern für alle – und dem, was zum Beispiel Herr Bäumler gesagt hat – im Kündigungsschutzrecht gar nichts ändern, bietet, so finde ich, der Vorschlag, den Christian Wulff hier vorgetragen hat, einen vernünftigen und ausgewogenen Kompromiss, der an der wichtigsten Problemstelle ansetzt, die wir in der Tat im überregulierten Arbeitsmarkt haben.

Warum, meine Damen und Herren, ist es gerade in Deutschland so, dass wir die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitnehmern haben? Ein wesentlicher Grund liegt

darin, dass wir in gut gemeinten Schutzvorschriften die Einstellungshürden bei dieser Zielgruppe zu hoch gezogen haben.

Der jetzige Antrag gibt eigentlich fünf Antworten gegen die Überregulierung des Arbeitsmarktes, aber sozial ausgewogen: erstens mit einer zusätzlichen Vereinbarungsmöglichkeit, dieser Optionslösung, für ältere Arbeitnehmer. Und jetzt soll bitte keiner so tun, als ob das etwas völlig Neues wäre. Tatsache ist, dass ohnehin über 80 Prozent aller Kündigungsschutzprozesse – bei älteren Arbeitnehmern liegt der Prozentsatz nach aller praktischen Erfahrung noch höher – mit einer solchen Vereinbarung enden. Warum soll dann nicht schon bei einer Neueinstellung eine solche Option für ältere Arbeitnehmer eröffnet werden?

(Beifall)

Zweitens: In diesen Leitantrag ist – offenbar in allen Wortmeldungen unstrittig – die Möglichkeit aufgenommen worden, dass ältere Arbeitnehmer unbeschränkt befristete Beschäftigungsverhältnisse eingehen. Ich darf einmal darauf hinweisen, dass dies der noch weitergehende Vorschlag ist als die Optionslösung mit ihrer Möglichkeit, dass ältere Arbeitnehmer bei Neueinstellung gegen Abfindung auf Kündigungsschutz verzichten.

Drittens: Wir sagen in dem Vorschlag von Christian Wulff zusätzlich etwas Wichtiges und etwas Neues: Transparenz schaffen im Kündigungsschutzrecht. Das größte Problem, die eigentliche Einstellungshürde, das Beschäftigungshindernis des überreglementierten Arbeitsmarktes ist nämlich seine mangelnde Verständlichkeit, eine Überreglementierung, die der Mittelständler genauso wenig wie der Arbeitnehmer überhaupt durchblickt. Regelungssysteme, die so unverständlich sind, dass die Beteiligten sie nicht verstehen können, haben eine abschreckende Wirkung.

Deshalb ist der Vorschlag, die alte blümsche Regelung wieder aufzunehmen, die unter Norbert Blüm im Gesetz stand, dass zum Beispiel dann, wenn im Betrieb eine Sozialauswahl mit dem Betriebsrat vereinbart ist, also die Zustimmung des Betriebsrates gefunden hat, diese Vereinbarung verbindlich ist und vom Arbeitsgericht nicht infrage gestellt werden kann, ein Beitrag zur Transparenz. Deshalb ist das in den Vorschlag von Christian Wulff ausdrücklich aufgenommen worden.

Schließlich zum letzten Element, das wir in dieser Ziffer aufgeführt haben, zur Zeitarbeit. Dazu haben wir als Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag schon einen Gesetzentwurf eingebracht. Wir greifen hier konkret den Punkt auf, eine Erweiterung der Verleihdauer auf 36 Monate zu ermöglichen. Damit haben unsere europäischen Nachbarländer, etwa die Niederlande, prima Erfahrungen gemacht. Dort ist der Anteil der Zeitarbeit mehr als doppelt so hoch als in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich denke, diese Möglichkeiten der Flexibilisierung im Arbeitsrecht, der Erschließung von Flexibilisierungsreserven, sind vernünftig, und der Kompromissvorschlag, den Christian Wulff vorgelegt hat, beseitigt das Missverständnis, hier würde der gänzlichen Abschaffung des Kündigungsschutzrechtes das Wort geredet. Diese Zielgruppe hat bisher die größten Zugangshindernisse und hat die schlechtesten Möglichkeiten, auf dem ersten Arbeitsmarkt einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Lasst uns für diese Gruppe mit der Ausweitung von befristeten Ar-

beitsverhältnissen und mit der Möglichkeit einer zusätzlichen Option – nicht mehr, aber auch nicht weniger – erleichterte Möglichkeiten finden!

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reinhard Göhner. – Als nächster hat Norbert Blüm das Wort.

Dr. Norbert Blüm (mit Beifall begrüßt): Meine lieben Freunde! Eigentlich wollte ich hier gar nicht reden; ich wollte hier nur ganz friedlich sitzen. Aber wenn's ans Eingemachte geht, bleibt der Norbert Blüm nicht auf dem Stuhl sitzen.

(Beifall)

Das hier ist keine theoretische Seminarveranstaltung. Also ganz praktisch: Wenn Sie ein Wahlrecht zwischen Abfindung und Kündigungsschutz einführen, dann können Sie den Kündigungsschutz auch abschaffen.

(Zustimmung)

Bei vier Millionen Arbeitslosen will ich einmal den Arbeitslosen, der arbeiten will, sehen, der, vor die Wahl gestellt „Abfindung, dann wirst du eingestellt, oder du bestehst auf Kündigungsschutz und bleibst draußen“, für Kündigungsschutz votiert. Eine solche Option heißt Abschaffung des Kündigungsschutzes, und wer das will, soll es laut sagen und nicht diese Umwege gehen. – Das war der erste Punkt.

Zweitens. Als Praktiker, der ich bin, kenne ich auch die Cleveren. Damit kannst du ein Geschäft machen! Du entscheidest dich für Abfindung, provozierst deine Entlassung, hast Geld und kassierst weiter Arbeitslosengeld.

Dritter Punkt: Wir haben, falls das übersehen wurde, die Abfindung auf das Arbeitslosengeld anrechnungsfähig gemacht. Sie wird also aufs Arbeitslosengeld angerechnet – sehr umstritten, aber sehr richtig; denn sonst bekäme einer Arbeitslosengeld und Abfindung. Der hat dann mehr, als würde er im Betrieb bleiben. Wenn er Arbeitslosengeld und Abfindung bekommt, hat er ein großes Geschäft gemacht; dann hat er mehr Geld als der, der drin geblieben ist.

Also, liebe Freunde von der CDU, theoretisch ist das alles sehr schön, aber ich bin kein Blaupausenpolitiker. Es geht um die Praxis. Wer den Kündigungsschutz erhalten will, der soll hier nicht ein faules Optionsrecht einführen.

(Zustimmung)

Im Übrigen, nur damit die Blüenträume nicht übertrieben werden: Wir haben vor der Bundestagswahl den Kündigungsschutz bei den Kleinbetrieben sehr zurückhaltend eingeschränkt. Ich entsinne mich nicht vom Hörensagen, sondern ich war dabei:

Im Bündnis für Arbeit ist gesagt worden: Wenn ihr das macht, dann werden 300 000 Arbeitnehmer im Mittelstand eingestellt. Auf diese 300 000 warte ich bis zum heutigen Tag.

(Beifall)

Ich bin ja kein Betonkopf, aber ich stelle fest: Befristete Arbeitsverträge für ältere Arbeitnehmer bieten, wenn es großzügig gehandhabt wird, überhaupt keinen Kündigungsschutz; denn Befristung heißt, dass das Arbeitsverhältnis ausläuft, und zwar ohne jeden Kündigungsschutz.

Lasst die Kirche im Dorf und lasst den Kündigungsschutz nicht durch ein Optionsrecht so untermenieren, dass er überhaupt nicht mehr existiert. – So, das war es.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Norbert Blüm. – Jetzt hat das Wort Christian Wulff.

Christian Wulff, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Die Bundesparteitage von SPD und Grünen haben in den letzten Tagen stattgefunden. Die Bevölkerung in Deutschland hat mehr als nur das Gefühl vermittelt bekommen, dass man ohnmächtig wahrnimmt, dass Deutschland ein Beschäftigungsproblem hat. Kein Land dieser Erde braucht mehr Wirtschaftswachstum, um einen zusätzlichen neuen Arbeitsplatz zu schaffen, als Deutschland. Wenn in den USA oder anderswo die Wirtschaft um ein Prozent wächst, dann steigt auch die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse. Wenn in Deutschland die Wirtschaft wie im vergangenen Jahr um über zwei Prozent wächst – damals gab es ja noch Wachstum –, ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – nach Stunden gemessen – laut Jahreswirtschaftsgutachten zurückgegangen. Das heißt, in Deutschland gibt es ein Riesenproblem, Wachstum in zusätzliche Beschäftigung umzusetzen, den Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz zu zugeben, damit sie mit eigener Arbeit ein Erwerbseinkommen erzielen können. Es muss das Hauptziel der Union sein, den Menschen die Chance zu geben, dass sie mit eigener Arbeit ihr Leben in Würde gestalten können.

(Beifall)

Liebe Freunde, am Mittwoch wird Herr Jagoda wieder die neusten Zahlen der Arbeitslosenstatistik bekannt geben. Es wird mit einem weiteren Anstieg der saisonbereinigten Zahl der Arbeitslosen in Deutschland gerechnet. Die fünf Wirtschaftsweisen haben uns vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Moment – jenseits der stillen Reserve – bei 5,5 Millionen Menschen liegt, weil nämlich über eine Million Menschen eingerechnet werden müssen, die in ABM sind, die im zweiten Arbeitsmarkt sind oder die aus der Statistik herausgerechnet sind. Wenn man diese einrechnet, dann gibt es in Deutschland über fünf Millionen Arbeitslose.

Diese Menschen haben nur dann eine Chance, Arbeit zu bekommen, wenn der Mittelstand einstellt. Wenn überhaupt jemand in Deutschland Arbeitsplätze schafft, vorhält und ausbildet, dann ist es der Mittelstand. Dort muss man die Probleme auch erkennen. Sonst geht man an den Problemen der Menschen vorbei.

(Beifall)

Wenn in den Unternehmen jetzt wieder mehr Überstunden gemacht werden, dann ist das doch ein Indiz, dass man lieber Überstunden machen lässt, als neue Arbeitnehmer einzustellen.

len. Wenn die Unternehmen lieber junge Menschen aus dem Ausland als alte oder ältere Arbeitnehmer aus Deutschland einstellen, dann ist das doch ein Indiz für die Verkrustung unseres Arbeitsmarktes. Wenn jemand mit 53 Jahren eingestellt wird, dann ist er mit 55 Jahren tarifvertraglich unkündbar. Deswegen werden doch so wenige 53-Jährige in Deutschland wieder eingestellt, wenn sie arbeitslos geworden sind. Um die müssen wir uns kümmern.

(Beifall)

Wir führen eine ziemlich abgehobene Debatte. Wir freuen uns zwar, dass die Menschen 90, 95 oder sogar 100 Jahr alt werden. Aber wenn einer mit 46 Jahren arbeitslos wird, dann wird er als älterer, schwer vermittelbarer Arbeitsloser in den Statistiken geführt. Das ist die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft. Deswegen müssen wir die Verkrustungen des Arbeitsmarktes lösen.

(Beifall)

Es gab die Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“. Unter Angela Merkel gab es die Kommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“. Im Bundesvorstand der CDU Deutschlands wurde am 15. Januar in Mainz mit 50 zu 1 Stimmen das Optionsrecht beschlossen, weil wir wissen: Nur so lässt sich Beschäftigung organisieren.

Wenn wir seitens der Antragskommission vorschlagen – um das Verhetzungspotenzial nicht bei denjenigen zu groß werden zu lassen, die gar nichts ändern wollen –, bei den älteren Langzeitarbeitslosen zu beginnen, dann spricht eine ganze Menge dafür; denn ein jüngerer Mensch macht sich nicht so viele Gedanken, dass er einmal arbeitslos werden könnte, wie jemand, der das Schicksal der Arbeitslosigkeit schon einmal erlebt hat und wieder eingestellt werden möchte. Daher sollte man bei den älteren Arbeitnehmern beginnen, weil wir damit als Volkspartei deutlich machen: Wir wollen den Kündigungsschutz. Aber wir wollen auch Chancen für diejenigen, die Nachteile auf dem Arbeitsmarkt haben, die es schwer haben, weil sie eine gewisse Zeit arbeitslos waren. Diese sollen zwischen der Kündigungsschutzklage und der Abfindung wählen können, die nach einem gesetzlichen Mindeststandard festgelegt sein soll.

Was bedeutet das in der Praxis – Herr Blüm hat ja gesagt: Schaut euch die Praxis an -? In der Praxis sieht es wie folgt aus: Wenn ein Mittelständler einem Arbeitnehmer kündigt, durch alle Instanzen prozessieren muss und erst nach acht, neun oder zehn Monaten entschieden wird, dass die Kündigung rechtswidrig war, dann muss er dem Arbeitnehmer nachträglich Lohn zahlen, obwohl die entsprechende Arbeitsleistung nicht mehr nachgeholt werden kann. Vor diesem Risiko scheut sich zwar nicht das Großunternehmen. Aber der Handwerker scheut sich sehr wohl vor einem solchen Kostenrisiko, weil es die gesamte Existenz seines Handwerksbetriebs gefährden kann.

(Beifall)

Der zweite Satz, den ich für die Antragskommission vorgetragen habe, lieber Norbert Blüm, ist ja eine alte blümsche Position. Wenn in einem atmenden Arbeitsmarkt gekündigt werden muss, dann soll die Vereinbarung mit dem Betriebsrat verbindlich sein. Das hat die neue Bundesregierung rückgängig gemacht. Die rot-grüne Bundesregierung hat dadurch er-

reicht, dass selbst bei guter Auftragslage im Zweifel nicht zusätzlich eingestellt wird, weil die Unternehmen sagen: Wir müssen die Mehrarbeit anders bewältigen bzw. wir müssen einen Auftrag sogar ablehnen, weil wir uns keine zusätzliche Beschäftigung leisten können, weil wir nicht wissen, ob wir den Beschäftigungsstand wieder reduzieren können, wenn die Lage schwieriger wird.

Die Volkswirtschaft braucht flexible Möglichkeiten, schnelle Entscheidungen und Handlungsspielräume. Ludwig Erhardt hat immer darauf hingewiesen. Das Wirtschaftswunder der 50er-Jahre wäre niemals mit der Bürokratisierung und Reglementierung unseres Arbeits- und Tarifrechts, wie es heute – auch aufgrund der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte – ausgestaltet ist, möglich gewesen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung, damit wir etwas Konkretes tun können. Wir setzen damit das Signal, dass wir über die Schlüssel für die Organisation von Beschäftigungswachstum in Deutschland verfügen.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank Christian Wulff. – Als Nächster hat das Wort Roland Koch.

Roland Koch: Lieber Christoph Böhr! Meine lieben Freunde! Zurück zu den Grundsätzen: Man kann entweder etwas ändern wollen oder man kann mit dem zufrieden sein, wie es ist. Aber man kann nicht alles erhalten wollen, wie es ist, und gleichzeitig behaupten, dass es sich um eine Änderung handle. Das ist nicht möglich. Wir als Volkspartei ringen und kämpfen darum, einen Weg zwischen den Interessen der Arbeitnehmerorganisationen auf der einen Seite und den der Unternehmen und der Verantwortlichen der Wirtschaft auf der anderen Seite zu finden, der wenigstens etwas bewegt. An der Stelle, lieber Norbert Blüm, muss ich einfach sagen: Das „Weiter so“ hat in der Vergangenheit nicht dazu geführt, dass die Arbeitslosenzahlen gesunken sind. Es spricht manches dafür, dass wir es einmal mit neuen Wegen versuchen, Veränderungen herbeizuführen.

(Beifall)

Radikal das System von heute auf morgen zu ändern macht zu viel Angst und bereitet zu viele Sorgen, die wir nicht wollen. Deshalb hat die Antragskommission klugerweise vorgeschlagen, das Optionsrecht auf die über 55-Jährigen zu beschränken. Darüber, ob das sinnvoll ist, kann man diskutieren. Ich sage nur: Lasst uns erst einmal die Ergebnisse abwarten. Es wird doch gerade in Zukunft nicht so sein, dass es nur bittstellende Arbeitnehmer und nur arbeitsplatzgewährende Arbeitgeber geben wird. Es wird – darüber wird in jeder Schule geredet – in den nächsten fünf, acht oder zehn Jahren oft bittstellende Arbeitgeber geben, die einen Arbeitnehmer suchen. Die Frage „Verdinge ich mich zu einem höheren Gehalt mit einer festen Abfindung oder nehme ich besser ein etwas niedrigeres Gehalt mit einer langfristigen Absicherung, weil die Kündigungsschutzfristen ein faires, neues Recht für Arbeitnehmer sind und die Möglichkeit bieten, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer freier miteinander umgehen, und zwar so wie sie es wollen, dass sie Vereinbarungen treffen, die sie für notwendig halten?“ wird in Zukunft auf vielen Märkten eine entscheidende Rolle spielen.

(Beifall)

Wenn wir das geltende Recht einfach festschreiben, dann nehmen wir letztendlich nicht zur Kenntnis, dass Unternehmen, die Niederlassungen in Deutschland hatten und die einmal einen Sozialplan aufstellen mussten, sofort entschieden haben, dass sie nie wieder eine Niederlassung in Deutschland errichten werden, weil es vergleichbare Kosten nirgendwo anders gibt. Wir können darüber nicht einfach hinwegsehen. Wir müssen denen auch einmal sagen können: Es kann sein, dass ihr dann, wenn ihr einen Betrieb in Deutschland übernehmt, höhere Fixkosten habt, als wenn ihr einen Betrieb in einem anderen europäischen Land übernehmt, weil Deutschland ein Sozialstaat ist. Aber dafür sind die Kosten berechenbar. Aber es kann nicht sein, dass ein Arbeitsgerichtspräsident zum Beispiel entscheidet, dass die Sozialauswahl von vier Mitarbeitern anders ausfallen müsse, wenn alle im Interesse der Fortführung des Betriebs dieser Auswahl zugestimmt haben, wenn Betriebsrat und Arbeitgeber einer Meinung sind.

Wir dürfen nicht nur anonymen Institutionen trauen, sondern wir müssen auch Arbeitnehmern trauen, dass sie ihre Rechte wahrnehmen können; wir müssen Betriebsräten zutrauen, dass sie die Rechte von Arbeitnehmern wahrnehmen können, und Unternehmern die Chance geben, das mit ihnen auszuhandeln. Wenn wir dazu den kleinen Schritt nicht gehen, über den wir gerade diskutieren, dann, liebe Freunde, haben wir Probleme, zu erklären, dass wir begriffen haben, dass sich viel ändern muss. Deshalb bitte ich Sie, dass Sie dem Antrag zustimmen, wie Christian Wulff ihn für die Antragskommission hier formuliert hat.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Koch. Als Nächster Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Ich habe mich für die Antragskommission noch einmal zu Wort gemeldet, weil ein paar Aussagen so nicht im Raum stehen bleiben können.

Der Kompromiss, den wir hier vorschlagen, bedeutet keine Abschaffung des Kündigungsschutzes in Deutschland. Das muss man zunächst einmal ganz deutlich sagen. Es geht darum, dass wir unsere Probleme auch in Bezug auf die Sozialversicherung nie und nimmer in den Griff bekommen werden, wenn wir nicht die Einstellung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder durchsetzen.

(Teilweise Beifall)

Was schlagen wir denn jetzt beim Optionsmodell vor? Wir schlagen vor, dass für diejenigen, die zum Beispiel durch eine Insolvenz ihres Arbeitgebers mit 55 Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen, eine Möglichkeit geschaffen werden muss, damit sie leichter eine Beschäftigung finden. Die heutige Alternative heißt in der Regel Frühpensionierung. Wir kommen bei einem späteren Punkt noch dazu: Wir können nicht 80 Jahre alt werden und ein Renteneintrittsalter von 59 Jahre in Deutschland finanzieren und so langsam zu einem uferlosen Vorruhestand kommen, den die Beschäftigten im Mittelstand bezahlen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

In diesem Antrag heißt es auch, dass für die CDU das unbefristete Arbeitsverhältnis der Regelfall sein soll. In diesem Antrag heißt es auch, dass das Leben der Arbeitnehmer planbar sein muss. Jeder von uns weiß, dass das auch mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu tun hat. Aber wenn wir dieses in der Regel behalten wollen, dann werden wir um ein paar Ausnahmen, wie um die Verlängerung der Möglichkeit befristeter Einstellungen und die Optionsmöglichkeit für die Älteren, die zurzeit fast keine Chance haben, wieder regulär in Arbeit zu kommen, nicht umhin kommen. Deswegen bitte ich Sie zuzustimmen.

Wir sollten uns in der Debatte wirklich davor hüten, zu sagen, es gehe hier um die Abschaffung des Kündigungsschutzes.

Ich sage ganz klar in Richtung von Herrn Jung: Das ist nicht der Anfang, sondern das ist nur ein Punkt und bei diesem Punkt bleibt es; denn für die Jüngeren wollen wir die Optionsmöglichkeiten nicht, weil es anschließend nur noch Optionsverträge gäbe und überhaupt keinen richtigen Kündigungsschutz mehr.

Deswegen ist dieser Antrag der Antragskommission von der Sache her richtig. Daher bitte ich um Zustimmung.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Karl-Josef Laumann. Als Nächster Peter Rauen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden viele soziale Herausforderungen in Deutschland nicht lösen können, wenn es so weitergeht, dass über 50-Jährige bereits zum alten Eisen gezählt werden. Ich kann da anfangen, wo Karl-Josef Laumann aufgehört hat. Ich bitte Sie, dass Sie den älteren Arbeitnehmern eine Chance geben, wieder eingestellt zu werden.

Norbert Blüm hat bei der Einführung der befristeten Arbeitsverhältnisse einmal gesagt: „Lieber befristet in Arbeit als unbefristet arbeitslos.“ Ich sage: Bevor die Betriebe Angst haben, einen älteren Arbeitnehmer einzustellen, weil sie bei unsicherer Auftragslage die Besorgnis haben, dass der Kündigungsschutz zu stark greift, ist es besser, es wird eine Option geschaffen, dass man Einstellungen und den Verzicht auf Kündigungsschutzrechte unter Vereinbarung einer Abfindung verabreden kann. Das ist im Sinne der Arbeitnehmer. Ich habe die herzliche Bitte, dass wir dem zustimmen. Denn wir können nicht nur davon reden, dass die neue Regierung auf dem Arbeitsmarkt scheitert, weil sie rereguliert und neu reguliert hat, sondern wir müssen an wichtigen Punkten auch zeigen, dass wir über 50-Jährigen eine Chance geben wollen.

Wenn wir dem Kompromissvorschlag zustimmen und auch wieder einführen, was unter Norbert Blüm selbstverständlich war, nämlich dass dann, wenn der Betriebsrat eine Auswahl getroffen hat, diese auch verbindlich ist, dann können wir komplett dem folgen, was Christian Wulff vorgeschlagen hat, und dann haben wir eine Regelung, mit der wir gemeinsam leben können. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Rauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Antrag der Antragskommission, der hier mehrfach erläutert und begründet wurde, zuletzt noch einmal von Peter Rauen. Ich lasse über diesen Antrag der Antragskommission abstimmen. Er muss nicht noch einmal vorgetragen werden; Christian Wulff hat ihn ganz zu Beginn der Debatte vorgestellt.

Wer diesem Antrag der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag der Antragskommission ist bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Dann können wir im Übrigen über § 5 des Antrags des Bundesvorstandes gemäß Antrag der Antragskommission beschließen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich denke, es war gut, diese Debatte eben ausführlich zu führen. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir noch 15 Wortmeldungen zu einzelnen Anträgen haben, über die heute Abend noch abgestimmt werden muss. Wir sollten zügig arbeiten; denn die Sachsen-CDU hat es verdient, dass wir heute Abend einen schönen Sachsen-Abend miteinander feiern.

(Beifall)

Wir kommen zum § 6 des Antrags des Bundesvorstandes. Wir kommen zu den Ziffern 38 bis 40. Fundstellen sind die Seiten 171 bis 190. Ich habe drei Wortmeldungen von Josef Holtvogt, Hermann-Josef Arentz und Astrid Vockert. Ich bitte, jeweils in aller Kürze den konkreten Antrag zu begründen, damit die Antragskommission ihr Votum abgeben kann.

Josef Holtvogt, Cloppenburg: Liebe Parteifreunde, es geht um die Einführung des Familiengeldes. Zunächst ganz kurz zu meiner Person – das soll keine Vorstellungsrede sein; Sie sollen nur wissen, warum ich hier stehe -: Ich bin 38 Jahre alt. Wir haben drei Kinder. Sie sind acht, zwölf und 14 Jahre alt. Wir haben uns für diese Kinder entschieden, sie als Geschenke angenommen und freuen uns über sie. Wir haben auch gemeinsam entschieden, dass meine Frau zu Hause bleibt, weil wir der Meinung sind, die Mama sollte es machen. Sie hat ihren Beruf aufgegeben und bleibt zu Hause bei den Kindern.

Es sieht dann zu Hause so aus, dass wir uns mit Fünfen mein Gehalt teilen. Damit geben wir uns zufrieden. Ich habe, weil die Mama jetzt zu Hause ist, auch Zeit, mich politisch zu engagieren. Ich mache das seit zehn Jahren und kämpfe für die Familienpolitik.

Wir hatten Formulierungen wie „Familie als Kern der Gesellschaft“ und „Familie als Fundament der Gesellschaft“. In unserem Antrag nennen wir es „Rückgrat der Gesellschaft“. Wir hatten Formulierungen wie „vom Familienlastenausgleich zum Familienleistungsausgleich“.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was wir erreicht haben – das ist nämlich gar nicht so wenig -: Wir haben mit 50 DM Kindergeld angefangen. Diese haben wir natürlich in eine Ausbildungsversicherung zahlen müssen; so wurde es uns gesagt. Aber inzwischen haben wir 300 DM Kindergeld und 600 DM Erziehungsgeld. Das sind, wenn ich richtig rechnen kann, 900 DM.

Jetzt haben wir den Antrag vorliegen, dass wir endlich zu dem guten, 1999 von uns verabschiedeten Familiengeld kommen wollen. Dazu kann ich uns allen nur gratulieren. Das war ein ganz wichtiger Schritt. Wir wollen zum Familiengeld kommen. Ich bin mir sicher, Ministerpräsident Stoiber wird morgen sagen, er ist für 1 000 DM, und das muss jetzt umgesetzt werden.

Im Antrag des Bundesvorstandes heißt es, das Familiengeld solle „schnellstmöglich“ umgesetzt werden. In unserem Antrag fordern wir, dass es in der nächsten Legislaturperiode kommen soll. Ich gehe davon aus, dass die Legislaturperiode vier Jahre umfasst und dass wir ab 2002 regieren werden. Wir müssen doch als CDU so viel Mut haben, dass wir uns unter Druck setzen und das, was wir 1999 gesagt haben, wenn wir dann ab 2002 regieren, in den nächsten vier Jahren umsetzen.

Deshalb meine ich, die Formulierung des Bundesvorstandes muss geändert werden; es darf nicht mehr „schnellstmöglich“ heißen. Bei der SPD heißt es immer „irgendwann“ oder „demnächst“. Nein, die CDU ist die Partei der Familienpolitik. Nehmen Sie den CDA-Antrag an! Dann bekommen die Familien in den nächsten vier Jahren das Familiengeld. Darum bitte ich Sie ganz herzlich, damit ich und andere nicht zehn Jahre lang umsonst gekämpft haben. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Jetzt Hermann-Josef Arentz.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich unterstreiche voll und ganz, was der Vorredner gesagt hat. Wir haben in der Tat in Deutschland nach wie vor die größte materielle Benachteiligung bei den Menschen mit Kindern. Es gibt nichts, was so ziel-sicher in die Sozialhilfe hineinführt, wie eine Familie mit mehreren Kindern zu haben. Es gibt 1,1 Millionen Kinder in der Sozialhilfe.

Das Programm der CDU, das wir dazu erarbeitet haben, ist Klasse. Aber es nutzt den Menschen nichts – es hilft uns auch nicht nächstes Jahr im Wahlkampf –, wenn wir mit einer vagen Formulierung wie „schnellstmöglich“ ankommen; denn die Menschen sind skeptisch, was das denn konkret bedeutet.

(Beifall)

Schnellstmöglich kann in vier, in fünf oder in zehn Jahren bedeuten. Deswegen bitten wir darum, dass ein präziser Zeitpunkt festgelegt wird. Wir glauben, dass der präziseste und beste Zeitpunkt die nächste Legislaturperiode wäre; denn wir wollen ja auch für die nächsten vier Jahre der Legislaturperiode das Votum der Wähler haben. Deswegen spricht vieles dafür, zu sagen: in den nächsten vier Jahren. – Danke schön.

(Beifall)

Für die Antragskommission nun Frau Professor Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Antragskommission: Ich freue mich, dass der Gedanke des Familiengeldes hier solche Resonanz findet. In der Tat: Wir müssen in der Familienpolitik das, was wir jahrelang mit gutem Wissen getan haben, weiter voranbringen. Deshalb haben wir gesagt,

dass wir die Weiterentwicklung des Kindergeldes und des Erziehungsgeldes hin zu einem Familiengeld haben wollen.

Aber ich stimme auch darin überein, dass wir nicht nur sagen können, dass wir das Familiengeld einmal einführen wollen. Wir haben deswegen in diesem Antrag ganz konkret aufgenommen, dass wir im Jahre 2003 mit einem Familiengeld in Höhe von 1.200 DM beginnen wollen. Das ist ein klares Wort, mit dem wir den Wählerinnen und Wählern gegenüber treten können. Wir sagen nämlich: Wenn wir die Möglichkeit haben – wir werden sie haben, weil wir dafür kämpfen –, dann werden wir im Jahre 2003 1.200 DM Familiengeld für alle Kinder unter drei Jahren einführen.

Die Frage ist nun, wie das Familiengeld für die Kinder bis zum 18. Lebensjahr weiter aufgebaut wird. In diesem Fall wollen wir 600 DM und darüber hinaus 300 DM erreichen. Das ist schon eine ganz erhebliche Summe, die unter dem Strich herauskommt. Das Gesamtvolumen für das, was wir für die Familien in Deutschland zusätzlich leisten wollen, beträgt 50 Milliarden DM. Das macht man nicht einfach mit lockerer Hand. Es bedarf schon einer ganz genauen Planung, dass eine solche große familienpolitische Leistung auch wirklich glaubwürdig – das heißt: finanzierbar – ist.

Wir haben in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deshalb sehr intensiv beraten und haben uns nicht nur zwischen Familienpolitikern und Sozialpolitikern verständigt, sondern wir haben uns auch in großer Intensität mit unseren Finanzpolitikern und Haushaltspolitikern beraten. Wir haben ein entsprechendes Konzept vorgelegt. Wir wollen nicht irgendwie oder irgendwann, sondern wir wollen in fünf Schritten vorgehen. Hermann-Josef Arentz sprach von einem überschaubaren Zeitraum. Das heißt übersetzt, dass wir dieses Ziel in fünf Jahren erreichen wollen. Nach dem Beginn mit einem Familiengeld von 1 200 DM ab 2003 wollen wir nach fünf Jahren bei der vollen Höhe des Familiengeldes angekommen sein.

Uns trennt ein Unterschied von einem Jahr. Ich möchte ungern über ein Jahr streiten. Ich bitte daher alle herzlich, zu bedenken: Wer 50 Milliarden DM finanzieren muss, der muss draußen im Lande glaubwürdig sagen können, wie dies geschehen soll. Wir haben das Konzept vorliegen. Mein Vorschlag vonseiten der Antragskommission ist, dass wir die fünf Stufen in fünf Jahren durchführen und damit allen Bürgerinnen und Bürgern sagen können, dass wir das Familiengeld so aufbauen wollen, dass es in fünf Jahren voll wirksam ist. Wenn wir so vor die Wähler treten, dann vermitteln wir nicht nur die gute Botschaft, dass das Familiengeld kommen wird, dann vermitteln wir auch die gute Botschaft, dass die CDU die Partei ist, die mit der Familienpolitik und mit einer glaubwürdigen Finanzierung dieser Familienpolitik Ernst macht. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir sagen: In fünf Jahren sind wir so weit. Das ist mein Vorschlag für die Antragskommission.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Böhmer. Sie hat einen Vorschlag für die Antragskommission unterbreitet, den ich für den Antrag A 525 zur Abstimmung stellen möchte. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist das Votum angenommen.

Jetzt gebe ich das Wort Frau Astrid Vockert. Sie spricht für die Anträge A 549 und A 566.

Astrid Vockert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hat hier in Sachsen mit seiner CDU ein Kindertagesstättengesetz verabschiedet, welches seinesgleichen sucht. Er hat nämlich zukunftsorientiert darüber nachgedacht, wie man im Bereich der Kindertagesstätten nicht nur von Betreuung, sondern eben auch von Erziehung und Bildung sprechen kann. Ich bin der Meinung: Wenn wir gerade für diesen Bereich für unsere Kinder in den Kindergärten zukunftsorientiert Politik machen und gestalten wollen, dann müssen wir gerade diesen Aspekt, der hier in Sachsen berücksichtigt wird, bundesweit aufnehmen.

Das heißt, wir dürfen nicht nur von einem vielfältigen Bedarf an Angeboten zur Betreuung reden, wie es in den Antragsunterlagen der Fall ist, sondern wir müssen davon reden, dass wir vielfältige Angebote zur Betreuung, zur Bildung und zur Erziehung für unsere Kinder in Deutschland brauchen. Deswegen bitte ich um Unterstützung und Zustimmung des Antrages 566.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Danke schön. Gibt es noch eine Wortmeldung der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission bezüglich des Antrages A 549 ab. Wer dem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Es gibt einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Damit ist A 549 in der Fassung der Antragskommission bestätigt.

Wer dem Votum der Antragskommission bezüglich des Antrages A 566 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Es gibt wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen.

Jetzt stimmen wir über die verbleibenden Anträge zu § 6 ab. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist § 6 bestätigt.

Ich darf zwischendurch Michael Glos, den Landesgruppenchef der CSU im Bundestag und den ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Sie sehen, dass wir bis tief in die Nacht arbeiten.

Wir kommen zum § 7. Auch dazu gibt es einige Wortmeldungen. Es betrifft die Ziffern 41 bis 44. Die Fundstellen sind die Seiten 190 bis 214 im Antragsbuch und die Sammlung der Initiativanträge. Ich darf darum bitten, dass zunächst Thomas Lunacek zu dem Antrag A 604 spricht. Ebenfalls zu diesem Antrag wird Katherina Reiche sprechen.

Thomas Lunacek: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die

CDU Brandenburgs hat den Antrag gestellt, zu diesem Paragraph „Bildung schafft Chancen“ einen weiteren Satz einzufügen, der lautet:

Insbesondere ist es notwendig, dass ein tiefgründiges Wissen über die beiden deutschen Diktaturen im letzten Jahrhundert im Geschichtsunterricht vermittelt wird.

Die Antragskommission hat diesen Antrag aus systematischen Gründen abgelehnt. Wir haben allerdings diesen Antrag gestellt, weil es in der Vermittlung des Wissens über die deutschen Diktaturen insbesondere in den neuen Ländern ein großes Defizit gibt.

(Vereinzelter Beifall)

Wir alle haben gehofft, dass die politisch Verantwortlichen für die DDR von der politischen Bühne verschwinden. Wir alle haben gehofft, dass die PDS, die für dieses System die politische Verantwortung trug, von der politischen Bühne verschwindet. Diese Partei hat sich lediglich umbenannt – weiter nichts. Wir haben aber jetzt feststellen müssen, dass das Gegenteil der Fall ist. Diese Partei wird in aller Regel in den neuen Ländern von Wahl zu Wahl stärker. Ich bin der Auffassung, dass wir dem etwas entgegensetzen müssen. Wir müssen nämlich feststellen, dass insbesondere junge Menschen überproportional diese Partei wählen. Was hilft mehr dagegen als das Wissen darüber, was wirklich geschah?

Es gibt nämlich inzwischen einen Prozess der Glorifizierung oder der Verharmlosung dieser Diktatur.

(Beifall)

Man heimelt sich ein, es wird verharmlost und verklärt. Und das, was wirklich geschah, die Menschenrechtsverletzungen, die Verbrechen, die fehlende Meinungsfreiheit, wird immer weniger vermittelt, übrigens auch und gerade im Unterricht an den Schulen; denn wir wissen, dass ein großer Teil der Lehrerschaft schon zu DDR-Zeiten unterrichtete und dem Staat gegenüber loyal war.

Was hilft besser, als stärker zu vermitteln, was wirklich geschah? Deshalb ist meine Auffassung, dass die CDU Deutschlands hier ein Zeichen setzen und ein klares Votum abgeben sollte dafür, dass das Wissen über die deutschen Diktaturen stärker vermittelt wird. Dann könnten wir dem etwas entgegensetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Herr Lunacek, Ihre Argumentation hat überzeugt. Die Antragskommission wird ihr Votum ändern und Zustimmung empfehlen.

Frau Reiche, wäre Ihre Wortmeldung damit erübrigt oder wollen Sie in eine andere Richtung argumentieren?

(**Katherina Reiche**: Wenn Sie das so machen, dann wäre ich damit sehr zufrieden!)

– Sehr gut.

(Beifall)

Ich darf Dieter Bischoff bitten, zum Antrag A 613 zu sprechen.

Dieter Bischoff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem vielen Richtigen, was in Zif-

fer 43 steht, würden wir sehr gerne noch einen Satz hinzufügen, nämlich: „Schon in der Schule müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass mehr Menschen sich wieder selbständig machen wollen.“

Uns fehlen 500 000 Unternehmer. 300 000 Unternehmer suchen einen Nachfolger und nur 50 Prozent aller Hochschulabgänger möchten sich selbständig machen. Das sind alarmierende Zahlen. Dabei brauchen wir die Selbständigen. Jeder, der sich selbständig macht, schafft in der Regel vier neue Arbeitsplätze. Deswegen muss schon in der Schule das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es sich lohnt, sich selbständig zu machen. Stimmen Sie bitte für diesen Antrag. – Danke schön.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich habe es so verstanden, dass die Antragskommission jetzt ebenfalls der Auffassung ist, dass das ein wichtiges Anliegen ist. Sie stimmt zu, dass der Satz, den Herr Bischoff vorgelesen hat, aufgenommen wird. Damit wird dem Petitum entsprochen. - Ich darf Herrn Dr. Krapp bitten, zum Antrag A 601 zu sprechen.

Prof. Dr. Michael Krapp: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 43 zu § 7 wird am Ende des Absatzes 1 davon gesprochen, dass eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus unerlässlich ist. Dies ist unbestritten.

Einige Kreisverbände, darunter auch mein Kreisverband, sind der Meinung, dass dies noch etwas angereichert werden muss. Deswegen wurde mehrfach der Antrag gestellt, Ganztagsbetreuung und Ganztagschule mit in den Antrag aufzunehmen. Die Antragskommission hat dies auch auf Seite 199 vorletzter Absatz getan mit dem Satz: „Ganztagsangebote und Ganztagschulen sollen schrittweise und bedarfsgerecht ausgebaut werden.“ Insofern sehe ich den zweiten Satz des Antrages 631 meines Kreisverbandes als erledigt an.

Allerdings hat die Antragskommission diesen Antrag A 631 aus systematischen Gründen unberücksichtigt gelassen. Das kann eigentlich nur den ersten Satz betreffen, in dem wir vorschlagen, dass eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule, Elternhaus und Trägern der Jugendhilfe und der Jugendarbeit unerlässlich sei. Ich werbe nun dafür, dass der entsprechende letzte Satz in Ziffer 43 Abs. 1 ergänzt wird. Denn, meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns einig darüber, dass die Träger der Jugendhilfe auch eine sehr wichtige Erziehungsfunktion haben und dass es darauf ankommt, diese Arbeit noch besser mit der Arbeit der Schule zu verbinden. Dies ist nicht zuletzt im Interesse der Familien; denn über den Weg der Kooperation von Schule, Elternhaus und Trägern der Jugendhilfe ist insbesondere auch die Gestaltung der Zeit nach dem Unterricht möglich.

Ich komme zum Schluss und bitte darum, dass aus dem Antrag A 631 der erste Satz übernommen wird in Ziffer 43 Abs. 1 anstelle des jetzt dort stehenden letzten Satzes. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Herr Dr. Krapp, die Antragskommission signalisiert, Ihr Votum zu unterstützen, den ersten Satz Ihres Antrages in Ziffer 43 einzufügen. Ich denke, damit ist dieses Petitum klar. - Jetzt hat das Wort zu vier Anträgen – A 606, A 608, A 644 und A 645 – Karin Wolff.

Karin Wolff: Lieber Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will ganz kurz etwas zu A 606 sagen. Wir haben auf dem kleinen Parteitag ein Programm verabschiedet, in dem steht: eine Fremdsprache ab Klasse 1. Das ist richtig. Ich möchte aber deutlich machen, dass es sich um ein Stufenprogramm handelt. Wir verabschieden heute ein Programm, das kurzfristig greifen soll. Ich meine, wir sollten es daher offen lassen, wann wir in den verschiedenen Bundesländern tatsächlich dazu kommen, die Fremdsprache einzuführen. Wir sollten das ganz seriös machen. Wir sollten grundsätzlich seriös an die Einführung der Fremdsprache gehen.

Da habe ich keine Probleme; denn Hessen ist hinsichtlich der Frage, was die Quote der Abdeckung angeht, vorne. Aber auch wir haben noch einiges zu leisten, selbst im Bereich der Klassen 3 und 4. Wir müssen uns noch viele Gedanken machen. Wir müssten auch, wenn wir in der Klasse 1 anfangen, bereits in der Klasse 3 differenzieren. Diese Gedanken müssen wir uns erst machen. Ich glaube, es besteht kein Zwang, in diesem Papier die Einführung einer Fremdsprache in Klasse 1 oder 3 festzulegen. Wir sollten uns darauf einigen zu sagen: In der Grundschule soll es in der Tat eine Fremdsprache geben, und zwar dringend.

Zweitens zu A 608. Meine Freunde, es ist richtig zu sagen: Die Schule soll mehr Profil bekommen, die Schule soll mehr Eigenverantwortung bekommen. Aber gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir vorhin unter dem Gesichtspunkt „Pisa“ in der Diskussion angedeutet haben, muss deutlich werden, dass Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung auch davon abhängen, dass es staatliche Vorgaben, dass es staatliche Standards gibt, die wir beachten müssen, wenn Schule gut sein soll. Denn eine Schule kann ich mir nicht so aussuchen wie eine Hochschule, ich kann sie nicht wechseln nach Wettbewerbsgesichtspunkten. Der Staat ist also dafür verantwortlich, dass vergleichbare Bedingungen und Standards gesetzt werden, unter denen gelernt werden kann.

Deswegen werbe ich dafür, dass wir diesen kleinen Halbsatz einfügen. Damit erinnern wir daran, dass der Staat die Verantwortung für die Standardsetzung und die Evaluation hat und sie behalten muss. Dies ist das komplementäre Element selbständiger Schulen, damit auf der anderen Seite auch eine Qualitätssicherung durch den Staat Platz greift.

(Beifall)

Ich will für einen dritten Bereich um die Zustimmung des Parteitages werben, nämlich für die Anträge A 644, A 645. Liebe Freunde, es gibt einen Antrag des Beirats der ZVS, in dem ein neuer Vorschlag entwickelt wird. Genau dieser Vorschlag ist in dem hessischen Antrag zusammengefasst worden.

Wir haben uns unter den Kultusministern und den Hochschul- und Wissenschaftsministern der CDU und der CSU über diese Fragen lange unterhalten: die ZVS völlig abschaffen, die Auswahl völlig den Hochschulen überlassen. Oder auf der anderen Seite: Wie sichern wir den Stellenwert des Abiturs? Denn beide Aspekte sind berechtigt und müssen zueinander in Relation gebracht werden. Wir können diese Fragen nicht nur aus der Sicht der Hochschulen und nicht nur aus der der Schulen entscheiden.

Ob wir von der Hochschule oder von der Schule kamen, wir waren uns alle einig, dass wir ein neues Modell im Sinne des ZVS-Beirates suchen sollten, und zwar bereits für die nächste Zeit

und nicht erst für den Zeitpunkt, wenn der ZVS-Vertrag ausläuft. Wir sollten dafür sorgen, dass sich die Hochschulen sozusagen vorgelagert bereits die ersten 50 Prozent ihrer Studierenden aussuchen können, für die sie dann auch die volle Verantwortung hinsichtlich der Betreuung, hinsichtlich der Arbeit dieser Studierenden tragen. Anschließend müssen sicherlich noch Regelungsmechanismen greifen, um in begrenzten Studiengängen dafür zu sorgen, dass ein Ausgleich stattfindet.

Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn der Parteitag diese Position, die die Kultusministerinnen und Kultusminister der Union, CDU wie CSU, mit den Hochschul- und Wissenschaftsministern gemeinsam entwickelt haben, hier beschließen könnte. – Herzlichen Dank.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Wolff. – Die Antragskommission signalisiert Zustimmung betreffend Antrag A 608. Bei den Anträgen A 606, A 644 und A 645 bleibt die Antragskommission allerdings bei ihrem Votum. Dann lasse ich jetzt über die drei letztgenannten abstimmen.

Antrag A 606. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so angenommen.

(Zurufe: Oh!)

– So müde sind wir hier oben noch nicht, dass wir nicht sehen würden, wie das Votum ausfällt. Der Bereich Hessen ist groß, aber nicht so groß, dass die Bundespartei davon dominiert wird.

Antrag A 644. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit wurde der Antragskommission gefolgt.

Antrag A 645. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch hier wurde der Antragskommission gefolgt.

Bevor wir über den gesamten § 7 abstimmen können, gibt es noch eine Wortmeldung, und zwar von Ulrike Horstmann, zu Antrag A 976.

Ulrike Horstmann: Meine Damen und Herren! Ich habe nur eine Verständnisfrage. Ich hoffe, dass Sie das klären können. In dem letzten Absatz der Ziffer 43 steht – es geht um die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schulen –:

Zu diesem Zweck soll ihnen – ggf. auch im Wege der Kooperation oder des Zusammenschlusses mehrerer Schulen – die Trägerschaft ... übertragen werden können.

Diese beiden Begriffe – „Kooperation“ und „Zusammenschluss“ von Schulen – kann ich nicht so recht einordnen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir ja für das profilierte dreigliedrige Schulsystem eintreten. Vielleicht kann mir das jemand erklären. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Horstmann. – Was sagt die Antragskommission? – Frau Schavan.

Annette Schavan: Ich habe den Antrag zwar weder eingebracht noch gehöre ich zur Antragskommission; aber ich versuche einmal, das aufzulösen. Ich glaube, es besteht Unklarheit darüber, warum dann, wenn es um Öffnung und mehr Selbstständigkeit von Schulen geht, die Kooperation oder der Zusammenschluss mehrerer Schulen vonnöten ist. Jetzt müsste einmal ein Saarländer sagen, was er damit meint. Ich finde, es reicht das Bekenntnis zu mehr Selbstständigkeit unter Wahrung von Qualität. Wir sollten hier überhaupt nicht von „Kooperation“ sprechen. Das ist missverständlich.

(Beifall)

Formal würde dies bedeuten: Das Votum der Antragskommission dürfte dann nicht einfach auf Annahme lauten. Vielmehr sollte das, was zwischen den Gedankenstrichen steht, einfach gestrichen werden. Sind Sie damit einverstanden?

(Ulrike Horstmann: Das ist genau das, was ich wollte! Vielen Dank!)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Dann ist das so aufgenommen. Mit den Veränderungen, die ich zwischendurch immer bekannt gegeben habe, stelle ich jetzt den gesamten § 7 zur Abstimmung. Wer für das Votum der Antragskommission unter Berücksichtigung der genannten Änderungen stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist § 7 so bestätigt.

Zu § 8 liegen bislang keine Wortmeldungen vor. Gibt es jetzt Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu § 8 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist § 8 so bestätigt.

Wir kommen zu § 9; das sind die Ziffern 58 bis 69 auf den Seiten 244 bis 274 sowie die entsprechenden Teile in der Sammlung der Initiativanträge. Hierzu liegen Wortbeiträge vor. Zunächst Herr Wolfgang Greiner, dann Regina van Dinther. – Bitte schön, Herr Greiner.

Wolfgang Greiner: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Antrag A 809 sprechen, in dem es um Wahlleistungen geht. Das Instrument der Wahlleistungen ist eine Neuerung, die sehr sinnvoll ist und unsere Unterstützung verdient. Minister Seehofer hat seinerzeit eine solche Maßnahme angefangen; nur wurde das dann vollständig zurückgenommen. Es stellt sich aber die wichtige Frage der Finanzierung solcher Wahlleistungen, also all der Leistungen, die außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung angeboten werden sollen. Der Bundesvorstand sagt dazu: Dies ist aus Beiträgen der Versicherungsnehmer zu finanzieren. – Das ist sicherlich richtig. Aber die Frage ist: Soll das einkommensabhängig passieren oder nicht? Diese Frage ist wirklich entscheidend; denn wenn das einkommensabhängig geschehen soll, dann werden sich natürlich nur diejenigen versichern, die ein niedriges Einkommen haben. Dann aber funktioniert das ganze System nicht mehr; diejenigen die hohe Einkommen haben, werden dann – da es nicht Pflicht, sondern freiwillig ist – darauf verzichten und das private Angebot wählen.

Deswegen kann das Ganze nur funktionieren, wenn wir es risikoadäquat machen, so dass diejenigen, die ein hohes Risiko haben, auch eine entsprechende Prämie zahlen. Das würde

für die Krankenkassen einen totalen Systembruch bedeuten, den sie von heute auf morgen nicht verkraften könnten. Wir schlagen daher vor, klar zu sagen, dass das privat finanziert werden muss, dass wir aber den Krankenkassen die Option einräumen, zu anderen Lösungen zu kommen, damit sie langfristig in diesen Markt einsteigen können. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Greiner. – Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum, empfiehlt also Ablehnung. Über diesen Antrag lasse ich dann gleich abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zu Antrag A 809 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist zu A 809 bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Ich darf nun Frau van Dinther bitten, die wohl mehrere Anträge im Blick hat.

Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich bin gegen das Votum der Antragskommission zu Ziffer 65. Da wurde zwar der letzte Satz des dritten Absatzes in eine Kompromisslösung geändert; aber ich möchte auch gegen diese Kompromisslösung sprechen. Es geht um die beitragsfreie Familienversicherung. Man will prüfen, ob die Beitragsfreiheit von Ehepaaren, die keine Kinder haben, in Zukunft vielleicht aufgehoben werden sollte. Ich finde, dass es nicht richtig ist, wenn die CDU solche Signale ins Land gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind mittlerweile die einzige Partei, die den Schutz der Ehe, der eigentlich grundgesetzlich garantiert ist, noch mit den Instrumentarien versehen will, die den tatsächlichen Schutz der Ehe gewährleisten. Das sind im Wesentlichen drei Instrumente: das Ehegattensplitting, die Witwenrente und die Mitversicherung in der Krankenversicherung. Ich glaube, wir können es uns als CDU nicht leisten, das Signal ins Land zu geben, dass ausgerechnet wir Letzteres aufkündigen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will Ihnen zwei praktische Beispiele nennen, dass auch Ehepaare ohne Kinder betroffen sein können. Stellen Sie sich vor, einer der Ehepartner wird pflegebedürftig. Das hieße, dass der Ehepartner, der zu Hause bleibt und vielleicht die kranke Oma pflegt, plötzlich Beiträge zur Krankenversicherung zahlen muss. Das kann nicht sein.

Ein anderes Beispiel: Ich möchte einen Studenten heiraten. Bisher zahlt die Versicherung des Vaters des Studenten die Beiträge für die Krankenversicherung. Diese müsste ich dann als erwerbstätige Ehefrau übernehmen. Das spricht alles gegen die Ehe. Ich kann der CDU Deutschlands überhaupt nicht raten, so etwas einzuführen. Deshalb plädiere ich dafür – das ist, nebenbei gesagt, auch vom Bundesvorstand der CDA, den Landesverbänden Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie den Kreisverbänden Bielefeld, Bochum, Ennepe-Ruhr, Essen, Soest und Köln so beantragt; alle haben dies genau so beantragt, wie ich es tue –, das zu streichen. Ich möchte darum bitten, dass die Antragskom-

mission eine entsprechende Änderung vornimmt und die Bundespartei dem jetzigen Vorschlag der Antragskommission in diesem Punkt nicht folgt. – Danke schön.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau van Dinther. – Wer möchte für die Antragskommission sprechen? – Die Antragskommission stimmt zu. Die Antragskommission übernimmt also Ihr Petikum.

(Beifall)

Zu § 9 liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Mit dem soeben veränderten Votum der Antragskommission stelle ich § 9 nun zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission mit der soeben vorgenommenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist § 9 so beschlossen.

Wir kommen zu § 10. Das sind die Ziffern 70 bis 75 auf den Seiten 274 bis 287. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Tanja Gönner. Sie spricht zu Antrag A 868, der sich auf Ziffer 70 bezieht.

Tanja Gönner: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Damen und Herren! Entgegen dem Votum der Antragskommission möchte ich Sie bitten, dem Antrag A 868 der Jungen Union Deutschlands zuzustimmen. Wir sprechen in § 10 von der Solidarität der Generationen und wir sprechen davon, dass wir nachhaltige Politik betreiben wollen. Wir wissen alle, dass wir auch gegenüber der jungen Generation eine gewisse Ehrlichkeit an den Tag legen müssen. Es ist uns bekannt, dass wir auch bei dem, was wir jetzt fordern, auf Dauer das jetzige Rentensystem nicht erhalten können. Wir sagen mit dem von uns vorgelegten Modell, das im Übrigen an das bis heute bereits praktizierte Schweizer Modell angelehnt ist, zu, dass die Altersvorsorge ehrlich, generationengerecht und zukunftssicher geregelt wird. Deswegen möchte ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Gönner. – Herr Laumann hat für die Antragskommission das Wort.

Karl-Josef Laumann, Antragskommission: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte Sie herzlich bitten, in dem schwierigen Kapitel Rente der Antragskommission zu folgen. Wir sprechen uns in der Frage, wie wir uns die Weiterentwicklung des Alterssicherungssystems in Deutschland vorstellen, zunächst einmal dafür aus, dass wir in der Rentenversicherung selbstverständlich wieder einen demographischen Faktor brauchen. Die Antwort, die Norbert Blüm damals gefunden hat, war richtig. Wir werden weiterhin nur dann eine sachgerechte Lösung finden, wenn wir zu einer besseren Ausschöpfung der Lebensarbeitszeit kommen. Daran führt kein Weg vorbei. Das bedeutet eine Verschlankung der Ausbildung, damit der Eintritt in das Arbeitsleben früher erfolgt. Ferner müssen wir das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre angleichen. Wir haben in diesem Zusammenhang Überlegungen unter dem Aspekt der Sozialverträglichkeit angestellt. Ich bin froh darüber, dass in dem Antrag auch steht, dass wir nicht nur auf ein Renteneintrittsalter von 65 oder 63 Jahren schauen wol-

len. Wir sind der Meinung, dass diejenigen, die mit 14 Jahren schon Beitragszahler in der gesetzlichen Rentenversicherung geworden sind und ein Leben lang Beitragszahler waren dann, wenn sie 45 Jahre lang einbezahlt haben, auch mit 63 Jahren in den Ruhestand gehen können. Ich glaube das ist, wenn es um das Thema der Verlängerung der Lebensarbeitszeit geht, eine ganz wichtige Botschaft an die gewerblichen Arbeitnehmer, die schon mit 14 oder 15 Jahren in das Berufsleben eingestiegen sind.

(Beifall)

Wir sagen in dem Antrag weiterhin – das ist für die Jüngeren der entscheidende Punkt –, dass wir der Meinung sind, dass die kapitalgedeckten Systeme – zum einen die private Vorsorge, aber auch die kapitalgedeckten Betriebsrentensysteme – gegenüber dem Umlagesystem, wie wir es heute haben, an Bedeutung gewinnen müssen. Damit haben wir eigentlich auch die entscheidenden Stellschrauben in der Hand: auf der einen Seite die Lebensarbeitszeit und auf der anderen Seite in der Frage von Umlage und dem, was wir kapitalgedeckt tun können die Stellwerte, auch gegenüber der jetzt beschlossenen Rentenreform zu verändern. Wenn wir dann hingehen und die Förderung für die private Vorsorge gerade auf kleine Einkommen und auf Leute, die Kinder haben, stärker konzentrieren sowie das Ganze freiheitlicher gestalten, ist das schon eine Antwort, die nach dem, was wir bis jetzt wissen, eine solide Grundentscheidung in Bezug auf ein Alterssicherungssystem in Deutschland wäre, die auch dem Problem, dass die Leute nicht der Altersarmut unterliegen, gerecht wird.

Es ist auch wahr – auch das sage ich hier einmal ganz deutlich –, dass wir als eine große deutsche Volkspartei jetzt nicht in fünf oder in zehn Minuten ein ganz anderes Rentenrecht beschließen können. Wenn man dies tun will, muss man dieses Thema wirklich zum zentralen Punkt oder einem der zentralen Punkte eines Parteitages der CDU Deutschlands machen.

(Beifall)

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass für uns als Volkspartei die Frage, wie wir die Menschen vor Altersarmut schützen, eine zentrale Frage ist. Die Menschen haben zu allen Zeiten von ihrer Gesellschaft eine Antwort auf die Frage verlangt: Was passiert mit mir eigentlich, wenn ich wegen Alters einmal nicht mehr erwerbstätig sein kann, was im Grunde jeder, der alt wird einmal erleben wird? Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, heute hier den Vorstellungen der Antragskommission zur Alterssicherung zu folgen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. Ich stelle damit das Votum der Antragskommission zu Antrag A 868, das eben noch einmal begründet wurde, zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist es so, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, beschlossen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu § 10.

Ich stelle § 10 nun insgesamt zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Damit ist § 10 so beschlossen.

Wir kommen nun zu § 11. Das sind die Ziffern 76 bis 82 auf den Seiten 288 bis 298 sowie die Sammlung der Initiativanträge. Auch hier liegt mir eine Wortmeldung vor. Franz-Josef Jung aus Hessen möchte zu Antrag A 919 sprechen.

Dr. Franz-Josef Jung: Herr Präsident! Liebe Freunde! Es geht hier um das Thema Bürger und Staat und um Entbürokratisierung. Wer wirklich Entbürokratisierung will, wer Kommunen von überflüssigen landespolitischen Detailregelungen befreien will, darf, wie ich glaube, nicht wieder nach neuen Gesetzen rufen, wie das die Antragskommission mit der Bezugnahme auf das Standardanpassungsgesetz tut. Er muss vielmehr die Kraft haben, Erlasse, Rechtsvorschriften und Standards zu überprüfen und dann gegebenenfalls auch abzuschaffen.

(Beifall)

Ich denke, das ist die richtige Alternative. Deshalb bitte ich darum, dass unser Antrag A 919 angenommen wird. Damit würden wir ein richtiges Signal für Entbürokratisierung setzen. Wir brauchen nicht neue Gesetze, sondern wir müssen überflüssige Regelungen abschaffen. Ich bitte um Unterstützung unseres Antrags A 919. – Besten Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Professor Scholz hat für die Antragskommission das Wort.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Lieber Herr Jung, wir haben uns das genau überlegt. Es spricht eine ganze Menge auch im Sinne von Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und im Sinne von Deregulierung dafür, so zu verfahren, wie wir es vorschlagen.

Auf der anderen Seite haben wir das Gleichheitsproblem – das darf man nicht vergessen –, zum Beispiel die Gleichheit der Lebensverhältnisse.

Ich möchte einen Vorschlag machen. Vielleicht sind Sie damit einverstanden. Man könnte Ihre Formel mit der Experimentierklausel verbinden; man könnte das also einmal probieren. Wären Sie damit einverstanden?

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ja, er nickt heftig.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Sie sind also einverstanden? – Gut. Dann übernehmen wir das mit dieser Maßgabe in den Text.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank für dieses neue Votum der Antragskommission. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit darf ich § 11 so zur Abstimmung stellen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Damit ist § 11 so bestätigt.

Wir kommen zu § 12, zu den Ziffern 83 bis 90 auf den Seiten 298 bis 309. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Dr. Harald Noack zu Antrag A 965. – Bitte schön.

Dr. Harald Noack: Lieber Dieter Althaus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Last, hoffentlich nicht least: Die Antragskommission hat gemeint, sich mit dem Antrag A 965 des Kreis-

verbandes Göttingen aus systematischen Gründen nicht beschäftigen zu müssen. Dabei ergänzt und konkretisiert gerade dieser Antrag die Ziffer 89 in der jetzt vorgeschlagenen Fassung.

Sie haben diesen Antrag gelesen. Ich darf deshalb zusammenfassen: Wir gehen davon aus, dass, um die Verbesserung der Lebens- und Familiensituation von Frauen und Mädchen – und zwar von Ausländerinnen – zu erreichen, ein Kurs für die deutsche Sprache Pflicht ist. Er muss mit einer Prüfung und einem Zertifikat abschließen. Wir sind der Auffassung, dass geprüft werden muss, ob die Auszahlung der Hilfe zum Lebensunterhalt teilweise von diesem Zertifikat abhängig gemacht werden kann.

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass bei Zuwanderern eine Übersetzung unseres Grundgesetzes in der jeweiligen Muttersprache ausgehändigt werden sollte und dass bestätigt werden sollte, dass das Grundgesetz akzeptiert und unterstützt wird. Schließlich sind wir der Auffassung, dass die Erteilung von Religionsunterricht auch für Muslime von Lehrkräften durchgeführt werden soll, die der deutschen Sprache mächtig sind und durch ihre Ausbildung die Gewähr dafür bieten, die deutsche Verfassung zu achten.

Ich meine, dass wir auch diese Punkte aufnehmen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Wie ich höre, will die Antragskommission bei ihrem Votum bleiben. Ist das richtig? – Ja.

Dann stimmen wir über Antrag A 965 ab, und zwar über das Votum der Antragskommission auf Ablehnung des Vorschlages, der eben noch einmal begründet worden ist. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Gibt es Gegenstimmen? – Ja, es gibt einige Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag A 965 wie von der Antragskommission vorgeschlagen bearbeitet.

Damit komme ich über die Abstimmung zu § 12 insgesamt. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Es gibt einige Stimmenthaltungen. Damit ist § 12 so bestätigt.

Wir sind damit am Schluss der Einzelberatung dieses Antrages. Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Antrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“. Wer dem Antrag mit den veränderten Fassungen, wie sie heute beraten und abgestimmt worden sind, seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine. Damit ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit angenommen. Ich gratuliere uns zu dieser gelungenen Arbeit.

(Beifall)

Weil wir so gut gearbeitet haben, haben wir uns auch den Sachsen-Abend verdient. Ich darf daher jetzt dem Generalsekretär das Wort geben.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Wir haben heute ein riesiges Pensum an Arbeit geleistet. Ich bedanke mich bei Ihnen allen vor allen Dingen für die Präsenz, die

die Delegierten gezeigt haben. Dies war ein großartiges Bild für die CDU. Verglichen mit dem SPD-Parteitag haben wir gezeigt, was Disziplin ist. Die Beschlüsse, die wir gefasst haben, sind ein guter Wegweiser in unsere Zukunft.

Bei mir zu Hause in Westfalen sagt man: Wer feste arbeitet, der darf auch feste feiern. Deswegen gehen wir jetzt herüber und kommen zum Sachsen-Abend. Ich wünsche viel Vergnügen!

(Beifall)

(Schluss: 21.05 Uhr)

Dienstag, 4. Dezember 2001
2. Plenarsitzung

Beginn: 9.07 Uhr

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich eröffne hiermit die Zweite Plenarsitzung unseres 14. Bundesparteitages.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Ich darf schon jetzt ankündigen, dass im Anschluss an die Beratung der sonstigen Anträge Tagesordnungspunkt 17 a und Tagesordnungspunkt 17 b, die wir gestern entgegen der Planung nicht erledigt haben, aufgerufen werden. Dann folgt Tagesordnungspunkt 14.

Es geht jetzt um die Anträge mit dem Kennbuchstaben F. Sie finden diese Anträge in Ihrem Antragsbuch auf den Seiten 381 bis 408 sowie im Anhang 2. Hinzu kommen die Initiativanträge F 30 und F 31 aus der Sammlung der Initiativanträge, die ebenfalls mit entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission ausgestattet sind.

Ich rufe nunmehr den Antrag F 1 auf der Seite 381 des Antragsbuches auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Wünscht die Antragskommission das Wort? – Dann lasse ich über den Antrag F 1 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag an die Bundestagsfraktion überwiesen worden.

Ich rufe den Antrag F 2 auf der Seite 381 des Antragsbuches auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Wünscht die Antragskommission das Wort? – Dann lasse ich über den Antrag F 2 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag F 3 auf der Seite 382 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Wird dazu das Wort gewünscht? – Wünscht die Antragskommission das Wort? – Dann lasse ich über den Antrag F 3 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag so beschlossen worden.

Ich rufe nunmehr die Anträge F 4 bis F 9 auf den Seiten 383 bis 388 und im Anhang 2 des Antragsbuches auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, in einem geeigneten Rahmen möglichst rasch eine Entscheidung herbeizuführen. Ich habe dazu zwei Wortmeldungen, und zwar zunächst die von Hubert Hüppe.

Hubert Hüppe: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich finde es etwas schade, dass wir heute keine Zeit haben, über den zur bioethischen Debatte vorliegenden Antrag zu diskutieren und eine diesbezügliche Klärung herbeizuführen. Dafür habe ich Verständnis. Ich darf auf Folgendes hinweisen: Der Kreisverband Unna hatte schon vor einem Jahr, auf dem letzten

Bundesparteitag, einen ähnlichen Antrag gestellt. Trotzdem wäre es wichtig, wenn von dem heutigen Bundesparteitag ein Signal ausgehen würde. Denn wir werden ja am 30. Januar 2002 darüber entscheiden, ob in Deutschland mit embryonalen Stammzellen gearbeitet werden darf. Das ist, so meine ich, gerade für uns, die wir das christliche Menschenbild immer wieder in den Mittelpunkt unserer Politik und unserer Entscheidungen stellen, ein ganz wichtiges Thema.

Vielleicht wäre es möglich, hier zumindest ein Meinungsbild bezüglich dieses Punktes herzustellen, damit die Partei auf die Entscheidungen der Bundestagsfraktion Einfluss nehmen kann. Denn ich glaube, es ist falsch, wenn sich eine Partei nur darauf beschränkt, Anträge an die Bundestagsfraktion zu überweisen, und keine eigene Meinung kundtut.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir im Bundestag am 30. Januar 2002 beschließen – eine Woche vorher werden wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber diskutieren –, ob embryonale Stammzellen nach Deutschland eingeführt werden dürfen, dann entscheiden wir auch darüber, ob in Deutschland erstmalig die verbrauchende Embryonenforschung oder – besser ausgedrückt – die tötende Embryonenforschung zugelassen wird.

Es ist naiv anzunehmen, dass es bei diesem Import bliebe. Natürlich wird mehr kommen. Herr Clement in Nordrhein-Westfalen hat zwar gesagt, er wolle die Tür nur eine Spalt weit aufmachen. Aber wenn wir erst einmal das Schloss dieser Tür geknackt haben, dann wird es ein Einfaches sein, diese Tür völlig aufzureißen. Dies ist bereits deutlich geworden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat klar gesagt: Wenn der Import zugelassen wird, dann möchten auch wir bald Embryonen töten dürfen, um eigene Stammzelllinien zu produzieren. – Professor Ganten, Mitglied des Nationalen Ethikrates, des Abnickgremiums des Kanzlers, hat selbst gesagt, es sei unehrlich, jetzt nur Ja zum Import und nicht gleichzeitig auch Ja zum Klonen von Menschen zu sagen. Meine Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, dass weder das Töten von Embryonen noch das Klonen mit den Zielen unserer Partei vereinbar ist.

(Beifall)

Heute spricht ja auch der Parteivorsitzende der CSU. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf eines hinweisen: Für mich ist es erstaunlich, dass Herr Stoiber – und auch das Kabinett in Bayern – noch vor wenigen Wochen gesagt hat, die verbrauchende Embryonenforschung komme mit der CSU nicht infrage. In den letzten Tagen äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende der CSU unter der Überschrift „Die CSU für den Import von embryonalen Stammzellen“.

Herr Martin Mayer, auch CSU-Mann, hält sogar das Klonen von Embryonen für möglich und für moralisch in Ordnung.

Meine Damen und Herren, ich meine, nicht nur die CDU, sondern auch die CSU – und ich höre ja immer so viel Kritik von der CSU gegenüber der CDU – sollte einmal sagen, wo sie da steht oder ob sie eine Partei der Beliebigkeit ist, wo der Vorsitzende etwas anderes sagt als der Stellvertreter.

Es reicht meiner Meinung nach nicht aus, dafür zu kämpfen, dass christliche Symbole in einer Schule bleiben – ich bin dafür –, sondern es ist, glaube ich, auch wichtig, wie wir christliche Politik umsetzen. Dabei sind wir diesmal in einer anderen Situation, als wir es in einem anderen Punkt einmal waren. Ich kann mich noch an die Diskussion über den § 218 und über das Thema der Spätabtreibung erinnern, wo viele gesagt haben: Man muss da mitmachen, denn wir haben keine eigene Mehrheit. – Meine Damen und Herren, so ist es diesmal nicht! Wenn wir als CDU/CSU einigermaßen geschlossen die tötende Embryonenforschung und den Import von Embryonalzellen ablehnen, dann wird es dafür im Deutschen Bundestag keine Mehrheit geben. Ich empfände es schon als Witz der Geschichte, wenn ausgerechnet rot-grüne Kollegen einen eigenen Antrag gegen den Import einbringen würden und die CDU mehrheitlich einen Antrag für den Import embryonaler Stammzellen stellen würde.

(Beifall)

Wir haben es in der Hand zu entscheiden, ob wir dies zulassen wollen oder nicht. Wir sollten ein deutliches Zeichen geben. Die Anträge der Basis, auch zum Beispiel des Landesverbandes Hessen, sind da klar. Alle sagen, wir wollen diese Forschung an embryonalen Stammzellen nicht. Alle sagen, wir wollen aber Forschung im Bereich der Gen- und Biotechnologie. Aber wir kennen eine Grenze, und deshalb bitte ich alle Delegierten, dies auch mitzutragen: Das ist die Menschenwürde, und die kommt aus meiner Sicht gerade dem schwächsten Leben – das ist das ungeborene Leben – zu. Ich bitte diese Partei, ein Zeichen zu geben, dass wir die tötende Forschung an Embryonalzellen und den Import ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Peter Liese aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen das Wort.

Dr. Peter Liese: Danke, Herr Tagungspräsident. – Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht möglich, einen umfassenden Antrag zur Gen- und Biotechnologie heute Morgen zu beschließen; dafür reicht die Zeit nicht aus. Ich glaube, dass viele in unserer Partei gerade zu dem umstrittenen Thema der PID, der Präimplantationsdiagnostik, noch mehr Zeit brauchen, um eine abschließende Position zu beziehen.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Positionen, die hier zum Thema der verbrauchenden Embryonenforschung von den Antragstellern aus verschiedenen Landesverbänden und Kreisverbänden vorgelegt werden, sehr deutlich sind. Auch der Antrag des Bundesfachausschusses Forschung spricht sich gegen verbrauchende Embryonenforschung aus und ich denke, das ist ein Signal, das auch die Bundestagsfraktion für die Abstimmung Ende Januar mitnehmen sollte. Die Anträge F 4 bis F 8 sind sogar eindeutig gegen den Import von embryonalen Stammzellen.

Ich bin selber Arzt und weiß, dass viele Patienten Hoffnung in die Forschung setzen. Ich weiß aber auch aus eigener Erfahrung – ich habe in der Humangenetik meine Doktorarbeit gemacht –, dass die Ideen, die wir in der Forschung haben, oft Ideen bleiben und dass es eben nicht garantiert ist, dass, wenn man einen bestimmten Forschungszweig einschlägt, damit auch Kranke

geheilt werden. Deswegen ist hier nicht die Abwägung zwischen dem Leid von Patienten und dem Lebensrecht von Embryonen zu treffen, sondern die theoretische Möglichkeit, vielleicht irgendwann einmal etwas behandeln zu können, steht dem konkreten Dammbruch gegenüber, der heute geschieht. Auch deshalb müssen wir hier sehr vorsichtig sein.

Ich bin aber nicht nur Arzt, sondern bin bei diesen Themen auch im Europäischen Parlament engagiert. Ich leite die Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-Fraktion. Von den Befürwortern der embryonalen Stammzellforschung und der verbrauchenden Embryonenforschung wird ja immer auf die internationale Diskussion verwiesen. Natürlich gibt es auch in der EVP-Fraktion unterschiedliche Positionen. Wie sollte es auch anders sein? Es gibt in der EVP-Fraktion 31 Mitgliedsparteien. Es ist nicht einfach, alle Abgeordneten auf eine Position einzuschwören, und das können wir auch gar nicht. Aber die ganz deutliche Mehrheit der EVP-Fraktion hat sich in den letzten Wochen gegen das Klonen von menschlichen Embryonen und gegen die verbrauchende Embryonenforschung ausgesprochen. Wir haben in der Europäischen Union nicht die Kompetenz, für alle Mitgliedstaaten verbindliche Gesetze zu machen, aber dort, wo wir entscheidungsbefugt sind, bei der Vergabe von Forschungsgeldern, hat sich die EVP-Fraktion ganz klar gegen verbrauchende Embryonenforschung ausgesprochen.

Das heißt, wenn CDU und CSU einen deutlichen Standpunkt für den Embryonenschutz beziehen, sind sie zumindest bei ihren Parteifreunden in Europa nicht isoliert, sondern in sehr guter Gesellschaft.

Ich möchte eine kurze Anmerkung zum Ergebnis der Arbeit des sogenannten Nationalen Ethikrates machen. Es scheint eine restriktive Linie zu sein, aber ich glaube, da muss man sehr aufpassen. Die Empfehlung des Nationalen Ethikrates ist eine Mogelpackung. Sie bedeutet im Klartext, dass deutsche Forscher von der Zerstörung von Embryonen im Ausland profitieren können und dass sie sie auch veranlassen können, und zwar indirekt, indem sie den Antrag einfach stellen, wenn die Embryonen gerade produziert worden sind. Das bedeutet sozusagen die Zerstörung von Embryonen im Ausland durch Auftrag aus Deutschland. Das ist nun wirklich heuchlerisch. Man kann zu dem Thema die eine oder die andere Position vertreten, aber ich glaube, es ist absolut heuchlerisch zu sagen, die unangenehmen Dinge lassen wir im Ausland machen, und wir holen uns dann die Ergebnisse herein. Das ist auch eine Position, die weniger restriktiv ist als das, was Präsident Bush in den Vereinigten Staaten für die öffentliche Forschungsförderung entschieden hat. Er will sich nämlich auf existierende embryonale Stammzelllinien beziehen.

Ich komme zum Schluss: Die Vereinigten Staaten werden von uns immer gerne kritisiert und angeprangert, auch in diesem Bereich. Es wird gesagt, da wird überhaupt nichts geregelt, es ist alles erlaubt. In den Vereinigten Staaten hat aber das Repräsentantenhaus im Sommer mit über 100 Stimmen Mehrheit ein Gesetz beschlossen, das das Klonen von Embryonen bei Strafe verbietet, und zwar sowohl für die öffentliche Forschung als auch für die private Forschung. Die Ereignisse des 11. September und die Anschläge mit Milzbrandregnern haben bisher verhindert, dass sich der Senat damit beschäftigen konnte, aber man kann nicht sagen, dass die USA nicht auch eingesehen haben, dass wir Begrenzungen der Experimente an menschlichen Embryonen brauchen.

Ich hatte Gelegenheit, mit den Kolleginnen und Kollegen im US-Kongress zu sprechen und das hat mich wirklich sehr beeindruckt.

In einer Anhörung zum Thema des Klonens von menschlichen Embryonen und der Forschung an embryonalen Stammzellen im US-amerikanischen Repräsentantenhaus wurde ganz deutlich gesagt: Lasst uns nach Deutschland schauen! Deutschland hat die Erfahrung des Nationalsozialismus gemacht. Es ist kein Zufall, so die Kongressabgeordneten, dass Deutschland ein sehr restriktives Embryonenschutzgesetz hat.

Wenn wir über den Stand der internationalen Diskussion reden, dann sollten wir auch darüber reden, dass wir Verantwortung haben und dass wir für viele Länder in der Welt Vorbild sein können. Wir sollten diesem Anspruch gerecht werden und deswegen das deutsche Embryonenschutzgesetz verteidigen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk, Fischer, Tagungspräsidium: Das Wort hat nunmehr unser stellvertretender Bundesvorsitzender, Dr. Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde! Warum ist diese Debatte so wichtig? Sie ist wichtig, weil es um Leben und Tod geht. Warum ist sie für uns in der Christlich Demokratischen Union so wichtig? Sie ist wichtig, weil es in ihr um unser Menschenbild geht. Die CDU hat sich immer als Partei einer wertegebundenen Moderne verstanden. Wir haben uns als eine Partei verstanden, die den wissenschaftlichen Fortschritt bejaht, die auf Gentechnik und Biotechnologie gesetzt hat. Wir haben uns als eine Partei verstanden, die während unserer Regierungszeit Mitte der 90er-Jahre die Gentechnik wieder nach Deutschland zurückgeholt hat, sodass Deutschland heute in Europa die Nummer eins ist. Aber wir waren uns auch immer bewusst, dass Forschung nicht schrankenlos sein kann.

Es geht im Kern immer um zwei Fragen. Die erste Frage ist, ob Menschen alles dürfen, was sie können. Die Antwort kann nur heißen: Nein! Es gibt aber noch eine zweite Frage, die in einem Spannungsfeld zur ersten steht. Diese Frage lautet, ob wir schon alles können, was wir können müssen, um besser mit Hunger, Elend und Krankheit in der Welt fertig zu werden. Auch hier heißt die Antwort: Nein! Auch hier müssen wir weiter forschen und weiter arbeiten.

Wir haben im Bundesvorstand die Anträge von Hessen und vom Kreisverband Unna nicht nur formal behandelt. Wir befinden uns vielmehr seit einem Dreivierteljahr in einem Diskussionsprozess, an dem sich – Gott sei Dank – auch viele aus den Kreisverbänden beteiligen, wie die vorliegenden Anträge zeigen. Wir waren der Auffassung, dass es nicht angemessen ist, dieses Thema als eines von vielen auf diesem Bundesparteitag in Dresden zu behandeln. Es ist wichtig, dass wir uns die Zeit nehmen, über die unterschiedlichen Auffassungen, die es in der Partei gibt zu diskutieren. Liebe Freunde, wie soll denn ein gesamtgesellschaftlicher Konsens entstehen, wenn wir nicht miteinander reden? Es geht um eine wertegebundene Politik. Deshalb müssen wir miteinander reden.

(Beifall)

Deshalb lautet der Vorschlag für die Behandlung der vorliegenden Anträge nicht nur, sie an die Bundestagsfraktion oder an den Bundesvorstand zu überweisen. Es ist ja gut, dass es viele wie Maria Böhmer, Hubert Hüppe, Peter Liese, Werner Lensing, Katherina Reiche in unserer Partei gibt, die sich in dieser Frage engagieren. Wir arbeiten auch prima zusammen, um erst gar nicht Probleme aus formalen Gründen entstehen zu lassen. Aber wir wissen, dass wir noch nicht die endgültige Antwort haben. Ich zum Beispiel bin wie Peter Liese und Hubert Hüppe der Auffassung, dass wertegebundene Politik für die CDU heißt, dass wir den Schutz des menschlichen Lebens von Anfang an sicherstellen müssen, das heißt ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei und Samenzelle.

(Beifall)

Aber ich weiß, dass es in der Partei auch Stimmen gibt, die sagen: Das ist eine Position, über deren Richtigkeit wir diskutieren müssen. Ich möchte die Debatte mit dem heutigen Parteitag nicht abbrechen. Ich glaube, dass wir das auch nicht tun müssen. Ich habe zum Beispiel den Auftrag vom Präsidium, in dieser Frage weiter mit der Katholischen Bischofskonferenz und der EKD zu reden, damit das eben beschriebene Spannungsverhältnis ein bisschen besser austariert werden kann, als das zurzeit der Fall ist.

Wir müssen zum Beispiel noch über die Frage diskutieren, ob wir für eine Änderung des Embryonenschutzgesetzes eintreten, und zwar nicht im Sinne einer Liberalisierung oder einer Öffnung, sondern im Sinne einer Präzisierung. Es gibt nämlich eine Lücke, die nach meiner Auffassung zumindest ein Stück weit geschlossen werden muss. Dann ist noch immer die Frage offen, ob wir unter Anerkennung der Position, dass menschliches Leben von Anfang an geschützt werden muss, nicht trotzdem in der Frage des Imports von embryonalen Stammzellen eine Lösung finden können, die die internationale Zusammenarbeit für deutsche Forscher auch in Deutschland weiterhin möglich macht.

Damit das völlig klar ist: Die Position des Nationalen Ethikrates halte ich inhaltlich für nicht überzeugend. Wer für den Schutz menschlichen Lebens eintritt, kann nicht wie der Ethikrat diesen Schutz, der in unserem Grundgesetz normiert ist, einfach für drei Jahre aussetzen, auch nicht über den Umweg über das Ausland.

(Beifall)

Gerade weil das so ist und weil ich glaube, dass unsere wertegebundene Position umso glaubwürdiger ist, je mehr wir darum gerungen haben, ob gentechnische Forschung auch in Deutschland stattfinden soll, und zwar unter Beachtung bestimmter Grenzen, möchte ich herzlich dafür werben, dass wir die nächsten Wochen nutzen, um miteinander zu reden und um weiter an einer Lösung zu arbeiten.

Ich finde es übrigens auch richtig und wichtig, dass es dann einen Bundesausschuss gibt, der eine Möglichkeit für alle Kreisverbände ist, ihre Arbeit einzubringen. Diese Frage wird also nicht nur im Bundesvorstand, im Präsidium und in der Bundestagsfraktion behandelt. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion und bitte Sie herzlich, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich erteile jetzt das Wort Leo Lennartz aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Leo Lennartz: Meine lieben Freunde! Der Herr Fraktionsvorsitzende hat mich gerade ganz leidend angeschaut und hat gesagt, ich solle nicht zu lange reden. Ich will auch gar nicht lange reden, meine lieben Freunde. Ich habe Ihnen eigentlich nur einen einzigen Satz zu sagen: Der Mensch ist für den Menschen unverfügbar! Das ist der Kern der Diskussion. Darüber müssen wir diskutieren. Deshalb hat die Frauen Union des Kreisverbandes Euskirchen einen Antrag zur Frage der PID eingebracht, in dem wir die Sache zugespitzt haben. Die PID ist ein Vorgang der Selektion. Ich habe zurzeit die Freude, des Öfteren Vorträge über dieses Thema halten zu dürfen. Ich spitze die Sache in der Diskussion natürlich zu. Das möchte ich auch hier tun.

Was ist denn PID? Die PID ist grob gesagt ein TÜV für ungeborene Menschen. Wenn Sie sich vor Augen führen, dass man über Menschen nach dem Motto „Lassen wir ihn zum Leben zu oder lassen wir ihn nicht zu?“ verfügt, dann wissen Sie, dass man eine Wertung vornimmt, die einfach nicht zulässig ist. Wir haben gestern über viele Zukunftsfragen diskutiert. Aber ich frage: Was ist die Zukunft unseres Landes wert, wenn wir keine Menschen mehr haben, die die Zukunft leben können? Dieser Frage, meine Damen und Herren, müssen wir uns hier und heute stellen. Ich bedauere es immer wieder, dass die Diskussion über die großen Leitenträge so viel Zeit auf den Bundesparteitag in Anspruch nimmt. Erst heute Morgen, sozusagen zwischendurch, kommen wir zu den Fragen, die die Gesellschaft umtreiben.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir müssen aufpassen, dass wir nicht herunterrutschen. Ich bin mit Jürgen Rüttgers völlig einig darüber, dass die Sache einer sehr intensiven Diskussion bedarf.

Aber das kann doch nicht in der Form geschehen, dass wir die Diskussion heute nach Möglichkeit vermeiden, wo wir doch wissen, dass Anfang des nächsten Jahres ganz wichtige Entscheidungen fallen sollen. Wo ist denn hier die Stimme der CDU? Die Stimme der CDU kann doch bei Fragen, bei denen es um Leben und Tod geht, wie Jürgen Rüttgers zu Recht sagt, nicht sagen: „Wir wollen einmal abwarten.“ Wenn es um Leben und Tod geht, muss man sofort handeln, und zwar für das Leben. Darum, liebe Freunde, geht es in dem Antrag, den wir aus Euskirchen eingebracht haben. Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie dem Antrag F 5 zustimmen, weil in ihm ganz kurz und ganz prägnant ausgesagt wird: „Die CDU ist dafür, das Leben des Menschen umfassend und tatkräftig zu schützen.“ Nichts anderes möchten wir erreichen und das möchten wir gerne mit Ihnen zusammen erreichen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lennartz. Insbesondere den Hinweis, dass man sich wegen der Vielzahl von Tagesordnungspunkten, die wir heute noch zu erledigen haben, kurz fassen sollte, nehme ich dankbar auf. –

Ich erteile jetzt der Antragskommission das Wort.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Antragskommission: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Kurz ist wichtig, aber klar in der Sache, ist ebenso wichtig, wenn es um Bio- und Gentechnologie geht.

(Teilweise Beifall)

Ich stimme mit Jürgen Rüttgers überein, es geht hier wirklich um Fragen von Leben und Tod und es geht für uns als Christdemokraten auch um das „C“ in unserem Namen, nämlich um das christliche Menschenbild und die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens. Das sind Fragen, die uns zutiefst bewegen.

Deshalb, glaube ich, ist auch die Interpretation nicht richtig, dass wir die Diskussion darüber heute nicht führen wollen. Wir wollen eine intensive Diskussion. Aber wir waren der Auffassung, dass wir im Rahmen dieses Parteitages nicht genügend Raum haben werden, um wirklich in einer umfassenden Art und Weise über diese entscheidenden Fragen des Schutzes des menschlichen Lebens und wie wir es mit der Fortpflanzungsmedizin halten, so zu diskutieren, dass wir alle Aspekte ausloten können und dann zu einer abschließenden Positionierung kommen können.

Deshalb, glaube ich, ist es wichtig, mit im Blick zu haben, dass die Überweisung der Anträge nicht die Funktion hat – wie es manches Mal bei Parteitagen so ist –, dass sie erledigt sind. Im Gegenteil: Wir wollen die breite Diskussion in der Partei, in allen Gliederungen der Partei und auch in den Vereinigungen, weil es an dieser Stelle wichtig ist, wie sich die Union positioniert und wie sie beim Schutz des menschlichen Lebens Flagge zeigt.

Bei der verbrauchenden Embryonenforschung müssen wir uns deutlich vor Augen halten: Wenn embryonale Stammzellen aus Embryonen gewonnen werden, dann bedeutet das, zuvor ist ein Embryo getötet worden. Ich stimme mit dem überein, was Jürgen Rüttgers, Hubert Hüppe und andere sagen: Das menschliche Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Wir sind gehalten, das menschliche Leben von Anfang an zu schützen. Das bedeutet, dass der volle Schutz auch dem Embryo zuteil werden muss und dass die menschliche Würde von Anfang an zu wahren ist.

All dieses sind Gedanken, die wir sehr wohl in die Diskussion innerhalb der Partei, aber auch innerhalb der Fraktion hineinbringen. Wir haben von Seiten der Fraktion deutlich gemacht, dass es nicht so sein kann, dass einzelne Wissenschaftler entscheiden, sondern dass von der Politik eine Entscheidung zu fällen ist und dass uns niemand diese Entscheidung abnehmen kann.

Ich will Ihnen heute deutlich sagen, dass wir die Entscheidung an unseren Werten orientiert treffen werden, dass wir sie am christlichen Menschenbild orientiert treffen werden und dass wir auch alles daran setzen werden, dass der Schutz des Lebens von Anbeginn an, aber auch bis zum Ende gegeben ist.

Ich darf an dieser Stelle an die Ausführungen erinnern, die Christoph Böhr im Rahmen der Wertekommission zu dieser Frage gemacht hat und die deutlich die Richtschnur und damit den Kompass vorgeben.

Ich halte es für ausgesprochen hilfreich für die Beratungen, die jetzt anstehen, dass diese Anträge vorliegen. Ich bitte Sie im Namen der Antragskommission, dass wir so verfahren,

dass wir einen breiten Diskussionsprozess in der Partei und in der Fraktion fortsetzen, aber nicht endlos, sondern dass wir diese Beratungen zügig zu einem Ende bringen und eine klare Position, orientiert an der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens, einnehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich verweise auf den Text der Empfehlung der Antragskommission auf der Seite 283. Danach wird empfohlen, den Bundesvorstand zu beauftragen, baldmöglichst einen umfassenden Beschlussvorschlag zu Fragen der Bio- und Gentechnologie und den damit verbundenen ethischen Fragen, zum Beispiel auf einer Sitzung des Bundesausschusses, vorzulegen. Dabei sind die zuständigen Gremien der Partei zu beteiligen. Dieser Beschlussvorschlag soll die Anträge F 4 bis F 9 berücksichtigen. Darüber hinaus empfiehlt die Antragskommission, die Anträge F 4 bis F 9 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich nunmehr um ein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen worden.

Wir kommen nunmehr zu dem Antrag F 10 auf Seite 388. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Will die Antragskommission dazu sprechen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag F 10 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag F 11 auf Seite 388 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird das Wort gewünscht? – Seitens der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag F 12 auf Seite 318 ff.. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Auch seitens der Antragskommission nicht? – Dann lasse ich über den Antrag F 12 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses so beschlossen worden.

Ich rufe Antrag F 13 auf Seite 390 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag F 14 auf Seite 395 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse über den Antrag F 14 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag F 15 auf Seite 396 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag F 16 auf den Seiten 396 bis 400. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Generalsekretär. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag F 16 abstimmen.

Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen worden.

Ich rufe die Anträge F 17 und F 21 auf den Seiten 400 ff. auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge F 17 und F 21 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag F 18 auf Seite 400 auf. Es wird die Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Ich habe dazu eine Wortmeldung von Herrn Dr. Johann Wadepful, Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein. Bitte sehr, Herr Dr. Wadepful.

Dr. Johann Wadepful: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir eben einige Anträge an den Bundesvorstand und an den Bundesausschuss verwiesen haben, sollten wir bei dem jetzt folgenden Antrag den Mut haben, auch in der Sache eine Entscheidung zu treffen. Es geht um unsere parteiinterne Demokratie.

Ich möchte das aufnehmen, was unsere Bundesvorsitzende gestern unter großem Beifall von uns allen dazu gesagt hat. Sie hat unter anderem gesagt: Die Mitglieder sind der größte Schatz unserer Partei. Ich will eine CDU, deren Mitglieder in die Meinungsbildung einbezogen werden. – Das wollen wir, so glaube ich, alle. Sie hat darauf hingewiesen, dass wir wieder eine tolle Serie von Regionalkonferenzen hatten – das hat der CDU genutzt; das hat sie interessant gemacht –, auf denen wir miteinander um Inhalte in Sachaussagen gerungen haben. Wer das konsequent weiter verfolgen und ausgestalten will, der muss an dieser Stelle auch sagen: Wer es mit der Mitgliederbeteiligung ernst meint, der muss die Mitglieder nicht nur an Sachfragen, sondern auch an Personalfragen beteiligen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte diesen Antrag begründen und darauf hinweisen, dass die Union, seitdem es die Bundesrepublik gibt, kein geregeltes Verfahren hat – ich bedauere dies –, wie wir unseren Kanzlerkandidaten, unsere Kanzlerkandidatin bestimmen. Wir sollten uns einmal anschauen, wie die Situation sonst in der Partei ist: Wer von uns Dorfbürgermeister, Kreispräsident, Landrat oder Ministerpräsident werden will, der muss sich dem Votum der Mitglieder vor Ort an der Basis stellen. Es steht uns gut an, auch für das höchste Amt, nämlich für das Amt des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin, eine entsprechende Regelung zu treffen.

Es wird nun von vielen gesagt, das ginge nicht und sei nicht durchsetzbar; die CSU mache nicht mit. Ich verweise darauf, dass der CSU-Fraktionschef Alois Glück gesagt hat, er spreche sich für einen entsprechenden Wahlkonvent aus. Es gibt auch bei der CSU Zustimmung.

Christian Wulff rief mir gerade noch zu, ich solle den Delegiertenschlüssel gleich bekannt geben. Liebe Freunde, lieber Christian, es ist immer so: Überall auf der Welt, wo sich Menschen für Demokratie einsetzen, gibt es immer welche unter ihnen, die sagen, es ginge nicht und es sei nicht praktikabel. Wer es aber mit der Demokratie Ernst meint, der kann sie umsetzen. Wenn wir so etwas machen wollen, dann finden wir auch einen Weg, wie wir es regeln können.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es bei der Umsetzung natürlich Probleme gibt. Wir werden Schwierigkeiten haben, das noch satzungsrechtlich zu verankern. Aber wenn wir es wollen, dann können wir es machen. Die Demokratie ist gemäß eines berühmten Wortes die beste aller schlechten Herrschaftsformen. Wenn wir zu dieser Demokratie stehen, dann sind gemeinsam aufgerufen, an dieser Stelle voranzugehen, den Mitgliedern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben, es mit der parteiinternen Demokratie ernst zu nehmen und die Mitglieder zu beteiligen. Die Union, die CDU und die CSU, wird dadurch glaubwürdiger und stärker. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun die Parteivorsitzende.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Ich unterstreiche vieles von dem, was Johann Wadephul gesagt hat, auch dass wir mehr Beteiligung der Mitglieder haben wollen. Wir haben das bei den zehn Regionalkonferenzen ausführlich erprobt. Das schließt nicht aus, dass wir auch bei anderen Entscheidungen so verfahren.

Allerdings haben wir gestern einmütig und unter viel Beifall gesagt, dass in der Frage der Nominierung des Kanzlerkandidaten die beiden Parteivorsitzenden Anfang des Jahres 2002 den Gremien der Parteien einen Vorschlag unterbreiten werden. Die beiden Vorstellungen – also das, was Johann Wadephul gesagt hat, und das, was wir gestern einmütig miteinander besprochen haben – schließen sich aus. Wir können jetzt nicht einen Konvent beschließen, da wir gesagt haben, dass Anfang 2002 die beiden Parteivorsitzenden ihren zuständigen Gremien – das sind vor allen Dingen die Parteivorstände – einen Vorschlag machen werden.

Ich bitte Sie herzlich, diesem Antrag von Johann Wadephul nicht zuzustimmen und den Weg zu gehen, den wir gestern miteinander beschlossen haben.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Dann lasse ich nun über den Antrag F 18 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Wir haben jetzt aufgrund der Kürze der Zeit eine etwas angespannte Geschäftslage. Wenn Sie einverstanden sind, könnte ich die Anträge F 19 bis F 31 zusammen zur Abstimmung stellen, weil es dazu keine Wortmeldungen gibt. Gibt es zu diesem Verfahren Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Ich möchte also die Anträge F 19 bis F 31 außer dem Antrag F 29, der vom Antragsteller zurückgezogen wurde, zur Abstimmung stellen. Wer den jeweiligen Voten der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen worden. Ich darf mich für Ihr Verständnis bedanken.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 a auf:

**EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„CHANCEN@DEUTSCHLAND. EINE INTERNETSTRATEGIE FÜR DIE POLITIK“**

Hierzu übergebe ich das Wort an den Internetsprecher der CDU Deutschlands, Herrn Professor Heilmann. Bitte sehr.

Prof. Thomas Heilmann: Herr Präsident! Liebe Frau Merkel! Meine Damen und Herren! Wir haben wenig Zeit. Deshalb will ich es schnell machen. In den Zeitungen von heute finden Sie viel zum Thema K-Frage. Ich meine aber, dass die W-Frage für den Wahlausgang viel wichtiger ist. Das ist die Frage, mit welchem wirtschaftspolitischen Angebot wir in die Bundestagswahl gehen.

Diese Frage teilt sich in zwei Unterfragen. Erstens: Wer hat die Hoheit über die Frage, warum wir eine Rezession haben? Ist es das Ausland, wie Schröder sagt, oder ist dies, wie wir sagen, vor allen Dingen innenpolitisch bedingt? Zweitens: Wie sieht die wirtschaftspolitische Antwort aus? Das Internet gibt dazu ein paar spannende Antworten. Ich werde dazu fünf Fragen so kurz wie möglich behandeln.

Erstens: Welches Potenzial steckt eigentlich im Internet und in der IT-Industrie für einen hoffentlich bald kommenden Aufschwung?

Zweitens: Worin unterscheidet sich der zurückliegende Aufschwung in den 90er-Jahren in den USA und in Deutschland? Wenn Sie sich den Unterschied ansehen, dann wissen Sie auch, worin sich die Rezession unterscheidet. Daraus kann man herleiten, wie man die Rezession vielleicht überwinden kann und welche Maßnahmen am Beispiel Internet man daraus ableiten kann.

Wenn Sie sich kurz fragen, welches Potential im Internet steckt, dann muss gesagt werden: Das Internet ist nicht so neu, wie man das vielleicht denkt. In den letzten 200 Jahren Wirtschaftsgeschichte hat es immer wieder Innovationen gegeben, die einen lang anhaltenden Aufschwung hervorgerufen haben. Der Aufschwung lag aber nicht darin – wenn ich nur eines der Beispiele erwähnen darf, die an der Wand stehen –, dass sich auf dem Gebiet der Elektrotechnik oder Elektronik große Stromkonzerne gebildet haben. Das war natürlich auch der Fall. Vielmehr war Strom eine Basisinnovation für alle anderen Wirtschaftszweige und hat den Aufschwung hervorgerufen. So ist das auch bei der Informationstechnik und dem Internet.

Wenn Sie sich vor Augen halten, dass ein Handy heute mehr Rechenleistung hat, als die NASA zur Verfügung hatte, als die Apollo 11 gestartet und erfolgreich wieder auf die Erde zurückgebracht wurde, haben Sie ungefähr ein Gefühl dafür, was technologisch passiert ist. Das Internet führt nun zu der Vernetzung dieser Rechenleistungen. Daraus entstehen ganz neue Wertschöpfungen. Diese Basisinnovation führt zu einem Wohlstandsschub, der ähnlich groß ist wie der, den das Automobil in Deutschland und in anderen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg erzeugt hat. Diese Vernetzung zwischen den Computern schafft neue Prozesse in allen Wirtschaftszweigen zu extrem niedrigen Kosten. Darin liegt der eigentliche Kern.

Der Verbraucher erhält mehr Transparenz, der Bürger mehr Information, mehr Kontrolle und mehr Teilhabe. Darin liegt eine hohe Herausforderung für die Politik.

Nun hat es einen Börsencrash gegeben; Sie alle wissen das. Die Frage ist, ob das die Antithese dazu ist, der Beleg dafür, dass das Internet doch keine Basisinnovation ist. Die Auffassung der Internetkommission ist einheitlich: Das ist nicht der Fall. Wenn Sie sich die Börsengeschichte der letzten 200 Jahre angucken, stellen Sie fest, dass es in Deutschland 2000 Eisenbahngesellschaften gegeben hat. Die meisten davon waren an der Börse notiert, die meisten davon sind Konkurs gegangen und trotzdem hat sich die Eisenbahn durchgesetzt. Das Gleiche sehen Sie auch bei den Auto- und Energieaktien beim großen Börsencrash 1929.

Noch etwas ist wichtig: Wir müssen unterscheiden zwischen dem volkswirtschaftlichen Effekt einer Innovation und den Unternehmensgewinnen. Internetunternehmer haben niedrige bis gar keine Gewinne, weil die Preisvorteile direkt an den Verbraucher gegangen sind und nicht in den Unternehmen verblieben sind. Die Unternehmensgewinne sind niedrig, der volkswirtschaftliche Effekt ist aber sehr hoch.

Wenn Sie diese Basisthesen – in der notwendigen Kürze vorgetragen – nachvollziehen, dann werden Sie bei der Analyse des Aufschwungs, den es in den 90er-Jahren gegeben hat, eine sehr interessante Entwicklung in Amerika feststellen können. In Amerika hat es sechs Branchen gegeben, die den Aufschwung bewirkt haben. Es war nicht, wie gesagt wurde, die IT-Industrie selbst, die die Menge der Arbeitsplätze und Produktivität geschaffen hat, sondern es waren sechs Branchen. Ich will eine herausgreifen; die anderen stehen an der Tafel. Diese Branche ist der Einzelhandel. Wal Mart – Ihnen allen bekannt – hat die Preise in Amerika um 40 Prozent gesenkt. Das hat dazu geführt, dass die Konkurrenz nachziehen musste. Dadurch gab es einen volkswirtschaftlichen Effekt, nämlich den, dass die Leute für weniger Geld mehr kaufen konnten. Das heißt, es ist dadurch ein Wohlstandsschub erfolgt. Das hat zu sehr viel Arbeitsplätzen geführt. Das hat einen weiteren Wohlstandszuwachs für die Verbraucher gegeben. Dann hat es eine Deregulierung gegeben und erhebliche Aktiengewinne, die die privaten Haushalte und den Konsum auch gestärkt haben. Das war der Grund, warum es in Amerika einen Aufschwung gegeben hat.

In Deutschland ist der Aufschwung sehr viel schwächer ausgefallen, unter anderem deswegen, weil die IT-Innovation eben nicht dazu geeignet war, außerhalb der Automobil- oder Maschinenbauindustrie die Kosten derart zu senken, dass die Unternehmen das an die Verbraucher hätten weitergeben können. Wir haben weniger neue Arbeitsplätze geschaffen – viel weniger als in Amerika. Wir hatten erheblich geringere Wohlstandszu-

wächse. Der Aufschwung ist in den letzten Jahren bewirkt worden durch die Aktiengewinne in privater Hand und den Export.

Wenn Sie jetzt fragen, warum es in den USA eine Rezession gibt, dann ist die Antwort: Das ist vor allen Dingen eine Vertrauenskrise. Die Sparquote ist in Amerika von 1 Prozent auf 5,4 Prozent gestiegen. Es hat, wie Sie wissen, eine deutliche Überhitzung gegeben, gerade am Aktienmarkt. Die Vertrauenskrise ist in Amerika die entscheidende Ursache für den Abschwung.

In Deutschland ist das anders. In Deutschland gibt es natürlich einen Auslandseinfluss, der nicht zu leugnen ist. Aber das ist nur eine von vier Rezessionsursachen. Die zweite ist: Es gibt einen erheblichen Mangel an volkswirtschaftlicher Produktivitätssteigerung in Deutschland. Dieser Mangel an Produktivitätssteigerung führte dazu, dass wir kein substanzielles Wachstum hatten. Das schlägt uns jetzt voll auf die Füße. Dann gibt es die Strukturprobleme, die wir in weitreichendem Umfang erlebt haben. Und darauf basierend kommen jetzt noch Vertrauensprobleme dazu.

Will sagen: In Deutschland gibt es vier Rezessionsgründe. Alle vier tragen gleichermaßen dazu bei; drei davon sind inlandsgemacht.

Jetzt ist die Frage: Wie kann man die Rezession überwinden? Dramatische Strukturreformen, die gelegentlich gefordert werden – insbesondere von der FDP –, würden eher zu hohen Transformationsopfern führen, das heißt, die Arbeitslosigkeit würde erst einmal wieder steigen, das Vertrauen würde weiter erschüttert werden. Ich glaube nicht, dass eine bloß radikale Strukturreform das richtige Konzept wäre. Das heißt, wir stehen vor der Frage, ob wir die Vertrauenskrise möglicherweise erhöhen und dafür langfristig Strukturreformerfolge erzielen oder ob wir ein eher ganzheitliches Konzept wählen sollten, das alle Rezessionsursachen gleichzeitig angeht.

Mein Einstieg macht klar: Es geht darum, dass wir ein ganzheitliches Konzept durchführen. Die Auffassung der Internetkommission ist, dass Deutschland insgesamt einen wirtschaftspolitischen Neustart braucht. Er muss ganzheitlich sein. Das ist wirklich wie das Computerbild: Wir haben uns verheddert, lasst uns mal auf dem Resetknopf drücken und einen nachhaltigen Neuanfang machen.

Drei Säulen dieses Neustarts sind definiert worden.

Erstens: Wir sollten wie bei jedem Turn-around auf unsere Stärken bauen, das heißt, wir sollten die Errungenschaften, die es in Deutschland zweifellos gibt, und deren Stärken bewahren. Das muss man auch sehr deutlich nach vorne kommunizieren, weil man den Leuten mit einer Totalveränderung nur Angst macht.

Zweitens: Man muss Hindernisse beseitigen. Das sind die ganzen kleinen Dinge, um die es geht und die sehr ärgerlich sind, die sehr viel Innovation verhindern, die es neuen Unternehmen schwer machen. Sie kennen die Liste; ich kann sie hier aus Zeitgründen nicht wiederholen.

Drittens: Wir sollten Platz schaffen für Neues und Experimente, das heißt, wir sollten nicht erst alle Strukturen generalrenovieren. Wir sollten erst einmal Platz schaffen für neue Dinge, sei

es befristete Arbeitsverträge oder all das, was man in den Unternehmen neu darstellen kann. Sie wissen, dass in der New Economy viele Dinge daran gescheitert sind, dass die Rahmenbedingungen nicht gestimmt haben.

Die Maßnahmen, die die Internetkommission vorgeschlagen hat, passen genau in diesen Dreiklang; denn auch das, was Sie in der IT-Industrie sehen, ist extrem enttäuschend. Der Anteil der surfenden Bevölkerung in Deutschland ist etwa halb so hoch wie in den USA. Wir wissen spätestens seit heute, dass wir ein schlechtes Bildungsniveau haben. Aber daran liegt es natürlich ist. Es liegt daran, dass wir es nicht richtig gemacht haben. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Informationstechnik liegen unter dem europäischen Durchschnitt. In Argentinien können sie Pässe online bestellen, bei uns kriegen Sie per E-Mail noch keine Antwort. Das heißt, wir sind auch kulturell bei dieser Frage sehr weit hinten.

Wenn ich jetzt kurz die Ergebnisse der Internetkommission zusammenfasse, dann sollten Sie wissen: Wir haben eineinhalb Jahre getagt. Es waren sechs namhafte Politiker dabei. Es sind 19 Vertreter aus der Wirtschaft dabei gewesen: von Bertelsmann über Telekom bis zu kleinen Unternehmen. Es ging um die Frage: Was kann man nun tun?

Wir glauben, dass wir auch beim Internet einen Neustart brauchen. Es gibt erhebliche Chancen. Wir haben eine umfassende und detaillierte Internetstrategie erarbeitet. Wir haben einen 60-seitigen Bericht vorgelegt und einen sehr knappen, klaren Maßnahmenkatalog, der hier zur Abstimmung steht und den Sie kennen, vorgestellt. Wichtig war, dass wir keine großen Ausgabenprogramme entwickelt haben. Das wäre natürlich auch möglich gewesen. Aber wir haben uns überlegt: Was sind die kleinen Dinge, die man heute ändern kann, die wenig kosten und sehr wirkungsvoll sind?

Ich will den Dreiklang aufgreifen und es wegen der Kürze der Zeit extrem kurz machen. Es geht um das Thema: Errungenschaften bewahren. Wir haben dazu fünf Schlüsselbereiche definiert. Ich will gleich auf das Beispiel Mobilfunk eingehen. Sie wissen, dass wir in Deutschland im Mobilfunk eine besondere Stärke haben. Das ist der weitsichtigen Politik im Zusammenhang mit dem GSM-Standard zu verdanken, der rechtzeitig definiert worden ist. Wenn Sie sehen, wie die UMTS-Versteigerung gelaufen ist, dann muss gesagt werden, dass das eine Sondersteuer ist. Das Wie der UMTS-Versteigerung war falsch. Das war viel zu teuer. Man sieht das am Kurs der Telekom und an vielen anderen Dingen.

Eine weitere Stärke des Standorts Deutschland ist die Open-Source-Software. Wir haben sehr umfangreiche Maßnahmen vorgeschlagen, wie man da weiter vorgehen sollte.

Zum Thema Hindernisse beseitigen will ich nur noch den ersten Punkt erläutern, weil er wahrscheinlich etwas komplizierter ist. Sie wissen, dass wir im deutschen Steuerrecht die Freistellungsmethode haben. Das heißt, Gewinne, die ich bei einer Tochtergesellschaft im Ausland habe, werden in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich besteuert. Wenn es ein Doppelbesteuerungsabkommen gibt, wird das Unternehmen freigestellt. Das führt zu einer ganz ungerechten Steuer. Das ist im Übrigen in vielen Fällen auch eine Steuersubvention. Das würden wir alles sehr gerne abschaffen. Gleichzeitig möchten wir die Steuersätze senken, wobei auf das zurückgegriffen werden kann, was dabei an Mehreinnahmen entsteht. Außerdem sollte die Anrechnungsmethode Anwendung finden, die es im angelsächsischen Raum längst

gibt. Das heißt, es gibt ein Welteinkommen, das zu einem einheitlichen Steuersatz versteuert wird, und die Ausnahmen fallen weg.

Die Gewerbesteuer wird im Zusammenhang mit dem Internet sehr fraglich, weil der Handel im Internet die Lokalisierung aufhebt. Genauso muss es ein Ende haben mit der Überbesteuerung von Aktienoptionen; zum Teil werden da mehr Steuern bezahlt, als sie schließlich wert sind. Digitale Dienstleistungen wiederum müssen der Umsatzsteuer unterliegen. Sicher müssen wir auch eine Verwaltungsreform angehen.

Ich will das aus Zeitgründen kurz machen. – Wir haben uns eine ganze Reihe von Dingen überlegt, wo man Neues schaffen muss. Dies muss im Wege von Experimenten gehen. Man kann nicht die große, die endgültige Lösung suchen, weil das viel zu lange dauert. So wird man der Rezession nicht entgegenwirken können. Auf einen dieser Punkte, die ich aufgeführt habe, möchte ich kurz näher eingehen: Die Bundesregierung, auch der Bundeskanzler, hat mehrfach Wettbewerb im Ortsnetz der Telekom angemahnt. Es passiert nur nichts. Das ist ein ganz schwerer Fehler. Denn wir könnten erhebliches Wachstum bekommen, wenn es diesen Wettbewerb endlich gäbe.

Gleichfalls wichtig ist das Thema der Finanzierung des Mittelstandes. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir auf diesem Feld viel weiter gehen, als das das 4. Finanzmarktförderungsgesetz vorsieht, um dem Mittelstand über das Kreditwesen hinaus endlich weitere Finanzierungsformen zur Verfügung stellen zu können.

Lassen Sie mich abschließend auf eine Meldung des heutigen Tages eingehen. Das ifo-Institut rechnet mit einer der stärksten Rezessionen in Deutschland seit 20 Jahren. Das, meine Damen und Herren, spiegelt die sehr ernste wirtschaftliche Bedrohung. Wir müssen dringend eine Antwort für die Bevölkerung finden, wie die Union das ganz praktisch anpacken will. Wir haben auf diesem Parteitag das Fundament gelegt, indem wir unsere Grundsätze zum Wertesystem – das wurde ja bis spät in die Nacht diskutiert; deswegen kann ich heute auch nur eine kurze Zusammenfassung meines Themas geben – verabschiedet haben. Es wird in den nächsten zehn Monaten darauf ankommen, personell und fachlich eine Alternative darzulegen, damit man diese Rezession im nächsten Jahr wirklich stoppen kann, denn sie wird leider viel schwerer werden, als man gemeinhin glaubt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, Herr Professor Heilmann, für Ihre Ausführungen. Im Namen des Parteitages danke ich Ihnen insbesondere dafür, dass Sie als Internetsprecher für die CDU Deutschlands so wirkungsvoll tätig sind.

Wir kommen jetzt zur Behandlung der Anträge. Die Geschäftslage ist wie folgt: Es gibt einen Initiativantrag C 10, nach dem gewünscht wird, den Antrag des Bundesvorstandes zu überweisen an eine zu benennende Kommission, die mit kompetenten Fachleuten besetzt ist, und dort die Sache zu überarbeiten. Dazu hat sich Herr Dr. von Boetticher gemeldet. Über diesen Antrag müssen wir zunächst abstimmen und dann gegebenenfalls die weiteren Anträge behandeln.

Ich erteile das Wort Herrn Dr. Christian von Boetticher. – Bitte sehr.

Dr. Christian von Boetticher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war Berichterstatter der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zum Datenschutz in der elektronischen Kommunikation. – Wir haben den Antrag gestellt, den Antrag des Bundesvorstandes zur Überarbeitung an eine Kommission zu überweisen. Den zweiten Halbsatz mögen Sie uns nachsehen: Selbstverständlich gehen auch wir davon aus, dass alle Kommissionen der CDU mit kompetenten Fachleuten besetzt sind. Wir wollten das lediglich noch mal unterstreichen.

Worum geht es in diesem Projekt? Es geht um nichts weniger als um eine Standortbestimmung der CDU in einem der wichtigsten Zukunftsbereiche der Kommunikation. An diesem Antrag werden wir uns von vielen Firmengründern und Beschäftigten in dieser Branche messen lassen müssen. Wir können uns daher keine Phrasen, Unklarheiten oder Widersprüche leisten.

Ich bitte Sie einmal, sich die Ziffer 3 dieses Antrages vor Augen zu führen. Dort wird eine „internetgerechte Steuerordnung“ gefordert. Liebe Freunde, ganz nebenbei werden umfangreiche Reformen der Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Lohnsteuer und der Freistellungsmethoden gefordert, ohne dass einmal von den Experten der Bundestagsfraktion abgeklärt worden wäre, ob dies mit unseren Vorstellungen von einem Steuerrecht überhaupt in Einklang zu bringen ist.

Ich geben Ihnen einmal eine Kostprobe. Wir finden unter anderem den Satz:

Auch die Gewerbesteuer ist aufgrund der schwindenden Lokalisierbarkeit wirtschaftlichen Handelns grundsätzlich infrage zu stellen.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wir haben aber gerade den Antrag F 30 der Delegierten Götz, von Stetten, Frau Stavenhagen und weiterer Delegierter verabschiedet – ich bin ja froh darüber –, der da heißt: „Erhöhung der Gewerbesteuerumlage sofort zurücknehmen – Gewerbesteuern fortentwickeln“. Manches Mal habe ich das Gefühl, dass die Antragskommission selbst nicht mehr den Überblick über die Anträge hat.

Liebe Freunde, lässt uns doch nicht in einem Internetpapier weitreichende Regelungen über so viele komplizierte Fragen der Steuerpolitik treffen, an die wir uns an anderer Stelle gebunden fühlen müssen! Das Ganze gilt auch – das kann ich mit Nachdruck sagen – für den ganzen Bereich der Bekämpfung der Internetkriminalität. Ich kann Ihnen erklären, wie schwierig es ist, auf europäischer Ebene Regelungen zu treffen. Nur, lesen Sie einmal die Forderungen, die in diesem Papier dazu enthalten sind!

Ich glaube, man hat einen konzeptionellen Fehler gemacht: Man hat Internetexperten tagen lassen – das ist auch gut und vernünftig so –, aber vergessen, den Sachverstand aus den anderen Bereichen, die dort alle mit betroffen sind, einzubeziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist ganz wichtig, dass man über ein Positionspapier zum Internet nicht plötzlich viele andere Bereiche regelt, in denen wir vielleicht ganz andere konzeptionelle Auffassungen vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

Darum ist es strategisch richtig und notwendig, auch wenn wir diesen Bereich umsetzen wollen, auch wenn wir wichtige Fragen zum Internet beantworten wollen und dazu ein Papier vorlegen müssen, die Ganzheitlichkeit des Papiers nicht aus dem Auge zu verlieren. Dafür müssen wir uns mit den verschiedenen Kollegen abstimmen und dürfen nicht mit zwei Zungen reden. Ich könnte Ihnen viele Einzelbeispiele aus diesem Papier nennen, wo diese Kohärenz zu den anderen Politikbereichen eben nicht gewahrt ist.

Wenn wir eine vernünftige Aussage treffen wollen, ist es notwendig, dass wir uns noch einmal in Ruhe zusammensetzen, dass die Experten aus den verschiedenen anderen Fachbereichen zu Rate gezogen werden, um so zu einem ganzheitlichen Papier zu kommen. Darum bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich lasse nunmehr über den Antrag C 10 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Ich bitte diejenigen um ein Karrenzzeichen, die der Empfehlung zustimmen möchten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist nach Auffassung des Präsidiums der Antrag C 10 angenommen.

(Beifall)

Der Antrag des Bundesvorstandes wird zur Überarbeitung an eine vom Bundesvorstand zu benennende Kommission überwiesen. Dort können dann auch die Anträge C 1 bis C 9 behandelt werden.

(Beifall)

Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, dem JUler und stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden von Herford, Chris Bollenbach, zum heutigen Geburtstag im Namen des Parteitages sehr herzlich zu gratulieren. Alle anderen nicht erwähnten Geburtstagskinder werden in diesen Glückwunsch eingeschlossen. Alles Gute im neuen Lebensjahr!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

**BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE
IN DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

Der Bericht wird in schriftlicher Form vorgelegt. Wir bedanken uns für den Bericht bei Hartmut Nassauer. Gleichzeitig danken wir ihm und seinen Kollegen für die fleißige Arbeit der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

Nunmehr rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

**BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Ich übergebe das Wort an unseren Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, bitte sehr.

Friedrich Merz (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Angela Merkel! Liebe Freunde! Am 16. November, also vor wenigen Tagen, musste der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag zum letzten Mittel greifen, das einem Bundeskanzler zur Verfügung steht, um sich der eigenen Mehrheit im Parlament zu vergewissern. Gerhard Schröder musste die Vertrauensfrage stellen. Er musste sie nicht nur stellen, weil die Grünen ihm die Gefolgschaft versagt haben. Schröder musste die Vertrauensfrage stellen und mit der Vertrauensfrage den Einsatz der Bundeswehr verbinden, weil ihm seine eigene Partei, deren Vorsitzender er ist, in einer der wichtigsten politischen Fragen, die einem Land überhaupt gestellt werden kann, nämlich in der Frage der internationalen Politikfähigkeit und der Bündnisfähigkeit, nicht mehr geschlossen folgen wollte.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Schröder hat die Abstimmung mit einem denkbar knappen Ergebnis gewonnen. Aber jeder von uns im Deutschen Bundestag, Sie, die Sie die Diskussion in den Medien verfolgt haben, und diejenigen, die in den Tagen danach über Politik in Deutschland nachdenken – wir alle haben gespürt: Es war so wie 1982, als Helmut Schmidt die Vertrauensfrage stellen musste. Auch dieses Mal war es wieder der erste Tag vom Anfang des Endes einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wie dramatisch die Lage in der rot-grünen Koalition wirklich ist, haben wir erst in den Tagen danach nachlesen können. Es hat bei der Vertrauensabstimmung im Parlament 94 Erklärungen zur Abstimmung gegeben. Vier davon kamen von Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie haben etwas zum Ausdruck gebracht, was unserem Willen und unserer politischen Überzeugung insgesamt entspricht. Sie hätten gerne – wie wir alle – aus innerer Überzeugung dem Einsatz der Bundeswehr zugestimmt, weil wir es für richtig halten, dass sich Deutschland am internationalen Kampf gegen den Terrorismus beteiligt.

(Vereinzelt Beifall)

Der Bundeskanzler hat dies aber vereitelt. Wie dramatisch die Lage wirklich ist, war in 32 Erklärungen zur Abstimmung nachzulesen, 18 davon allein aus der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. 18 SPD-Abgeordnete haben erklärt, sie hätten diesem Einsatz nicht zugestimmt, wenn er nicht mit der Vertrauensfrage verbunden gewesen wäre. Damit ist klar: Gerhard Schröder verfügt im Deutschen Bundestag nicht mehr über eine Mehrheit für die von ihm für richtig gehaltene Politik.

(Beifall)

Versetzen wir uns in diesem Zusammenhang einen kurzen Augenblick lang einmal in die Lage eines Betrachters – sei es aus Großbritannien, aus Frankreich, aus vielen anderen europäischen Staaten oder aus den Vereinigten Staaten von Amerika –, der in diesen Tagen einen Blick auf Deutschland wirft. Dieser Betrachter muss feststellen, dass alles, was Deutschland bisher geleistet hat – es kann mehr werden –, ist, dass in zwei 30 Jahre alten Transall-Transportmaschinen ein paar hundert Wolldecken von Kaiserslautern nach Ankara transportiert worden sind. Das ist alles! Und darüber stürzt die Regierung in Deutschland in eine Krise!

(Beifall)

Das ist das Bild, das unser Land im Augenblick im Ausland bietet.

(Beifall)

Ich will ausdrücklich betonen, dass auch wir uns unsere Entscheidung in der Fraktion nicht leicht gemacht haben. Ich will noch einen Schritt weitergehen. Auch wir haben uns vor eine schwierige Situation gestellt gesehen. Viele Kolleginnen und Kollegen sahen sich in der Tat vor eine Gewissensfrage gestellt. Wir haben diese Frage beantwortet. Es ist eben nicht nur für diejenigen eine Gewissensfrage, die mit Nein antworten. Es kann genauso gut eine Gewissensfrage für diejenigen sein, die mit Ja antworten, liebe Freunde.

(Beifall)

Auch wir haben besorgte Briefe und Anrufe bekommen, und zwar nicht nur von Soldaten der Bundeswehr, deren Ehefrauen, deren Freundinnen und Freunden, sondern auch von deren Eltern und häufig auch von deren Großeltern, die noch über eine ganz andere historische Erfahrung verfügen. All denen haben wir gesagt: Ja, wir haben es uns sorgfältig überlegt. Wir haben lange darüber nachgedacht. Wir sind aber zu der Entscheidung gekommen, dass Deutschland beteiligt sein muss und dass es für Deutschland nicht wieder eine Sonderrolle geben darf.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu sagen: Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren amerikanischen Freunden, wir stehen zum Bündnis und aus eigenem nationalen Interesse zur Bundeswehr. Diese Bundeswehr hat mehr verdient, diese Bundeswehr hat mehr Beachtung, mehr Zuwendung, mehr Fürsorge und auch mehr finanzielle Mittel verdient, als sie gegenwärtig von der rot-grünen Bundesregierung bekommt.

(Beifall)

Im Parlament und in den Medien ist uns in den Tagen um den 16. November herum häufig vorgehalten worden, eigentlich hätten wir ja gar kein Interesse daran, dass der Bundeskanzler die Vertrauensfrage nicht besteht und dann die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen seien, als da sind Auflösung des Deutschen Bundestages und Neuwahlen. Wir hätten angeblich gar kein Interesse daran, weil wir darauf nicht vorbereitet seien. Liebe Freunde, ich will dazu zweierlei sagen. Erstens: Jeder Tag, den diese rot-grüne Bundesregierung früher aus dem Amt scheidet, ist ein guter Tag für Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Zweitens: Wir nehmen es mit jedem aus dieser rot-grünen Bundesregierung auf. Wir nehmen es mit dem Bundeskanzler auf. Wir nehmen es mit dem zerknirschten Weltenlenker aus dem Auswärtigen Amt auf.

(Beifall)

Wir nehmen es mit dem Bademeister von der Hardthöhe auf.

(Lebhafter Beifall)

Wir nehmen es mit einem Bundeswirtschaftsminister auf, der nur noch virtuell hin und wieder in Erscheinung tritt und dessen Politik für dieses Land bedeutungslos geworden ist. Wir nehmen es mit einem Sozialminister auf, der sich als Frühstücksdirektor des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall am Kabinetttisch fühlt.

(Lebhafter Beifall)

Wir nehmen es mit einem Bundesinnenminister auf, der sich wie Sheriff Otto durch dieses Land bewegt, viel ankündigt, aber nichts von dem im Kabinett durchsetzt, was er für richtig hält. Diese rot-grüne Bundesregierung insgesamt ist ablösungsreif und wir stehen bereit, liebe Freunde, dies auch zu tun.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn man die Protokolle des Deutschen Bundestages einmal nachliest, ergeben sich ganz aufschlussreiche Parallelen zwischen 1982 und 2001. Als es im Februar 1982 zur Auseinandersetzung zwischen der Regierung Helmut Schmidt und der von Helmut Kohl geführten Opposition zur Vertrauensfrage kam, die Helmut Schmidt gestellt hatte, ging es auch um Bündnisfähigkeit und um internationale Politikfähigkeit. Damals ging es um den NATO-Nachrüstungsbeschluss. Es ging aber nicht nur darum. Es ging auch um ein zweites Thema. Auch hier ist die Parallele aufschlussreich. Es ging damals und geht heute auch um den richtigen Weg in der Wirtschaftspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik. 1982 hatte sich nach acht Jahren Helmut Schmidt die Arbeitslosigkeit in Deutschland von einer Million auf zwei Millionen verdoppelt. In der Koalition zwischen SPD und FDP waren die Gemeinsamkeiten aufgebraucht. Diese Koalition wusste nach acht Jahren nicht mehr weiter. Sie stand vor einem riesigen Berg ungelöster Probleme. Das, was Helmut Schmidt nach acht Jahren erfahren hat, erfährt die rot-grüne Bundesregierung jetzt bereits nach drei Jahren.

(Beifall)

Sie ist nicht nur in der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Bündnisfähigkeit am Ende; sie ist es erkennbar auch in der Wirtschaftspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik.

Kein anderer als der Präsident des Ifo-Instituts in München, Professor Hans-Werner Sinn, hat es in diesen Tagen auf einen Satz gebracht: „Wir sind derzeit in einer Rezession, die so scharf ist, wie die von 1981.“

Die Ursachen für diese wirtschaftliche Lage sind nicht in der weltpolitischen Entwicklung begründet. Die Ursache ist auch nicht der 11. September. Dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, dass wir in diesem Jahr einen neuen Rekord bezüglich der Zahl der Konkurse mittlerer, kleiner und großer Unternehmen haben werden, dass die Sozialversicherungsbeiträge steigen und dass die Steuern zum Jahreswechsel wieder angehoben werden, dass Deutschland hinsichtlich fast aller wirtschaftlichen Daten Schlusslicht in der Europäischen Union ist – all das ist hausgemacht. Das Problem hat einen Namen und der Name ist Gerhard Schröder.

(Beifall)

Liebe Freunde, es mag ja sein, dass diejenigen, die uns in diesen Tagen kritisch begleiten, und die Wechselwähler, die sich Gedanken über die Wahl im nächsten Jahr machen, sagen:

Na ja, das, was die so sagen, gehört zu dem Bild einer Opposition. Das müssen sie tun. Aber es gibt objektive Betrachter, es gibt eine Gruppe von Wissenschaftlern, die nicht von uns, sondern von der Bundesregierung gebeten wurden, einmal eine Analyse über die Lage in Deutschland zu erstellen. Sie erinnern sich: Diese Regierung hatte einmal ein Projekt, es hieß „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland“. Dieses Bündnis für Arbeit hat eine so genannte Benchmarking-Gruppe berufen. Diese Gruppe, bestehend aus namhaften Professoren aller Fakultäten in Deutschland, sollte für die weitere Arbeit im Bündnis einen Bericht vorlegen. Sie hat vom Bundeskanzler den Auftrag bekommen, eine ungeschminkte Analyse der Lage in Deutschland zu erstellen. Sie sollte nicht vor unbequemen Wahrheiten zurückschrecken und zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung in Deutschland vor allem im internationalen Vergleich Stellung nehmen.

Diese Benchmarking-Gruppe hat vor wenigen Tagen ihr Ergebnis vorgelegt. Das Ergebnis lässt sich schnell in vier Punkten zusammenfassen. Erstens: Unternehmen und Arbeitnehmer in Deutschland sind mit besonders hohen Steuern und Abgaben belastet. Zweitens: Vor allem kleine und mittlere Unternehmen stellen aus Angst vor Arbeitsgerichtsverfahren kaum noch neue Mitarbeiter ein. Drittens: Die öffentlichen Investitionen in Deutschland gehen stärker zurück als in anderen Industrienationen. Schließlich viertens: Die Auflagen in Deutschland für Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung sind höher als in anderen Ländern.

Die Gruppe kommt so zu dem Fazit:

In kaum einem anderen Land der Welt stehen Aufwand und Ertrag für den Arbeitsmarkt in einem so schlechten Verhältnis zueinander wie in Deutschland.

(Beifall)

Das ist die Lage. Dies ist das Ergebnis der Analyse, die der Bundeskanzler von den von ihm berufenen Experten angefordert hat. Die Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit haben es aber bis heute erfolgreich geschafft, dass dieses Ergebnis nicht zur Beratungsgrundlage im Bündnis gemacht wird. Ja, meine Damen und Herren, wenn es überhaupt Sinn macht, in einer solchen Bündnisrunde über Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der Betriebe in Deutschland zu sprechen, dann müssen die Ergebnisse auf den Tisch und dann muss genauso eindeutig die Schlussfolgerung daraus gezogen werden wie die Analyse eindeutig ausgefallen ist.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang haben wir gestern das Notwendige und Richtige beschlossen. Die CDU Deutschlands ist ebenso wie die CSU inhaltlich ausgerichtet. Dort, wo es notwendig ist, um wieder Verantwortung für Deutschland zu übernehmen, haben wir uns neu ausgerichtet. Wir haben das, wie ich finde, gestern mit dem Beschluss über unseren wegweisenden Leitanspruch eindrucksvoll bestätigt. Die Reformen, die wir beschlossen haben, müssen wir aber nicht nur wollen – wir alle wollen sie –, sondern auch in die politische Praxis umsetzen.

Das heißt zunächst: Wir müssen in diesem Land eine Steuerpolitik machen, die nicht nur die großen Unternehmen entlastet, sondern auch die kleinen und mittleren Unternehmen.

(Beifall)

Die rot-grüne Steuerreform weist in einem Punkt durchaus in die richtige Richtung: Auch große Unternehmen in Deutschland brauchen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, eine steuerliche Entlastung. Diese ist, jedenfalls zum Teil, im letzten Jahr vollzogen worden. Es gibt aber überhaupt keinen Grund, dass die kleinen und mittleren Unternehmen, die Unternehmen, die als Personengesellschaften geführt werden, die das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft ausmachen, bis zum Jahr 2005 auf die Entlastung warten müssen.

(Beifall)

Wer wirklich etwas für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland tun will, wer wirklich dafür sorgen will, dass wir neue Arbeitsplätze bekommen und alte Arbeitsplätze erhalten, der muss den Mittelstand in Deutschland stärker entlasten, als dies unter Rot-Grün der Fall gewesen ist.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Thema wichtig – Angela Merkel hat gestern in ihrer Rede schon darauf hingewiesen: Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber auch in Zukunft zu einer sozialen Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Betrieben. Die soziale Partnerschaft, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebsrat, die überörtliche Mitbestimmung in den Aufsichtsräten, hat sich im Kern bewährt und ist für das Land und den sozialen Frieden in den letzten Jahren und Jahrzehnten stabilisierend gewesen. Sie hat Deutschland nach vorne gebracht. Soziale Partnerschaft in den Betrieben ist ein Markenzeichen der Volkswirtschaft unseres Landes. Wir tun gut daran, diese soziale Partnerschaft nicht nur zu bewahren, sondern sie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortzuentwickeln. Fortentwickeln heißt, dass man unter veränderten globalen Bedingungen auch kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit gibt, sich anzupassen, betriebsnahe Lösungen zu finden und betriebliche Bündnisse für Arbeit zu schließen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, sagen wir doch einmal, wie es war: Wir haben nach der verlorenen Bundestagswahl mit 1999 ein tolles Jahr erlebt. Wir haben Landtagswahlen gewonnen und waren wirklich gut in Form. Anfang November ging es dann aber um die Parteispendenaffäre. Und Ende November ereignete sich etwas, das die Stimmung in der Republik innerhalb von wenigen Tagen vollkommen verändert hat. Sie erinnern sich möglicherweise an dieses Ereignis.

Es war der Tag, an dem die spektakuläre Rettungsaktion in Frankfurt für das Unternehmen Philipp Holzmann stattgefunden hat. Dieses Unternehmen war in eine Krise geraten und hat den Staat zu Hilfe gerufen. Es wurden tagelange Verhandlungen geführt, bis wunschgemäß der Bundeskanzler kam. Er trat dann nach stundenlangen Verhandlungen zur fernsehgerechten Zeit bei untergehender Abendsonne auf dem Balkon des Vorstandsgebäudes der Philipp Holzmann AG in Frankfurt vor die Kameras und erklärte mit bedeutungsschwerem Gesicht dem wartenden deutschen Volk: Philipp Holzmann ist gerettet! Es ging ein Aufatmen durch die Republik.

Liebe Freunde, was ist eigentlich zwei Jahre später daraus geworden? Dieses Unternehmen steht noch immer am Rande des Abgrunds, es steckt bis heute in der Krise. In der Zwischenzeit aber sind mehrere Tausend Unternehmen Pleite gegangen, darunter mehrere Hun-

dert kleine und mittlere Unternehmen auch in der Bauindustrie. In der Bauindustrie sind viele Tausend Arbeitsplätze verloren gegangen. Da ist kein Bundeskanzler gewesen, da ist kein Kabinettsmitglied gewesen. Der einzige, der in dieser Zeit gekommen ist, war der Konkursverwalter. Man verfährt getreu dem Motto: Wenn der Große Pleite geht, kommt der Bundeskanzler. Wenn der Kleine Pleite geht, kommt der Konkursverwalter. Das ist nicht unsere Politik, liebe Freunde.

(Beifall)

Deswegen muss es möglich sein, dass Unternehmen in der Krise ohne Intervention von außen, ohne Intervention der Funktionäre und ohne Intervention der Politik die Chance haben, dann, wenn sich Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft einig sind, aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung Wege zu finden, wie die Beschäftigung gesichert werden kann und neue Arbeitsplätze entstehen können. Das ist moderne Partnerschaft in den Betrieben. Das wäre eine wirklich moderne Betriebsverfassung, liebe Freunde.

(Beifall)

Aber dies können wir von der rot-grünen Bundesregierung nicht erwarten. Denn sie setzt immer nur auf die großen Einheiten und traut vor allen Dingen den Menschen in diesem Land, den Mitarbeitern in den Betrieben, nichts zu. Denn die Funktionäre sollen es richten und nicht die Arbeitnehmer in den Betrieben. Das ist die Wahrheit über Rot-Grün.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben uns gestern aus gegebenem Anlass erneut mit der Rentenpolitik beschäftigt. Wir alle wissen, dass wir in Deutschland mit dem gegenwärtigen Alterssicherungssystem die nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht bestehen können. Wir wissen, dass wir die junge Generation überfordern, wenn wir es bei dem Generationenvertrag belassen, so wie er heute ausgestaltet ist.

Es ist einfach nicht wahr, dass es der rot-grünen Bundesregierung in den letzten drei Jahren gelungen ist, die Abgabenlast zu senken. Sie hat die Probleme nicht gelöst, sondern die Beiträge heruntersubventioniert. Wir haben in der letzten Woche in Berlin über den Bundeshaushalt 2002 beraten. In diesem Bundeshaushalt ist vorgesehen, dass allein für die Systeme der staatlichen Alterssicherung ein Bundeszuschuss von mehr als 140 Milliarden DM gezahlt wird, um die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung und der Knappschaftsversicherung aufrechtzuerhalten. Rechnet man dies in Beitragspunkte um, so müssten von Arbeitnehmern und Betrieben zusätzliche acht Beitragspunkte erhoben werden, um im nächsten Jahr die Auszahlungsleistungen der Rentenversicherung zu gewährleisten. Es müsste kein Rentenversicherungsbeitrag von 19,1, sondern ein Rentenversicherungsbeitrag von 27 Prozent erhoben werden, wenn die Rentenversicherung ohne einen steuerlichen Zuschuss auskommen müsste. Dies macht die ganze Dramatik der Lage der Rentenversicherung deutlich. Es macht vor allen Dingen deutlich, dass das Konzept der so genannten ökologisch-sozialen Steuerreform gescheitert ist.

(Beifall)

Diese Ökosteuer hat mit Umweltschutz, mit Ökologie nichts zu tun. Sie ist eine reine Finanzierungsquelle für fortbestehende ungelöste Probleme in der Rentenversicherung.

(Beifall)

In gleicher Weise ungelöst sind die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht lösen – auch da müssen wir die Wahrheit sagen –, wenn wir in Deutschland in der Arbeitsmarktpolitik keine grundsätzliche Kehrtwende vollziehen. Kehrtwende heißt nicht, dass wir in Zukunft neben jeden Arbeitslosen einen Beamten oder Angestellten der Bundesanstalt für Arbeit stellen, um den Arbeitslosen noch besser zu kontrollieren. Kehrtwende heißt nicht, dass wir für die aktive oder passive Arbeitsmarktpolitik – wie auch immer diese Instrumente heißen – noch mehr Geld ausgeben als heute. Kehrtwende heißt, dass in diesem Land wieder der Grundsatz gelten muss, dass derjenige, der arbeitet, grundsätzlich mehr Geld verdient als derjenige, der nicht arbeitet und soziale Transferleistungen bezieht. Liebe Freunde, das ist eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall)

Daraus ergeben sich Konsequenzen für unser System der Arbeitslosenhilfe, für die Sozialhilfe und für die Notwendigkeit, beide Systeme zusammenzuführen und Arbeitsmarktpolitik auf regionaler und kommunaler Ebene zu ermöglichen.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme eine Anmerkung zu unserer Zuwanderungsdebatte machen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Probleme, die wir in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt und bezüglich der sozialen Sicherungssysteme haben, nicht dadurch lösen, dass wir nur den Weg einer erhöhten Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland gehen.

(Beifall)

Im Übrigen werden wir den Menschen in Deutschland nicht erklären können, wieso wir bei vier Millionen offen ausgewiesenen und noch einmal 1,7 Millionen verdeckten Arbeitslosen in Deutschland auf die Idee kommen, die Probleme, die wir auf dem Arbeitsmarkt haben, durch eine erhöhte Zuwanderung lösen zu wollen. Deswegen: Wir müssen die Probleme, die wir in diesem Bereich haben, selbst lösen. Wir müssen dafür sorgen, dass offene Stellen möglichst wieder aus dem vorhandenen Potenzial der arbeitsfähigen Menschen in Deutschland besetzt werden können.

Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt, wenn wir sagen, dass wir gleichzeitig die Steuern auf unter 40 Prozent senken, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent stabilisieren und die Staatsquote auf 40 Prozent absenken wollen. Dies erfordert klare Konsequenzen in Bezug auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie die der Sozialversicherungen. Diese Sanierung der in einer ständigen Überforderungskrise befindlichen öffentlichen Haushalte geht nicht über die Einnahmenseite, sondern langfristig nur über die Ausgabenseite.

(Beifall)

Um es noch etwas deutlicher zu sagen und um uns allen die Dimension dieser Aufgabe wirklich klar zu machen: Wenn wir heute das Ziel einer Staatsquote von 40 Prozent erreichen wollten, dann müssten wir sofort auf öffentliche Ausgaben in Höhe von 300 Milliarden DM verzichten. Das wäre ein Sechstel aller staatlichen Leistungen. Jeder von uns weiß, dass dies nicht geht. Aber, liebe Freunde, wenn dieses Ziel trotzdem richtig ist, dann bleibt uns nur eine Alternative: Wir müssen dafür sorgen, dass in Deutschland über viele Jahre, etwa über fünf Jahre, ein reales wirtschaftliches Wachstum von mindestens drei Prozent verwirklicht wird, ohne dass in diesem Zeitraum die Ausgaben und Leistungen der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen erhöht werden. Ich sage Ihnen das in dieser Klarheit und Deutlichkeit, damit wir alle wissen, wie groß die Herausforderung ist, vor der wir stehen, wenn wir es in der Wirtschaftspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik richtig machen wollen.

Aus diesem Grund plädieren wir dafür, für den Mittelstand so schnell wie eben möglich eine weitere Stufe der Steuerreform vorzuziehen.

(Beifall)

Aus diesem Grund plädieren wir dafür, so schnell wie möglich alle Anstrengungen der öffentlichen Hand auf die Gesundung des ersten Arbeitsmarktes zu richten und nicht auf die noch bessere Ausstattung des zweiten und des dritten Arbeitsmarktes.

(Beifall)

Liebe Freunde, aus diesem Grunde ist es richtig, dass wir eine im Wesentlichen angebotsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik wollen. Wir müssen den Menschen in Deutschland die Wahrheit sagen. Die Wahrheit ist: Wir müssen mehr leisten, wir müssen mehr arbeiten und wir müssen uns mehr anstrengen, wenn wir in Deutschland auch morgen den Wohlstand haben wollen, den wir heute zu besitzen glauben.

(Beifall)

Wir müssen für die Bildung, für das Alter und auch für die Gesundheit in der Zukunft einen größeren Teil der verfügbaren Einkommen aufwenden. Ich nenne die Gesundheitspolitik deshalb in besonderer Weise, weil wir in diesem Bereich in den nächsten Wochen und Monaten vermutlich die stärkste Kostenexplosion erleben werden, die in den sozialen Sicherungssystemen zu befürchten ist. Über den Jahreswechsel wird es kaum eine gesetzliche Krankenkasse geben, die nicht den Beitrag erhöht. Für das Jahr 2002 bedeutet dies, dass Arbeitnehmer und Betriebe für die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung etwa 20 Milliarden DM mehr aufwenden müssen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, was ist die Antwort der Bundesregierung darauf? Die Gesundheitsministerin erklärt, ja, es gebe einen großen Reformbedarf. Sie stellt auch erste Elemente einer solchen Reform vor, sagt aber, dies alles werde erst in der nächsten Legislaturperiode möglich sein, in dieser nicht mehr. Ich frage: Was hindert sie eigentlich daran, jetzt das vorzulegen, was notwendig ist, um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht im nächsten Jahr stattfinden zu lassen?

(Beifall)

Ich fordere die Bundesregierung auf, es jetzt zu tun und vor der Wahl die Wahrheit darüber zu sagen, was an Reformen notwendig ist.

(Beifall)

Das, was wir in diesem Zusammenhang jetzt erleben, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus. Da macht die Regierung ein Gesetz zur Kostendämpfung, spricht mit den Betroffenen darüber, und aus der Gruppe der Betroffenen bietet einer der Bundesregierung eine Barzahlung in Höhe von 400 Millionen DM an. Die Bundesregierung sagt, ja, ich nehme das Geld an, und sie verzichtet dafür auf das Gesetz.

Liebe Freunde, stellen wir uns einmal für einen kurzen Augenblick vor, es hätte jemand aus unseren Reihen auch nur den Gedanken geäußert, dass der Gesetzgeber darauf verzichtet, etwas zu machen, was er für notwendig hält, nur weil er dafür von einem Dritten aufseiten der Betroffenen Geld bekommt. Stellen wir uns das einmal für einen kurzen Augenblick vor! Liebe Freunde, wer so etwas macht, hat endgültig jedes Recht verloren, über die alte Bundesregierung irgendetwas im Zusammenhang mit Buna und Leuna zu sagen und irgendetwas zu behaupten, was mit dem im Zusammenhang steht, was in der letzten Legislaturperiode gewesen sein soll.

(Lebhafter Beifall)

Damit auch das nicht völlig in Vergessenheit gerät: Liebe Freunde, wir haben im Deutschen Bundestag seit gut zwei Jahren einen Untersuchungsausschuss, der sich mit diesen Vorgängen beschäftigt. Nicht nur dieser Untersuchungsausschuss, nicht nur die Staatsanwaltschaften in Deutschland, die – zum Teil politisch unter Druck gesetzt – ermitteln sollten, selbst die Journalisten, die vor Jahr und Tag nicht müde wurden, jeden Tag – wahrheitswidrig – zu behaupten, die Regierung von Helmut Kohl sei im Zuge der Privatisierung von Leuna und Buna käuflich gewesen, selbst diese Journalisten müssen heute eingestehen, dass das alles nicht wahr ist und dass das alles wie ein Kartenhaus zusammengebrochen ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß ja, dass viele Delegierte, auch viele Ortsvorsitzende und engagierte Mitglieder vor Ort uns seit Monaten auffordern: Geht da mal etwas offensiver ran, geht damit einmal etwas aggressiver um.

(Beifall)

Der Zeitpunkt, dies zu tun, ist jetzt gekommen. Jetzt ist Schluss mit diesen Verdächtigungen und diesen Verleumdungen. Wenn sich die Bundesregierung ihrerseits für 400 Millionen Mark kaufen lässt, dann werden wir das im Wahljahr zum Thema machen. Wir wollen keine Bak-schisch-Republik, liebe Freunde!

(Lebhafter Beifall)

Wir werden natürlich bei der Bundestagswahl 2002 über die Zukunft reden, aber wir müssen damit rechnen, dass wir von der rot-grünen Mehrheit immer wieder auch mit der Vergangenheit konfrontiert werden. Nun, wenn sie das haben wollen, können sie es haben. Ich habe nicht die Absicht, mich bei irgendjemandem in diesem Lande dafür zu entschuldigen, dass es uns

noch gibt, und ich habe auch nicht die Absicht, mich bei irgendjemandem dafür zu entschuldigen, dass wir 16 Jahre lang in Deutschland regiert haben. Es waren gute Jahre, es waren bessere Jahre als die drei von Rot und Grün.

(Lebhafter Beifall)

Wenn sie diese Auseinandersetzung haben wollen, dann können sie sie haben. Dann werden wir eben, wenn sie wollen, wieder über die Umstände sprechen, unter denen die deutsche Einheit möglich wurde. Ich werde mich auch nicht von jemandem beeindruckt lassen, dem da dann die Tränen kommen. Dann sollen ihm die Tränen darüber kommen, dass er damals auf der falschen Seite gestanden hat! Wir werden jedenfalls sagen, dass wir es waren, die es möglich gemacht haben.

(Lebhafter Beifall)

Wenn dieselben Leute der Meinung sind, dass wir über die Zukunft reden sollten, dann reden wir über die Zukunft, dann reden wir auch über die Zukunft der Parteien in Deutschland. Wir reden dann bitte auch über die Zukunft der Finanzierung der Parteien in Deutschland. Wir werden dabei nicht verschweigen, dass es bei uns Fehler gegeben hat. Aber, liebe Freunde, aus den Fehlern werden Konsequenzen gezogen, und zwar nicht nur aus den Fehlern, die bei uns passiert sind, sondern auch aus den Fehlern, die an anderer Stelle fortbestehend passieren.

Wir haben ein neues Parteienfinanzierungsgesetz vorgeschlagen. Der Text liegt im Deutschen Bundestag ausformuliert vor. Nach diesem Parteienfinanzierungsgesetz müssen politische Parteien – die CDU und die CSU werden es selbstverständlich tun – nicht nur ihren Beteiligungsbesitz, sondern auch ihren Immobilienbesitz offenlegen und zu Verkehrswerten in den Rechenschaftsberichten der Öffentlichkeit zugänglich machen.

(Beifall)

Wenn wir das machen, wollen wir es auch von der SPD wissen, liebe Freunde.

(Beifall)

Dann werden wir es eben nicht mehr durchgehen lassen, dass in einem Rechenschaftsbericht der SPD die Landesgeschäftsstelle der Berliner SPD dort unter einer Grundstücksgesellschaft Wedding GmbH ausschließlich mit dem Stammkapital dieser GmbH veröffentlicht ist. Diese Geschäftsstelle hat einen Verkehrswert nicht von 50 000, sondern von fünf Millionen DM, und die deutsche Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, auch zu wissen, welche Vermögenswerte bei der SPD vorhanden sind.

(Beifall)

Wir sollten nicht nur die Härte der Auseinandersetzung nicht scheuen, sondern auch die Breite und die Tiefe der Themen ansprechen, die die Menschen bewegen. Zu diesen Themen in einer sich rasant verändernden Welt gehört ohne Zweifel das Thema, über das wir heute Morgen im Zusammenhang mit der Biomedizin und der Ethikdebatte schon gesprochen haben.

Liebe Freunde, darüber muss der Deutsche Bundestag im Januar nächsten Jahres diskutieren und – das ist ziemlich sicher – auch eine Entscheidung treffen. Der Deutsche Bundestag selbst

hat eine Enquete-Kommission genau zu diesen Themen eingerichtet. Trotzdem hat der Bundeskanzler es für richtig gehalten, einen so genannten Nationalen Ethikrat einzuberufen. Dieser Rat hat sich in der letzten Woche mit Mehrheit für den Import embryonaler Stammzellen entschieden. Ich will es von dieser Stelle aus noch einmal sagen: Dem Ethikrat fehlt jegliche Legitimation.

(Beifall)

Ein Gremium, das nach Gutdünken und persönlicher Opportunität des Bundeskanzlers zusammengesetzt ist, hat weder eine ethische noch eine moralische oder eine – das ist selbstverständlich – demokratische Legitimation.

(Beifall)

Ich stelle an diejenigen, die Mitglied des Nationalen Ethikrates sind und die nicht zur Mehrheit gehören, die Frage, wie lange sie sich eigentlich noch von der Politik der rot-grünen Bundesregierung instrumentalisieren lassen wollen,

(Beifall)

die dieses Gremium nur eingesetzt hat, um eine öffentliche Scheinlegitimation zu begründen.

(Beifall)

Der Gesetzgeber muss darüber entscheiden.

Liebe Freunde, lassen Sie mich auch Folgendes ganz offen und so, wie ich darüber denke, sagen: Wir, die CDU und die CSU, sollten solche Sätze wie den „Wir sind nicht die Herren des Lebens“ nicht dem Bundespräsidenten, nicht einem ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden, und nicht der Bundesjustizministerin allein überlassen. Wir sollten solche Sätze auch sagen. Wir, diejenigen, die politische Verantwortung tragen, sind nicht die Herren des Lebens.

(Beifall)

Wir entscheiden immer nur über die vorletzten Dinge. Wir vertreten dabei ein christliches Menschenbild, das uns prägt und das uns von anderen unterscheidet. Dieses Menschenbild bindet uns. Vielleicht ist in jüngster Zeit der Beitrag des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgs, Wolfgang Huber, zum Reformationstag der beste Beitrag gewesen, den auch wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern über den wir auch nachdenken sollten. Er sagt mit Bezug auf die Erklärung der beiden großen Kirchen zur Rechtfertigungslehre, die sie vor gut zwei Jahren gemeinsam beschlossen haben, dass sich auf der Grundlage dieser Erklärung katholische und evangelische Christen gemeinsam für ein christliches Bild vom Menschen einsetzen könnten, nach dem die Würde der menschlichen Person nicht einfach ein Resultat seiner genetischen Ausgestaltung sei. Würde habe der Mensch dadurch, so sagt Bischof Huber, dass er von Gott zu dessen Ebenbild berufen sei. So berufen auch wir uns in der CDU und in der CSU auf das christliche Menschenbild. Wenn wir, liebe Freunde, daraus abgeleitet im Menschen mehr sehen, als die Summe seiner biologischen Merkmale, dann gibt es auch eine Schutzpflicht des Staates gegenüber einem noch nicht geborenen Menschen, und zwar von Anfang an.

(Beifall)

Wenn wir nicht wissen – vielleicht können wir es auch nicht wissen –, wann menschliches Leben wirklich beginnt, dann muss im Zweifel mit der ersten Stufe, nämlich mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle, die Schutzwürdigkeit des Lebens beginnen.

(Beifall)

Darüber gibt es in unserer Gesellschaft und auch in unserer Fraktion eine tief gehende Diskussion und unterschiedliche Auffassungen. Aber, liebe Freunde, ich glaube, ein Vorsitzender, der eine eigene Überzeugung hat, muss diese auch zum Ausdruck bringen können und dürfen. Er muss auch sagen, wie er die Dinge sieht. Nach dem eben beschriebenen Verständnis vom Menschen – ich nehme niemanden dafür in Anspruch; ich sage es so, wie ich die Dinge sehe – verbieten sich die Selektion menschlicher Embryonen nach der Präimplantationsdiagnostik ebenso wie die verbrauchende Forschung an embryonalen Stammzellen.

(Beifall)

Wo immer es alternative Methoden gibt, muss diesen Methoden Priorität eingeräumt werden. Die Menschen müssen eben erkennen, dass wir es sind, die, vom christlichen Menschenbild ausgehend, eine Politik formulieren, die dem Menschen und seiner unantastbaren Würde uneingeschränkten Schutz zukommen lässt.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, dass ich in dem großen Zusammenhang, der sich aus unserem Menschenbild und unserer Vorstellung von Politik für Deutschland ergibt, auch noch einmal ein klares Wort zu den Familien in Deutschland sage und ein klares Bekenntnis dazu ablege. Es ist oft genug gesagt worden – das ist richtig –, dass es niemandem von uns zusteht, anderen Menschen zu sagen, wie sie zu leben haben. Das ist nicht die Aufgabe der Politik. Deswegen muss jeder für sich alleine eine persönliche Lebensentscheidung treffen. Aber, liebe Freunde, mir geht es doch ein Stück zu weit, wenn sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, der zurzeit mehr der regierende Partymeister von Berlin ist,

(Beifall)

mit einer Aggressivität outet, die andere, die sich anders entschieden haben, etwas in das Abseits stellt. Wenn Sie sich einmal die Regierungsbank in Berlin ansehen – das ist kein Werturteil –, dann werden Sie feststellen, dass es schwer ist, dort jemanden zu finden, der unsere Vorstellungen von der Art, wie man in einer Familie mit Kindern zusammenleben und wie man in einer Familien zusammenhalten sollte, teilt. Noch einmal: Das ist kein Werturteil. Es ist jedermann selbst überlassen, wie er leben möchte.

(Beifall)

Aber ich möchte mich verdammt noch einmal bei niemandem in diesem Land dafür entschuldigen müssen, dass sich die meisten von uns anders entschieden haben und dass ich seit 20 Jahren mit derselben Frau verheiratet bin und dies auch in den nächsten 20 Jahren zu bleiben gedenke. Liebe Freunde, ich habe keine Lust, mich dafür zu entschuldigen!

(Beifall)

Lassen Sie uns, liebe Freunde, in diesem Sinne selbstbewusst und offensiv, aber nicht ohne kritische Überprüfung der eigenen Positionen, die immer notwendig ist, in das Wahljahr 2002 gehen. Lassen Sie uns gemeinsam an die Herausforderung gehen, die rot-grüne Bundesregierung abzulösen. Unsere Anhänger, unsere Wähler, unsere Mitglieder und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen das. Wir werden das im nächsten Jahr auch schaffen. Wir werden den Menschen dabei etwas zumuten. Wir wollen ihnen die Wahrheit darüber sagen, was wirklich Notwendig in diesem Land ist. Wenn sie uns dann fragen, ob das möglich ist, dann werden wir ihnen antworten: Ja, es geht! Wir trauen uns das zu! – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Friedrich Merz, für diese überzeugende und kämpferische Rede und alle guten Wünsche für die weitere Arbeit und die Auseinandersetzung mit Gerhard Schröder und seiner rot-grünen Bundesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich übergebe das Tagungspräsidium an unseren Freund Herbert Reul. Bitte sehr.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu einem weiteren wichtigen Tagesordnungspunkt des Bundesparteitages, nämlich zum TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ÄNDERUNGEN DES SATZUNGSRECHTS DER CDU DEUTSCHLANDS

Damit sind alle Anträge gemeint, die den Kennbuchstaben E haben. Sie finden diese Anträge im Antragsbuch auf den Seiten 371 bis 380 und im Anhang 4. Es handelt sich zunächst um die Anträge E 1 bis E 10. Bei all diesen Anträgen geht es um die Fortführung des Frauenquorums, eine Frage, die wir bereits breit diskutiert haben. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge gemeinsam zu behandeln. Sie finden diese Anträge auf den Seite 371 bis 373 des Antragsbuches.

Es gibt erste Wortmeldungen; zwei liegen mir bereits vor. Ich darf zunächst Frau Maren Schulz aus Schleswig-Holstein aufrufen.

Maren Schulz: Liebes Tagungspräsidium! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Quorum hat sein Ziel verfehlt.

(Beifall)

Es ist uns zwar teilweise gelungen, mehr Frauen in Amt und Mandat zu bringen; aber wir haben es nicht geschafft, unsere CDU interessanter und attraktiver für Frauen zu machen. Weder die Entwicklung der Mitgliederzahl noch die der Wähler ist positiv, im Gegenteil: Die Fronten haben sich verschärft. Nicht nur lästige Formalien haben dazu geführt, dass tiefere Gräben zwischen Männer und Frauen in unserer Partei gerissen wurden. Unser gemeinsames Ziel wird gerade auch durch das Quorum nicht mehr mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt. Vieles bei der Gleichberechtigung liegt noch im Argen. Da müssen wir alle gemeinsam anpacken. Die Junge Union ist dazu bereit, Konzepte zu entwickeln, wie wir über Themen, Inhalte und Veranstaltungsformen mehr Frauen zur Mitarbeit in unserer CDU gewinnen können.

Liebe Freundinnen und Freunde, zeigen Sie mir doch bitte eine einzige Frau, die der CDU beiträgt, weil es das Quorum gibt!

(Beifall)

Das Frauenquorum darf nicht unser Alibi für Versäumnisse in diesem Bereich sein. Unsere Inhalte und Standpunkte sind doch das, was unsere Politik prägen soll. Warum vertrauen wir nicht auf unsere Mitglieder, die, wie ich meine, sehr wohl Qualität von Quantität unterscheiden können? Schaffen wir das Quorum ab und gewinnen wir die Frauen über unsere Sachpolitik! Ich sage Ihnen: Dann sind wir die modernste Partei Deutschlands. – Danke schön.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. Die nächste Wortmeldung kommt von Nicole Arndt, ebenfalls aus Schleswig-Holstein.

Nicole Arndt: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Es gibt gute Argumente für und gegen das Quorum; so viel steht fest. Ebenso ist bekannt, dass wohl die Mehrheit der Parteimitglieder das Quorum innerlich ablehnt. Leider ist auch bekannt, dass viele von Ihnen heute dennoch für die Verlängerung des Frauenquorums stimmen wollen. Das erschreckt mich.

(Beifall)

Natürlich wird es ein bestimmtes Presseecho geben, wenn wir uns heute der mehrheitlichen Überzeugung gemäß gegen das Frauenquorum entscheiden. Aber sollten wir nicht dennoch konsequent und glaubwürdig bleiben? Wenn wir nur noch darauf achten, wie die Medien reagieren, dann können wir keine kontroversen Themen mehr anpacken; denn wir müssen immer Angst haben, die Presse könnte über uns herfallen. So kann man glaubwürdige Politik nicht gestalten.

(Beifall)

Daher bitte ich Sie alle heute um Folgendes: Diejenigen unter Ihnen, die aus ganzem Herzen für das Quorum sind, bitte stimmen Sie dafür! Aber ebenso appelliere ich an alle diejenigen, die gegen das Quorum sind, sich nicht zu verstecken, sondern ihrer ehrlichen Überzeugung gemäß abzustimmen; denn nur so bleiben wir alle glaubwürdig.

(Beifall)

Damit das auch so geschehen kann, beantrage ich geheime Abstimmung.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Noack aus Hannover.

Dr. Harald Noack: Herr Reul! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diejenigen von Ihnen, die in der Kommunalpolitik tätig sind, wissen, dass Frauenförderung eine mühselige, lang dauernde und stets aufs Neue anzupackende Arbeit ist,

(Teilweise Beifall)

eine Arbeit, die keineswegs nur für die Mandatsträgerinnen bestimmt ist, sondern für Männer und Frauen gleichermaßen.

(Teilweise Beifall)

Die CDU, zum Beispiel wir im Kreisverband Göttingen, hat vor mehr als zehn Jahren Gleichstellungsstellen eingerichtet.

(Beifall)

(Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident,

Dr. Edmund Stoiber, betritt den Saal)

– Ich unterbreche jetzt sinnvollerweise meine Rede.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, wir begrüßen den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Edmund Stoiber, herzlich bei uns, bei der CDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein herzliches Willkommen dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Stoiber!

(Beifall)

Wir fahren in den Antragsberatungen fort. Herr Noack, herzlichen Dank für die Unterbrechung.

Dr. Harald Noack: Ich muss sagen, dass schon gestern die Parteitagsgregie eigentlich nicht zu übertreffen war. Aber heute ist es in der Tat die Krönung. Ich finde es ganz bemerkenswert, dass wir eine so wichtige Frage wie das Frauenquorum sozusagen zwischen einer hervorragenden Rede von Friedrich Merz und einer noch besseren von Edmund Stoiber hier abhandeln sollen.

(Widerspruch)

Ich halte es für sinnvoll und notwendig – lassen Sie uns dieses Thema mit Ernst angehen –, dass wir diese Fragestellung zum Thema in der Diskussion um die Parteireform machen, die in spätestens drei Jahren ansteht. Ich halte es ferner für notwendig, dass wir heute dem Antrag von Niedersachsen zustimmen, das Frauenquorum bis zum Jahr 2004 zu verlängern. Wir müssen diese Zeit nutzen, um auch mit den Kritikerinnen, die heute so überzeugend dagegen gefochten haben, zu sprechen. Wir müssen prüfen, welche Ergebnisse dieses Frauenquorum tatsächlich für die Parteiarbeit bringt. Diese sind bisher noch nicht vorgetragen worden.

Was können wir zur Förderung des Frauenanteils in den Mandaten und in den Funktionen machen? Lassen Sie uns diese Frage in Ruhe besprechen! Lassen Sie uns über die Ergebnisse aus den Kreisverbänden, aus den Landesverbänden und von der Basis sprechen! Stimmen Sie dem Antrag von Niedersachsen zu, dieses Quorum um drei Jahre zu verlängern! Lassen Sie uns in dieser Zeit auch vor Ort ein Zeichen setzen, dass die CDU in der La-

ge ist, auch ohne große Vorgaben der Partei selbst eine Förderung von Frauen vorzunehmen! Das ist der richtige Weg. Ich bitte Sie herzlich um Zustimmung.

(Vereinzelter Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Nächste Rednerin ist Sabine Zissener.

Sabine Zissener: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Ich möchte mich für die Beibehaltung des Quorums aussprechen,

(Beifall)

weil Appelle und Selbstverpflichtung allein nicht ausreichen. Obwohl wir immer behaupten, gute und qualifizierte Frauen würden sich ohne Quorum durchsetzen – im Übrigen habe auch ich das immer geglaubt –, zeigt jedoch die Realität, dass die Situation ganz anders aussieht.

(Vereinzelter Beifall)

Ich frage Sie: Wo sitzen denn die qualifizierten Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung? Wenn sich die Entwicklung so wie in den letzten 20 Jahren fortsetzt, dann hätten wir dieses Ziel erst im Jahre 2270 erreicht.

(Vereinzelter Beifall)

In einer modernen Volkspartei wie der CDU kann dieses ja wohl nicht das Ziel sein. Ich las kürzlich in einer Zeitung einen Spruch, der diese Situation symbolisiert:

Frauen und Männer sind wie zwei Flügel eines Vogels. Dieser kann nur fliegen, wenn er beide Flügel gleich entwickelt hat. Sonst dreht er sich im Kreis und kann nicht abheben.

Ich denke, wir wollen uns nicht im Kreis drehen. Wir wollen abheben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich gebe nun unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Wir sind in einer Situation, in der wir über die Verlängerung des Quorums beraten müssen. Wer sich den Frauenbericht anschaut, der kann sehen, dass wir vorangekommen sind, aber dass noch manches im Argen liegt.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb bitte ich Sie – dies soll ein Zeichen hinaus in die Gesellschaft sein –, dass wir uns als große Volkspartei zumindest bemühen wollen, den Frauen Mut zu machen, in unserer Partei mitzumachen.

Es wäre daher ein gutes und richtiges Signal, wenn wir heute die Verlängerung dieses Quorums beschließen und wenn wir weiter daran arbeiten, mehr Frauen dafür zu begeistern, innerhalb der CDU und auch außerhalb der CDU mitzuarbeiten. Dies wäre das I-Tüpfelchen auf einem wunderbaren Parteitag. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Bitte unserer Parteivorsitzenden gehört. Wir kommen zur Abstimmung. Ich will noch darauf hinweisen, dass bei dieser Abstimmung gemäß § 41 unseres Statuts eine gültige Beschlussfassung nur dann zustande kommt, wenn die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten zustimmt. Ich bitte alle darum, sich bei der Abstimmung deutlich zu beteiligen, damit wir ein klares Meinungsbild bekommen.

(Zurufe: Geheime Abstimmung!)

– Langsam. Eben hatte eine Delegierte gesagt, sie würde notfalls eine geheime Abstimmung beantragen. Sie hat sie aber nicht beantragt.

(Widerspruch)

– Ich habe keinen präzisen Antrag auf eine geheime Abstimmung vernommen. Wir können dies jetzt aber klären. – Der Antrag auf geheime Abstimmung ist jetzt ganz präzise gestellt. Hat jeder noch seinen Stimmzettelblock?

(Zurufe: Ja!)

– Das ist sehr gut. Der Parteitag ist ja auch noch nicht zu Ende.

Bitte nehmen Sie den grünen Stimmzettel mit der Nummer 3. Wer dem Votum der Antragskommission – also dem, was Angela Merkel eben vorgetragen hat – zustimmt, den bitte ich, auf diesen Stimmzettel Ja zu schreiben. Wer dem Votum nicht zustimmt, der muss mit Nein stimmen. Wer sich enthält, muss logischerweise mit Enthaltung stimmen.

Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte die Stimmzähler in Aktion zu treten und die Stimmzettel einzusammeln.

Zur Erklärung sage ich noch: Eine geheime Abstimmung muss durchgeführt werden, wenn 20 Prozent der Delegierten zustimmen. Dass dies der Fall ist, konnte man auch ohne eine Abstimmung eindeutig erkennen.

Sind die Stimmzettel schon überall eingesammelt worden?

(Zurufe: Nein!)

Ich darf zwischenzeitlich eine Anmerkung zum Verfahren machen. Ich bitte Sie um Ihr Einverständnis, nachdem die Stimmzettel eingesammelt sind, dass wir die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt unterbrechen und dem CSU-Vorsitzenden die Gelegenheit geben, zu uns zu sprechen. Ich bitte allerdings auch darum, dass Sie nachher bei den weiteren Beratungen zu den Satzungsfragen im Saal bleiben.

Ich frage ein letztes Mal: Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Damit ist die Abstimmung beendet.

Ich bitte, die Stimmzettel auszuzählen.

Meine Damen, meine Herren, ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten für das Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber. Herr Dr. Stoiber, Sie haben das Wort.

GRUSSWORT

DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN,
DR. EDMUND STOIBER

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich grüße Sie alle sehr herzlich von der Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

(Beifall)

Viele Menschen überall in Deutschland schauen mit Sympathie und großer Hoffnung auf diesen Parteitag der CDU. Ich meine, sie sind in ihren Hoffnungen bestärkt worden! Das ist ein Parteitag des Aufbruchs. Wenn man sich alleine das, was gestern über die Bildschirme lief und heute in den Zeitungen steht, vor Augen hält, kann man das mit Fug und Recht und mit großer Zuversicht sagen.

(Beifall)

Ich beglückwünsche Sie, liebe Angela Merkel, und die Delegierten des Parteitages zu dem gestrigen Tag außerordentlich.

(Beifall)

Mit Dresden verbindet sich für mich persönlich ein unvergessenes Erlebnis. Auf Einladung von Bürgerrechtlern der „Gruppe der 20“ habe ich noch als Bayerischer Innenminister im Februar 1990 in der überfüllten Hofkirche gesprochen. Der Wille zu „Einigkeit und Recht und Freiheit“ der Tausenden von Menschen in der Kirche, die großartige Aufbruchstimmung – sie bleiben mir dauernde Verpflichtung.

Dresden, Sachsen, Thüringen – das sind für mich heute beeindruckende Beispiele für eine positive Entwicklung der neuen Länder.

(Beifall)

Das ist natürlich ein Erfolg der Menschen, auf den sie zu Recht stolz sein können. Das ist aber im Besonderen auch ein Erfolg unserer Freunde der CDU in Sachsen und Thüringen, der beiden Staatsregierungen unter Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel.

(Beifall)

Wir, CDU und CSU, stehen weiter in der Verantwortung für die Hoffnungen, die die Menschen mit der Wiedervereinigung verbunden haben.

Niemand hat so viel für die Einheit Deutschlands getan wie die Regierung Helmut Kohl.

(Beifall)

Wie sehr haben damals die Ministerpräsidenten Lafontaine und Schröder die Regierung Kohl wegen der angeblich zu langsamen Entwicklung im Osten angegriffen! Was wie sieht es jetzt nach drei Jahren Amtszeit von Bundeskanzler Schröder aus? Heute gibt es in den neuen Ländern 125 000 Arbeitslose mehr als beim Amtsantritt von Gerhard Schröder.

der. 10,5 Prozent mehr Arbeitslose in den neuen Ländern, das ist seine Bilanz, meine Damen, meine Herren.

(Beifall)

„Chefsache Aufbau Ost“ – das müsste doch heißen, alles zu tun, damit die neuen Länder aufholen und stärker wachsen als die alten Länder. Unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung haben sie auch aufgeholt, sie sind stärker gewachsen. Unter Schröder fallen die neuen Länder zurück. Die Bundesregierung vernachlässigt die neuen Länder. Eine Bundesregierung, die den Osten so abhängt, muss abgelöst werden im Interesse der Menschen in den neuen Ländern und im Interesse Deutschlands insgesamt.

(Beifall)

Denn, meine Damen, meine Herren, das ist ja nicht nur ein Problem oder eine Angelegenheit der neuen Länder.

Ohne Erfolge beim Aufbau Ost fällt Deutschland insgesamt auch international zurück. Der Aufbau Ost ist für die Entwicklung Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Nach drei Jahren Gerhard Schröder steckt heute ganz Deutschland in der Krise.

Die Arbeitslosigkeit steigt. Jede Woche erreichen uns neuen Hiobsbotschaften über Stellenabbau und Entlassungen. Alleine die vier großen deutschen Banken kündigen 30 000 Entlassungen an, Infineon 5 000, Henkel 3 000, Siemens 17 000, Opel 2 000 usw. Die Firmenpleiten erreichen Rekordzahlen: alleine im ersten Halbjahr 2001 ein Anstieg um fast 20 Prozent. Minuswachstum im Westen, im Osten jetzt schon Rezession.

Diese Fragen dürfen bei aller Bedeutung, die die Außenpolitik gegenwärtig zu Recht genießt, nicht unter den Tisch fallen.

(Beifall)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat das vor ein paar Tagen in einem Kommentar zugespitzt und geschrieben: „Was wiegt ... mehr: außenpolitisches Gewicht gegen den fortschreitenden Verlust von wirtschaftlicher Kraft und Selbstbewusstsein?“

Das Gewicht Deutschlands auf der internationalen Bühne bemisst sich natürlich auch nach unserer wirtschaftlichen Kraft. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Regierung Deutschland im Schatten der Außenpolitik ökonomisch vernachlässigt. Dies hat schließlich auch Folgen bei der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen in der Welt.

Wir sind unter Rot-Grün Schlusslicht beim Wachstum in Europa geworden. Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien – alle anderen machen mehr Fortschritte bei Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung als wir. Doch statt anzupacken, bietet Gerhard Schröder nur Ausflüchte.

Erstens sagt er: Die anderen Länder in Europa wachsen schneller als Deutschland, weil sie ja auch einen größeren Aufholbedarf haben. – Nach dieser Logik des Bundeskanzlers müssten die Wachstumszahlen im Osten Deutschlands geradezu explodieren.

(Beifall)

Aber sie explodieren leider nicht, sie schrumpfen. Schröders Argument ist falsch.

Zweitens sagt er: Der 11. September ist schuld an unserer schlechten wirtschaftlichen Lage. – Auch dieses Argument ist falsch. Schon seit Jahresbeginn steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland und schon letztes Jahr waren wir Wachstumsletzter in Europa.

Drittens sagt er: Die Lage in Deutschland ist schlecht, weil wir wirtschaftlich so eng mit den USA verflochten sind, die jetzt in der Krise stecken. – Nein, meine Damen, meine Herren, Großbritannien, Irland, Schweden, sie alle sind sogar enger mit den Vereinigten Staaten verflochten als Deutschland. Trotzdem wächst die Wirtschaft dort schneller als hierzulande. Auch dieses Argument Schröders ist falsch.

Es ist unsere Aufgabe, diese Argumente Schröders als Ausflüchte zu entlarven!

(Beifall)

Und außerdem gilt: Der Export ist nicht schuld an der deutschen Malaise. Die Exporte sind nach den letzten verfügbaren Daten dieses Jahr um knapp 10 Prozent gestiegen. Es ist die Binnenkonjunktur, die nicht läuft. Rot-Grün würgt die Investitionen und den privaten Konsum geradezu ab.

Nein, meine Damen, meine Herren, nicht andere sind für die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland verantwortlich. Gerhard Schröder hat diese Bilanz zu verantworten. Es ist doch der Bundeskanzler, der in Deutschland die Richtlinien der Politik bestimmt, nicht der amerikanische Präsident.

(Beifall)

Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat, die Bundesbank – sie alle haben immer wieder die falschen Entscheidungen von Rot-Grün in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Ohne Erfolg. Rot-Grün ist in diesem Punkt beratungsresistent. Selbst immer lauter werdende Vorwürfe und Ermahnungen aus dem Ausland haben Rot-Grün nicht aufgeschreckt. Die EU-Kommission hat Deutschland mehrfach aufgefordert, endlich zu handeln. Der Internationale Währungsfonds und die OECD haben Deutschland immer wieder ermahnt. Oder lesen Sie die großen Zeitungen! Die „Welt“ schreibt: „Euro-Partner kritisieren Eichels Finanzpolitik“. In der „FAZ“ heißt es: „Europäische Finanzminister blicken besorgt auf Deutschland“. „Do something, Germany“, titelte kürzlich die Londoner „Financial Times“. Wer soll sich denn noch alles zu Wort melden, bis Gerhard Schröder handelt? Offenbar meint er, dass er sich von niemandem etwas sagen lassen muss. Aber in der Demokratie gibt es jemanden, von dem er sich etwas sagen lassen muss. Das ist der Wähler.

(Beifall)

Der Wählerin und dem Wähler wird von Tag zu Tag klarer, dass es Rot-Grün nicht kann.

Meine Damen, meine Herren, wir tragen als größte Volkswirtschaft in Europa rund ein Drittel zur gesamten Wirtschaftsleistung der Euro-Zone bei. Die miserable Wirtschaftsbilanz Deutschlands wird daher zur Wachstumsbremse für ganz Europa und zur Gefahr für die Stabilität des Euro. Diese Bundesregierung hat den Euro geschwächt.

Deutschland hat unter der Verantwortung von Helmut Kohl und Theo Waigel gegen viele Widerstände in Europa einen Stabilitätspakt durchgesetzt. Zentrales Kriterium dieses Stabilitätspaktes war folgendes: Die jährliche Neuverschuldung darf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Deutschland hat sich sogar verpflichtet, den Anteil der Neuverschuldung nicht nur unter drei Prozent, sondern unter 1,5 Prozent zu halten. Das war gewissermaßen eine nationale Selbstverpflichtung. Diesen Wert erreichte Deutschland auch am Ende der CDU/CSU-geführten Regierung 1998.

Wir haben uns Sorgen gemacht, ob Portugal, ob Griechenland, ob Italien angesichts ihrer Schuldenpolitik sofort in die Währungsunion aufgenommen werden sollten. Aber nicht die Griechen, nicht die Portugiesen und auch nicht die Italiener, sondern wir sind es, die jetzt auf der Anklagebank in Europa sitzen. Schröder und Eichel treiben den Anteil der öffentlichen Neuverschuldung am Bruttoinlandsprodukt hoch, dieses Jahr auf 2,5 Prozent; nächstes Jahr nähern wir uns nach den Prognosen der Europäischen Union mit 2,7 Prozent langsam den drei Prozent. Vergleichen Sie das einmal mit Italien! Ich höre die besorgten Stimmen von Herrn Ciampi, der sagt: Was ist denn bei euch los? Ihr habt Euch Sorgen um Italien gemacht und jetzt prognostiziert die Europäische Kommission für Italien 1,2 und für Deutschland 2,5 bzw. 2,7 Prozent Anteil der Neuverschuldung beim Bruttosozialprodukt!

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Stück Schwächung des Euros. Dies muss in der Auseinandersetzung mit Rot-Grün deutlich gemacht werden.

(Beifall)

Ich sage das nicht gerne, aber Deutschland hat heute die höchste Neuverschuldung in Europa. Das, was früher „italienische Verhältnisse“ waren, das haben wir heute dank der Toskana-Fraktion in Deutschland. Das darf so nicht weitergehen.

(Beifall)

Dabei ist die Bundesregierung gerade auf ihren Sparkurs so stolz. Dieser Sparkurs ist nichts als Fassade. Eichel lässt sich für jede gesparte Markt feiern. In Wirklichkeit aber verschiebt er die Belastungen. Die Länder, die Gemeinden und die Sozialversicherungen – sie alle hat Rot-Grün in die Schulden getrieben. Eichel kassiert 100 Milliarden DM aus der UMTS-Versteigerung, eine Art Sondersteuer für die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie, die gegenwärtig auch deswegen wirtschaftliche Schwierigkeiten hat. Und die Länder und Kommunen haben riesige Steuerausfälle.

Eichel erhöht die Gewerbesteuerumlage zulasten der Kommunen. Bis zum Jahre 2004 sollen die Kommunen in Deutschland in Zusammenhang mit der Gewerbesteuerumlage alleine sechs Milliarden DM mehr an den Bund und die Länder bezahlen.

(Beifall)

Riester führt mit der Rentenreform eine Grundsicherung über die Sozialhilfe ein und lässt die Kommunen auf einem Großteil der Kosten sitzen. Wer trägt aber die wesentlichen Investitionen in unserem Lande? Das sind Kommunen und Länder. Wenn Kommunen und Länder nicht mehr investieren können, wird sich die Lebensqualität in Deutschland – an-

gefangen bei den Kindergärten über die Schulen bis hin zu den Sozialeinrichtungen -verschlechtern.

Mit einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik, mit einer verfehlten Gesundheitspolitik und mit einer verfehlten Rentenpolitik treibt Rot-Grün die Sozialversicherungen ins Defizit.

Der Bundesfinanzminister wird seiner Gesamtverantwortung für Deutschland nicht gerecht.

(Beifall)

Deutschland insgesamt macht immer mehr Schulden. Ich sage es ganz bewusst: Der angebliche Sparkommissar Eichel ist international zu einem Schulden-Hans geworden. Der Lack ist ab!

(Beifall)

Drei Jahre Gerhard Schröder haben der deutschen Wirtschaft geschadet. Wir stehen heute im Abstiegskampf. Wir spielen in Europa nicht in der Champions League. Deshalb müssen wir gemeinsam mehr aus Deutschland machen. Der letzte Platz in Europa passt nicht zu Deutschland. Es muss Schluss sein mit der Politik der ruhigen Hand! Wir müssen anpacken! Deutschland braucht eine bessere Politik. Deutschland braucht den Wechsel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall)

Die Umfragen zeigen es: Die Unzufriedenheit mit Rot-Grün wächst. Das ist für uns Chance und Aufgabe auf diesem Parteitag und in den kommenden Wochen und Monaten. Wir müssen noch deutlicher machen, wer für diese schlechte Entwicklung die Verantwortung trägt: Gerhard Schröder und die Bundesregierung. Wir müssen den Wechsel schaffen. Es ist für mich ein Phänomen – ich spreche hier auch als Ministerpräsident eines großen Landes –, dass für die meisten Probleme, die in Deutschland entstehen, nicht die Bundesregierung in Haftung genommen wird, obwohl ihre Entscheidungen für die Probleme ursächlich sind. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung verstehen es meisterhaft, ihre Verantwortung für negative Folgen zu verschleiern und sie letztlich auf Länder und Kommunen abzuwälzen. Es ist Aufgabe von uns allen, den Menschen die Verantwortlichkeit der Bundesregierung für ihre Entscheidungen deutlich zu machen. Wenn die Kommunen jetzt zum Beispiel klagen, dass ihnen die Gewerbesteuern wegbrechen und sie nicht mehr handeln können, muss deutlich gemacht werden, dass dafür in erster Linie die Steuerreform vom 14. Juli 2000 verantwortlich ist. Das war ja auch ein Grund, warum wir diese Steuerreform abgelehnt haben.

(Beifall)

Das sage ich auch an die Adresse einiger Verbände, die oftmals sehr vorsichtig formulieren und abschwächend sagen: Der Bund hat uns belastet. – Nein, nicht der Bund! Die Bundesregierung hat einen Namen und dieser Name heißt Rot-Grün und Gerhard Schröder. Diese müssen in Verantwortung genommen werden!

(Lebhafter Beifall)

Die SPD hat die CDU mit sachfremden Vorwürfen jahrelang skrupellos zu diffamieren versucht. Ich bin Angela Merkel sehr dankbar, dass sie gestern sehr deutlich dazu ihre Stimme

erhoben hat. Es muss Schluss damit sein, dass Untersuchungsausschüsse zur Verleumdung des politischen Gegners instrumentalisiert werden.

(Anhaltender Beifall)

Es ist Ihrer hohen persönlichen Glaubwürdigkeit und Ihrem hohen Einsatz zu verdanken, liebe Frau Merkel, dass dieser Versuch der SPD, der CDU moralisch das Kreuz zu brechen, nicht gelungen ist.

(Lebhafter Beifall)

Wenn CDU und CSU die Bundesregierung zu Recht wegen ihrer Politik kritisiert haben, hat es sich die Bundesregierung zwei Jahre lang sehr einfach gemacht, indem sie gesagt hat: Ihr habt die moralische Berechtigung verloren, euch mit uns auseinander zu setzen. – Das war sehr bequem. Meine Damen und meine Herren, das ist nun zu Ende. Ich bin froh, dass es auf diesem Parteitag so unmissverständlich zum Ausdruck gebracht worden ist: Die CDU lässt sich das nicht gefallen!

(Lebhafter Beifall)

Rot-Grün muss sich jetzt der inhaltlichen Auseinandersetzung stellen. SPD und Grüne haben in den letzten zwei Wochen auf ihren Parteitagen zu den großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen Deutschlands nichts geboten – außer Selbstbespiegelung. Meine Damen und Herren, Rot-Grün ist keine Regierungsformation zur Lösung der großen und schwierigen Zukunftsaufgaben in Deutschland. Deshalb muss Rot-Grün abgelöst werden.

(Anhaltender Beifall)

CDU und CSU haben auf ihren Parteitagen – wir vor einigen Wochen, Sie gestern und heute – Alternativen für eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beschlossen. Wenn Unternehmen wieder investieren und neue Arbeitskräfte einstellen sollen, wenn die Bürger nicht aus Sorge vor der Zukunft sparen, wenn die Bürger wieder Vertrauen fassen, Eigeninitiative entwickeln, investieren und konsumieren sollen, dann muss der Staat sie entlasten. Die USA haben uns das vorgemacht. Sie haben ein Steuersenkungspaket von 1 350 Milliarden Dollar für die nächsten zehn Jahre auf den Weg gebracht, um Wachstumskräfte zu stärken. Es ist geradezu aberwitzig, meine Damen und meine Herren, dass der deutsche Bundesfinanzminister und der deutsche Bundeskanzler auf eine Steuerreform in den Vereinigten Staaten von Amerika hoffen, die sie selber im eigenen Lande partout nicht machen wollen.

(Beifall)

Was macht Rot-Grün? Bürger und Unternehmen zahlen trotz der angeblich größten Steuerreform aller Zeiten heute 45 Milliarden DM mehr Steuern als 1998. 2002 wird von Rot-Grün mit besonderen Knallern eingeleitet, mit einem Stakkato von Steuererhöhungen. Mitten in der Rezession werden Ökosteuern, Tabaksteuer und Versicherungssteuer erhöht. Damit zieht Rot-Grün den Verbrauchern und der Wirtschaft allein im kommenden Jahr neun Milliarden DM zusätzlich aus der Tasche. Das sind nicht einmal Silvesterraketen; das sind echte Rohrkrepierer.

In dieser Situation stellt sich Eichel vor die Fernsehkameras und fordert die Menschen auf, mehr Geld auszugeben. Wie soll denn jemand, der schon jetzt mit jeder Mark rechnen muss, mehr ausgeben, wenn die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge immer weiter steigen? In dieser Woche erhöhen wieder viele Krankenversicherungen die Beiträge. 20 oder gar 30 DM im Monat weniger in der Tasche – das tut vielen Arbeitnehmern, Rentnern und Familien weh. Heute hat die AOK in Bayern beschlossen, die Beiträge von 14,2 auf 14,9 Prozent zu erhöhen. Das ist der höchste Beitrag, den es in Deutschland jemals gegeben hat. Was nützt denn eine Steuerreform, die eine Entlastung gebracht hat, wenn Steuererhöhungen folgen und die Sozialversicherungsbeiträge auf ein so hohes Niveau steigen? Damit wird den Menschen Geld aus der Tasche genommen. Wir müssen den Menschen deutlich machen, wer dafür die Verantwortung trägt: Rot-Grün!

(Beifall)

Neue Arbeitsplätze schaffen heißt auch, die Regeln des Arbeitsmarktes flexibler zu gestalten. Natürlich wollen wir soziale Sicherheit für unsere Arbeitnehmer. Aber was nützen hohe Schutzzäune, wenn sie verhindern, dass Menschen überhaupt eingestellt werden? Soziale Sicherheit muss für alle gelten, nicht nur für die, die Arbeit haben, sondern auch für die, die Arbeit suchen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Einen Satz, den die CDA geprägt hat, habe ich sehr stark verinnerlicht; ich möchte ihn hier unterstreichen: Sozial ist, was Arbeit schafft, nicht, was Arbeit verhindert. –

(Beifall)

Der generelle Teilzeitananspruch kostet 250 000 Arbeitsplätze. Das 630-Mark-Gesetz hat mindestens 600 000 Stellen vernichtet. Das Gesetz zur Vermeidung von Scheinselbstständigkeit verhindert Unternehmensgründungen; aber jeder Unternehmer schafft im Schnitt drei Arbeitsplätze.

(Beifall)

Das neue Betriebsverfassungsgesetz führt zu Mehrkosten von bis zu 2,7 Milliarden DM im Jahr, vor allem beim Beschäftigungsmotor Mittelstand. – Das alles bedeutet einen Arbeitsplatzabbau und ist kein Weg zu mehr Beschäftigung.

Wir müssen die Flächentarife für betriebliche Beschäftigungsbündnisse öffnen. Wir müssen Arbeitlose und Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit bringen. Dazu brauchen wir Kombilöhne. Das Job-Aktiv-Gesetz bietet keine Lösung. Wir müssen mehr Flexibilität und mehr Anreize schaffen. Nur so eröffnen wir neue Chancen und nur so lassen sich die Probleme am Arbeitsmarkt anpacken.

Wir müssen den Arbeitsmarkt deregulieren. – Ich gehe davon aus, dass wir dies ab Herbst nächsten Jahres in die Hände nehmen müssen und hoffentlich auch dürfen. – Wir senken die Arbeitslosigkeit nicht nur durch ein höheres Wirtschaftswachstum. Wir müssen uns doch einmal fragen, warum es in Deutschland eines Wirtschaftswachstums in Höhe von 2,3 bis 2,5 Prozent bedarf, bis sich dies am Arbeitsmarkt überhaupt bemerkbar macht, während es in anderen Ländern bereits bei einem viel niedrigeren Wachstum positive Bewegungen am Arbeitsmarkt gibt. Unser Arbeitsmarkt ist zu stark verriegelt. Wenn wir diese Verriegelung

lung nicht aufbrechen, dann werden wir das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Wir werden eine schwierige Arbeit zu bewältigen haben. Aber die rot-grüne Regierung schafft das mit Sicherheit nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen muss sie abgelöst werden.

(Beifall)

Anpacken müssen wir auch beim Thema Sicherheit. Wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen, nur weil seit den Anschlägen in den Vereinigten Staaten schon fast ein Vierteljahr vergangen ist. Wir stehen vor völlig neuen Bedrohungen. Dafür müssen wir uns im wahrsten Sinne des Wortes rüsten. Das kostet Geld. Innere und äußere Sicherheit sind nach dem 11. September nicht mehr voneinander zu trennen. Der Kampf gegen den internationalen Terror erfordert eine Stärkung der inneren Sicherheit genauso wie eine Stärkung der Bundeswehr. Aber Rot-Grün hat die Bundeswehr systematisch vernachlässigt.

(Beifall)

Populär ist heute der Einsatz für eine Verbesserung der inneren Sicherheit. Deshalb ist die SPD zu neuem ungeahnten Opportunismus aufgelaufen; sie agiert entgegen fast allem, was sie über Jahrzehnte vertreten hat. Viele unserer Vorstellungen wurden von ihr übernommen. Das unterstützen wir als verantwortungsvolle Opposition. Aber was Rot-Grün zur Stärkung der Sicherheit der Menschen vorhat, geht in vielen Punkten nicht weit genug. Das betrifft vor allem die Abschiebung von ausländischen Extremisten.

Für uns steht fest: Wer mit dem Terror sympathisiert, der hat in Deutschland keinen Platz.

(Beifall)

Islamistische Extremisten wollen wir in Deutschland nicht haben. Sie dürfen erst gar nicht zu uns kommen. Wenn sie aber bereits da sind, müssen sie wieder raus. Nur darüber zu reden, genügt aber nicht. Wir müssen auch handeln und die Gesetze entsprechend ändern. Zu reden und dann nicht zu handeln – das werfe ich Gerhard Schröder gerade in der Frage der inneren Sicherheit persönlich vor. Er hat 1998 noch als Ministerpräsident in der „Bild am Sonntag“ erklärt: Ausländer, die sich in Deutschland nicht an Recht und Gesetz halten, müssen raus, und zwar schnell. – Geschehen ist aber seitdem fast nichts! Ein Bundeskanzler ist aber nicht nur Stammtischredner, er muss auch handeln, in diesem Fall: einen Gesetzentwurf einbringen.

(Beifall)

Und der Bundeskanzler hat auf dem Höhepunkt schrecklicher Verbrechen an kleinen Mädchen erklärt, dass auch er jetzt der Meinung sei, dass Männer, die sich an jungen Mädchen vergehen und nicht mehr therapierbar sind, weggeschlossen gehören, und zwar auf Dauer. Wo sind denn konkrete Änderungen in diese Richtung, meine Damen und Herren? Fehlanzeige! Rot-Grün hat alle unsere Gesetzesvorlagen zur Verschärfung des Sexualstrafrechts in Bundestag und Bundesrat niedergestimmt! So kann es nicht weitergehen.

(Beifall)

Es kann doch nicht sein, dass der Bundeskanzler und seine Bundesjustizministerin nur sagen: Das sollen die Länder selber machen. – Wir handeln jetzt – so wie Baden-Württemberg- und andere Länder ziehen nach.

(Beifall)

Und für ausländische Extremisten gilt: Für eine Abschiebung muss der Verdacht einer Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen ausreichen. Der Bundesinnenminister beharrt nach wie vor auf einen konkreten Nachweis. Ich sage Ihnen: Das ist zu wenig. Es kann doch nicht sein, dass wir erst den Mitgliedsausweis in der Hand halten müssen, bevor jemand ausgewiesen werden kann. – Und das verkauft Schily dann als das größte Sicherheitspaket aller Zeiten.

(Beifall)

Genauso ist es reine Augenwischerei, wenn der Bundesinnenminister sein Zuwanderungsgesetz mit „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ überschreibt. Maßgeblich ist nicht, was über dem Gesetz steht, sondern das, was in dem Gesetz steht: Und drin steht eine Öffnung Deutschlands zu einem klassischen Einwanderungsland und keine Zuwanderungsbegrenzung, wie wir und die Mehrheit der Bevölkerung sie wollen. Die Begründung des Gesetzentwurfes spricht eine klare Sprache, dort steht:

Der dem gesamten Ausländerrecht zugrunde liegende Grundsatz der einseitigen Zuwanderungsbegrenzung wird aufgegeben.

Die Grünen haben im Deutschen Bundestag unumwunden eingeräumt:

Mit dem Zuwanderungsgesetz wird Deutschland endlich ein Einwanderungsland.

Meine Damen, meine Herren, der Schily-Entwurf wird zu einem deutlichen Mehr an Zuwanderung nach Deutschland führen.

Insbesondere in Bezug auf den Zuzug von Arbeitskräften macht Rot-Grün die Tür weit auf. Natürlich brauchen wir den Wettbewerb um die hellsten Köpfe; das ist überhaupt keine Frage. Aber Rot-Grün hebt den seit 1973 gültigen Anwerbestopp ausländischer Arbeitnehmer für alle Bereiche – ich wiederhole: für alle Bereiche –, also nicht nur für Mangelberufe, sondern auch für andere Berufe, auf. Quotierungen fehlen. Es bleibt völlig unklar, wie viele ausländische Arbeitnehmer eigentlich kommen werden. Zuwanderung soll künftig – und das ist gravierend – auch schon dann möglich sein, wenn lediglich ein regionaler Arbeitskräftebedarf besteht, und zwar unabhängig davon, ob anderswo in Deutschland geeignete Arbeitslose vorhanden sind oder nicht. In einem so genannten Auswahlverfahren wird der Zuzug völlig unabhängig von einem konkreten Arbeitsplatzangebot eingeführt. Das ist klassische Einwanderungspolitik, die wir nicht wollen.

Meine Damen, meine Herren, wir haben in Deutschland fast vier Millionen Arbeitslose. Fachleute rechnen noch einmal eine so genannte stille Reserve von zwei Millionen dazu. Im Rahmen der EU-Osterweiterung werden in absehbarer Zeit, spätestens in den nächsten zwei, drei Jahren, zwölf Länder mit mehr als 100 Millionen Menschen am Binnenmarkt teilnehmen. Al-

lein für den bayerischen Arbeitsmarkt stehen hier in den ersten Jahren bis zu 250 000 neue Arbeitskräfte zu Verfügung; so ein Ifo-Gutachten. Rechnen Sie das bitte einmal auf Deutschland hoch!

Mit Ausnahme von Spezialisten in Mangelberufen besteht doch auf absehbare Zeit kein wesentlicher Bedarf für eine weitere Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt. Das bestätigen auch vorliegende Prognosen und Gutachten. Da macht es sich vor allem die Industrie zu einfach, wenn bei Engpässen auf dem Arbeitsmarkt immer sofort nach Zuwanderung gerufen wird.

Meine Regierung und ich als Ministerpräsident eines durchaus erfolgreichen Landes

(Beifall)

haben ein sehr gutes Verhältnis nicht nur zu den mittelständischen Unternehmungen, sondern natürlich auch zu den großen Unternehmen. Aber ich übernehme nicht alle Forderungen, die von dort kommen, 1 : 1.

Wie war das denn bei der Greencarddiskussion? Die Wirtschaft hat gerufen: Wir brauchen mindestens 100 000 Computerspezialisten aus Indien. – Tatsächlich wurden nicht einmal 10 000 Greencards vergeben. Heute liest man täglich von Entlassungen im IT-Bereich. Wenn wir vor einem Jahr tatsächlich 100 000 ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hereingelassen hätten, dann wären die heute zum Teil arbeitslos und wir hätten die Folgen zu tragen.

Bevor wir Menschen aus dem Ausland anwerben, müssen wir deshalb versuchen, unsere Arbeitsmarktprobleme selber zu lösen.

(Beifall)

Denn die Kosten der Integration von Menschen aus anderen Ländern muss in erster Linie die öffentliche Hand leisten.

Eigentlich ist heute nicht der Platz für das Thema; aber viele von Ihnen hat die Pisa-Studie über die Leistungsfähigkeit deutscher Schülerinnen und Schüler, die heute von der Kultusministerkonferenz vorgestellt werden wird, bewegt. Wir müssen feststellen, dass es in anderen Ländern eine größere Bereitschaft gibt, sich anzustrengen. In den Diskussionen, die wir in den letzten 25 Jahren über Bildungspolitik geführt haben, stand Leistung nicht im Mittelpunkt. Das rächt sich jetzt!

(Beifall)

Wer von Zuwanderung spricht, der muss auch sagen, wie er die Menschen, die kommen, in unserem Lande integriert; das ist für mich der entscheidende Punkt.

In der Frage, Reserven auf unserem Arbeitsmarkt zu nutzen, erwarte ich auch von der Wirtschaft mehr Engagement und Ideenreichtum. Das gilt für die betriebliche Weiterbildung genauso wie für die Frage, wie wir eigentlich das Wissen und das Können älterer Menschen besser einbinden wollen. Als ich auf der Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie diese Frage gestellt habe, habe ich keine klare Antwort darauf bekommen, wie sie eigentlich dazu stehen, dass in Deutschland ganze 39 Prozent der 55- bis 65-Jährigen noch beruflich tätig sind, 39 Prozent der 55- bis 65-Jährigen! In der Schweiz sind es aber an die 70 Prozent.

Ich sage Ihnen: Darin liegt ein Problem. Auf der einen Seite werden die Menschen – Gott sei Dank – immer älter, und auf der anderen Seite sortieren wir bereits 45-Jährige aus.

(Zustimmung)

Wir können doch nicht das machen und gleichzeitig die Zuwanderung erhöhen. Das geht doch nicht!

(Lebhafter Beifall)

Diese Frage ist es wirklich wert, intensiver beraten zu werden. Es kann nicht angehen, dass man 46- oder 47-jährige Ingenieure nicht mehr für vermittelbar hält, aber gleichzeitig 30-Jährige zuwandern lässt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht unsere Gesellschaft mit Recht nicht mit!

(Beifall)

Ungesteuerte Zuwanderung bringt immer Gefahren von Unverträglichkeiten mit sich, von Rissen und Brüchen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist eine erfolgreiche Integration so wichtig, und deshalb ist die Integrationsfähigkeit Deutschlands auch die Grenze für mehr Zuwanderung. Deutschland integriert zurzeit jedes Jahr eine Stadt in der Größe von Nürnberg oder Dortmund. Der Zuzug verteilt sich – auch dies bitte ich zu sehen – nicht gleichmäßig über das ganze Land, sondern konzentriert sich auf Berlin und die Großstädte in Westdeutschland. Die Integrationsfähigkeit ist da vielerorts überschritten.

Grüne, SPD, FDP, PDS, alle wollen sie im Ergebnis ein Mehr an Zuwanderung. Entgegen dem Eindruck in der veröffentlichten Meinung will aber die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland kein Mehr an Zuwanderung.

Da fehlt mir manchmal das Verständnis, wenn ich höre, die CSU betreibe Fundamentalopposition. Ich sage Ihnen: Es ging und geht allein um die Sache. Wir kämpfen darum, dass die Dinge in Deutschland verbessert werden.

(Beifall)

CDU und CSU haben im Mai gemeinsam die Bedingungen für eine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung formuliert. Wer unsere Zustimmung will, der muss diese Bedingungen erfüllen.

(Beifall)

Wir, CDU und CSU, sind in dieser entscheidenden Frage die einzige Partei, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung verkörpert. Der Mehrheitswille der Bevölkerung entspricht nicht der Mehrheit im Deutschen Bundestag.

(Zustimmung)

Wir als CDU/CSU haben hier eine große Verantwortung. Rot-Grün sollte immer daran denken: Wenn sich die Bevölkerung in entscheidenden Fragen nicht mehr von der Mehrheit im Parlament repräsentiert fühlt, wählt sich die Bevölkerung eine neue Mehrheit. So einfach ist das!

(Beifall)

Unsere Haltung in der Zuwanderungsfrage ist auch eine entscheidende Frage der Glaubwürdigkeit von CDU und CSU. Denn wir sind immer mit dem Versprechen angetreten, Zuwanderung zu begrenzen, Zuwanderung zu steuern.

Meine Damen und Herren, das größte Problem von Rot-Grün ist die fehlende Glaubwürdigkeit. Die Menschen haben es doch satt, dass ihnen vor der Wahl das Blaue vom Himmel versprochen wird und nach der Wahl alles nicht mehr gilt. Zentrales Versprechen von Gerhard Schröder war die Senkung der Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen. Tatsache ist: Das will er heute nicht mehr gelten lassen. Der Aufbau Ost sollte Chefsache sein. Tatsache ist: Der Osten fällt zurück. – Er will das Versprechen nicht mehr gelten lassen.

(Beifall)

Schröder hat mehr soziale Gerechtigkeit versprochen. Tatsache ist: Heute sind wir auf dem Weg in die Zweiklassenmedizin. Von der Rentenlüge will ich hier überhaupt nicht reden.

(Beifall)

Die SPD versündigt sich geradezu an den kleinen Leuten, den Arbeitnehmern, den Rentnern, den Kassenpatienten und den Familien mit geringen Einkommen.

In diesem Zusammenhang muss ich ausnahmsweise einmal Oskar Lafontaine zitierten, der vor ein paar Tagen in der „Welt am Sonntag“ geschrieben hat : „Wenn eine SPD-geführte Regierung im Amt ist, dann sollte es Arbeitnehmern und Rentnern besser gehen. Davon kann aber keine Rede sein.“ Wo er Recht hat, hat er Recht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deshalb müssen die CDU und die CSU alles dafür tun, Rot-Grün abzulösen. Wir müssen und wir können Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringen. Die Bilanz des Kanzlers ist beschämend. Sie ist schadet aber auch unserem Land. Dort, wo CDU und CSU in den Ländern regieren, kann schon heute jeder sehen: Wir stellen die Weichen für mehr Wachstum; wir sorgen für mehr Beschäftigung; wir wirtschaften finanziell solider und wir reden nicht nur, wir handeln. Aber wir haben als bürgerlich-konservative Partei, die wir auch sind, eine besondere Verantwortung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu sichern. Dazu gehört es auch, die tragenden Werte und Tugenden stärker zu betonen.

Es geht dabei nicht um Fortschrittsfeindlichkeit. CDU und CSU stehen für die Förderung der Forschung, für die Chancen der Globalisierung und für das Vorantreiben der Innovationen in Deutschland. Neben der klassischen Aufgabe, Werte, Traditionen und Tugenden zu bewahren, ist es auch Aufgabe einer konservativen Partei, Politik zur Sicherung unserer Zukunft zu machen. Es geht um die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Zusammenleben sowie um den langfristigen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Die Menschen in Deutschland und Europa müssen in einer Zeit der Globalisierung ohnehin eine Menge an Veränderungen und Verunsicherungen hinnehmen und verkraften. Wir erleben doch einen mehr und mehr um sich greifenden Zeitgeist in unserer Gesellschaft, der nur das Neue, nur das Fremde, nur das Grelle, nur das Schräge und nur das Coole gelten lässt. Wer verteidigt eigentlich noch die Werte? Die Werte müssen auch verteidigt werden, damit wir Fortschritt und Grundwerte in ei-

ner Balance halten können. Aber es gibt zu wenige, die die Fundamente unserer Gesellschaft verteidigen. Es gibt mehr, die sie angreifen.

(Beifall)

Neue Einflüsse und Buntheit, das mag ja alles positiv sein. Aber wir dürfen die Menschen nicht überfordern. Eine Gesellschaft braucht Kontinuität und Halt in gemeinsamen Werten und Traditionen. Ansonsten fällt sie auseinander. Wer soll sich denn um den notwendigen Erhalt der Balance zwischen Verändern und Bewahren kümmern, wenn nicht die CDU/CSU? Wir müssen auf die Balance zwischen Verändern und Bewahren achten.

(Beifall)

Ich erkenne durchaus an, dass wir eine plurale Gesellschaft sind, in der jeder sein Leben nach seiner Fassung leben kann. Ob jemand religiös ist oder nicht, ist selbstverständlich seine Sache. Gott sei Dank haben wir diese unglaublich plurale Freiheit in unserem Land im Laufe der Jahrhunderte erarbeitet. Aber ich bin trotzdem der Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn Christen wie vor ein paar Tagen dem Bundeskanzler ein Kreuz schicken und ihn bitten, er solle es irgendwo im Kanzleramt aufhängen, und es findet sich dann im ganzen Bundeskanzleramt kein Platz dafür, dann ist das für mich auch ein Ausweis eines falschen Verständnisses unserer Tradition und unserer Werte.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen, meine Herren, liebe Freunde, wir müssen dafür sorgen, dass die Werte und die Tugenden in unserer Gesellschaft wieder mehr Bedeutung erhalten: Respekt vor dem Leben, auch vor dem ungeborenen und dem behinderten Leben, weil sich mit den Möglichkeiten der Gentechnologie die Frage der Menschenwürde mit neuer Schärfe stellt; Respekt vor Minderheiten, aber auch Respekt vor dem Willen und den Werten der Mehrheit, weil das unseren demokratischen Grundsätzen entspricht und weil es dabei um die gewachsene Identität unseres Volkes geht; Solidarität mit den Schwachen, aber Einfordern von Eigenverantwortung bei den Starken, weil nur so Leistungsgerechtigkeit und soziale Stabilität gesichert werden können; Bekenntnis zu meinem geläuterten Patriotismus, weil die Identifikation mit der Heimat ein Bedürfnis der Menschen ist und weil die Nation als Verantwortungsgemeinschaft auch in einem zusammenwachsenden Europa unersetzlich ist.

(Beifall)

Wir müssen die Mitmenschlichkeit in unserem Land mehr betonen. Die Millionen von ehrenamtlichen Mitarbeitern, die für andere Menschen etwas tun, werden in der Gesellschaft leider nicht so gewürdigt wie andere, die sich im Grunde leistungslos in die Schlagzeilen katapultieren. So entsteht oft der Eindruck, diese Gesellschaft sei wesentlich kälter, als sie wirklich ist. Es gibt so viel Mitmenschlichkeit und Verlässlichkeit. Aber wir müssen auch den Mut haben, zu sagen: Ohne Fleiß und ohne Leistungsbereitschaft kann eine Gesellschaft nicht funktionieren.

Ich bin der Überzeugung: Die Menschen in Deutschland sind bereit für eine solche werteorientierte Politik. Unsere Politik ist ein Angebot an die bürgerliche Mitte, an die breiten Schich-

ten in der Bevölkerung, die ihr Leben nach Werten und Tugenden ausrichten, denen Anstrengung und Leistung etwas bedeuten, die an Ehe und Familie festhalten, denen Vertrauen, Verlässlichkeit und Solidarität am Herzen liegen, ohne die keine Gesellschaft und kein Sozialstaat existieren können.

Dies ist manchmal ins Rutschen gekommen. Ich glaube, dass wir dieses Rutschen aufhalten müssen. Deshalb wollen und müssen wir in Deutschland wieder Verantwortung übernehmen. CDU und CSU können siegen und werden siegen, wenn sie den unbedingten Willen dazu haben.

(Beifall)

Man spricht heute im Sport oft von Siegermentalität. Ich will das nicht unbedingt auf die Politik übertragen. Aber eine Mannschaft kann nur dann den Championspokal holen, wenn alle wirklich gewinnen wollen. Alle elf Spieler müssen gewinnen wollen, und zwar dieses Spiel. Man darf nicht auf 2006 oder 2010 schauen. 2002 ist die Messlatte für uns.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Die CDU und die Schwesterpartei CSU, haben wirklich jeden Grund, mit Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein in die Auseinandersetzungen zu gehen. Deutschland wird von Rot-Grün nicht gut regiert. Die letzten drei Jahre haben Deutschland zu einem Abstiegs kandidaten in Europa gemacht.

(Beifall)

Wir brauchen – da stimme ich Angela Merkel völlig zu – absolute Geschlossenheit.

(Beifall)

Und wir brauchen vor allem auch eine gute Mannschaft. Die Mannschaft muss stehen und muss bereit sein, mitzumachen.

(Beifall)

CDU und CSU, zwei Schwesterparteien, beide selbstbewusst, beide mit einer eigenen Identität, haben eine Klammer. Diese Klammer verkörpert unsere gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU. Sie ist auch das Herzstück der erfolgreichen Zusammenarbeit beider Parteien. Ich danke an dieser Stelle ganz besonders dem Vorsitzenden unserer Fraktion, Friedrich Merz, für seine engagierte und kompetente parlamentarische Arbeit zusammen mit Michael Glos.

(Beifall)

Lassen Sie mich eines offen ansprechen: Ich stimme mit Ihrer Vorsitzenden, mit Angela Merkel, völlig überein. Wir beide werden unseren beiden Parteien Anfang des Jahres 2002 einen Vorschlag über den Kanzlerkandidaten der Union unterbreiten. Das war und bleibt richtig. Es reicht völlig aus, dass wir diese personelle Entscheidung im Wahljahr treffen.

(Beifall)

Deswegen erlauben Sie mir zum Abschluss, Ihnen ein großes Kompliment zu machen. Von diesem Parteitag geht ein Signal aus. Es ist ein anderes Signal, als vom Parteitag der SPD in Nürnberg oder von dem der Grünen in Rostock ausging. Das war Selbstbespiegelung, das war Zerrissenheit; zum Teil wurde die Diskussion über die wirklichen Probleme überhaupt nicht geführt. Unsere Schwesterpartei CDU hat gestern einen hervorragenden Aufbruch signalisiert, mit einer großen Rede, mit einer großartigen Diskussion und mit einer Beschlussfassung, der lange Monate programmatischer Arbeit vorausgegangen waren.

Ich sage Ihnen: Die CDU kann und wird Deutschland wieder voranbringen. Dagegen bringt diese Bundesregierung Deutschland nicht voran! Sie redet, sie formuliert, sie appelliert; aber sie tut zu wenig. Politik muss jedoch nicht nur reden und appellieren, sie muss auch handeln. Das müssen wir der Bundesregierung immer wieder vorhalten.

(Beifall)

Wer will, dass Deutschland ein soziales und auch ein menschliches Land bleiben soll, der muss mit uns für einen politischen Wechsel in Deutschland kämpfen. Wer will, dass Deutschland eine Gesellschaft bleibt, in der Integration großgeschrieben wird und in der gemeinsame Wert und Zusammenleben bestimmen, der muss mit uns für den politischen Wechsel kämpfen.

Dazu brauchen wir Siegeszuversicht, Siegermentalität und Selbstbewusstsein. Nach diesem Parteitag müssen jeder Delegierte und jede Delegierte, jeder Ortsvorsitzende der CDU und auch der CSU spüren, dass die große Schwester voll da ist, dass sie gewinnen will, dass sie verändern will und die Verantwortung übernehmen will.

Ich möchte meinen Beitrag als Parteivorsitzender der CSU für die gemeinsame Aufgabe leisten. Herzlichen Dank und alles Gute für die Zukunft.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich – Zurufe: Jetzt geht's los!)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, für die klaren Worte, für die starken Argumente und für die große Begeisterung. Ich denke, es war gut, dass demonstriert wurde: CSU und CDU gemeinsam haben eine riesige Chance, am 22. September eine neue und bessere Regierung für Deutschland zu stellen.

(Beifall)

Ich gebe das Wort noch einmal an unsere Bundesvorsitzende, Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Edmund Stoiber, auch ich möchte Ihnen im Namen der Delegierten des CDU-Parteitages ganz herzlich für Ihr Grußwort danken. Ich glaube, jeder hat gespürt, dass wir uns nicht auseinander dividieren lassen. Wir halten in den entscheidenden Fragen zusammen. Wir haben eine gemeinsame Siegeszuversicht. Damit haben wir die Chance, 2002 einen Wechsel von einer rot-grünen zu einer unionsgeführten Regierung zu schaffen. Dieses Signal soll von diesem Parteitag ausgehen.

Es war daher richtig, zu sagen: Jetzt geht's los! Von nun an wird gekämpft. Wir sind zuversichtlich bis in all unsere Gliederungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zu den anstrengenden Antragsberatungen und den Tagesordnungspunkt 18 zurück. Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über die Änderung des Satzungsrechts mitteilen: 805 abgegebene Stimmen, 5 ungültige, 22 Enthaltungen und 778 gültige Stimmen. Mit 517 Ja-Stimmen wurde die notwendige Mehrheit erreicht.

(Beifall)

Es gab 261 Nein-Stimmen. Das Frauenquorum ist also mit großer Mehrheit vom Parteitag beschlossen worden. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Wir kommen damit zum Antrag E 11 auf Seite 373 und im Anhang 4 des Antragsbuches. Es geht um die Umstellung auf den Euro. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Diejenigen, die dem Votum der Antragskommission zustimmen, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Dann ist es einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen E 12 bis E 31 auf den Seiten 374 bis 380 im Antragsbuch. Die Antragskommission empfiehlt eine gemeinsame Behandlung. Es gibt dazu eine Wortmeldung von Leo Lennartz. Herr Lennartz, Sie haben das Wort.

Leo Lennartz: Meine lieben Freunde! Wir haben heute und gestern einige sehr interessante Reden gehört und interessante Diskussionen geführt. Es ist jetzt natürlich schwierig, noch etwas zu Satzungsfragen zu sagen.

Wir haben Anträge zur Satzung gestellt, weil wir der Meinung sind, dass die Arbeit auf den Parteitag dringend verbessert werden muss. Sie muss in dem Sinne verbessert werden, dass die Entscheidungen wieder mehr auf den Parteitag direkt fallen und weniger bei der Vorbereitung der Leitanträge, die nicht immer so hilfreich sind, wie sie sein sollten.

Die Tatsache, dass der erste Leitantrag über 1200 Änderungsanträge zur Folge hatte, ist auf der einen Seite ein Zeichen für das gesunde Empfinden unserer Basis. Ich stimme der Frau Vorsitzenden zu – das muss an dieser Stelle gesagt werden –, dass es die Basis der Partei und nicht die Führung gewesen war und ist, die die Partei zusammenhält. Auf der anderen Seite aber zeigen die 1200 Anträge auch, dass der Leitantrag in der Form, wie er vorgelegt wurde, noch nicht zu gebrauchen war.

Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, dass die Vorbereitung der Parteitage und auch deren Ablauf selber verbessert werden sollten. Zu diesem Punkt hat der Kreisverband Euskirchen drei Anträge gestellt. Sie behandeln die Frage, wie auf dem Parteitag eigentlich das Wort erteilt wird.

Wir sind sehr unzufrieden darüber, dass es Mitglieder gibt, die immer bevorzugt werden. Hier geht es eben nicht nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, sondern es geht nach der Fernsehzeit oder der Position, die jemand in der Partei hat. Wenn es um Sachdiskussionen geht, hat sich jeder in der Reihe anzustellen. Dann soll er das Wort ergreifen und diskutieren. Die Bevorzugung eines Teils der prominenten gegenüber den normalen Teilnehmern des Parteitages halten wir nicht für angemessen.

Das Zweite: Wir haben mit der Antragskommission eine Schwierigkeit. Wir würden es gerne sehen, wenn der Parteitag selber die Antragskommission bestellt. Es sollte schon bei der Auswahl darauf geachtet werden, dass entsprechend viele qualifizierte Fachleute Mitglied der Antragskommission werden. Ich habe den Eindruck, dass sich in der Antragskommission sehr oft nur die Gliederungen der Partei wiederfinden, die untereinander sowieso alle ihre Argumente schon kennen. Es ist aber gerade für die Arbeit der Partei und deren Wirkung nach draußen notwendig, dass unabhängige Leute, die nicht durch Vereinigungen vorgeprägt sind, in der Antragskommission mitarbeiten.

Sowohl der Fraktionsvorsitzende als auch die Bundesvorsitzende und insbesondere Herr Stoiber haben ja sehr deutlich gemacht: Wenn es um die grundsätzlichen Positionen in der Gesellschaft geht, dann steht die CDU alleine gegen alle. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten. Wir müssen deshalb unsere Aussagen so formulieren und zuspitzen, dass sie von der Öffentlichkeit auch verstanden werden.

Das Dritte, was wir vorschlagen, ist, dass endlich einmal das Quorum für die Wahlen abgeschafft wird. Nach geltender Satzung müssen 75 Prozent der Wahlkandidaten angestrichen werden, damit der Stimmzettel überhaupt gültig ist. Das hat zur Folge, dass sich immer wieder Mitglieder – ich hätte fast gesagt: politische Überläufer, die wirklich den Ruhestand verdient hätten – in den Vorstand hineinhangeln. Unser Kreisverband ist dafür, dass wir hier eine offene Diskussion führen, dass so lange abgestimmt wird, bis der Vorstand so besetzt ist, wie der Parteitag es wünscht.

Wir werden die Sache heute natürlich nicht ausdiskutieren. Im Moment verlässt ja etwa acht Zehntel des Parteitags den Saal. Aber wenn ich höre, dass der Parteivorstand der Meinung ist, dass wir über diesen Punkt eine Diskussion führen müssen, dann halte ich das schon für einen ganz erheblichen Fortschritt. Nur, Frau Vorsitzende, wenn im Antrag E 12 hingewiesen wird auf einen in Aussicht gestellten Parteitag zur Reform der Parteiarbeit, dann ist das außerordentlich dünn. Frau Vorsitzende, ich bitte Sie herzlich, zu diesem Punkt einmal zu sagen: Haben Sie das nun vor oder nicht? Dass das dringend notwendig ist, darüber besteht unter Sachkennern kein Zweifel.

Ich würde mich mit der Überweisung an den Generalsekretär einverstanden erklären können, wenn Sie klipp und klar sagen würden, dass im Jahre 2003 dieser Parteitag auch wirklich stattfindet.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Frau Merkel.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich will das gerne klipp und klar erklären. 2003 findet ein Parteitag zur Parteireform statt. Versprochen und gehalten.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. So weit die Aufklärung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge E 12 bis E 31, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Bevor der nächste Tagungsordnungspunkt aufgerufen wird, wechselt der Vorsitz im Präsidium. Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken.

Herr Böhmer hat das Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

- a) EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „IM OSTEN WAS NEUES“
- b) BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag wird eingebracht von Günter Nooke. – Bitte schön, Herr Nooke, Sie haben jetzt das Wort.

Günter Nooke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Bevor ich zum Antrag komme, möchte ich dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern ganz herzlich danken für die klaren Worte zum Aufbau Ost und natürlich auch dafür, dass er das Scheitern der rot-grünen Bundesregierung auch in diesem Punkt deutlich gemacht hat.

(Beifall)

Es ist nicht sonderlich schwer, hier in Dresden einen Zusammenhang mit dem Thema herzustellen, über das wir jetzt diskutieren werden; denn Helmut Kohl wurde bei seinem DDR-Besuch kurz vor Weihnachten 1989 von der Bevölkerung ein begeisterter Empfang bereitet. Der amtierende DDR-Staatschef Modrow trat für die Menschen völlig in den Hintergrund. Obwohl die DDR noch bestand, sprachen die meisten Ostdeutschen schon damals wie selbstverständlich von „ihrem Kanzler“. Es waren ja gerade die vielen Stimmen aus Dresden und dem nahe gelegenen Leipzig, die die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verlangten. Helmut Kohl hatte das Gefühl und kam zu der Überzeugung: Mit diesen Menschen hier kann die große Aufgabe in Angriff genommen werden. Und er hat Recht behalten.

Ich weiß, dass dies gerade von unseren politischen Gegnern – das gehört zum Thema dazu –, insbesondere von den deutschen Sozialdemokraten nicht gern gehört wird. In der letzten Woche im Bundestag, als dort über den Haushalt debattiert wurde, hat sich wieder gezeigt: In den meisten Beiträgen von Rot-Grün wird das Thema deutsche Einheit mit Ignoranz und Arroganz ausgeblendet, wenn über die angeblichen haushaltspolitischen Verfehlungen der unionsgeführten Bundesregierung bis 1998 schwadroniert wird. In Wirklichkeit ist es doch so, dass die andere Seite nicht daran erinnert werden will, wie eklatant sie bei dieser größten innen- und außenpolitischen Herausforderung der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts versagt hat.

Gerade deshalb liegt es an uns, daran zu erinnern: Die Union ist die Partei der deutschen Einheit. Und wir bleiben auch der Garant für die innere Einheit Deutschlands.

(Beifall)

Es führt eben ein roter – oder vielleicht sollte ich sagen: rot-grüner – Faden vom Herbst 1989 bis zur Gegenwart. Damals fiel der heutige Bundeskanzler damit auf, dass er nur abfällige Be-

merkungen für die Ostdeutschen parat hatte. Die sollten sich gefälligst hinten anstellen, wenn es um die Renten geht. Herr Schröder war es, der den zweifelhaften Vorschlag machte, Ostdeutschland an Polen abzutreten. Und es ist bis heute so, dass jenem Herrn Schröder zu den Problemen in den neuen Ländern nicht nur nichts einfällt. Vielmehr hat er den Aufbau Ost zum Abschwung Ost verkommen lassen.

Es war nicht das erste Mal in der letzten Generalausssprache zum Kanzleretat am Mittwoch vergangener Woche, dass Herr Schröder fast eine Stunde lang zur deutschen Politik gesprochen hat, aber die neuen Länder waren mit keiner einzigen Silbe vertreten. Das war kein Versehen, sondern das ist symptomatisch für die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, in elf Jahren seit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hat sich für die Menschen in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche und auch die soziale Situation im Vergleich zu 1990 entscheidend verbessert.

Diese Erfolge sind das Ergebnis der enormen Anstrengungen aller Deutschen. Sowohl die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft der Ostdeutschen als auch die Bereitschaft der Westdeutschen zu materieller und nicht materieller Solidarität bilden unser Fundament der Einheit.

Das jüngste Beispiel ist der unter Führung der sächsischen Landesregierung ausgehandelte Solidarpakt II, denen nicht nur alle neuen Bundesländer guten Gewissens zustimmen könnten, sondern dem auch alle alten zugestimmt haben. Dafür möchte ich mich zuerst bei Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel, aber insbesondere auch bei den CDU-regierten Ländern und dem CSU-geführten Land im Westen und im Süden bedanken. Denn das ist nicht selbstverständlich gewesen.

(Vereinzelt Beifall)

Zu unseren Erfolgen gehört auch, dass die neuen Länder wie selbstverständlich gleichberechtigter Bestandteil unseres System sind. Dazu zählt auch die Übertragung des bundesdeutschen Renten- und Sozialsystems. Der westdeutsche Leistungskatalog der sozialen Absicherung gilt auch in den neuen Ländern. Auch wenn wir in den Einkommen noch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen haben – auf diesen Punkt komme ich noch einmal genauer –, so kann es doch festgehalten werden: Löhne, Gehälter, Renten, Haushaltseinkommen konnten in den vergangenen Jahren stetig erhöht werden. 1990 musste keine geringere Aufgabe bewältigt werden als die vollständige Transformation eines bankrotten und nach außen abgeschlossenen planwirtschaftlichen Systems in das offene System der Sozialen Marktwirtschaft. Ich bin mir sicher, dass die meisten Menschen auch in den neuen Bundesländern wissen, dass es zu dieser Politik 1990 keine Alternative gab. Auch wenn heute immer noch SPD-Politiker – und hier im Osten ganz besonders auch die PDS – behaupten, die Treuhand habe die DDR-Wirtschaft abgewickelt: Das wäre allenfalls Leichenfledderei gewesen. Die DDR-Wirtschaft war 1989 so am Boden, wie das politische System schon immer war.

(Beifall)

Ich sage auch: Wir befinden uns gegenwärtig an einer Weggabelung. Wenn wir – mit Recht – darauf verweisen, dass es die blühenden Landschaften gibt, dann dürfen wir gleichzeitig nicht

übersehen, dass es in den neuen Ländern immer noch viele Problemregionen gibt. Wir müssen leider konstatieren, dass sich seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün die vorher erfolgreich vorangebrachte Aufholjagd des Ostens gegenüber dem Westen ins Gegenteil verkehrt hat. So hat die Differenz im Wirtschaftswachstum dramatisch zugenommen. Die Schere zwischen Ost und West ging in den letzten drei Jahren – mit steigender Tendenz – weiter auseinander, und zwar zu Ungunsten des Ostens. Die Steuerkraft beträgt im Osten nur reichlich ein Drittel des Westniveaus; die Arbeitslosigkeit ist in den neuen Ländern mehr als zweimal so hoch wie in den alten.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat die zweifelhafte Leistung vollbracht, dass trotz der seit 1998 drastisch ansteigenden Abwanderungszahlen junger, gut ausgebildeter und leistungsfähiger Menschen aus dem Osten in den Westen die Arbeitslosenzahl nicht zurückgegangen ist, ja, sich sogar erhöht hat. Die Chancen zur Ansiedlung größerer industrieller Kerne wurden nicht genutzt. Die Stichworte heißen hier: Transrapid und Großraumflugzeug A 380. Es ist an uns, die deutsche Einheit wieder als größte nationale Herausforderung ins Bewusstsein der Menschen zurückzurufen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde insbesondere aus den west- und süddeutschen Landesverbänden, natürlich kann es uns mit Stolz erfüllen, wenn Menschen aus Stuttgart, Bochum oder Gelsenkirchen nach Dresden kommen und sehen, was hier alles geschafft wurde. Allein die Feststellung, dass solche Städte wieder ihr eigenes Gesicht bekommen haben nach dem jahrzehntelangen Grau in Grau in der DDR, lässt ihnen sicher das Herz höher schlagen. Ich weiß auch, dass manche im Angesicht des Wiederaufbaus der Frauenkirche, des Schlosses und der neu gebauten und ausgebauten Straßen und Autobahnen denken: Bei euch hier sieht es doch schon besser aus, als es bei uns je war. Und das stimmt sicherlich auch, wenn man einzelne gut entwickelte Regionen des Ostens mit einzelnen Problemregionen des Westens vergleicht.

Aber ich bitte Sie, auch zu bedenken, dass insgesamt der Anschluss an das Niveau des Westens leider noch nicht erreicht ist. Es dürfte klar sein, dass nur vergleichbare Infrastrukturen in Ost und West die Gewähr dafür bieten, eine vergleichbare Wirtschaftskraft zu entwickeln. Jede heute verpasste Chance zur Entwicklung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern wird sich mittel- und langfristig als teure Transferleistung in die sozialen Sicherungssysteme rächen. Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen: Es gibt Unterschiede zwischen Ost und West, die sind von einer anderen Qualität als die Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern und Regionen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Defizite der neuen Länder gegenüber den alten sind nicht mit dem Süd-Nord-Gefälle innerhalb der alten Länder gleichzusetzen. Gerade wir als Union können natürlich mit Recht feststellen, dass Sachsen und Thüringen sichtbar dastehen als Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

(Vereinzelt Beifall)

Was Kurt Biedenkopf und die sächsische Union und Bernhard Vogel mit seinen Thüringern geschafft haben, das sollten die Herren Höppner und Ringstorff erst einmal ansatzweise nachweisen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen auch nicht die Augen davor schließen, dass es noch eine gehörige Wegstrecke zurückzulegen gilt, ehe Sachsen und Thüringen als die besten ostdeutschen Länder an das Niveau der alten Länder herankommen, die vielleicht noch nicht einmal zu den besten westlich der Elbe gehören.

Bei etwas genauerem Hinsehen werden die Unterschiede klar. Natürlich wissen wir, dass beispielsweise auch Gelsenkirchen große Probleme zu bewältigen hat. Einzelne Parameter wirtschaftlicher und infrastruktureller Entwicklung sind dort vielleicht sogar noch ungünstiger als in einer ostdeutschen Boom-Region wie Dresden oder Jena. Aber: Eine so wunderschöne Arena wie die auf Schalke wäre in Cottbus oder Rostock nicht ohne weiteres möglich, nicht privat finanziert und schon gar nicht von der öffentlichen Hand. Und das liegt nicht nur daran, dass Energie und Hansa zurzeit noch viel schlechter spielen als Schalke.

Liebe Freunde, wir als Union dürfen uns nicht an einer Neiddebatte beteiligen, nach dem Motto: Elf Jahre Transferleistungen sind genug, jetzt sind wir wieder dran. Das Wörtchen „wir“ sollte nicht nach Ost und West unterschieden werden. Latent, mehr oder weniger offen, einer zweiten Spaltung des Landes das Wort zu reden, das haben leider andere schon längst übernommen, die sich davon politischen Profit versprechen. Wenn jemand weiß, was deutsche Einheit heißt, dann ist es doch die Union, dann sind es doch wir.

(Beifall)

Ich bin froh, dass ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich dafür bedanken darf, dass es im Vorfeld dieses Parteitages gelungen ist, mit den ostdeutschen Landesverbänden einen eigenen Antrag des Bundesvorstandes zu formulieren. Allen Vertretern aus Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, die sich an der Erarbeitung beteiligt hatten und allen Mitgliedern des Bundesvorstandes sei dafür herzlich gedankt!

Wie schon der Titel „Im Osten was Neues“ sagt, geht es im Antrag eben nicht um Forderungen, dass in den nächsten Jahren möglichst viel Geld in die neuen Bundesländer transferiert wird. Nein, „Im Osten was Neues“ meint, dass der beste, der optimale Weg für die neuen Länder gesucht und bestritten werden soll. Der beste Weg für die neuen Länder muss nicht immer und in jedem Detail das Kopieren der alten Länder sein. „Aufbau Ost heißt nicht immer Nachbau West“, hatten die ostdeutschen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Antrag für die ganze Fraktion formuliert.

Kurt Biedenkopf hat einmal gesagt: Im nächsten Jahrzehnt wird Ostdeutschland zur Mitte Europas. Auch dies ist zu einer zentralen Aussage in unserem Antrag geworden. Wir wollen deutlich machen, dass die neuen Länder die Chancen ergreifen sollen, eigene Stärken nutzen müssen. Das bedeutet: Wir brauchen mehr Freiheit für eigene Wege, sonst können wir den

mehrfachen Kraftakt nicht meistern, der verbunden ist mit der endgültigen Beseitigung der Erblasten aus DDR-Zeiten, aber eben auch mit der EU-Osterweiterung, mit dem Wandel zur Wissensgesellschaft und mit der Einbindung in den weltweiten Wettbewerb. So richtig es ist, bezüglich der Infrastruktur in den neuen Ländern für gleichwertige Voraussetzungen wie in den alten Ländern zu sorgen, so richtig ist es auch, reformbedürftige Strukturen des Westens am besten erst gar nicht zu übernehmen.

Jeder Unternehmer und jeder Existenzgründer weiß ein Lied davon zu singen: Regelungs-dichte und Bürokratie in Deutschland dürfen nicht weiter ausgebaut, sondern müssen abgebaut werden. Jeder Unternehmer und jeder Existenzgründer im Osten Deutschlands weiß aber, dass solche Hemmnisse in den neuen Ländern besonders schwer wiegen. Für die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern müssen zum Beispiel die Rahmenbedingungen für potenzielle Arbeitnehmer und für die Interessen der potenziellen Arbeitgeber stärker auf betrieblicher Ebene koordiniert werden und weniger nach den Vorgaben der Gewerkschaftszentralen in Frankfurt am Main oder Düsseldorf.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag versucht deutlich zu machen, dass es auch für die neuen Bundesländer darum gehen muss, die guten Leute im Lande zu halten und für die Besten in der Welt attraktiv zu sein. Als Billiglohnland wird Ostdeutschland keine Zukunft haben.

(Beifall)

Lassen Sie mich deshalb noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen. Gewiss gehören die Angestellten im öffentlichen Dienst des Bundes zu denen, deren Arbeitsplatz viel sicherer ist als einer in der freien Wirtschaft. Wir müssen den Menschen dort, wo wir es als Politiker beeinflussen können, aber trotzdem eine Perspektive bieten: In einem überschaubaren Zeitraum müssen die Sonderregelungen Ost bei der Bezahlung abgeschafft werden. Alle Diskussionen nach dem Prinzip, bei dem brutto gegen netto aufgerechnet wird, wonach der Unterschied zwischen Ost und West dann nicht mehr als so groß zu beziffern sei, sind – Entschuldigung! – allenfalls für ein wirtschaftspolitisches Oberseminar gut. Es sind politisch falsche Diskussionen, weil sie nicht helfen den Menschen zu erklären, dass sie für die gleiche Arbeit und bei längerer Arbeitszeit nach BAT Ost sogar für mehr Arbeit weniger Einkommen, weniger Weihnachtsgeld und letztendlich später auch weniger Rente bekommen. In Berlin erhalten die Angestellten des Innenministeriums, das im Stadtbezirk Mitte liegt, den Westtarif. Angestellte des Verkehrsministeriums oder des Finanzministeriums, die ebenfalls im Bezirk Mitte liegen, aber auf dem Territorium des ehemaligen Ostberlin, erhalten hingegen nur den Osttarif. Ich glaube, jedem ist klar, dass es so nicht ewig bleiben kann.

(Beifall)

Ich bitte Sie aber auch darauf zu achten, dass wir in unserem Antrag nicht nur die Abschaffung der Sonderregelungen Ost fordern, was praktisch auf eine Erhöhung der Personalkosten hinauslaufen würde. Wir fordern – apropos „Im Osten was Neues“ – für die Länder bei den Be-

soldungs- und Zulageregelungen eben auch Öffnungsklauseln und überhaupt die Zulassung von mehr Flexibilität, damit leistungsorientiert und auch der wirtschaftlichen Lage entsprechend bezahlt werden kann. Der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung auch innerhalb der neuen Bundesländer wollen wir ferner mit einer Forderung Rechnung tragen, die darauf hinausläuft, den Ortszuschlag oder -abschlag quasi wieder einzuführen.

Was die Verkehrsinfrastruktur angeht, so wollen wir, dass die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit und das Umgehungsstraßenprogramm im Bundesverkehrswegeplan vorgezogen werden. Wir haben dabei auch den Vorschlag des Ministerpräsidenten Bernhard Vogel aufgenommen und fordern zur Realisierung dieses Vorhabens ein Sonderprogramm Ost.

(Beifall)

BMW in Leipzig hat gezeigt, dass dies die beste Ansiedlungspolitik für den Osten ist. Ohne Autobahnanschluss und Flughafenanbindung am Standort Leipzig wäre die Entscheidung so nicht gefallen. Bei der Vorfinanzierung von Verkehrsprojekten auch mit privatem Kapital sind die neuen Länder durchaus bereit, unkonventionelle Wege zu gehen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, lassen Sie mich als letzten konkreten Punkt aus unseren Antragsthesen noch ein ganz anderes Thema ansprechen. Wir hatten als Bundestagsfraktion von CDU und CSU schon im letzten Jahr einen Gesetzentwurf über die Ehrenpension für Opfer des SED-Regimes eingebracht, der von der rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag abgelehnt wurde. Auch dieser Parteitagsantrag enthält unsere Forderung, den Mut und die Zivilcourage von Menschen, die ihren Widerstand gegen die SED-Diktatur mit ihrer Gesundheit und mit langjährigen Repressalien bezahlen mussten, politisch mit einer überzeugenden und auch materiellen Anerkennung zu honorieren.

(Beifall)

Ich soll die Thesen hier nur kurz vorstellen. Liebe Freunde, deshalb will ich Weiteres dazu nicht ausführen, sondern nur noch einmal Folgendes betonen. Wir befinden uns wirklich an einer Weggabelung. Sowohl die Leistungen als auch die Probleme sind unübersehbar. Die Diskussion im Deutschen Bundestag und die konkreten Taten der jetzigen Bundesregierung haben deutlich gezeigt, dass wir beim Thema Aufbau Ost knietief in der Rezession stehen und dass die Bundesregierung mit dem Rücken zur Wand steht. Auf deren zweifelhafter Negativliste steht der Aufbau Ost an oberster Stelle. Unter Schröder ist der Aufbau Ost zum Abschwung Ost verkommen.

(Beifall)

Wir haben gute Chancen, den Menschen in den neuen Bundesländern klarzumachen, dass wir auf diesem Gebiet die besseren Konzepte haben, auch deshalb, weil wir als Union die deutsche Einheit nicht nur erkämpft haben, sondern auch immer deutlich wurde, was Herr Schröder fremd ist: Für uns ist der Aufbau Ost Herzenssache. Wir sollten auch die Chancen nutzen, den Menschen klar aufzuzeigen, dass nicht diejenigen, die parteipolitisch ausschließlich von der Spaltung leben, die besten Interessenvertreter der Ostdeutschen sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die PDS als ostdeutsche Regionalpartei politisch bekämpfen. Eine Partei, deren Lack nur so lange hält, wie sie in unverantwortlicher Weise rhetorisch die Gräben zwischen Ost und West vertieft, hat keine Zukunft.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir für die Auseinandersetzung mit der Regionalpartei PDS mit theoretisch gut fundierten und richtigen Analysen ausgerüstet sind. Wir wissen, woher diese so genannten Demokratischen Sozialisten kommen. Die Feststellung braucht nicht zu verwundern, dass diese Leute keine einzige Lösung für die Zukunftsprobleme anbieten. Das müssen wir aber deutlich aufzeigen und den Menschen transparent machen. Wir müssen weiterhin erreichen, dass die Union für die Menschen in allen neuen Ländern als Partei der deutschen Einheit gilt. Ansonsten sollten wir – auch das ist wichtig – nicht so viel über die PDS und auch nicht über angebliche Strategiewechsel oder Ähnliches reden, sondern wir sollten diese Partei – ich hatte es schon gesagt – politisch bekämpfen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich bitte Sie deshalb aus den hier genannten Gründen und den anderen Gründen, die der Vorlage zu entnehmen sind und hier nicht genannt wurden, um Ihre Zustimmung zu dem Antrag des Bundesvorstandes „Im Osten was Neues“.

(Beifall)

Denken Sie jetzt nicht, wir wollten alles anders machen. Wir wollen nur auf Deutschland – auch im Osten – stolz sein. Lassen Sie uns in Ost und West gemeinsam mehr aus Deutschland machen. – Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Günter Nooke. Sie waren der Leiter jener Arbeitsgruppe, über deren Tätigkeit Sie berichtet haben und die diesen Antrag erarbeitet hat. Auch dafür von dieser Stelle aus unseren herzlichsten Dank.

Wir kommen jetzt zur Aussprache über den Antrag. In der allgemeinen Aussprache hat als Erster Herr Bernhard Vogel, Ministerpräsident aus Thüringen, das Wort. Bitte schön, Herr Vogel!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst sage ich von diesem Pult aus Günter Nooke herzlichen Dank für die Federführung bei diesem Antrag und herzlichen Dank für seine Arbeit als Sprecher unserer Bundestagsabgeordneten aus den jungen Ländern.

(Beifall)

Meine Freunde, viele von uns waren 1991 auf dem Parteitag hier in Dresden. Heute, zehn Jahre später, sind wir wieder in Dresden und Dresden ist nicht wiederzuerkennen. Weite Teile der neuen Länder sind nach zehn Jahren nicht wiederzuerkennen. Blühende Landschaften,

nicht überall, aber in weiten Bereichen – der Osten ist sichtbar aufgeblüht. Helmut Kohl hat Recht bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist gut, dass die SPD nach 1990 in Bonn nicht an der Regierung war. Ich möchte nicht wissen, wie es heute hier aussähe, wenn die Sozialdemokraten 1990 an die Macht gekommen wären. Wir sind aber noch nicht am Ende der Aufbauarbeit. Ein sich selbst tragender Wirtschaftsaufschwung ist noch nicht erreicht. Deswegen können wir auf Hilfe auch noch nicht verzichten. Wir sind deshalb dankbar für das Zustandekommen des Solidarpakts II und für den Länderfinanzausgleich. Besondere Anstrengungen für den Aufbau Ost sind auch weiterhin erforderlich, zumal die Rezession uns als die Schwächeren besonders hart trifft und die Schere zwischen Ost und West wieder auseinander geht, statt sich endgültig zu schließen. Jetzt sind Signale notwendig, allerdings nicht kostenträchtige Förderprogramme und nicht kurzfristige Konjunkturprogramme. Eine Verbesserung der Infrastruktur in den neuen Ländern tut aber Not.

(Beifall)

Ich bin dankbar, dass meine Forderung nach einem Sonderprogramm Ost in diesem Antrag aufgegriffen worden ist. Ich habe dieses Programm im Februar gefordert und werde diese Forderung so lange aufrechterhalten, bis die Verkehrswege im Rahmen der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ tatsächlich gebaut werden, und zwar nicht nur die Straßen, sondern auch die Schienen.

(Beifall)

Wir sind zwar noch nicht am Ende der Aufbauarbeit, aber eine gute Strecke ist geschafft. Mehr als die Hälfte des Weges ist zurückgelegt. Die Menschen, die dies geschafft haben, können stolz darauf sein. Auch die Menschen im Westen können stolz sein; denn sie haben in den letzten zehn Jahren eine beispiellose Hilfe geleistet. Danke, Ostdeutschland! Danke, Westdeutschland! Danke, Deutschland!

(Beifall)

Wir in den jungen Ländern haben Grund zur Dankbarkeit. Warum? Wir sind dankbar, dass wir einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung und Erneuerung Deutschlands und Europas leisten können. Die Zeit, in der wir nur das Ziel hatten, den Westen zu erreichen, geht zu Ende. Nicht Nachbau West ist gefragt, sondern neue Kreativität, neue Modernität. Wir sind dankbar, dass wir zur Erneuerung Deutschlands und Europas einen eigenständigen Beitrag leisten.

(Beifall)

Jede Neuinvestition, jede Neuansiedlung entspricht modernstem Stand und nutzt der Modernisierung ganz Deutschlands.

Nebenbei bemerkt: Auch zur Modernisierung des Bildungsbereiches können die jungen Länder etwas beitragen. In Sachsen und Thüringen ist es bereits seit zehn Jahren möglich, nach acht Jahren das Abitur zu machen. Macht es uns nach in Westdeutschland, nicht nur im Saarland!

(Beifall)

Wir haben nachweislich die kürzeren Studienzeiten. Macht es uns nach an den Universitäten in Westdeutschland!

(Beifall)

Wir haben eine Ganztagsbetreuung für unsere Kinder. Macht es uns nach in Nordrhein-Westfalen! Und wir haben eine enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um nur ein Beispiel zu nennen. Ja, im Osten gibt es etwas Neues.

Als wir vor elf Jahren begannen, waren die Ausgangspositionen in den fünf neuen Ländern und in Ostberlin im Wesentlichen gleich. Wie sieht es jetzt, also elf Jahre später, aus? Es gibt große Unterschiede, zum Beispiel zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das ist auch kein Wunder; denn in Dresden und Magdeburg ist unterschiedliche Politik gemacht worden, genauso in Erfurt und Schwerin.

(Beifall)

Vergleichen Sie doch die Arbeitslosenzahlen! Vergleichen Sie doch das Wirtschaftswachstum! Vergleichen Sie doch die Exportrate! Vergleichen Sie doch die Verschuldung! Ich wünschte mir, in Deutschland würde mehr über die Folgen der unterschiedlichen Politiken in den jungen Ländern gesprochen. Ich wünschte mir auch, es würde häufiger darauf hingewiesen, dass es diese Unterschiede gibt.

(Beifall)

Auch wir haben die PDS. Sie hat in Thüringen 21 Prozent erreicht und bildet die stärkste Landtagsfraktion in der Opposition. Ich glaube aber, dass wir gelernt haben, mit der PDS umzugehen. Darum haben wir es auch nicht so gerne, wenn uns in diesem Zusammenhang immer wieder kluge Ratschläge gegeben werden.

(Beifall)

Ich finde, Ratschläge zum Umgang mit der PDS sollte nur geben, wer an fünf Landtagssitzungen mit der PDS teilgenommen hat und sich das hat testen lassen.

(Beifall)

Unsere Position war und ist klar: Wir grenzen die PDS nicht aus – man kann 21 Abgeordnete gar nicht ausgrenzen –, aber wir grenzen uns klar von dieser sozialistischen Partei ab.

(Beifall)

Wir grenzen uns von der PDS ab, weil ihr Zukunftskonzept falsch ist. Das ist der wichtigste Grund, meine Freunde. Es geht nicht um irgendwelche Socken von gestern. Das Zukunftskonzept regt uns auf. Gabi Zimmer sieht aus wie die alte DDR, aber nicht wie die Zukunft Deutschlands, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir grenzen uns auch von der PDS ab, weil ihre Antworten auf die Fragen der Gegenwart falsch sind. Im Übrigen hat die PDS wie ihre Vorläuferin, die SED, in der Ver-

gangenheit Schuld auf sich geladen. Auch das wird nicht verschwiegen.

Die PDS will das Koordinatensystem dieser Republik verändern. Das wollen wir nicht. Darum gibt es keine Gemeinsamkeit zwischen uns und der PDS.

(Beifall)

Die PDS will den Verfassungsschutz abschaffen. Das wollen wir nicht. Sie will den dritten Arbeitsmarkt einrichten, das heißt: Sie will die Fortsetzung der SED-Politik von gestern. Sie stellt den Markt unter den Generalverdacht, unmenschlich zu sein. Wir wissen aber, dass ohne Markt nicht in die Zukunft gedacht werden kann.

Jetzt erklärt sich diese Partei auch noch zur Partei des deutschen Pazifismus. Was für eine Heuchelei! Wo war denn der Protest der SED, als die Rote Armee in Prag einmarschiert ist? Wo war sie denn, als Jaruzelski das Kriegsrecht verhängt hat? Wo war der Protest der SED bei dem Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens? Es ist Heuchelei, wenn sich die PDS jetzt zur Pazifistenpartei erklärt. „Der Friede muss bewaffnet sein“, hieß die SED-Parole. Lassen wir nicht zu, dass sich die PDS jetzt zum Pazifismus bekennt!

Wer meint, man müsse die PDS umarmen, der weiß nicht, mit wem er es zu tun hat. Wir sollten auf unsere eigenen Kräfte setzen, meine Freunde. Dass das erfolgreich sein kann, ist Gott sei Dank bewiesen. Das setzt allerdings voraus, dass wir die Sorgen der Menschen wahrnehmen und uns darum kümmern. Der Hamburger SPD-Senat hat dies offensichtlich nicht getan. Er hat zu Recht die Quittung dafür bekommen, dass er nicht erkannt hat, was zu tun notwendig gewesen wäre.

(Beifall)

Wenn wir aus dieser Erfahrung die Lehren ziehen, brauchen wir uns vor keiner möglichen Konkurrenz zu fürchten. Wir müssen nur zupacken. Genau das tut der Bundeskanzler nicht. Er hat den Aufbau Ost zwar in seiner Regierungserklärung zur Chefsache gemacht, aber die Menschen in den jungen Ländern fühlen sich von der Bundesregierung im Stich gelassen. Helmut Kohl kam regelmäßig. Herr Schröder aber macht es zur Staatsaktion, wenn er uns einmal in den Ferien besucht. Meine Damen und Herren, wir sind nicht das Ferienland Deutschlands, sondern ein Teil Deutschlands. Wir erwarten, dass er regelmäßig kommt.

(Beifall)

Der Aufbau Ost ist keine Chefsache und keine Nebensache, sondern muss Herzenssache sein.

(Beifall)

Dabei geht es letztlich nicht um das eine oder andere Land, sondern darum, ob es uns, den Deutschen, gemeinsam gelingt, die Schäden der deutschen Teilung und die Schäden der Irrlehren des deutschen totalitären Sozialismus zu beseitigen. Bei mancher Fernsehsendung hat man das Gefühl, die Zeit in der DDR sei eine idyllische gewesen. Meine Damen und Herren, es war eine Zeit der Unfreiheit, eine Zeit der Diktatur. Es war eine Zeit, in der Menschen in Bautzen saßen, in der es Lager gegeben hat und sich die Menschen nicht frei bewegen konnten.

(Beifall)

Mit Rot-Grün geht es nicht. Deshalb wollen wir im April nächsten Jahres die offene Beteiligung der PDS an der Regierung in Magdeburg verhindern. Mit Rot-Rot geht es nicht. Darum wollen wir im September die rot-rote Koalition in Schwerin beenden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im September wollen wir dafür sorgen, dass der Aufbau Ost wieder zur Herzenssache der Bundesregierung in Berlin wird. Denn dann werden wir die Aufgabe lösen.

(Beifall)

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bernhard Vogel. – Ich bitte jetzt Frau Beate Blechinger, die Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag von Brandenburg, um das Wort.

Beate Blechinger: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern hat sich seit dem Amtsantritt der rot-grünen Regierung kontinuierlich verschlechtert; über die Ursachen ist gestern und heute ausführlich gesprochen worden. Deshalb ist es gut, dass die CDU als Partei der deutschen Einheit mit diesem Antrag zeigt, dass der Aufbau Ost für sie nach wie vor eine Herzenssache ist.

(Beifall)

Genauso wichtig ist es, dass in diesem Antrag deutlich gesagt wird, warum der Aufbau Ost für uns einen hohen Stellenwert hat. Denn es gibt einen einzigen Grund, warum die Menschen in Niedersachsen, im Rheinland, in Hessen oder in den anderen alten Bundesländern mit den neuen Ländern Solidarität üben. Das ist die Zugehörigkeit zu einer deutschen Nation.

(Beifall)

Die Vollendung der inneren Einheit kann nur gelingen, wenn man sie als nationale Aufgabe versteht. Bei der SPD ist die Vollendung der deutschen Einheit unter die Räder gekommen,

(Beifall)

weil ihr der Begriff der Nation suspekt ist, weil das Bekenntnis zu Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland bei vielen Genossen eher ein Gefühl der Peinlichkeit hervorruft.

Meine Damen und Herren, wir in den neuen Bundesländern haben nicht vergessen, dass die SPD noch kurz vor der Wende zusammen mit der SED ein Positionspapier verabschiedet hat. Wir haben nicht vergessen, wie abfällig Schröder im Landtagswahlkampf von Niedersachsen über die Menschen in der DDR gesprochen hat, nach dem Motto: Man kann sie doch nicht an Polen abtreten.

Meine Damen und Herren, als ich im Herbst 1989 in Leipzig Unterschriften für die deutsche Einheit gesammelt habe, habe ich das nicht getan, weil ich so gerne Bananen esse, wie es der heutige Bundesinnenminister Schily in beleidigender Art und Weise den Bürgern der DDR am Abend des Wahltages am 18. März 1990 unterstellt hat.

(Beifall)

Ich habe diese Unterschriften gesammelt, weil ich in der Bundesrepublik Deutschland leben wollte, in einem Land, in dem das Grundgesetz gilt, ohne meine Koffer packen zu müssen, ohne meine Freunde, Verwandten und Bekannten verlassen zu müssen und ohne all das, was ich mir geschaffen hatte, im Stich lassen zu müssen.

(Beifall)

Deshalb wird es heute auch durch noch so laute und gut begründete Appelle nicht gelingen, die Bewusstseinslage in der jetzigen Bundesregierung zu ändern. Unsere Chance liegt ausschließlich darin, die eigenen Reihen geschlossen zu halten und um neue Mehrheiten zu kämpfen.

(Beifall)

Das wird uns gelingen, wenn wir mit dem politischen Gegner die Auseinandersetzung um die besseren Konzepte zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft führen. Eine Partei lebt davon, dass den persönlichen Ambitionen Einzelner das gemeinsame Interesse immer vorgeordnet bleibt. Das ist gerade jetzt erforderlich, weil die Verhältnisse in vielen Teilen Deutschlands so sind, dass nach dem Erringen einer Machtbeteiligung keine Wohltaten, sondern schmerzliche Einschnitte in fast allen öffentlichen Bereichen organisiert werden müssen. Davon können wir in Brandenburg ein Lied singen. Dies belastet naturgemäß die Solidarität in einer Gesellschaft sehr viel stärker und mahnt uns, daran zu erinnern, dass in einem Gemeinwesen verständliche Privatinteressen hinter das öffentliche Wohl zurückfallen müssen.

Meine Damen und Herren, es ist mir hier in Dresden wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass es trotz aller Schwierigkeiten noch immer möglich ist, ein sichtbares und mutiges Zeugnis des Aufbaus – getragen hauptsächlich durch private Initiative – durch die Wiedererrichtung der Frauenkirche zu geben. Am zehnten Jahrestag der deutschen Einheit nahm Lothar de Maizière in seiner Rede hierauf Bezug und sagte:

Hier von Dresden aus ist im Dezember 1989, von dem Platz der nun wieder erstehenden Frauenkirche, das entscheidende Signal für einen radikalen Wechsel in den politischen Zielen gegeben worden. Hier von Dresden aus soll nun ein Zeichen gegeben werden, dass innere Einheit immer dann zustande kommt, wenn jeder zunächst an das Gemeinwohl denkt.

Ich meine, diese Auffassung gilt auch jetzt noch. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Blechinger. – Es spricht jetzt Herr Eckhardt Rehberg, Landesvorsitzender aus Mecklenburg-Vorpommern.

Eckhardt Rehberg: Lieber Wolfgang Böhmer! Liebe Freunde! Ich bin Bernhard Vogel außerordentlich dankbar dafür, dass er als thüringischer Ministerpräsident sagt, dass im September 2002 auch in Schwerin ein Wechsel erfolgen muss.

(Beifall)

Dieser Wechsel muss deswegen erfolgen, weil mit dem Feldversuch Rot-Rot, mit politischen Experimenten an Menschen, wie das in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt passiert, Schluss sein muss. Die Faktenlage ist so, dass diese beiden Länder, das heißt Herr Höppner und Herr Ringstorff – in Magdeburg ist die PDS de facto seit 1994 am Regierungstisch und bei uns seit 1998 –, in allen wichtigen Segmenten, in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Kernherausforderung der jungen Länder, bei der Abwanderung junger Leute, die rote Laterne in der Hand tragen.

Liebe Freunde, wenn ich die derzeitigen Vorgänge in Berlin richtig einschätze, dann kann die deutsche Hauptstadt das dritte Bundesland werden, in der die PDS möglicherweise mit am Regierungstisch sitzen wird.

Ich habe für die nächsten Wochen und Monate eine Bitte an uns alle: Befassen wir uns mehr mit dem Rufenden, mit der SPD als derjenigen Partei, die den Tabubruch in Deutschland begangen hat, als immer wieder mit der PDS.

(Beifall)

Liebe Freunde, die PDS ist doch von der SPD gerufen worden! Der Hauptschuldige ist doch der Rufende, nicht der Gerufene.

(Zustimmung)

Liebe Freunde, ich habe eine weitere Bitte. Ich bin gerne bereit, in alle 16 deutschen Bundesländer zu kommen und zu sagen, wie schlecht Mecklenburg-Vorpommern regiert wird. Das hat nichts mit Schlechtrede des Landes zu tun. Es können doch keine Zufälle sein, dass diejenigen Länder, die seit 1990 unionsgeführt sind, wie Thüringen und Sachsen, in den letzten Jahren eine deutlich positivere Entwicklung genommen haben als Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich muss Ihnen sagen, ich bin stolz auf die Jahre von 1990 bis 1998, als die CDU in Mecklenburg-Vorpommern Regierungsverantwortung getragen hat. Meine Bitte geht an die Freunde in Hamburg, in Berlin und auch in Brandenburg: Machen wir das Thema „Transrapid“ wieder zum Wahlkampfthema für den norddeutschen Raum!

(Beifall)

Machen wir es deswegen zum Thema, weil es doch nicht sein kann, dass mit Hunderten von Millionen DM – oder im nächsten Jahr Euro – in China dieses Verkehrsmittel hoch subventioniert wird. Lasst es uns doch in Deutschland bauen! Lassen wir diese Technologie in Deutschland zur Anwendung kommen!

(Beifall)

Es steht uns allen gut zu Gesicht, ein solches Technologieprojekt, ein solches Imageprojekt auch und insbesondere zwischen Hamburg und Berlin fahren zu lassen.

Liebe Freunde, zur PDS kann ich uns allen nur einen Rat geben: Messt sie an ihren Taten und messt sie daran, was sie in Regierungsverantwortung veranstaltet hat. Und stellen wir Ger-

hard Schröder! Fragen wir ihn, ob er es für opportun und angemessen hält, dass jetzt möglicherweise in einem dritten Bundesland die PDS direkten Einfluss auf die Bundespolitik bekommt. Ich nehme nur einmal das Thema „Zuwanderung“. Wenn man dreimal – zweimal de jure, einmal de facto – am Kabinetttisch sitzt und im Bundesrat mit abstimmen kann, hat man Einfluss auf die Bundespolitik, auch wenn Herr Müntefering uns etwas anderes sagen will.

Neben dem Sieg bei der Bundestagswahl geht es in den nächsten Wochen und Monaten auch darum, dass man die rot-roten Feldversuche in Mecklenburg-Vorpommern beendet und dass sie in Sachsen-Anhalt erst gar nicht anfangen. Ich hoffe, dass wir sie auch in Berlin verhindert bekommen, auch durch unser Agieren und durch unser Signal von hier und heute.

Liebe Freunde, ich lade Sie alle ganz herzlich ein: Lasst uns gemeinsam die rote Laterne in Schwerin ausblasen! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckhardt Rehberg. – Die letzte Wortmeldung zu diesem Teil kommt von Herrn Fritz Niedergesäß aus Berlin. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

Fritz Niedergesäß: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Der Osten Deutschlands – oder, wie man früher sagte, Mitteldeutschland – hat vor vielen Jahren einmal zum Kernbereich der Industrialisierung in Deutschland gehört. Ob der Schwermaschinenbau in Magdeburg, ob der Werkzeugmaschinenbau in Leipzig oder in Chemnitz, ob der allgemeine Maschinenbau in Dresden oder die Industrie überhaupt in Berlin, wir haben dort Kernbereiche gehabt, die in Deutschland eine Tradition mit begründet haben, die nicht durch den Ersten und nicht durch den Zweiten Weltkrieg ausgelöscht worden ist, die aber durch 40 Jahre Sozialismus platt gemacht worden ist.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns in der Schwere der Aufgabe nicht täuschen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, dass wir die Ansiedlungspolitik betreiben, die wir für den Osten Deutschlands wirklich brauchen, um die Arbeitsplätze wieder zu schaffen. Diese Ansiedlungspolitik müssen wir zum einen auf das Vertrauen darauf gründen, dass wir die Infrastruktur verbessern. Da bin ich Bernhard Vogel sehr dankbar, weil er das seit Jahren fordert. Da müssen natürlich wir alle mit Nachdruck dranbleiben. Das ist also grundsätzlich erst einmal richtig, denn ohne gezielte Ansiedlungspolitik werden wir dort die Arbeitsplätze, die wir brauchen, nicht schaffen können.

Wie kommt es denn dazu, dass die Ostdeutschen jetzt in Richtung Bayern und Baden-Württemberg abwandern? Dort sind seit Jahrzehnten die Infrastrukturprobleme gelöst. Dort gibt es eine entsprechende Ansiedlungspolitik und eine entsprechende Bildungspolitik. Dort ist Politik für den kleinen Mann gemacht worden, für die Menschen und deshalb laufen sie jetzt zu Hunderttausenden aus dem ostdeutschen Gebiet in diese Regionen und finden sogar Arbeit.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns darauf konzentrieren, dass wir nicht in allererster Linie die sozialen Probleme hochschaukeln, sondern Arbeitsplätze schaffen, und das können wir nur mit gezielter Ansiedlung machen. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass ein Ministerpräsident wie Kurt Biedenkopf von den Linken pausenlos vorgeführt wird, weil er einmal einen

Hörer in die Hand genommen und sich für einen Investor eingesetzt hat. Das ist doch der eigentliche Skandal in diesem Land. Genauso läuft es ja in Sachen Chemiedreieck ab. Da wird Helmut Kohl heute noch verdächtigt, irgendwelche Mausehelei gemacht zu haben. Die Linken haben nichts weiter drauf, als dass sie ständig miesmachen, die Geier irgendwo herabstürzen lassen und einen, der dort etwas bewegt hat, noch in die Pfanne hauen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da müssen wir uns mal ein bisschen lauter artikulieren, da müssen wir gegenhalten. Wir müssen von allen Ministerpräsidenten, von allen Ministern und von allen Parlamenten verlangen, dass sie sich intensiv um Investoren bemühen und die, wenn es geht, noch an der Hand dorthin führen, wo sie bauen sollen.

Wir haben ja in Berlin das gleiche Theater mit dem Potsdamer Platz erlebt. Da werden wir heute noch vorgeführt, weil die Investoren bei der Übernahme der Grundstücke angeblich Vorteile eingeräumt bekommen haben. Na, wie irre muss man denn sein, wenn man ihnen dort keine Vorteile einräumt! Wenn ich es richtig verstanden habe, konnte ein bekanntes Unternehmen in Sindelfingen entsprechende Größenordnungen annehmen, weil es billig zu den Grundstücken gekommen ist. Inzwischen hat es mehr Steuern gezahlt, als der Kaufpreis jemals ausgemacht hätte.

Meine Damen und Herren, es kann nicht wahr sein, dass wir unsere Leute beschädigen lassen, indem wir diese Miesmachpolitik der Linken weiter dulden. Da müssen wir energischer gegenhalten. Wir dürfen uns das nicht bieten lassen. Ob in Sachsen oder in Thüringen oder in Berlin oder auf Bundesebene, egal wo, wir müssen uns alle unterhaken und müssen denen den Hintern verschlen, wo sie uns in die Quere kommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Eckhardt Rehberg hat schon den Transrapid angesprochen. Der ist der beste Beweis dafür, dass die Linken zu nichts fähig sind. Wie kann man denn so eine innovative Technologie hier einfach fallen lassen? Die sechs Milliarden waren bereitgestellt. Sicherlich sind da vorneweg auch ein paar Fehler gemacht worden,

(Zustimmung)

aber Mecklenburg und Brandenburg und die ganze nördliche Region werden jetzt Schaden nehmen. Ich fordere dazu auf, dass die Sachsen ihre Absichten weiter verfolgen, den Transrapid von Berlin über Leipzig nach Prag und nach Budapest fahren zu lassen. Diese Planungen müssen ganz aggressiv vorgetragen werden. Wir dürfen uns da nicht mehr beirren lassen, sondern müssen das einfach machen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich habe die Hoffnung, dass wir – das habe ich schon gestern in meiner Rede gesagt – nicht dem Irrsinn verfallen, den wir 1990 von den Linken vorgetragen gekriegt haben, dass wir das Grundgesetz ändern müssen und dass wir erst einmal einen großen runden Tisch anberaumen müssen und ein langes Palaver abziehen müssen, um all das auf den Weg zu bringen, was 1990 an Problemen aufgetreten ist. Jetzt, nach zehn Jah-

ren, sollten wir uns wirklich auf den Weg begeben – und es sind Gott sei Dank hier viele Anträge dabei, die genau dem entsprechen, was auch unser Antrag „Im Osten was Neues“ impliziert –, auf den Weg, zwei Spatenstiche tief zu graben, damit wir den Dingen wirklich einmal auf den Grund kommen. Ich habe also die Hoffnung, dass wir mit den Anträgen, die wir hier auf diesem Parteitag durchgebracht haben, dem Osten wirklich wieder ein Stück weit unter die Arme greifen können. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Damit ist die allgemeine Debatte zu diesem Antrag abgeschlossen.

Wir kommen zur Diskussion der Einzelanträge. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit bitte ich um Verständnis, wenn ich jetzt versuche, diese Beratung zügig durchzuführen.

Ich rufe die Anträge D 1 bis D 6 auf. Sie finden sie auf den Seiten 353 ff. Ihres Antragsbuches. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Einleitung des Antrages des Bundesvorstandes in einer überarbeiteten Fassung, die dort in der rechten Spalte abgedruckt ist. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wünscht von der Antragskommission noch jemand das Wort? – Auch nicht. Dann lasse ich jetzt über das Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 1 bis D 6 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 7 und D 8 auf, die Sie auf den Seiten 355 ff. des Antragsbuches finden. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages D 7. Gibt es auf Seiten der Delegierten oder der Antragskommission dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 7 und D 8 zustimmt, bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen worden und dem Votum der Antragskommission ist gefolgt worden.

Ich rufe die Anträge D 9 und D 10 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags D 9. Wünscht dazu jemand von den Delegierten oder von der Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 9 und D 10 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig und antragsgemäß beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 11 bis D 14 auf, die gemeinsam behandelt werden sollen. Diese Anträge finden Sie auf den Seiten 356 und 357 des Antragsbuches. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 11 bis D 13 unverändert und den Antrag D 14 in leicht veränderter Fassung anzunehmen. Gibt es dazu vonseiten der Delegierten oder der Antragskommission Wortmeldungen? – Dies ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 11 bis D 14 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig und antragsgemäß beschlossen.

Ich möchte jetzt der Empfehlung der Antragskommission folgen und rufe deshalb die Anträge des Bundesvorstandes D 15 bis D 27 gemeinsam auf. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 357 bis 360 des Antragsbuches. Wird dazu vonseiten der Delegierten oder der Antragskommission das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 15 bis D 27 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 28 und D 29 auf, die Sie auf den Seiten 360 und 361 des Antragsbuches finden. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Annahme beider Anträge in der neuen Fassung. Gibt es dazu Wortmeldungen vonseiten der Delegierten oder der Antragskommission? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 28 und D 29 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig und antragsgemäß beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 30 und D 31 auf, die Ihnen auf den Seiten 361 und 362 des Antragsbuches vorliegen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme beider Anträge in der dort ausgedruckten Fassung. Gibt es dazu Wortmeldungen von den Delegierten oder von der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 30 und D 31 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 32 und D 33 auf, die Ihnen auf der Seite 362 des Antragsbuches vorliegen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags D 32. Gibt es dazu Wortmeldungen von den Delegierten oder von der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 32 und D 33 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme antragsgemäß beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 34 bis D 47 auf, die Ihnen auf den Seiten 362 bis 366 des Antragsbuches vorliegen. Zu diesen Anträgen des Bundesvorstandes liegen keine Änderungsanträge vor. Gibt es dazu vonseiten der Delegierten oder der Antragskommission Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 34 bis D 47 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dies einstimmig und antragsgemäß beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 48 und D 49 auf, die Ihnen auf Seite 366 des Antragsbuchs vorliegen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags D 48. Gibt es dazu vonseiten der Delegierten oder der Antragskommission Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer den Voten und den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen D 48 und D 49 zustimmt, bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 50 und D 53 auf, die Ihnen auf den Seiten 366 und 367 des Antragsbuches vorliegen. Zu diesen Anträgen des Bundesvorstandes liegen keine Änderungsanträge vor. Gibt es zu diesen beiden Anträgen Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer den Voten der Antragskommission zu den beiden Anträgen D 50 und D 53 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann sind diese beiden Anträge ebenfalls einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 54 bis D 58 auf, die Ihnen auf den Seiten 367 bis 369 des Antragsbuches vorliegen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge in der überarbeiteten Fassung. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 54 bis D 58 zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies mit deutlicher Mehrheit bei fünf Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 59 auf, der Ihnen auf den Seiten 369 f. des Antragsbuches vorliegt. Wird dazu vonseiten der Delegierten oder der Antragskommission das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission zu dem Antrag D 59 abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir schon zur Schlussabstimmung über den Antrag „Im Osten was Neues“. Wer diesem Antrag in seiner Gesamtheit zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist dieser Antrag in seiner Gesamtheit einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Damit sind die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 15 abgeschlossen.

Ich bedanke mich für die zügige Durchführung und übergebe jetzt die Tagungsleitung an den Kollegen Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zum letzten Tagesordnungspunkt des Parteitages, zum TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

SCHLUSSWORT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,
DR. ANGELA MERKEL

Ich möchte mich im Namen des Tagungspräsidiums bei Ihnen für die engagierte und diskussionsfreudige Teilnahme bedanken. Sie haben uns es sehr leicht gemacht, den Parteitag zu leiten.

Wir sehen jetzt zunächst ein Video, das uns Impressionen dieses Parteitages zeigt.

(Es folgt eine Videovorführung)

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Merkel.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Sie haben es gerade noch einmal gesehen: Es waren erlebnisreiche, es waren wichtige Stunden für die Christlich Demokratische Union in diesem Land. Es waren nicht nur wichtige Stunden für unsere Partei, sondern es waren auch wichtige Stunden für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Heute haben wir erfahren, dass die Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer Ampel in Berlin gescheitert sind. Liebe Freunde, der Bundeskanzler hat es neben der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland wächst, neben der Tatsache, dass sich die Wirtschaft in einer Rezession befindet, und neben der Tatsache, dass wir uns außenpolitisch fast ins Abseits gestellt hätten, neben all diesen Tatsachen durch sein Gekungel mit Wowereit und der PDS nun auch noch geschafft, dass Berlin quasi regierungsunfähig ist. Das ist der deutschen Hauptstadt nicht würdig und das ist das Produkt von Schröder.

(Beifall)

Denn dieser Bundeskanzler – wir haben es eben bei den Beratungen über den Antrag „Im Osten was Neues“ in Bezug auf den Aufbau Ost gehört – hat dafür Sorge getragen, dass Herr Wowereit mit den Stimmen der PDS, der Partei, die alles verhindert, was im Osten neu sein könnte, ins Amt kommen und regieren wird. Das ist allein Ergebnis von Schröders taktisch-strategischer Beratung und dafür trägt er die Verantwortung.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben hier hart gearbeitet. Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen: Wir haben die inhaltliche Konzeption, wir haben das inhaltliche Rüstzeug dafür, dass wir in die Auseinandersetzung um die Bundestagswahl im nächsten Jahr gehen können.

Immer wieder haben unsere Kritiker gesagt: Die sind doch inhaltlich gar nicht vorbereitet, die haben doch gar keine Alternative auf den Tisch zu legen. Wir haben in diesen andert-halb Tagen nicht nur gezeigt, dass wir wissen, wie man den Aufbau Ost wirklich voran-bringt, sondern wir haben auch gezeigt, dass wir ein außenpolitisches Konzept haben. Volker Rühle hat mit seinen außenpolitischen Leitsätzen hier Maßstäbe für die nächsten Jahre gesetzt.

Wir haben mit unserem Leitantrag, den wir zum Schluss unter das Parteitagsmotto gestellt haben und den wir vorher „Freie Menschen – starkes Land“ genannt hatten, gesagt, wohin die Reise in Deutschland gehen soll. Diese Reise soll im 21. Jahrhundert in eine Welt gehen, in der die Menschen ein Zuhause haben. Diese Reise soll für die Menschen in diesem Lande in eine sichere Zukunft gehen; eine solche erwarten sie von uns. Diese Reise soll dahin gehen, dass die Menschen sagen: Jawohl, wir wollen Veränderung; aber wir wollen genauso unsere Verwurzelung in der Tradition unserer Kultur, unserer Religion und unserer eigenen Gebräuche leben. Das ist die Aussage dieses Parteitages.

Liebe Freunde, Sie werden nach Hause fahren. Die Menschen werden Sie fragen: Was habt ihr da beschlossen? – Dann können Sie sagen: Wir sind im 21. Jahrhundert angekommen; wir trauern nicht irgendwelchen alten Zeiten hinterher, sondern wir sind stolz auf unsere Erfahrung in der Bundesrepublik Deutschland, auf das, was die Christlich Demokratische Union in der Vergangenheit geleistet hat; gleichzeitig kennen wir einen Weg für die Zukunft,

(Beifall)

der gleichzeitig Veränderung bejaht und die Menschen auf diesem Weg mitnimmt.

Liebe Freunde, dieser Parteitag hat uns nicht nur inhaltlich vorbereitet, sondern dieser Parteitag hat noch etwas anderes geleistet. Dieser Parteitag hat nämlich gezeigt: Wir sind wieder stolz auf uns selber. Wir haben einen Grund, auf uns stolz zu sein. Wir werden die anderen in den nächsten Wochen und Monaten hart angreifen.

(Beifall)

Wir werden uns nicht mehr angiften und diffamieren lassen, sondern wir werden dann auch Attacke machen, Attacke gegen die Sozialdemokraten und Attacke gegen die Grünen – klar in der Sache, immer freundlich im Ton, aber unabwendbar auf den Sieg ausgerichtet.

(Beifall)

Liebe Freunde, dieser Parteitag hat nicht nur Kampfeslust gezeigt, dieser Parteitag hat auch ein hohes Maß an Gemeinsamkeit gezeigt, Gemeinsamkeit innerhalb unserer großen Volkspartei. Es ist ja nicht immer so einfach, zwischen den Interessen der neuen Bundesländer und denen der alten einen gemeinsamen Weg zu finden. Wir haben ihn gefunden mit dem Antrag „Im Osten was Neues“. Wir haben ihn gefunden zwischen den Flügeln, die sich mehr der Wirtschaft verschrieben fühlen, und denen, die mehr die Arbeitnehmer vertreten. Wir haben alte Barrieren übersprungen und sind weitergekommen. Exemplarisch für mich war gestern die Debatte um die Zukunft des Kündigungsschutzes. Darum haben wir hart gerungen: Wollen wir das Kind mit dem Bade ausschütten und den Eindruck erwecken, wir schaffen den Kündigungsschutz ab? Das haben wir nicht getan.

Wollen wir alles so lassen, wie es war, weil es immer schon so war? Das wollen wir auch nicht. Wir haben an der Stelle angesetzt, an der man ansetzen muss. Die älteren Arbeitnehmer sollen bessere Chancen bekommen, wieder einen Arbeitsplatz zu haben. Genau dafür haben wir eine richtige Lösung gefunden.

(Beifall)

Ich sage es Ihnen heute schon voraus: Die Linken werden versuchen, wieder darauf herumzureiten und zu sagen, die Christlich Demokratische Union steht nicht mehr zum Kündigungsschutz. Wir werden sagen, dass wir zum Kündigungsschutz stehen und dass wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern. Wir stehen vor allen Dingen zu allen älteren Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt eine Chance wollen und eine Chance bekommen sollen. Deshalb gibt es diese Regelung.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind ein gutes Stück auf dem Weg vorangekommen, eine Gemeinsamkeit der Generationen zu finden. Die junge Generation, vertreten durch die Junge Union, und die ältere Generation, vertreten durch die Senioren-Union, haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, um sich über die Zukunft der Alterssicherung Gedanken zu machen. Sicherlich wird uns das Thema noch weiter begleiten. Aber wir waren die Ersten, die mit dem demographischen Faktor auf die Veränderungen reagiert haben. Wir haben nicht im Wahlkampf 1998 geschrien, dass dies unanständig sei. Wir waren es nicht, die anschließend eine schlechtere Regelung eingeführt haben. Wir haben gesagt, dass wir für eine private Vorsorge sind, bei der diejenigen, die Kinder haben, besser behandelt werden, als die, die keine Kinder haben, weil gerade die Familien und die Kinder in unserem Lande unterstützt werden müssen.

(Beifall)

Es ist uns mit diesem Parteitag gelungen, die verschiedenen Gruppen in unserer Partei zu einem Programm und zu einem Fundament zusammenzuführen, mit dem wir dann die nächsten Monate bestreiten werden.

Wir haben in der Union Gemeinsamkeit zwischen Christlich Demokratischer Union und Christlich-Sozialer Union gezeigt. Mache sich keiner etwas vor: Wenn es jemals gelingen würde, uns auseinander zu bringen, dann hätten wir jede Wahlchance verloren. Deshalb ist das Signal von heute: Edmund Stoiber, Angela Merkel und all die Vertreterinnen und Vertreter von CDU und CSU marschieren gemeinsam in das nächste Jahr. Das ist ein ganz wichtiges Signal, mit dem wir nach Hause fahren sollten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir hatten tolle Arbeitsbedingungen. Dieses Dresdner Messezentrum ist prima.

(Beifall)

Es gibt kurze Wege und viele freundliche Menschen. Ich möchte mich stellvertretend bei Georg Milbradt, dem Landesvorsitzenden der Sächsischen Union, bei unseren Freunden aus Sachsen ganz herzlich bedanken. Ich möchte mich bei allen Dresdnerinnen und Dresdnern bedanken. Die Sachsen sind immer gastfreundlich. Wir haben dies ganz besonders herzlich erlebt. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich möchte mich bei Kurt Biedenkopf, dem Ministerpräsidenten dieses Landes, bedanken.

(Beifall)

Ich wünsche, dass das Land Sachsen sich weiter so gut entwickelt wie bisher. Wer Dresden sieht, erkennt, was man schaffen kann, wenn man gute Politik macht in den neuen Bundesländern. Herzlichen Dank, Kurt Biedenkopf, und selbstverständlich herzlichen Dank, Bernhard Vogel, als Vertreter der neuen Bundesländer.

(Beifall)

Ich möchte mich bei all den Ausstellern und Sponsoren bedanken, die diesen Parteitag mit bestritten haben. Das war ein tolles Angebot und eine tolle Ausstellung.

(Beifall)

Dass wir schon einmal die Triebwerke des neuen Transportflugzeuges hier auf unserem Parteitag sehen konnten – die Bundesregierung hat ja noch nicht einmal die Kraft, eine Verpflichtungsermächtigung in den Bundeshaushalt zu stellen; sie stellt damit die deutsch-französischen Beziehungen auf eine harte Belastungsprobe –, zeigt, dass wir vorneweg gehen. Wenn wir regieren würden, würden solche Dinge vernünftig geregelt.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei Polizei, Feuerwehr, Sanitätern und Ärzten bedanken.

(Beifall)

Wenn man sich sicher fühlt, dann merkt man gar nicht, was einem fehlen würde, wenn es nicht so wäre. Die vielen Polizisten, Feuerwehrleute, Sanitäter und Ärzte, die ihren Dienst tun, damit eine solch große Veranstaltung stattfinden kann, verdienen unsere ganz besondere Dankbarkeit. Sie tun still und leise wie Millionen andere Deutsche ihre Pflicht und sorgen dafür, dass in diesem Land gut gelebt werden kann. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich möchte mich bei den Mitgliedern der Antragskommission bedanken. Die Sache kann ziemlich unübersichtlich werden. Es gab beispielsweise schon über 1 000 Anträge zu dem Leitantrag. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass die Antragskommission vorher mit großer ordnender Hand gearbeitet hat. Es war immer jemand zur Stelle, wenn Stellung zu nehmen war. Ich möchte mich genauso beim Tagungspräsidium bedanken. Es war diesmal ein rollierendes Verfahren. Es hat aber alles prima geklappt. Herzlichen Dank, dass Sie so aktiv dabei waren.

(Beifall)

Ein ganz besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle.

(Beifall)

Wir haben in Essen beschlossen, mit dem Umzug von Bonn nach Berlin erhebliche Einsparungen vorzunehmen. Wir haben jetzt ungefähr 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass eine Partei, die in der Opposition ist, dies leisten kann, dass sie einen prima Parteitag durch-

geführt hat, dass die Beschlüsse gut vorbereitet waren, dass die vielen Kommissionen gut geleitet worden sind, all das verdanken wir in ganz besonderer Weise auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle. Deshalb, lieber Willi Hausmann und lieber Laurenz Meyer – stellvertretend für die Mitarbeiter –, noch einmal herzlichen Dank dafür, dass alles so gut gelaufen ist.

(Beifall)

Dann, liebe Freunde, möchte ich mich bedanken bei all denen, die etwas mit dem Aufbau dieser Kulisse zu tun hatten. Es ist ja immer so: Das, was man vom Inhalt her macht, sollte auch mit der Form übereinstimmen. Ich sage vielleicht nicht zu viel, dass die Form und unser Inhalt passend waren für das 21. Jahrhundert und für den Aufbruch, der uns jetzt in die nächsten Monate führt.

(Beifall)

Dann, liebe Freunde, möchte ich mich bedanken bei den Delegierten und Gästen, die hier viele Stunden aktiv mitgearbeitet haben, die gestern Abend, als wir den Leitantrag beraten haben, nicht die Türen zur Eröffnung des Sachsen-Abends eingedrückt, sondern erst einmal die Verabschiedung des Leitantrages abgewartet haben und die dann erst feiern gegangen sind. Ich möchte Ihnen danken, dass Sie so prima mitgemacht haben; denn ein Parteitag lebt davon, dass Sie, die 1001 Delegierten, jetzt nach Hause fahren, dass die Gäste nach Hause fahren, dass Sie in Ihren Orts- und Kreisverbänden darüber berichten, was Sie hier erlebt haben, dass Sie das weitertragen, was Sie hier erfahren konnten, und dass Sie Ihren Freunden, Ihren Kollegen, den Mitgliedern in der Partei, die Sie hierher geschickt haben, einfach sagen: Es war prima, wir sind kampfeslustig und siegesbewusst. Wir gehen mit vollem Elan in die Auseinandersetzungen des nächsten Jahres. Wir werden den anderen zeigen, dass wir gewinnen können. Und wir werden gewinnen, wenn wir gemeinsam so weitermachen wie in diesen eineinhalb Tagen – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Zum Abschluss, liebe Freunde, singen wir nach guter Tradition das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

(Schluss: 14.20 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 14. Parteitages der CDU Deutschlands vom 3. bis 4. Dezember 2001 in Dresden

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 10a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 10b) Allgemeine Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
- 10c) Wahl des Generalsekretärs
- 10d) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
„Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“
- 10e) Beratung und Beschlussfassung
- 11a) Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands,
Vorlage der Rechenschaftsberichte 1998 und 1999
gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
- 11b) Bericht der Rechnungsprüfer
- 11c) Aussprache und Beschlussfassung zu den Berichten
- 11d) Neuwahl des Bundesschatzmeisters
12. Nachwahl eines Rechnungsprüfers für den Rest der
am 7. November 1998 begonnenen Amtszeit

13. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
14. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
- 15a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Im Osten was Neues“
- 15b) Beratung und Beschlussfassung
- 16a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“
- 16b) Beratung und Beschlussfassung
- 17a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Chancen@Deutschland. Eine Internetstrategie für die Politik“
- 17b) Beratung und Beschlussfassung
18. Beratung und Beschlussfassung über Änderungen des Satzungsrechts der CDU Deutschlands
19. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
20. Schlusswort der Vorsitzenden

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands Frau Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 14. Parteitages der CDU Deutschlands am 3.12.2001 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Vorsitzender: Prof. Dr. Georg Milbradt MdL

Beisitzer: Dieter Althaus MdL
 Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
 Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL
 Dr. Christoph Böhr MdL
 Jochen Borchert MdB
 Manfred Carstens MdB
 Dirk Fischer MdB
 Otti Geschka
 Tanja Gönner

Peter Götz MdB
Prof. Monika Grütters MdA
Dr. Martina Krogmann MdB
Bernd Neumann MdB
Eckhardt Rehberg MdL
Katharina Reiche MdL
Herbert Reul MdL
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB
Helmut Sauer
Gabriele Schäfer
Hartmut Schauerte MdB
Ingrid Sehrbrock
Dorothea Störr-Ritter MdB
Angelika Volquartz MdB
Dr. Bernhard Worms

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 14. Parteitag bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Laurenz Meyer MdL
Stellv. Vorsitzender: Dr. Willi Hausmann
Weitere Mitglieder: Dieter Althaus MdL
Hermann-Josef Arentz MdL
Michael Boddenberg MdL
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Jochen Borchert MdB
Elmar Brok MdEP
Anke Eymer MdB

Dr. Reinhard Göhner MdB
Peter Götz MdB
Uda Heller
Peter Jacobi
Lars Kasischke
Dr. Paul Krüger
Dr. Werner Langen MdEP
Karl-Josef Laumann MdB
Thomas Lunacek MdL
Hildegard Müller
Bernd Neumann MdB
Doris Pack MdEP
Dr. Friedbert Pflüger MdB
Peter Rauen MdB
Herbert Reul MdL
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB
Helmut Sauer
Birgit Schnieber-Jastram
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB
Andreas Storm MdB
Christine Weber
Annette Widmann-Mauz MdB
Matthias Wissmann MdB
Dr. Bernhard Worms
Christian Wulff MdL

Zu TOP 5:

Die vom Bundesausschuss der CDU Deutschlands am 20. November 2000 für den 14. Parteitag der CDU Deutschlands gewählte Mandatsprüfungskommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
Leiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder: Silke Müller
Geschäftsführerin
des CDU-Landesverbandes Bremen

Bernd Reisener
Geschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Matthias Wambach MdA
Geschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Berlin

Zu TOP 6: Die Stimmzählkommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne
Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Bernhard Albrecht
KGF Bonn

Martina Becher
KGF Zwickau-Werdau und Chemnitzer Land

Weitere Mitglieder:

Winfried Adams	KGF	Vogelsberg
Johannes Arnold	KGF	Fulda
Waldemar Bartels	KGF	Gifhorn
Willi Beck	KGF	Odenwald- kreis
Matthias Biergans	BzGF	Aachen
Andreas Blum	KGF	Mainz-Stadt/ M.-Bingen/ Alzey-Worms
Michael Braun	KGF	Hochtaunus
Hubert Brill	KGF	Olpe
Jörg-Dieter Burfeind	KGF	Braunschweig
Uwe Dietrich	KGF	Bergstraße
Hans-Jürgen Dönninghaus	KGF	Ostalb und Heidenheim
Josef Elsemann	KGF	Wesel
Richard Fischer	KGF	Rems-Murr
Klaus Funnemann	KGF	Höxter

Friedhelm Gerhards	KGF	Cochem-Zell
Heike Göttlicher	KGF	Ludwigsburg
Brigitte Hasche	KGF	Lüchow-Dannenberg
Rainer Haulsen	KGF	Schleswig-Flensburg
Harald Hempel	KGF	Potsdam-Mittelmark
Wilfried Hennemuth	KGF	Rottweil
Christoph Jähn	KGF	Aue-Schwarzenberg/ Annaberg
Heinz Werner Janßen	BzGF	Ostfriesland
Heinz Kirchfeld	KGF	Soltau-Fallingb.ostel
Johannes Kletzka	KGF	Meißen
Peter Liebers	KGF	Weißeritzkreis
Hajo Lübben	KGF	Herford
Gisela Luding	KGF	Magdeburg
Roswitha Machel	BzGF	Lüneburg
Reinhold Meisel	KGF	Neckar-Odenwald
Matthias Meyer	KGF	Bitburg-Prüm und Daun
Markus Nordmeier	KGF	Waldeck-Frankenberg
Christl Pick-Gobs	KGF	Ravensburg
Jochen Pöppel	KGF	Mark
Alfred Rathjen	KGF	Rotenburg (Wümme)
Josef Reichl	LGSt	Baden-Württemberg
Waltraud Reiss	KGF	Karlsruhe-Land
Alexander Schmidt	KGF	Göppingen
Hasso Schmidt	KGF	Leipzig-Stadt
Gerhard Schröck	KGF	Rheingau-Taunus
Helmut Schwartz	KGF	Düren
Margerit Seehaus	KGF	Dahme-Spreewald
Norbert Solberg	KGF	Essen
Martin Spittler	KGF	Mülheim/Ruhr

Marianne Stauß	KGF	Trier-Stadt
Hans-Jürgen Treuer	KGF	Baden-Baden und Rastatt
Hans-Joachim Walter	KGF	Freiberg
Franz Wiemann	KGF	Warendorf- Beckum
Bernd Wießel	KGF	Altmark
Manfred Wynands	KGF	Kleve
Elke von Ziegner	KGF	Harburg- Land
Werner Zimmermann	KGF	Neuwied

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8a) / 8b): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Frau Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 14. Parteitages erstattete am Montag, den 3. Dezember 2001, 13:00 Uhr, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11:30 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 14. Parteitages 915 anwesend.

Der 14. Parteitag ist beschlußfähig.“

gez. Ulf Leisner
- Vorsitzender -

gez. Silke Müller gez. Matthias Wambach gez. Bernd Reisener

(Vor Aufruf zu TOP 10c) - Wahl des Generalsekretärs - aktualisierte die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht dahingehend, dass um 13:45 Uhr von den 1.001 stimmberechtigten Delegierten des 14. Parteitages 946 anwesend waren.

Zu TOP10a)/10b): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdL**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10c): Wahl des Generalsekretärs

Es wurde gewählt:

Laurenz Meyer MdL

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 849

Ungültig: 1

Enthaltungen: 16

Gültige Stimmen: 832

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 417

Ja: 749

Nein: 83

Zu TOP 10d): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes **„Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“** durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10e): Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über den Antrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ (A) in offener Abstimmung nach Beratung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge (A) ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

A 1 Überweisung an den Generalsekretär

A 2 Überweisung an den Generalsekretär

A 3 Überweisung an den Generalsekretär

A 4 Ablehnung

A 5 Überweisung an den Generalsekretär

- A 6 Ablehnung
- A 7 Ablehnung
- A 8 Ablehnung
- A 9 Ablehnung
- A 10 Ablehnung
- A 11 Ablehnung
- A 12 Annahme idF der Antragskommission
- A 13 Annahme idF der Antragskommission
- A 14 Annahme idF der Antragskommission
- A 15 Annahme idF der Antragskommission
- A 16 Annahme idF der Antragskommission
- A 17 Annahme idF der Antragskommission
- A 18 Ablehnung
- A 19 Annahme idF der Antragskommission
- A 20 Annahme idF der Antragskommission
- A 21 Annahme idF der Antragskommission
- A 22 Annahme idF der Antragskommission
- A 23 Annahme idF der Antragskommission
- A 24 Annahme idF der Antragskommission
- A 25 Annahme idF der Antragskommission
- A 26 Annahme idF der Antragskommission
- A 27 Ablehnung
- A 28 Annahme idF der Antragskommission
- A 29 Annahme idF der Antragskommission
- A 30 Ablehnung
- A 31 Annahme idF der Antragskommission
- A 32 Annahme idF der Antragskommission
- A 33 Annahme idF der Antragskommission
- A 34 Annahme idF der Antragskommission

- A 35 Annahme idF der Antragskommission
- A 36 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 37 Erledigung durch Ziff. 36
- A 38 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 39 Ablehnung
- A 40 Annahme idF der Antragskommission
- A 41 Annahme idF der Antragskommission
- A 42 Annahme idF der Antragskommission
- A 43 Annahme idF der Antragskommission
- A 44 Annahme idF der Antragskommission
- A 45 Annahme idF der Antragskommission
- A 46 Annahme idF der Antragskommission
- A 47 Annahme idF der Antragskommission
- A 48 Annahme idF der Antragskommission
- A 49 Ablehnung
- A 50 Annahme idF der Antragskommission
- A 51 Annahme idF der Antragskommission
- A 52 Annahme idF der Antragskommission
- A 53 Ablehnung
- A 54 Annahme idF der Antragskommission
- A 55 Annahme idF der Antragskommission
- A 56 Ablehnung
- A 57 Ablehnung
- A 58 Annahme idF der Antragskommission
- A 59 Annahme idF der Antragskommission
- A 60 Ablehnung
- A 61 Annahme idF der Antragskommission
- A 62 Annahme idF der Antragskommission
- A 63 Annahme idF der Antragskommission

- A 64 Annahme idF der Antragskommission
- A 65 Annahme idF der Antragskommission
- A 66 Annahme idF der Antragskommission
- A 67 vom Antragsteller zurückgezogen
- A 68 Ablehnung
- A 69 Ablehnung
- A 70 Annahme idF der Antragskommission
- A 71 Annahme idF der Antragskommission
- A 72 Ablehnung
- A 73 Ablehnung
- A 74 Annahme idF der Antragskommission
- A 75 Ablehnung
- A 76 Annahme idF der Antragskommission
- A 77 Annahme idF der Antragskommission
- A 78 Annahme idF der Antragskommission
- A 79 Annahme idF der Antragskommission
- A 80 Ablehnung
- A 81 Annahme idF der Antragskommission
- A 82 Ablehnung
- A 83 Annahme idF der Antragskommission
- A 84 Annahme idF der Antragskommission
- A 85 Annahme idF der Antragskommission
- A 86 Ablehnung
- A 87 Annahme idF der Antragskommission
- A 88 Annahme idF der Antragskommission
- A 89 Annahme idF der Antragskommission
- A 90 Annahme idF der Antragskommission
- A 91 Annahme idF der Antragskommission
- A 92 Annahme idF der Antragskommission

- A 93 Ablehnung
- A 94 Ablehnung
- A 95 Annahme idF der Antragskommission
- A 96 Ablehnung
- A 97 Ablehnung
- A 98 Ablehnung
- A 99 Annahme idF der Antragskommission
- A 100 Annahme idF der Antragskommission
- A 101 Annahme idF der Antragskommission
- A 102 Annahme idF der Antragskommission
- A 103 Annahme idF der Antragskommission
- A 104 Annahme idF der Antragskommission
- A 105 Annahme idF der Antragskommission
- A 106 Annahme idF der Antragskommission
- A 107 Annahme idF der Antragskommission
- A 108 Annahme idF der Antragskommission
- A 109 Ablehnung
- A 110 Annahme idF der Antragskommission
- A 111 Annahme idF der Antragskommission
- A 112 Annahme idF der Antragskommission
- A 113 Annahme idF der Antragskommission
- A 114 Annahme idF der Antragskommission
- A 115 Ablehnung
- A 116 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 117 Annahme idF der Antragskommission
- A 118 Ablehnung
- A 119 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 120 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 121 Annahme idF der Antragskommission

- A 122 Annahme idF der Antragskommission
- A 123 Ablehnung
- A 124 Annahme idF der Antragskommission
- A 125 Annahme idF der Antragskommission
- A 126 Annahme idF der Antragskommission
- A 127 Ablehnung
- A 128 Ablehnung
- A 129 Annahme idF der Antragskommission
- A 130 Annahme idF der Antragskommission
- A 131 Annahme idF der Antragskommission
- A 132 Ablehnung
- A 133 Annahme idF der Antragskommission
- A 134 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 135 Annahme idF der Antragskommission
- A 136 Ablehnung
- A 137 Annahme idF der Antragskommission
- A 138 Annahme idF der Antragskommission
- A 139 Annahme idF der Antragskommission
- A 140 Annahme idF der Antragskommission
- A 141 Annahme idF der Antragskommission
- A 142 Ablehnung
- A 143 Annahme idF der Antragskommission
- A 144 Annahme idF der Antragskommission
- A 145 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 146 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 147 Ablehnung
- A 148 Annahme idF der Antragskommission
- A 149 Ablehnung
- A 150 Annahme idF der Antragskommission

- A 151 Annahme idF der Antragskommission
- A 152 Annahme idF der Antragskommission
- A 153 Ablehnung
- A 154 Ablehnung
- A 155 Annahme idF der Antragskommission
- A 156 Annahme idF der Antragskommission
- A 157 Ablehnung
- A 158 Annahme idF der Antragskommission
- A 159 Ablehnung
- A 160 Ablehnung
- A 161 Ablehnung
- A 162 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 163 Annahme idF der Antragskommission
- A 164 Annahme idF der Antragskommission
- A 165 Ablehnung
- A 166 Annahme idF der Antragskommission
- A 167 Annahme idF der Antragskommission
- A 168 Annahme idF der Antragskommission
- A 169 Annahme idF der Antragskommission
- A 170 Ablehnung
- A 171 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 172 Annahme idF der Antragskommission
- A 173 Ablehnung
- A 174 Ablehnung
- A 175 Ablehnung
- A 176 Ablehnung
- A 177 Annahme idF der Antragskommission
- A 178 Annahme idF der Antragskommission
- A 179 Annahme idF der Antragskommission

- A 180 Ablehnung
- A 181 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 182 Annahme idF der Antragskommission
- A 183 Annahme idF der Antragskommission
- A 184 Ablehnung
- A 185 Erledigung durch A 187
- A 186 Annahme idF der Antragskommission
- A 187 Annahme idF der Antragskommission
- A 188 Ablehnung
- A 189 Ablehnung
- A 190 Ablehnung
- A 191 Ablehnung
- A 192 Annahme idF der Antragskommission
- A 193 Ablehnung
- A 194 Annahme idF der Antragskommission
- A 195 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 196 Annahme idF der Antragskommission
- A 197 Annahme idF der Antragskommission
- A 198 Annahme idF der Antragskommission
- A 199 Annahme idF der Antragskommission
- A 200 Ablehnung
- A 201 Ablehnung
- A 202 Annahme idF der Antragskommission
- A 203 Annahme idF der Antragskommission
- A 204 Annahme idF der Antragskommission
- A 205 Annahme idF der Antragskommission
- A 206 Annahme idF der Antragskommission
- A 207 Annahme idF der Antragskommission
- A 208 Annahme idF der Antragskommission

A 209 Annahme idF der Antragskommission
A 210 Ablehnung
A 211 Annahme idF der Antragskommission
A 212 Annahme idF der Antragskommission
A 213 Annahme idF der Antragskommission
A 214 Ablehnung
A 215 Annahme idF der Antragskommission
A 216 Ablehnung
A 217 Annahme idF der Antragskommission
A 218 Ablehnung
A 219 Ablehnung
A 220 Ablehnung
A 221 Ablehnung
A 222 Annahme idF der Antragskommission
A 223 Annahme idF der Antragskommission
A 224 Annahme idF der Antragskommission
A 225 Annahme idF der Antragskommission
A 226 Ablehnung
A 227 Ablehnung
A 228 Annahme idF der Antragskommission
A 229 Annahme idF der Antragskommission
A 230 Annahme idF der Antragskommission
A 231 Ablehnung
A 232 Annahme
A 233 Annahme idF der Antragskommission
A 234 Ablehnung
A 235 Annahme idF der Antragskommission
A 236 Ablehnung
A 237 Annahme idF der Antragskommission

- A 238 Annahme
- A 239 Annahme idF der Antragskommission
- A 240 Annahme idF der Antragskommission
- A 241 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 242 Annahme idF der Antragskommission
- A 243 Annahme idF der Antragskommission
- A 244 Annahme idF der Antragskommission
- A 245 Annahme idF der Antragskommission
- A 246 Annahme idF der Antragskommission
- A 247 Ablehnung
- A 248 Annahme idF der Antragskommission
- A 249 Annahme idF der Antragskommission
- A 250 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 251 Ablehnung
- A 252 Ablehnung
- A 253 Annahme idF der Antragskommission
- A 254 Annahme idF der Antragskommission
- A 255 Annahme idF der Antragskommission
- A 256 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 257 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 258 Ablehnung
- A 259 Annahme idF der Antragskommission
- A 260 Ablehnung
- A 261 Annahme idF der Antragskommission
- A 262 Annahme idF der Antragskommission
- A 263 Ablehnung
- A 264 Ablehnung
- A 265 Ablehnung
- A 266 Ablehnung

A 267 Ablehnung
A 268 Annahme idF der Antragskommission
A 269 Ablehnung
A 270 Annahme idF der Antragskommission
A 271 Annahme idF der Antragskommission
A 272 Annahme idF der Antragskommission
A 273 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 274 Ablehnung
A 275 Ablehnung
A 276 Annahme idF der Antragskommission
A 277 Annahme idF der Antragskommission
A 278 Annahme idF der Antragskommission
A 279 Ablehnung
A 280 Annahme idF der Antragskommission
A 281 Ablehnung
A 282 Ablehnung
A 283 Annahme idF der Antragskommission
A 284 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 285 Ablehnung
A 286 Ablehnung
A 287 Annahme idF der Antragskommission
A 288 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 289 Ablehnung
A 290 Ablehnung
A 291 Ablehnung
A 292 Annahme idF der Antragskommission
A 293 Ablehnung
A 294 Annahme idF der Antragskommission
A 295 Ablehnung

- A 296 Annahme idF der Antragskommission
- A 297 Annahme idF der Antragskommission
- A 298 Ablehnung
- A 299 Ablehnung
- A 300 Annahme idF der Antragskommission
- A 301 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 302 Annahme idF der Antragskommission
- A 303 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 304 Annahme idF der Antragskommission
- A 305 Ablehnung
- A 306 Ablehnung
- A 307 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 308 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 309 Erledigung durch Ziff. 28
- A 310 Ablehnung
- A 311 Annahme idF der Antragskommission
- A 312 Ablehnung
- A 313 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 314 Annahme idF der Antragskommission
- A 315 Annahme idF der Antragskommission
- A 316 Annahme idF der Antragskommission
- A 317 Annahme idF der Antragskommission
- A 318 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 319 Annahme idF der Antragskommission
- A 320 Annahme idF der Antragskommission
- A 321 Ablehnung
- A 322 Annahme idF der Antragskommission
- A 323 Annahme idF der Antragskommission
- A 324 Annahme idF der Antragskommission

A 325 Annahme idF der Antragskommission
A 326 Ablehnung
A 327 Ablehnung
A 328 Annahme idF der Antragskommission
A 329 Annahme idF der Antragskommission
A 330 Ablehnung
A 331 Annahme idF der Antragskommission
A 332 Ablehnung
A 333 Ablehnung
A 334 Annahme idF der Antragskommission
A 335 Annahme idF der Antragskommission
A 336 Annahme idF der Antragskommission
A 337 Ablehnung
A 338 Annahme idF der Antragskommission
A 339 Annahme idF der Antragskommission
A 340 Annahme idF der Antragskommissio
A 341 Annahme idF der Antragskommission
A 342 Annahme idF der Antragskommission
A 343 Annahme idF der Antragskommission
A 344 Ablehnung
A 345 Annahme idF der Antragskommission
A 346 Annahme idF der Antragskommission
A 347 Annahme idF der Antragskommission
A 348 Annahme idF der Antragskommission
A 349 vom Antragsteller zurückgezogen
A 350 Annahme idF der Antragskommission
A 351 Annahme idF der Antragskommission
A 352 Ablehnung
A 353 Annahme idF der Antragskommission

- A 354 Annahme idF der Antragskommission
- A 355 Ablehnung
- A 356 Annahme idF der Antragskommission
- A 357 Annahme idF der Antragskommission
- A 358 Annahme idF der Antragskommission
- A 359 Erledigung durch Ziff. 78
- A 360 Annahme idF der Antragskommission
- A 361 Erledigung durch Ziff. 26
- A 362 Erledigung durch Ziff. 26
- A 363 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 364 Ablehnung
- A 365 Ablehnung
- A 366 Ablehnung
- A 367 Ablehnung
- A 368 Ablehnung
- A 369 Erledigung durch Ziff. 2
- A 370 Ablehnung
- A 371 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 372 Annahme idF der Antragskommission
- A 373 Erledigung durch Ziff. 26
- A 374 Annahme idF der Antragskommission
- A 375 Annahme idF der Antragskommission
- A 376 Ablehnung
- A 377 Ablehnung
- A 378 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 379 Ablehnung
- A 380 Ablehnung
- A 381 Annahme idF der Antragskommission
- A 382 Ablehnung

- A 383 Ablehnung
- A 384 Annahme idF der Antragskommission
- A 385 Annahme
- A 386 Ablehnung
- A 387 Ablehnung
- A 388 Annahme idF der Antragskommission
- A 389 Annahme idF der Antragskommission
- A 390 Ablehnung
- A 391 Annahme idF der Antragskommission
- A 392 Annahme idF der Antragskommission
- A 393 Erledigung durch Ziff. 30
- A 394 Annahme idF der Antragskommission
- A 395 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 396 Ablehnung
- A 397 Annahme idF der Antragskommission
- A 398 Ablehnung
- A 399 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 400 Annahme idF der Antragskommission
- A 401 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 402 Ablehnung
- A 403 Annahme idF der Antragskommission
- A 404 Annahme idF der Antragskommission
- A 405 Annahme idF der Antragskommission
- A 406 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 407 Annahme idF der Antragskommission
- A 408 Annahme idF der Antragskommission
- A 409 Annahme idF der Antragskommission
- A 410 Annahme idF der Antragskommission

- A 411 Ablehnung
- A 412 Ablehnung
- A 413 Ablehnung
- A 414 Ablehnung
- A 415 Ablehnung
- A 416 Annahme idF der Antragskommission
- A 417 Annahme idF der Antragskommission
- A 418 Annahme idF der Antragskommission
- A 419 Ablehnung
- A 420 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 421 Annahme idF der Antragskommission
- A 422 Ablehnung
- A 423 Annahme idF der Antragskommission
- A 424 Annahme idF der Antragskommission
- A 425 Annahme idF der Antragskommission
- A 426 Annahme idF der Antragskommission
- A 427 Annahme idF der Antragskommission
- A 428 Erledigung durch Ziff. 87
- A 429 Annahme idF der Antragskommission
- A 430 Annahme idF der Antragskommission
- A 431 Annahme idF der Antragskommission
- A 432 Ablehnung
- A 433 Annahme idF der Antragskommission
- A 434 Annahme idF der Antragskommission
- A 435 Ablehnung
- A 436 Annahme idF der Antragskommission
- A 437 Annahme idF der Antragskommission
- A 438 Annahme idF der Antragskommission
- A 439 Ablehnung

A 440 Ablehnung
A 441 Ablehnung
A 442 Annahme idF der Antragskommission
A 443 Ablehnung
A 444 Ablehnung
A 445 Ablehnung
A 446 Ablehnung
A 447 Annahme idF der Antragskommission
A 448 Annahme idF der Antragskommission
A 449 Annahme idF der Antragskommission
A 450 Ablehnung
A 451 Ablehnung
A 452 Annahme idF der Antragskommission
A 453 Ablehnung
A 454 Ablehnung
A 455 Annahme idF der Antragskommission
A 456 Ablehnung
A 457 Annahme idF der Antragskommission
A 458 Annahme idF der Antragskommission
A 459 Ablehnung
A 460 Ablehnung
A 461 Ablehnung
A 462 Ablehnung
A 463 Ablehnung
A 464 Ablehnung
A 465 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 466 Ablehnung
A 467 Ablehnung
A 468 Annahme idF der Antragskommission

- A 469 Ablehnung
- A 470 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 471 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 472 Annahme idF der Antragskommission
- A 473 Annahme idF der Antragskommission
- A 474 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 475 Ablehnung
- A 476 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 477 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 478 Ablehnung
- A 479 Annahme idF der Antragskommission
- A 480 Ablehnung
- A 481 Ablehnung
- A 482 Annahme idF der Antragskommission
- A 483 Annahme idF der Antragskommission
- A 484 Ablehnung
- A 485 Ablehnung
- A 486 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 487 Ablehnung
- A 488 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 489 Annahme idF der Antragskommission
- A 490 Ablehnung
- A 491 Annahme idF der Antragskommission
- A 492 Ablehnung
- A 493 Ablehnung
- A 494 Annahme idF der Antragskommission
- A 495 Annahme idF der Antragskommission
- A 496 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 497 Ablehnung

- A 498 Erledigung durch Ziff. 36
- A 499 Ablehnung
- A 500 Annahme idF der Antragskommission
- A 501 Annahme idF der Antragskommission
- A 502 Annahme idF der Antragskommission
- A 503 Ablehnung
- A 504 Ablehnung
- A 505 Annahme idF der Antragskommission
- A 506 Ablehnung
- A 507 Ablehnung
- A 508 Ablehnung
- A 509 Ablehnung
- A 510 Erledigung durch Ziff. 38
- A 511 Annahme idF der Antragskommission
- A 512 Ablehnung
- A 513 Ablehnung
- A 514 Ablehnung
- A 515 Ablehnung
- A 516 Ablehnung
- A 517 Annahme idF der Antragskommission
- A 518 Ablehnung
- A 519 Ablehnung
- A 520 Erledigung durch Ziff. 72
- A 521 Annahme idF der Antragskommission
- A 522 Annahme idF der Antragskommission
- A 523 Annahme idF der Antragskommission
- A 524 Annahme idF der Antragskommission
- A 525 Ablehnung
- A 526 Ablehnung

- A 527 Ablehnung
- A 528 Ablehnung
- A 529 Ablehnung
- A 530 Annahme idF der Antragskommission
- A 531 Ablehnung
- A 532 Ablehnung
- A 533 Annahme idF der Antragskommission
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 534 Annahme idF der Antragskommission
- A 535 Annahme idF der Antragskommission
- A 536 Annahme idF der Antragskommission
- A 537 Ablehnung
- A 538 Ablehnung
- A 539 Ablehnung
- A 540 Ablehnung
- A 541 Ablehnung
- A 542 Ablehnung
- A 543 Ablehnung
- A 544 Ablehnung
- A 545 Ablehnung
- A 546 Ablehnung
- A 547 Ablehnung
- A 548 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 549 Annahme idF der Antragskommission
- A 550 Erledigung durch Ziff. 40
- A 551 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 552 Annahme idF der Antragskommission
- A 553 Ablehnung
- A 554 Ablehnung
- A 555 Erledigung durch Ziff. 40

- A 556 Annahme idF der Antragskommission
- A 557 Erledigung durch Ziff. 40
- A 558 Ablehnung
- A 559 Ablehnung
- A 560 Ablehnung
- A 561 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 562 Ablehnung
- A 563 Ablehnung
- A 564 Annahme idF der Antragskommission
- A 565 Ablehnung
- A 566 Ablehnung
- A 567 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 568 Ablehnung
- A 569 Ablehnung
- A 570 Ablehnung
- A 571 Annahme idF der Antragskommission
- A 572 Annahme idF der Antragskommission
- A 573 Annahme idF der Antragskommission
- A 574 Annahme idF der Antragskommission
- A 575 Annahme idF der Antragskommission
- A 576 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 577 Erledigung durch Ziff. 43
- A 578 Ablehnung
- A 579 Erledigung durch Ziff. 42
- A 580 Ablehnung
- A 581 Ablehnung
- A 582 Annahme idF der Antragskommission
- A 583 Ablehnung
- A 584 Ablehnung

- A 585 Annahme idF der Antragskommission
- A 586 Annahme idF der Antragskommission
- A 587 Annahme idF der Antragskommission
- A 588 Annahme idF der Antragskommission
- A 589 Ablehnung
- A 590 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 591 Annahme idF der Antragskommission
- A 592 Annahme idF der Antragskommission
- A 593 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 594 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 595 Ablehnung
- A 596 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 597 Ablehnung
- A 598 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 599 Ablehnung
- A 600 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 601 Annahme idF der Antragskommission
- A 602 Ablehnung
- A 603 Ablehnung
- A 604 Annahme idF der Antragskommission
- A 605 Ablehnung
- A 606 Ablehnung
- A 607 Ablehnung
- A 608 Annahme idF der Antragskommission
- A 609 Ablehnung
- A 610 Ablehnung
- A 611 Annahme idF der Antragskommission
- A 612 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 613 Annahme idF der Antragskommission

- A 614 Ablehnung
- A 615 Annahme idF der Antragskommission
- A 616 Annahme idF der Antragskommission
- A 617 Ablehnung
- A 618 Ablehnung
- A 619 Ablehnung
- A 620 Ablehnung
- A 621 Annahme idF der Antragskommission
- A 622 Ablehnung
- A 623 Ablehnung
- A 624 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 625 Ablehnung
- A 626 Ablehnung
- A 627 Annahme idF der Antragskommission
- A 628 Ablehnung
- A 629 Ablehnung
- A 630 Ablehnung
- A 631 Annahme idF der Antragskommission
- A 632 Annahme idF der Antragskommission
- A 633 Ablehnung
- A 634 Annahme idF der Antragskommission
- A 635 Annahme idF der Antragskommission
- A 636 Erledigung durch Ziff. 44
- A 637 Annahme idF der Antragskommission
- A 638 Ablehnung
- A 639 Ablehnung
- A 640 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 641 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 642 Annahme idF der Antragskommission

A 643 Ablehnung
A 644 Ablehnung
A 645 Ablehnung
A 646 Annahme idF der Antragskommission
A 647 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 648 Ablehnung
A 649 Ablehnung
A 650 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 651 Ablehnung
A 652 Ablehnung
A 653 Ablehnung
A 654 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 655 Ablehnung
A 656 Erledigung durch Ziff. 44
A 657 Annahme idF der Antragskommission
A 658 Erledigung
A 659 Annahme idF der Antragskommission
A 660 Ablehnung
A 661 Ablehnung
A 662 Ablehnung
A 663 Ablehnung
A 664 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 665 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 666 Annahme idF der Antragskommission
A 667 Ablehnung
A 668 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 669 Annahme idF der Antragskommission
A 670 Annahme idF der Antragskommission
A 671 Ablehnung

- A 672 Annahme idF der Antragskommission
- A 673 Annahme
- A 674 Ablehnung
- A 675 Ablehnung
- A 676 Ablehnung
- A 677 Annahme
- A 678 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 679 Ablehnung
- A 680 Annahme idF der Antragskommission
- A 681 Annahme idF der Antragskommission
- A 682 Annahme idF der Antragskommission
- A 683 Erledigung durch Ziff. 48
- A 684 Annahme idF der Antragskommission
- A 685 Annahme idF der Antragskommission
- A 686 Ablehnung
- A 687 Ablehnung
- A 688 Ablehnung
- A 689 Erledigung durch Ziff. 48
- A 690 Annahme idF der Antragskommission
- A 691 Ablehnung
- A 692 Annahme idF der Antragskommission
- A 693 Annahme idF der Antragskommission
- A 694 Ablehnung
- A 695 Annahme idF der Antragskommission
- A 696 Ablehnung
- A 697 Annahme idF der Antragskommission
- A 698 Annahme idF der Antragskommission
- A 699 Annahme idF der Antragskommission
- A 700 Ablehnung

- A 701 Annahme idF der Antragskommission
- A 702 Ablehnung
- A 703 Annahme idF der Antragskommission
- A 704 Annahme idF der Antragskommission
- A 705 Ablehnung
- A 706 Annahme idF der Antragskommission
- A 707 Annahme idF der Antragskommission
- A 708 Annahme idF der Antragskommission
- A 709 Ablehnung
- A 710 Ablehnung
- A 711 Annahme idF der Antragskommission
- A 712 Ablehnung
- A 713 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 714 Annahme idF der Antragskommission
- A 715 Annahme idF der Antragskommission
- A 716 Ablehnung
- A 717 Ablehnung
- A 718 Annahme idF der Antragskommission
- A 719 Annahme idF der Antragskommission
- A 720 Annahme idF der Antragskommission
- A 721 Annahme idF der Antragskommission
- A 722 Annahme idF der Antragskommission
- A 723 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 724 Annahme idF der Antragskommission
- A 725 Annahme idF der Antragskommission
- A 726 Ablehnung
- A 727 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 728 Ablehnung
- A 729 Annahme idF der Antragskommission

- A 730 Ablehnung
- A 731 Annahme idF der Antragskommission
- A 732 Annahme idF der Antragskommission
- A 733 Annahme idF der Antragskommission
- A 734 Annahme idF der Antragskommission
- A 735 Annahme idF der Antragskommission
- A 736 Annahme idF der Antragskommission
- A 737 Ablehnung
- A 738 Annahme idF der Antragskommission
- A 739 Annahme idF der Antragskommission
- A 740 Annahme idF der Antragskommission
- A 741 Ablehnung
- A 742 Ablehnung
- A 743 Annahme idF der Antragskommission
- A 744 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 745 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 746 Ablehnung
- A 747 Ablehnung
- A 748 Ablehnung
- A 749 Ablehnung
- A 750 Ablehnung
- A 751 Annahme idF der Antragskommission
- A 752 Annahme idF der Antragskommission
- A 753 Annahme idF der Antragskommission
- A 754 Ablehnung
- A 755 aus technischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 756 Annahme idF der Antragskommission
- A 757 Ablehnung
- A 758 Annahme idF der Antragskommission

- A 759 Ablehnung
- A 760 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 761 Ablehnung
- A 762 Ablehnung
- A 763 Annahme
- A 764 Ablehnung
- A 765 Ablehnung
- A 766 Ablehnung
- A 767 Ablehnung
- A 768 aus technischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 769 Ablehnung
- A 770 Ablehnung
- A 771 Ablehnung
- A 772 Ablehnung
- A 773 Ablehnung
- A 774 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 775 Annahme idF der Antragskommission
- A 776 Annahme idF der Antragskommission
- A 777 Annahme idF der Antragskommission
- A 778 Annahme idF der Antragskommission
- A 779 Annahme idF der Antragskommission
- A 780 Ablehnung
- A 781 Ablehnung
- A 782 Annahme idF der Antragskommission
- A 783 Ablehnung
- A 784 Annahme idF der Antragskommission
- A 785 Annahme idF der Antragskommission
- A 786 Annahme idF der Antragskommission
- A 787 Annahme idF der Antragskommission

- A 788 Ablehnung
- A 789 Annahme idF der Antragskommission
- A 790 Ablehnung
- A 791 Ablehnung
- A 792 Ablehnung
- A 793 Ablehnung
- A 794 aus technischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 795 Annahme idF der Antragskommission
- A 796 Annahme idF der Antragskommission
- A 797 Annahme idF der Antragskommission
- A 798 Annahme idF der Antragskommission
- A 799 Ablehnung
- A 800 Ablehnung
- A 801 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 802 Annahme idF der Antragskommission
- A 803 Annahme idF der Antragskommission
- A 804 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 805 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 806 Ablehnung
- A 807 Ablehnung
- A 808 aus technischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 809 Ablehnung
- A 810 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 811 Ablehnung
- A 812 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 813 Annahme idF der Antragskommission
- A 814 Annahme idF der Antragskommission
- A 815 Annahme idF der Antragskommission
- A 816 Ablehnung

A 817 Ablehnung
A 818 Ablehnung
A 819 Ablehnung
A 820 Ablehnung
A 821 Ablehnung
A 822 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 823 Annahme idF der Antragskommission
A 824 Ablehnung
A 825 Ablehnung
A 826 Ablehnung
A 827 aus technischen Gründen nicht berücksichtigt
A 828 aus technischen Gründen nicht berücksichtigt
A 829 Ablehnung
A 830 Ablehnung
A 831 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 832 Ablehnung
A 833 Ablehnung
A 834 Ablehnung
A 835 Annahme idF der Antragskommission
A 836 Annahme idF der Antragskommission
A 837 Annahme idF der Antragskommission
A 838 Annahme idF der Antragskommission
A 839 Annahme idF der Antragskommission
A 840 Ablehnung
A 841 Annahme idF der Antragskommission
A 842 Annahme idF der Antragskommission
A 843 Annahme idF der Antragskommission
A 844 Annahme idF der Antragskommission
A 845 Annahme idF der Antragskommission

- A 846 Annahme idF der Antragskommission
- A 847 Ablehnung
- A 848 Annahme idF der Antragskommission
- A 849 Ablehnung
- A 850 Ablehnung
- A 851 Annahme idF der Antragskommission
- A 852 Ablehnung
- A 853 Annahme idF der Antragskommission
- A 854 Annahme
- A 855 Ablehnung
- A 856 Erledigung durch Ziff. 66
- A 857 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 858 Ablehnung
- A 859 Erledigung durch Ziff. 66
- A 860 Annahme
- A 861 Ablehnung
- A 862 Ablehnung
- A 863 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 864 Annahme
- A 865 Annahme
- A 866 Ablehnung
- A 867 Annahme idF der Antragskommission
- A 868 Ablehnung
- A 869 Annahme idF der Antragskommission
- A 870 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 871 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 872 Annahme idF der Antragskommission
- A 873 Annahme idF der Antragskommission
- A 874 Annahme idF der Antragskommission

- A 875 Annahme idF der Antragskommission
- A 876 Annahme idF der Antragskommission
- A 877 Annahme idF der Antragskommission
- A 878 Annahme idF der Antragskommission
- A 879 Ablehnung
- A 880 Annahme idF der Antragskommission
- A 881 Annahme
- A 882 Ablehnung
- A 883 Ablehnung
- A 884 Ablehnung
- A 885 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 886 Ablehnung
- A 887 Annahme
- A 888 Annahme idF der Antragskommission
- A 889 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 890 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 891 Ablehnung
- A 892 Annahme
- A 893 Annahme idF der Antragskommission
- A 894 Ablehnung
- A 895 Annahme idF der Antragskommission
- A 896 Annahme idF der Antragskommission
- A 897 Erledigung durch Ziff. 25
- A 898 Annahme idF der Antragskommission
- A 899 Ablehnung
- A 900 Annahme idF der Antragskommission
- A 901 Annahme idF der Antragskommission
- A 902 Annahme idF der Antragskommission
- A 903 Annahme idF der Antragskommission

A 904 Ablehnung
A 905 Annahme idF der Antragskommission
A 906 Ablehnung
A 907 Annahme
A 908 Ablehnung
A 909 Annahme
A 910 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 911 Erledigung durch Ziff. 75
A 912 Ablehnung
A 913 Ablehnung
A 914 Annahme
A 915 Annahme
A 916 Ablehnung
A 917 Ablehnung
A 918 Annahme idF der Antragskommission
A 919 Annahme idF der Antragskommission
A 920 Ablehnung
A 921 Annahme idF der Antragskommission
A 922 Ablehnung
A 923 Ablehnung
A 924 Annahme idF der Antragskommission
A 925 Ablehnung
A 926 Annahme
A 927 Ablehnung
A 928 Erledigung durch Ziff. 78
A 929 Annahme idF der Antragskommission
A 930 Ablehnung
A 931 Annahme idF der Antragskommission
A 932 Ablehnung

- A 933 Annahme idF der Antragskommission
- A 934 Annahme idF der Antragskommission
- A 935 Annahme idF der Antragskommission
- A 936 Annahme idF der Antragskommission
- A 937 Erledigung durch Ziff. 78
- A 938 Annahme idF der Antragskommission
- A 939 Annahme idF der Antragskommission
- A 940 Annahme idF der Antragskommission
- A 941 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 942 Annahme idF der Antragskommission
- A 943 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 944 Annahme idF der Antragskommission
- A 945 Ablehnung
- A 946 Ablehnung
- A 947 Annahme idF der Antragskommission
- A 948 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 949 Annahme
- A 950 Ablehnung
- A 951 Ablehnung
- A 952 Ablehnung
- A 953 Annahme
- A 954 Ablehnung
- A 955 Annahme
- A 956 Annahme
- A 957 Ablehnung
- A 958 Ablehnung
- A 959 Annahme
- A 960 Ablehnung
- A 961 Ablehnung

- A 962 Annahme idF der Antragskommission
- A 963 Annahme idF der Antragskommission
- A 964 Annahme idF der Antragskommission
- A 965 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 966 Ablehnung
- A 967 Annahme idF der Antragskommission
- A 968 Ablehnung
- A 969 Annahme idF der Antragskommission
- A 970 Ablehnung
- A 971 Annahme idF der Antragskommission
- A 972 Ablehnung
- A 973 Annahme idF der Antragskommission
- A 974 Ablehnung
- A 975 Annahme
- A 976 Annahme idF der Antragskommission
- A 977 Annahme idF der Antragskommission
- A 978 Annahme
- A 979 Annahme
- A 980 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 981 Ablehnung
- A 982 Annahme
- A 983 Annahme
- A 984 Ablehnung
- A 985 Erledigung durch Ziff. 29
- A 986 Annahme
- A 987 Ablehnung
- A 988 Ablehnung
- A 989 Annahme
- A 990 Ablehnung

- A 991 Annahme
- A 992 Ablehnung
- A 993 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 994 Erledigung durch Ziff. 39
- A 995 Ablehnung
- A 996 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 997 Annahme
- A 1500 Ablehnung
- A 1501 Annahme idF der Antragskommission
- A 1502 Annahme idF der Antragskommission
- A 1503 Annahme idF der Antragskommission
- A 1504 Ablehnung
- A 1505 Annahme idF der Antragskommission
- A 1506 Annahme idF der Antragskommission
- A 1507 Annahme idF der Antragskommission
- A 1508 Ablehnung
- A 1509 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 1510 Annahme idF der Antragskommission
- A 1511 Annahme idF der Antragskommission
- A 1512 Annahme idF der Antragskommission
- A 1513 Annahme idF der Antragskommission
- A 1514 Ablehnung
- A 1515 Annahme idF der Antragskommission
- A 1516 Ablehnung
- A 1517 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 1518 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 1519 Ablehnung
- A 1520 Ablehnung
- A 1521 Annahme idF der Antragskommission

- A 1522 Annahme idF der Antragskommission
- A 1523 Ablehnung
- A 1524 Annahme idF der Antragskommission
- A 1525 Annahme idF der Antragskommission
- A 1526 Ablehnung
- A 1527 Annahme idF der Antragskommission
- A 1528 Erledigung durch Ziff. 1
- A 1529 Erledigung durch Ziff. 1
- A 1530 Ablehnung
- A 1531 Ablehnung
- A 1532 Ablehnung
- A 1533 Ablehnung
- A 1534 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 1535 Annahme idF der Antragskommission
- A 1536 Annahme idF der Antragskommission
- A 1537 Annahme idF der Antragskommission
- A 1538 Annahme idF der Antragskommission
- A 1539 Ablehnung
- A 1540 Annahme idF der Antragskommission
- A 1541 Annahme idF der Antragskommission
- A 1542 Annahme idF der Antragskommission
- A 1543 Ablehnung
- A 1544 Ablehnung
- A 1545 Annahme idF der Antragskommission
- A 1546 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 1547 Annahme idF der Antragskommission
- A 1548 Annahme idF der Antragskommission
- A 1549 Ablehnung
- A 1550 Annahme idF der Antragskommission

Zu TOP 11a/11c): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters, Dr. Ulrich Cartellieri, und die schriftlich vorgelegten Rechenschaftsberichte 1998 und 1999 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz** nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11b): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den mündlichen **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11d): Neuwahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Dr. Wolfgang Peiner

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 636

Ungültig: 0

Enthaltungen: 1

Gültige Stimmen: 635

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 318

Ja: 627

Nein: 8

Zu TOP 12): Nachwahl eines Rechnungsprüfers für den Rest der am 7. November 1998 begonnenen Amtszeit

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen Frau Claudia Nolte MdB zur Rechnungsprüferin für den Rest der am 7. November 1998 begonnenen Amtszeit .

Zu TOP 14): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15a): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „**Im Osten was Neues**“ durch Günter Nooke MdB zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15b): Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Im Osten was Neues“

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über den Antrag „Im Osten was Neues“ (D) in offener Abstimmung nach Beratung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge (D) ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- D 1 Annahme idF der Antragskommission
- D 2 Ablehnung
- D 3 Annahme idF der Antragskommission
- D 4 Annahme idF der Antragskommission
- D 5 Ablehnung
- D 6 Ablehnung
- D 7 Annahme
- D 8 Ablehnung
- D 9 Annahme
- D 10 Ablehnung
- D 11 Annahme
- D 12 Annahme
- D 13 Annahme
- D 14 Annahme idF der Antragskommission
- D 15 Annahme
- D 16 Annahme
- D 17 Annahme
- D 18 Annahme
- D 19 Annahme
- D 20 Annahme
- D 21 Annahme
- D 22 Annahme
- D 23 Annahme
- D 24 Annahme

D 25 Annahme
D 26 Annahme
D 27 Annahme
D 28 Annahme idF der Antragskommission
D 29 Annahme idF der Antragskommission
D 30 Annahme idF der Antragskommission
D 31 Annahme idF der Antragskommission
D 32 Annahme
D 33 Ablehnung
D 34 Annahme
D 35 Annahme
D 36 Annahme
D 37 Annahme
D 38 Annahme
D 39 Annahme
D 40 Annahme
D 41 Annahme
D 42 Annahme
D 43 Annahme
D 44 Annahme
D 45 Annahme
D 46 Annahme
D 47 Annahme
D 48 Annahme
D 49 Ablehnung
D 50 Annahme
D 51 Annahme
D 52 Annahme
D 53 Annahme

- D 54 Annahme idF der Antragskommission
- D 55 Ablehnung
- D 56 Annahme idF der Antragskommission
- D 57 Annahme idF der Antragskommission
- D 58 Annahme idF der Antragskommission
- D 59 Annahme

Zu TOP 16a): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „**Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik**“ durch Volker Rühle MdB zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 16b): **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“**

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasst über den Antrag des Bundesvorstandes „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ (B) in offener Abstimmung nach Beratung und Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge (B) ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- B 1 Annahme
- B 2 Annahme
- B 3 Ablehnung
- B 4 Ablehnung
- B 5 Annahme
- B 6 Annahme idF der Antragskommission
- B 7 Annahme idF der Antragskommission
- B 8 Annahme idF der Antragskommission
- B 9 Annahme
- B 10 Annahme
- B 11 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 12 Annahme
- B 13 Annahme idF der Antragskommission

- B 14 Annahme idF der Antragskommission
- B 15 Annahme
- B 16 Ablehnung
- B 17 Annahme idF der Antragskommission
- B 18 Annahme
- B 19 Annahme idF der Antragskommission
- B 20 Annahme
- B 21 Ablehnung
- B 22 Annahme idF der Antragskommission
- B 23 Annahme idF der Antragskommission
- B 24 Annahme
- B 25 Annahme
- B 26 Annahme
- B 27 Annahme
- B 28 Annahme
- B 29 Annahme
- B 30 Annahme
- B 31 Annahme
- B 32 Annahme
- B 33 Annahme
- B 34 Annahme
- B 35 Annahme
- B 36 Annahme
- B 37 Annahme
- B 38 Annahme
- B 39 Annahme
- B 40 Annahme idF der Antragskommission
- B 41 Annahme
- B 42 Annahme

B 43	Ablehnung
B 44	Ablehnung
B 45	Annahme
B 46	Annahme idF der Antragskommission
B 47	Annahme idF der Antragskommission
B 48	Annahme idF der Antragskommission
B 49	Annahme
B 50	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B 51	Annahme
B 52	Annahme
B 53	Annahme
B 54	Annahme
B 55	Annahme
B 56	Ablehnung
B 57	Annahme
B 58	Annahme
B 59	Annahme
B 60	Annahme
B 61	Annahme idF der Antragskommission
B 62	Annahme idF der Antragskommission
B 63	Annahme
B 64	Annahme
B 65	Annahme
B 66	Annahme

Zu TOP 17a): Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „**Chancen@Deutschland. Eine Internetstrategie für die Politik**“ durch Prof. Thomas Heilmann zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 17b): **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Chancen@Deutschland. Eine Internetstrategie für die Politik“**

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über den Antrag des Bundesvorstandes „**Chancen@Deutschland. Eine Internetstrategie für die Politik**“ (C) in offener Abstimmung nach Beratung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge (C) ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- C 1 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 2 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 3 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 4 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 5 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 6 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 7 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 8 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 9 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 10 Annahme

Zu TOP 18: Beratung und Beschlussfassung über Änderungen des Satzungsrechts der CDU Deutschlands

(Der Wortlaut der Anträge E 1 bis E 10 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über den Antrag E 1 in geheimer Abstimmung nach Beratung folgenden Beschluss:

- E 1 Annahme

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	805
Ungültig:	5
Enthaltungen:	22
Gültige Stimmen:	778
Erforderliche Mehrheit:	502
Ja:	517
Nein:	261

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Anträge E 2 bis E 31 in offener Abstimmung nach Beratung folgende Beschlüsse:

- E 2 Ablehnung
- E 3 Ablehnung
- E 4 Ablehnung
- E 5 Ablehnung
- E 6 Ablehnung
- E 7 Ablehnung
- E 8 Ablehnung
- E 9 Ablehnung
- E 10 Ablehnung
- E 11 Annahme
- E 12 Überweisung an den Generalsekretär
- E 13 Überweisung an den Generalsekretär
- E 14 Überweisung an den Generalsekretär
- E 15 Überweisung an den Generalsekretär
- E 16 Überweisung an den Generalsekretär
- E 17 Überweisung an den Generalsekretär
- E 18 Überweisung an den Generalsekretär
- E 19 Überweisung an den Generalsekretär
- E 20 Überweisung an den Generalsekretär
- E 21 Überweisung an den Generalsekretär
- E 22 Überweisung an den Generalsekretär
- E 23 Überweisung an den Generalsekretär
- E 24 Überweisung an den Generalsekretär
- E 25 Überweisung an den Generalsekretär
- E 26 Überweisung an den Generalsekretär
- E 27 Überweisung an den Generalsekretär
- E 28 Überweisung an den Generalsekretär
- E 29 Überweisung an den Generalsekretär

- E 30 Überweisung an den Generalsekretär
- E 31 Überweisung an den Generalsekretär

Zu TOP 19: Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge

Der 14. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über sonstige Anträge (F) in offener Abstimmung nach Beratung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge (F) ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt).

- F 1 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 2 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 3 Annahme
- F 4 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 5 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 6 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 7 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 8 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 9 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 10 Annahme
- F 11 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 12 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 13 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 14 Annahme
- F 15 Annahme
- F 16 Überweisung an den Generalsekretär

- F 17 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- F 18 Annahme idF der Antragskommission
- F 19 Überweisung an den Generalsekretär
- F 20 Überweisung an den Generalsekretär
- F 21 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- F 22 Überweisung an den Generalsekretär
- F 23 Überweisung an den Generalsekretär
- F 24 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 25 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 26 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 27 Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 28 Überweisung an den Bundesvorstand
Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- F 29 vom Antragsteller zurückgezogen
- F 30 Annahme idF der Antragskommission
- F 31 Annahme idF der Antragskommission

Zu TOP 20: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Frau Dr. Angela Merkel MdB

Namensverzeichnis	Seite
Althaus, Dieter	50, 61 ff., 106 ff.
Arentz, Hermann-Josef	41 ff., 145
Arndt, Nicole	190
Bäumler, Christian	134
Beust von, Ole	48 f.
Biedenkopf, Kurt H.	97 ff.
Bischoff, Dieter	121, 148
Blechinger, Beate	221
Blüm, Norbert	138
Boetticher von, Christian	175
Böhmer, Maria	44 ff., 86 ff., 145, 166, 211 ff.
Böhr, Christoph	97 ff.
Borchert, Jochen	69 ff.
Brok, Elmar	125
Buttiglione, Rocco	88 f.
Carstens, Manfred	39 ff., 76
Cartellieri, Ulrich	69 ff.
Dinther van, Regina	153
Fischer, Dirk	159 ff.
Göhner, Reinhard	136 ff.
Gönner, Tanja	154
Greiner, Wolfgang	152
Heilmann, Thomas	170 ff.
Holtvogt, Josef	144
Horstmann, Ulrike	151
Hüppe, Hubert	159 ff.
Jung, Franz-Josef	156
Jungen, Peter	126 ff.
Kasischke, Lars	109 f.
Kauder, Siegfried	122 f.
Knörig, Axel	65
Koch, Roland	141 f.
Köster, Thomas	130 f.
Krapp, Dr. Michael	149
Laumann, Karl-Josef	142, 154 f.
Lennartz, Leo	165, 209 f.
Liese, Peter	161 ff.
Lunacek, Thomas	147 f.

Martens, Wilfried	87
Merkel, Angela	5 ff., 66 ff., 169, 192, 208 ff.
Merz, Friedrich	177 ff.
Meyer, Laurenz	50 ff., 69, 97, 157
Milbradt, Georg	8 ff.
Möller, Franz	73 ff.
Müller, Hildegard	38, 134
Müller, Peter	117 ff.
Müller, Silke	66
Niedergesäß, Fritz	61, 224 ff.
Noack, Harald	156 f., 190
Nooke, Günter	211 ff.
Peiner, Wolfgang	77
Pflüger, Friedbert	92 f.
Poettering, Hans-Gert	114 f.
Rauen, Peter	128, 143
Rehberg, Eckhardt	222 ff.
Reiche, Katharina	10 ff., 148
Reul, Herbert	189 ff.
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm	110 ff.
Roßberg, Ingolf	14
Röttgen, Norbert	124
Rühe, Volker	79 ff.
Rüttgers, Jürgen	45 ff., 163 ff.
Schauerte, Helmut	128 ff.
Schavan, Annette	116 ff., 152
Schlagintweit, Reinhard	90 ff.
Scholz, Rupert	123, 156 ff.
Schönbohm, Jörg	106 ff.
Schröer, Hermann	65
Schulz, Maren	189
Stoiber, Edmund	194 ff.
Vockert, Astrid	147
Vogel, Bernhard	217
Wadepuhl, Johann	168
Weiß, Gerald	136
Welskop-Deffaa, Eva	125
Wolff, Karin	150
Wulff, Christian	133, 139 ff.
Wulff, Otto	108
Zissener, Sabine	192